REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 375 · 8.2.1995

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 47 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Die Lage ist ernst - verändern wir sie! - ak-Redaktion
2. Aboaktion: Bis Ende Februar zum alten Preis - ak-Redaktion
3. Summe Spenden: 33.427,21 DM
4. Hilferuf aus den USA - Mumia Abu-Jamal, 9. November 1994
5. Menschenhandel nach Bonner Art. Abschiebung von Vietnamesen und Vietnamesinnen wird vorbereitet - J., Westberlin
6. Ist Palästina schon verloren? Die Siedlungspolitik schafft vollendete Tatsachen - Klaus Polkehn
7. Colbys Erzählungen. Italien gestern und heute: die CIA, Gladia und die "rote Gefahr" - Js.
8. Namen, Daten, Fakten, Zitate zur Geschichte des MSI - Js.
9. Wer gab den Mordauftrag? Wird Spaniens "Antiterrorgruppe" zur Zerreißprobe für die Regierung Gonzáles? - Rainer Wandler
10. "Buy American"- Waffenexporte sollen Arbeitsplätze sichern - Norbert Glaser
11. "Konterrevolution" in Rußland? - Kai Ehlers
12. "Heuchlerisch" und "zynisch" sind die falschen Vokabeln. Der Westen und der Krieg in Tschetschenien - Andreas Skrypietz
13. ... wird mit Folter und Mord bestraft. Über die Zerstörung kurdischer Dörfer darf nicht berichtet werden - nm
14. Türkei: Politische Justiz einmal anders - Jan Keetman
15. Tequila-Effekt verursacht Kopfschmerzen. Der Sturz des mexikanischen Pesos schreckt die internationale Finanzwelt auf - B. Alexander
16. Zwei Regierungen, zwei Armeen. Interview mit Amado Avendano, Gouverneur der Rebellions- Regierung von Chiapas - Juan Chicoy
17. ak-serie: Kapitulation und Befreiung, Teil 2 - Editorial
18. Warum Auschwitz? - Knut Mellenthin
19. Vor 50 Jahren. Chronologie Teil 2: Februar 1945
20. Wem gehört Auschwitz? Die Gedenken zum 50. Jahrestag der Befreiung - J., Westberlin
21. "Nie mehr Krieg und Mord." Der Appell von Auschwitz an die Völker der Welt
22. Jalta. Zur Geschichte einer Legende - Knut Mellenthin
23. Kein Gedenkstätte, kein Museum. Auf dem Weg zum Fritz Bauer Institut - Christoph Scheffer
24. Nach weiteren 50 Jahren werden wir mehr verstehen - Yehuda Bauer, aus: L"Espresso
25. Transplantation von Fötalgewebe. Die Umdeutung von Frauen in RohstofflieferantInnen - S. Groth, E. Feyerabend, I. Schneider
26. Große Energie-Koalition - dse.
27. Unmenschliche Behandlung eines kurdischen Gefangenen - Ulla Jelpke, Mark Holzberger
28. Abgang erwünscht. Templin bei den Grünen außen vor? - mb, Berlin
29. Keine Abschiebung von Fabriz Simsek - Ulla Jelpke, Mark Holzberger
30. F.D.P.: Neues Land in Sicht für die extreme Rechte? - Bernhard Schmid
31. Fünf Jahre Opposition sind genug. Die PDS im Regierungsfieber - kuk, Berlin
32. Die zarte Verführung. PDS-Parteitag will Reformbündnis mit der SPD - kuk, Berlin
33. Das Fünf-Punkte-Papier der PDS: "Der Sozialismus ist Weg, Methode und Ziel!" (Dokumentation)
34. Delegierteninterview mit Christine Burmeister, AG Junge Genossinnen der PDS
35. Kommentar: Viel Befindlichkeit, wenig Politik - Michael Nelken, Berlin
36. "Wir brechen mit dem administrativzentralistischen Sozialismus." Zur Stalinismusdebatte in der PDS - he.
37. Delegierteninterview mit Cesar Lluberes, AG Junge GenossInnen der PDS
38. Türkei: Hungerstreik politischer Gefangener - nm.
39. "Verbotene Kunst" verboten! Neue § 129a- Ermittlungen eingeleitet - antifaschistische Kunstbroschüre verboten - Kunst und Kampf

40. Die Gebrüder Wright und der Flug über den Atlantik
41. Quelldatei 09bu.htm
42. Übersicht über Veranstaltungen mit Kai Ehlers im Hamburger Raum:
43. Quelldatei 19.htm
44. Kapitulation und Befreiung
45. Quelldatei block.htm
46. Quelldatei chrono-2.htm
47. Tag für Tag - Chronologie des Februar 1945

1. Die Lage ist ernst - verändern wir sie!

Autor: ak-Redaktion · Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak375/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:375:11

Am 1. Januar 1995 hat das 25. Erscheinungsjahr der Zeitung ak begonnen. 1971 wurde sie unter dem Namen Arbeiterkampf gegründet, ab August 1992 erscheint sie als analyse & kritik, eine Zeitung für linke Debatte und Praxis. Das sind nicht wenige Ansprüche. Darüber, wieweit sie erfüllt werden, dürfte es so viele Meinungen wie LeserInnen geben. Wir, die Redakteurinnen und Redakteure, sind seit längerem mit dem Produkt unserer Arbeit nicht mehr zufrieden. Zwar betreiben wir mit schöner Regelmäßigkeit die Analyse des Weltgeschehens ebenso wie die Kritik der hiesigen Verhältnisse. Eine konstruktive, ergebnisorientierte Debatte um wesentliche Streitfragen der Linken findet dagegen nur sporadisch statt, und der Gebrauchswert der Zeitung für linke Praxis hat sich unserem Eindruck nach verringert.

Der Arbeiterkampf ist bei Gründung eine Organisationszeitung gewesen, im klassischen Sinn ein Instrument für Agitation, Propaganda und Organisation des Kommunistischen Bundes. Die besondere Stellung unserer Zeitung im linken Blätterwald der 70er und 80er Jahre bestand darin, daß wir diese Aufgaben jedoch nicht im traditionellen Sinn verstanden, kein (Partei-)Linienblatt machten, sondern an die erste Stelle die Information und die Analyse setzten. Ebenso unterschieden wir uns darin, daß trotz aller Polemik gegenüber anderen linken Organisationen und Strömungen diese dennoch bei uns zu Wort kommen konnten und wir der Darstellung anderer Positionen und Meinungen immer breiten Raum eingeräumt haben. Dies hatte zur Folge, daß ak innerhalb der Linken eine eigenständige, vom KB in gewisser Weise unabhängige Rolle einnahm - ein Novum für eine Organisationszeitung.

Hierin sehen wir auch den Grund, weshalb sich unsere Zeitung trotz des Zerfalls des KB, seiner Spaltung 1989 und seiner Auflösung 1990 noch auf einem relativ hohen Niveau halten konnte. In den jetzt vergangenen fünf Jahren seit der Auflösung des KB ist ak mehr und mehr zu einem eigenständigen Faktor geworden. Seit der endgültigen Trennung von der Gruppe K, der ehemaligen KB-Minderheit (die jetzt die Zeitschrift Bahamas herausgibt) im Jahre 1992 fungiert die Mehrheitsgruppe des KB (KB-Mehrheit) als alleinige Herausgeberin. Dies ist jedoch gleichzeitig auch fast die einzige politische Aufgabe, die sie wahrnimmt. In politisch-praktischer Hinsicht sind die Aktivitäten auf wenige lokale Initiativen reduziert und fast völlig eingestellt worden.

Mehr als jemals zuvor ist deshalb ak davon frei, nur eine politische Richtung zu vertreten. Dies ist ein Vorteil, gleichzeitig aber auch ein Nachteil. Der Vorteil liegt darin, daß wir uns noch stärker auf die Information, Analyse und Darstellung konzentrieren konnten; der Nachteil liegt darin, daß unsere Offenheit für unterschiedliche Positionen oftmals die Form der Beliebigkeit annimmt.

Die Zeitung ak hat trotz des weitgehenden Zerfalls der Organisation als eigenständiges Projekt überlebt. Dennoch existiert sie nur in Abhängigkeit von der Herausgeberin, der KB-Mehrheit, und andere UnterstützerInnen: einerseits in finanzieller Hinsicht, weil ohne die Subventionen der Mitglieder der KB-Mehrheit und anderer SpenderInnen die Zeitung nicht zu finanzieren wäre; andererseits auch in politisch-journalistischer Hinsicht, weil ein nach wie vor großer Teil der AutorInnen, die uns ihre Artikel honorarfrei zur Verfügung stellen, zu diesem Kreis gehören.

So leicht das selbstkritische Eingeständnis der Unzulänglichkeiten fällt, so schwer realisierbar sind nennenswerte Verbesserungen. Beschränkungen personeller, finanzieller und politischer Art stehen der von Baron Münchhausen überlieferten Methode entgegen, sich "am eigenen Schopf aus dem Sumpf zu ziehen":

* Der Inhalt der einzelnen ak-Ausgaben ist in hohem Maße von Zufällen abhängig. Wesentliche Politikbereiche können von der Redaktion und von AutorInnen aus der KB-Mehrheit nicht mehr abgedeckt werden. Andere Themen werden nur noch von durchaus qualifizierten Einzelpersonen bearbeitet; fällt die jeweilige Person vorübergehend oder dauerhaft für das Artikelschreiben aus, droht damit auch das Thema der Zeitung verlorenzugehen. Die Konzentration auf thematische Schwerpunkte (in den vergangenen Jahren z.B. zum Bürgerkrieg in Ex-Jugoslawien und zum Putsch in Rußland, aktuell zum 50. Jahrestag von Kapitulation und Befreiung) sind mit erheblichen Kraftakten verbunden und nicht allzu oft wiederholbar. Gezielte Ansprache von qualifizierten AutorInnen ist nur begrenzt erfolgversprechend, da wir keine Honorare zahlen können. Was schließlich in ak erscheint, ist damit oft mehr vom Angebot als von der Nachfrage abhängig.

* Im vergangenen Jahr hat ein langjähriger Redakteur die Mitarbeit eingestellt, weil er in unserem Projekt keine politische und persönliche Perspektive mehr sieht. Ein weiteres Redaktionsmitglied hat aus persönlichen Gründen gekündigt. Damit besteht die Redaktion derzeit aus sieben Personen, von denen drei für eine halbe Stelle und zwei für eine Viertelstelle bezahlt werden. Zwei weitere sind voll berufstätig und arbeiten rein ehrenamtlich in der Redaktion mit. Unbezahlte Arbeit leisten auch unsere KorrekturleserInnen, Lay-OuterInnen und TechnikerInnen. Hinzu kommen zwei Teilzeitkräfte für Abo-Verwaltung, Versand, Werbung und Buchhaltung. Möglichkeiten und Bereitschaft neuer Kräfte zu unentgeltlicher oder (schlecht bezahlter) nebenberuflicher Mitarbeit sind begrenzt.

* In der KB-Mehrheit, Herausgeberin von analyse und kritik, mehren sich die Rückzugstendenzen. Die laufende Subventionierung der Zeitung aus Mitgliedsbeiträgen wird dadurch schwieriger. Durch Beitrags- und Preiserhöhungen sind die Mindereinnahmen nur begrenzt aufzufangen, zumal auch die Kosten steigen.

* Da die KB-Mehrheit kaum mehr als politische Organisation agiert, ist die Nachwuchsbildung aus diesem Zusammenhang nahezu erschöpft.

Trotz dieser Widrigkeiten hat sich ak in einigen Bereichen ein Profil erhalten oder neu erarbeitet, das die Zeitung, verglichen mit anderen linken Publikationen, durchaus attraktiv erscheinen läßt. Dazu beigetragen hat auch die die immer größer werdende Zahl von GastautorInnen, die uns in den vergangenen Jahren ihre Artikel unentgeltlich zum Abdruck zur Verfügung gestellt haben.

Die Zahl der AbonnentInnen (z.Zt. ca. 2.100) ist stabil. Trotz Rückgängen im Buchladenverkauf (unter dem auch andere linke Druckerzeugnisse zu leiden haben) liegt die verkaufte Auflage derzeit bei ca. 3.500 Exemplaren (1992: 3.800 Exemplare). Den von einzelnen GenossInnen aus der KB-Mehrheit an uns herangetragenen Vorschlag, über ein "würdiges Ende" der Zeitung nachzudenken, halten wir für übereilt. Da uns jedoch ein Weitermachen wie bisher auf Dauer nicht möglich ist (und von uns auch nicht gewollt wird) und da wir wissen, daß andere linke Publikationsorgane sich in ähnlichen, wenn nicht noch größeren Schwierigkeiten befinden, rufen wir zu einer offenen Debatte über die Zukunft linker Publizistik in der BRD auf. Dabei kann es nicht um die Fusion von Projekten gehen, deren wesentliche Gemeinsamkeit die prekäre finanzielle Lage und die unklare politische Perspektive ist. Wir wollen mit all denen diskutieren, die eine linke Zeitung machen wollen, in der Information und Analyse die Grundvoraussetzungen für die Meinungsbildung sind, eine Zeitung also, mit der Linke unterschiedlichster Richtung etwas anfangen können, und kein Blatt, das per se nur von AnhängerInnen einer einzigen politischen Richtung gelesen wird. Dies schließt Parteilichkeit in der Sache nicht aus.

Wir erklären unsere Bereitschaft, die Zeitschrift ak zu öffnen

- für einzelne AutorInnen;

- für politisch aktive Gruppen, die die Ergebnisse ihrer Arbeit einem breiteren Publikum bekannt machen möchten;

- für Redaktionen und MitarbeiterInnen politischer Fachzeitschriften, mit denen Artikelaustausch und andere Formen der Arbeitsteilung vereinbart werden können;

- für Organisationen sowie für Redaktionen und MitarbeiterInnen von Zeitschriften mit umfassendem Anspruch, mit denen ähnliche Formen der Zusammenarbeit zu vereinbaren wären,

- oder sie in ein neues Projekt einzubringen.

Befürchtungen, hier werde zum wiederholten Male und auf dem Umweg über die Publizistik die jahrzehntelang erfolglose Einigung der Linken betrieben, möchten wir deutlich entgegentreten. Wir beabsichtigen weder die Neugründung des Kommunistischen Bundes noch den Parteiaufbau in anderer Form. Uns geht es - einstweilen - allein um den Erhalt unabhängiger linker Publizistik in der BRD. Daß dabei auch ein ganz neues Projekt herauskommen könnte, in das wir unsere politische und journalistische Kompetenz einbringen, nehmen wir billigend in Kauf - obwohl wir ehrlicherweise sagen, daß wir uns nicht auf reine Wunschprojekte einlassen werden.

Die ak-Redaktion, einzelne ak-AutorInnen und GenossInnen der KB-Mehrheit werden in den kommenden Monaten an eine Reihe von linken Personen, Gruppen und Redaktionen herantreten, um über die jeweils

möglichen Formen der Zusammenarbeit zu beraten. Alle ak-LeserInnen und insbesondere unsere AutorInnen rufen wir auf, die Debatte durch eigene Initiativen voranbringen zu helfen. In diesem Zusammenhang weisen wir auch auf unsere LeserInnenumfrage in dieser ak-Ausgabe hin. Sollte unser Vorschlag genügend Resonanz erzeugen, könnte, möglichst noch vor der Sommerpause, über konkrete Schritte auf einer Konferenz beraten werden. Arbeitstitel: "Die Zukunft linker Publizistik in der BRD".

ak-Redaktion, 3.2.1995

Ein Entwurf dieser Erklärung wurde im Januar auf einem Treffen der KB-Mehrheit der Tendenz nach beschlossen.

2. Aboaktion: Bis Ende Februar zum alten Preis

Autor: ak-Redaktion · Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak375/preis1.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:375:preis1

Ab März kostet ak DM 7,50

Aboaktion: Bis Ende Februar zum alten Preis

Ab der nächsten Ausgabe müssen wir den Preis der Zeitung deutlich anheben, um weitermachen zu können. Einerseits sind unsere Kosten weiter gestiegen, andererseits haben einige regelmäßige UnterstützerInnen ihre monatlichen Zuwendungen eingestellt oder gesenkt (siehe auch unsere Redaktionserklärung).

Im Jahr 1994 haben wir ein "Finanzloch" von rund 150.000 DM gehabt, das durch Spenden, Beiträge und Rücklagen der KB-Mehrheit gedeckt worden ist. Da unsere Rücklagen aufgebraucht sind, müssen wir das "Finanzloch", sofern nicht mehr Geld durch den ak-Verkauf aufgebracht wird, aus Spenden und Beiträgen stopfen und den Rest durch die Preiserhöhung auffangen. Wir versuchen zwar, an allen Enden Kosten einzusparen, aber bestimmte Dinge lassen sich nicht umgehen oder werden einfach teurer, ohne daß wir es beeinflussen könnten.

Wir sind also darauf angewiesen, den Preis für die Zeitung ein wenig an deren tatsächliche Kosten anzugleichen, die z.Z. bei 11 DM liegen.

Ein Jahresabo kostet zukünftig 90 DM, ein Halbjahresabo 47 DM. Wer helfen kann und will, das Erscheinen der Zeitung für die Zukunft zu sichern, sollte sich entscheiden, ak zum Kostenpreis zu abonnieren: DM 132 für ein Jahr (70 DM für ein halbes Jahr). Der Preis für das Förderabo kann natürlich jede erdenkliche Höhe haben, sollte aber über den tatsächlichen Kosten liegen, deshalb unser Vorschlag: die Mindesthöhe eines Förderabos: für ein Jahr DM 150 und für ein halbes Jahr DM 75. Um finanzschwache Menschen (z.B. SozialhilfeempfängerInnen oder SchülerInnen) nicht vom Bezug der Zeitung auszuschließen, gibt es die Möglichkeit, uns zu schreiben und ak zum alten Jahresabopreis von 72 DM zu beziehen.

Und nicht vergessen, alle Abobestellungen für maximal ein Jahr, die uns bis zum 28. Februar 1995 erreichen, gibt es noch zum alten Preis.

ak-Redaktion

3. Summe Spenden: 33.427,21 DM

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak375/spend95.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:375:spend95

Spendenergebnis

Summe bis AK 374 16.786,18

H.K., Hamburg 100,00

M.H., Dessau 50,00

P.H., Hamburg 160,00

A.H., Ludwigshafen 200,00

B.S., München 50,00

A.L. 50,00

G.K., Osnabrück 20,00

C.S., Bremen 100,00

C.W. 50,00

A.B. 100,00

A.K.E.+C.W.,Eltville 300,00

ZAK-Skatrunde, Tübingen 490,00

H.P., Mosbach 50,00

E., Braunschweig 150,00

J.R., Hamburg 4,25

P.S., Ulm 100,00

A.E., Hamburg 375,00

R.F., Heidelberg 100,00

Wo, Bremerhaven 500,00

O.D. 50,00

F.D. 100,00

A.B., München 40,00

B.F., Stade 100,00

O.K., Idar-Oberstein 100,00

P. + A.H., Hamburg 500,00

J.S., Mainspessart 150,00

B.M., Nürnberg 50,00

H.G., Hamburg 22,00

R.K., Heidelberg 100,00

J.R., Hamburg 420,00

J.P., Hamburg 50,00

KB Göttingen 1.700,00

T.B., Berlin 25,00

P.L., Dortmund 50,00

M.B., Berlin 150,00

B.+W.Sch., Aachen 600,00

R.N., Konstanz 50,00

M.H., Berlin 100,00

R.P., Wernigerode 34,42

C.C., Berlin 20,00

B.R.H., Delve 50,00

M.Sch., Köln 100,00

J., Wolfsburg 200,00

H.E.W., S.Augustin 50,00

E.M., Bochum 80,00

B-A.T., Berlin 20,00

M.L., Hamburg 200,00

H.R., Moosthenning 70,00

B.K., Frankfurt 20,36

J.G., Hannover 50,00

A.S., Hamburg 50,00

J.N., Hamburg 2.000,00

P-T.K., Freiburg 100,00

R.B., Hamburg 50,00

A.F., Bielefeld 50,00

U.K., Oldenburg 50,00

R.M., Spenge 60,00

H.S., Hamburg 20,00

D.K. 100,00

G.K., Bad Nauheim 50,00

M.S. 200,00

G.O., Berlin 100,00

K.W., Marburg 250,00

E.Z., Bonn 150,00

A.H., Moosbach-Wald. 200,00

P.L., Braunschweig 200,00

A.S., Hamburg 100,00

R.C. + E.F., Bonn 1.000,00

R.P. 100,00

S.H., Bonn 200,00

C.H., Tübingen 10,00

I.B., Hamburg 1.000,00

F.V., Messel 300,00

J.P., Berlin 1.000,00

N.P., Berlin 50,00

nn (wer wars?, trotzdem danke!) 400,00

Ch.Sch., Wien 200,00

R.M., Hamburg 200,00

C.M., Vogelsbergkreis 100,00

R.K. 100,00

B.R. + A.K., Heide 50,00

Summe seit AK 374 16.641,03

Summe Spenden: 33.427,21 DM

Es geht voran! Mit der bisher gespendeten Summe von mehr als 33.000 DM liegen wir knapp über dem Zwischenergebnis von Februar vergangenen Jahres. Weiter so! Wenn in den kommenden Wochen im gleichen Umfang weiter gespendet wird, können wir unser Ziel noch erreichen:

50.000 DM für den Erhalt von analyse & kritik!

4. Hilferuf aus den USA

Mumia Abu-Jamal, 9. November 1994

Autor: Mumia Abu-Jamal, 9. November 1994 · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak375/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:375:22

Alarmierende Nachrichten aus Pennsylvania! Die lebensbedrohende Situation des zum Tode verurteilten 42jährigen schwarzen Journalisten Mumia Abu-Jamal hat sich weiter verschärft. Bei den Novemberwahlen des vergangen Jahres ist in dem Bundesstaat ein neuer Gouverneur gewählt worden. Der Republikaner Thomas Ridge setzte im Wahlkampf auf ein striktes Bekenntnis zu "law & order". Neue Knäste, mehr Polizei und die Vollstreckung der Todesstrafe; mit diesem Programm ließ sich die weiße Bevölkerung des Ostküstenstaates gewinnen. Seit 1961 hat es dort keine Hinrichtungen mehr gegeben. Die 171 zum Tode Verurteilten müssen jetzt fürchten, daß Thomas Ridge seine Ankündigung wahr macht: "Sobald ich im Amt bin, werden auch in Pennsylvania die Hinrichtungen beginnen. Es kann nicht angehen, daß diese Kriminellen durch juristische Winkelzüge jahrelang den Steuerzahlern auf der Tasche liegen." (Junge Welt, 5.1.1995)

Len Weinglass, der Rechtsanwalt Mumia Abu-Jamals, ist besorgt: "Mumia ist der einzige politische Gefangene in den USA im Todestrakt. Seine direkten Berufungsmöglichkeiten sind erschöpft. Bis jetzt konnte seine Hinrichtung aufgrund des politischen Drucks in den USA und im Ausland verhindert werden. Im Februar werden wir den Antrag zur Wiederaufnahme seines Verfahrens stellen. Theoretisch kann sich der Weg zu einem neuen Verfahren oder dessen Ablehnung über zwei Jahre hinziehen. Andererseits kann der Gouverneur jederzeit seinen Hinrichtungsbefehl unterzeichnen. Ich finde es falsch, Panik zu schüren, aber das momentane politische Klima bedroht Mumias Leben ganz akut."

Im Januar wurde Mumia in den neuerbauten Hochsicherheitsknast in Waynesburg verlegt. Alle Gefangenen, denen die Todesstrafe droht, sollen dort konzentriert werden. Waynesburg liegt 800 km entfernt von Philadelphia, der Stadt, in der seine Familie, seine Freundinnen und Freunde leben. Verschiedene Solidaritätskomitees rufen jetzt dringend dazu auf, mit vielfältigen Aktivitäten die internationale Kampagne für Mumias Freilassung zu unterstützen. Mit Briefen, Faxen und Telegrammen sollen folgende Forderungen aufgestellt werden:

- Keine Unterzeichnung des Hinrichtungsbefehls von Mumia Abu-Jamal!

- Garantie eines neuen fairen Prozesses!

- Freilassung von Mumia!

- Abschaffung der Todesstrafe!

Mumias neue Adresse: Mumia Abu-Jamal, # AM-8335, SCI Greene, 1040 East Roy Furman Highway; Waynesburg, PA 15370; USA.

Spendenkonto: Sonderkonto "Mumia Abu-Jamal", Bank für Gemeinwirtschaft Bremen, Konto-Nr. 1005877601, BLZ 290 101 11.

Adresse des neuen Gouverneurs: Governor of Pennsylvania, Mr. Ridge, Main Capitol Building, Room 225; Harrisburg, PA 16652; USA. Fax: 001-717-783-1396

SPIRIT DEATH

Mumia Abu-Jamal, 9. November 1994

Über das "Leben" im Gefängnis ist viel geschrieben und gelesen worden.

Einige schreiben über eklatante Gewaltausschreitungen, die passieren, andere schreiben und spielen dabei die Gewalt herunter, damit der Leser diese dunklen Visionen aufgibt, die so weit von seiner oder ihrer Erfahrung weg sind, als seien sie einfach unglaublich.

Wie auch immer, die Wahrheit liegt irgendwo in der Mitte.

Es ist nicht zu bestreiten, daß Gefängnisse Brutstätten der Gewalt sind, aber diese offenen Gewaltausbrüche sind kaum alltägliche Ereignisse.

Der tiefgreifende Horror des Gefängnislebens besteht im tagtäglichen banalen Geschehen, das Tage zu Monaten, Monate zu Jahren und Jahre zu ganzen Jahrzehnten werden läßt.

In jeder Sekunde, von einer zur anderen, ist das Gefängnis ein Angriff auf die Seele, eine tagtägliche Degradierung des Selbst, ein unterdrückerischer, stählerner und steinernder Schirm, der aus Sekunden Stunden und aus Stunden Tage macht.

Weggesperrt in einer fernen Unterwelt scheint die Zeit still zu stehen, aber sie tut es natürlich nicht. Kinder, die draußen zurückgelassen worden sind, werden erwachsen, haben oft sogar eigene Kinder.

Einst liebevolle Beziehungen verdörren im Staub von gestern.

Verwandte sterben, deren Verlust nur in stiller Einsamkeit beklagt werden kann.

Zeiten, Veranlagungen und der Sittenkodex unterliegen Veränderungen, und die Eingesperrten bewegen sich nach überholten Rhythmen.

Eingesponnen in einen psychischen Kokon der Negativität wird das Schlimme noch schlimmer.

Diejenigen, die verletzt sind, werden noch mehr beschädigt, und die kaum Verbogenen werden entstellt.

Leere, unproduktive Stunden verwandeln sich in Jahre der Nichtigkeit.

Dies ist das wahre Gesicht der "Besserungen" in diesem Zeitalter, wo niemand gebessert wird, wo niemand besser wird als zum Zeitpunkt seiner oder ihrer Ankunft.

Dies ist das wahre Gesicht der "Besserungen", das denen, die eine geschätzte Analphabetenrate von 60% haben, eine Bildung verbietet.

Diese geistestötende und seelenzerstörerische Gleichheit, die aus jedem Tag ein Echo des vorausgegangenen macht, die Gedanken oder Hoffnungen auf Veränderung ausschließt, macht das Gefängnis zu einem Ort des seelischen Todes; ein Ort für über eine Million Männer und Frauen, die zur Zeit in US-amerikanischen Höllenlöchern gehalten werden.

Welchem gesellschaftlichen Interesse dienen Gefängnisinsassen, die Analphabeten sind?

Welcher soziale Nutzen wird aus diesem Unwissen gezogen?

Wie wird eine Person "gebessert", wenn man ihr Bildung verbietet, solange sie eingesperrt ist?

Wer profitiert (außer dem Gefängnis-Establishment selbst) von dummen Häftlingen?

Übersetzung: Dagmar Vinz

5. Menschenhandel nach Bonner Art. Abschiebung von Vietnamesen und Vietnamesinnen wird vorbereitet

Autor: J., Westberlin · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak375/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:375:32

Die Bundesregierung hat sich einmal mehr durchsetzen können: Durch wirtschaftliche Erpressung gelang es ihr, der Sozialistischen Republik Vietnam (SRV) die Zustimmung zu einem demnächst abzuschließenden Rückführungsabkommen abzunötigen. Wer von den in der BRD lebenden VietnamesInnen davon betroffen sein wird, ist derzeit völlig unklar, denn seitens der Bundesregierung wird in gefühlloser Weise mit unverständlichen Zahlen jongliert.

Bisher hatte sich die vietnamesische Regierung geweigert, Menschen mit vietnamesischer Staatsbürgerschaft "zurückzunehmen", sofern diese selber eine Rückkehr nach Vietnam gar nicht wünschten. Ein 1992 zwischen der BRD und der SRV abgeschlossenes Re-Integrationsabkommen betraf deshalb auch nur solche früheren vietnamesischen VertragsarbeiterInnen aus der ehemaligen DDR, die, mit einer Rückkehrhilfe gelockt, freiwillig nach Vietnam zurückkehrten. (Im Rahmen dieses Abkommens hatten einzelne Vietnamesen für die Gründung einer eigenen Firma bis zu 20.000 DM erhalten. Andere wiederum waren gänzlich leer ausgegangen, weil vietnamesische Behörden Gelder nicht an sie weitergeleitet hatten.) Rund 20.000 von ungefähr 60.000 im Jahr 1990 in der DDR lebenden VietnamesInnen wählten diesen Weg. Rund 20.000 weitere Menschen aus Vietnam hatten schon vorher das Gebiet der ehemaligen DDR freiwillig verlassen, nachdem sie nach der Wende häufig die ersten waren, die von ihren Betrieben auf die Straße gesetzt und aus den betriebseigenen Wohnheimen geschmissen oder mit horrenden Mieterhöhungen vergrault worden waren. (Siehe ak 329 vom 8.4.91)

Nach Auffassung der Bundesregierung war die Praxis Vietnams, vietnamesische Staatsbürger nicht gegen ihren Willen aufzunehmen, "völkerrechtswidrig". Nachdem zunächst im März 1994 und sodann im August 1994 ein weiteres Mal Verhandlungen zwischen der BRD und Vietnam über die Gewährung von Wiedereinreise-Visa gescheitert waren, schlug die BRD eine härtere Gangart an. Zum einen wurde die Auszahlung von zugesagten ca. 40 Millionen DM für verschiedene Entwicklungsvorhaben. Auch das Programm zur Förderung von Rückkehrern wurde ausgesetzt. (FR, 19.9.94) Zum zweiten verweigerte die BRD deutschen Firmen, die nach Vietnam exportieren wollten, die Übernahme der erwünschten Ausfuhrbürgschaften. Drittens schließlich - und das wog schwer - blockierte sie die Unterzeichnung eines Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Union und der SRV.

Die vietnamesische Regierung reagierte prompt. Bereits Ende September bot sie eine dritte Gesprächsrunde an, die sich auf diejenigen VietnamesInnen konzentrieren sollte, deren Aufenthaltsgenehmigungen in der BRD bereits abgelaufen seien oder demnächst ablaufen würden. (SZ, 28.9.94) Anfang Januar 1995 war es dann soweit: Mit einem nach ihren Worten "guten Ergebnis" kehrten die Staatsminister Schmidbauer und Hoyer aus Hanoi zurück. In der Tasche hatten sie eine "Gemeinsame Erklärung über Ausbau und Vertiefung der deutsch-vietnamesischen Beziehungen". Punkt 6 dieser Vereinbarung kündigt umgehende Verhandlungen über den Abschluß eines Rückübernahmeabkommens sowie über die entwicklungspolitische Zusammenarbeit an. Basis für dies und alles weitere dürfte dabei die folgende Feststellung sein: "Zwischen beiden Seiten besteht Einvernehmen, daß die Rückführung nicht von der Zustimmung der Betroffenen abhängt." Weitere Stichworte der Erklärung: Ratifizierung bzw. Erarbeitung eines Investitionsschutz- und -förderungsvertrages, von Luftverkehrs- und Schiffahrtsabkommen, Errichtung eines Goethe-Instituts in Hanoi, finanzielle Zuwendungen der BRD im Rahmen technischer Zusammenarbeit von je 100 Millionen DM 1995 und 1996 (darin enthalten Wiedereingliederungshilfen für RückkehrerInnen), Ausweitung der Regierungsbürgschaften bei Exporten und "Ermutigung" deutscher Unternehmen "zu Investitionen in größerem Umfang" durch die Bundesregierung. Und schließlich: "Die Bundesregierung wird sich gegenüber ihren Partnern in der Europäischen Union für den baldigen Abschluß des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Union und Vietnam einsetzen."

Wirtschaftliche Perspektiven

Ein Bericht in der Süddeutschen Zeitung qualifizierte die Vereinbarung als "ein Handel Menschen gegen Geld: Deutschland darf abschieben und zahlt dafür mit Finanzhilfen, mit Regierungsabkommen und mit Kohl-Besuchen." (SZ, 18.1.95) Genauso argumentierte der Grüne Fraktionsvorsitzende Joschka Fischer in einer aktuellen Fragestunde des Bundestages am 18. Januar: "Man könnte ... auch sagen: Die Bundesrepublik versucht, hier ein Problem wegzukaufen." Staatsminister Hoyer zeigte Fischer freilich in einer unmittelbar anschließenden Antwort, daß diese Sichtweise zu eingeschränkt ist, indem er darauf hinwies, "daß der Gesamtkomplex der Beziehungen zu Vietnam unterschätzt wird. Vietnam ist für die Interessenlage der Bundesrepublik Deutschland ein außerordentlich wichtiger und zukunftsträchtiger Partner ... Ich will einmal eine Zahl nennen: Was die Investitionstätigkeit deutscher Unternehmen angeht, befinden wir uns in Vietnam an 27. Stelle. Das ist völlig unter dem Durchschnitt der Investitionen unserer Industrie anderswo." Der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Pinger, wußte in einer eigenen Stellungnahme einen weiteren Aspekt beizusteuern: "Die Tatsache, daß über 100.000 Vietnamesen nach einem Aufenthalt in der früheren DDR als Gastarbeiter oder Stipendiat sehr gut Deutsch sprechen, ist außerordentlich hilfreich bei der Anbahnung und Verwirklichung wirtschaftlicher Kooperationen mit Unternehmen in Vietnam."

Es drängt sich der Gedanke auf, daß angesichts der ökonomischen Interessen deutscher Firmen 40.000 aus der BRD abschiebbare VietnamesInnen (diese offensichtlich zu hoch gegriffene Zahl wird jedenfalls von seiten der Bundesregierung kolportiert) eigentlich eine zu vernachlässigende Größe darstellen müßten. In diesem Sinne hatte sich der Bundeswirtschaftsminister im Kabinett stark gemacht, nachdem die Verhandlungen mit Vietnam, wie schon erwähnt, im letzten August von deutscher Seite abgebrochen worden waren. Aber Immigrantenfeindlichkeit und die daraus resultierende Ausgrenzungs- und Abschiebepolitik sind offenbar integrale Bestandteile der BRD-Staatsräson. In Brüssel erzwang die deutsche Seite, die Rücknahmeverpflichtung Vietnams in die Präambel des Kooperationsvertrages EU-SRV mitaufzunehmen und verpflichtete damit die EU-Partner zur Übernahme ihrer immigrantenfeindlichen Politik. Ein einfacher Hinweis im Vertrag, wonach bilaterale Vereinbarungen vom Kooperationsvertrag unberührt bleiben (so lautete ein französischer Vorschlag), genügte der BRD nicht. Im Gegenteil: Sie forderte des weiteren, daß das Abkommen mit Vietnam die Rücknahmepflicht nicht nur als ein allgemeines Prinzip festhält, sondern als völkerrechtliches Prinzip deklariert. Das mochten die anderen EU-Staaten nun allerdings nicht mehr mittragen; die BRD wird darum dem Kooperationsvertrag mit aller deutscher Gründlichkeit eine Zusatzerklärung beilegen, welche ihren Standpunkt darlegt. (taz, 24.1.95)

Wer sind die Nächsten?

In der deutsch-vietnamesischen Erklärung vom 6.1.1995 wird die Zahl der "bereits ausreisepflichtigen Vietnamesen" mit "ca. 40.000 nach deutschen Angaben" beschrieben. (Diese sollen beginnend mit diesem Jahr bis zum Ende des Jahres 2000 "zurückgeführt" werden - und zwar in folgenden Kontingenten: 1995: 2.500, 1996: 5.000, 1997: 6.000, 1998: 6.500 und 1999 und 2000 jeweils 10.000 Menschen.) Mit der von den verantwortlichen Politikern gehandhabten Größe von 40.000 wird dabei auf zweierlei Weise in unverantwortlicher Manier hantiert. Zum einen wird damit ein weiteres Mal die immigrantenfeindliche Stimmung geschürt, denn die Zahl von 40.000 "bereits ausreisepflichtigen Vietnamesen" entspricht auch nicht entfernt dem gegenwärtigen Zustand, was aber zum Beispiel Entwicklungsminister Spranger (CSU) nicht hindert, kurzerhand von "rund 40.000 illegal in Deutschland lebenden vietnamesischen Staatsbürgern" zu sprechen. (Entwicklungspolitik pressemitteilung 4/95) Zum anderen wird ein großer Teil der in Deutschland lebenden VietnamesInnen in hohem Maße verunsichert und geängstigt, in Bälde abgeschoben zu werden.

Nach Angaben von Kanzleramtsminister Schmidbauer befanden sich Ende 1994 96.659 vietnamesische Staatsbürger in der BRD, davon 57.250 mit "gültigem Aufenthaltstitel". (ND, 19.1.95; Bundestagssitzung vom 18.1.95) Bei den anderen handele es sich, so Schmidbauer, um rund 20.000 abgelehnte Asylbewerber, 10.000 ehemalige DDR-Vertragsarbeiter sowie 10.000 illegal Eingereiste. Hinsichtlich dieser Zahlen ist zunächst festzuhalten, daß sich natürlich auch die beiden erstgenannten Gruppen nicht "illegal" in Deutschland aufhalten, sondern mit "gültigen Aufenthaltstiteln" ausgestattet sind: Sie besitzen zumindest eine Duldung oder eine befristete Aufenthaltsbefugnis. Wenn aber diese Aufenthaltstitel in der Sicht der Bundesregierung offenbar nichts wert sind, wie sicher sind dann die "gültigen Aufenthaltstitel" der 57.250 anderen Vietnamesinnen und Vietnamesen? Des weiteren macht die Behauptung angeblich 10.000 illegal Eingereister stutzig: Der Rostocker Ausländerbeauftragte Wolfgang Richter meint, hier würden einfach jährliche Zahlen auf das Jahr 2000 hochgerechnet. (ND, 16.1.95)

Die größte Ungewißheit ist jedoch durch die von der Bundesregierung in die Welt gesetzten Zahlen für die ehemaligen DDR-VertragsarbeiterInnen entstanden. Bei diesem Personenkreis muß bis zum Beweis des Gegenteils mit dem Schlimmsten gerechnet werden. 15- bis 20.000 leben noch hier, der größte Teil ausgestattet mit einer bis zu zweijährigen Aufenthaltsbefugnis. Diese konnte erworben werden, wenn bis zum 17.4.1994 ausreichender Wohnraum, ein Arbeits- oder Ausbildungsplatz, Straffreiheit sowie der Verzicht auf einen Asylantrag vorgewiesen werden konnte. (Diese Regelung geht auf einen Beschluß der Innenminister vom 17.6.1993 zurück, die unter dem Eindruck einer nach dem Pogrom von Rostock im August 1992 im In- und Ausland aufmerksamen Öffentlichkeit die vietnamesischen VertragsarbeiterInnen nicht auf die Abschiebeliste setzen mochten. Zu einer aufenthaltsrechtlichen Regelung wie für westdeutsche "Gastarbeiter" wollte man sich allerdings nicht durchringen.)

Wieviele der ehemaligen VertragsarbeiterInnen an diesem Reglement scheiterten, ist nicht bekannt. Einmal beim Handel mit Zigaretten erwischt worden zu sein, reicht beispielsweise schon aus, um das Kriterium der Straffreiheit verfehlt zu haben. Wolfgang Richter schätzt jedoch, daß weit mehr als die Hälfte die aufgestellten Hürden überwinden konnten. Wenn jetzt die Bundesregierung von 10.000 auszuweisenden ehemals in der DDR beschäftigten VietnamesInnen spricht, dann würde jedoch auch ein großer Teil von denen betroffen sein, die sich im letzten Jahr Arbeit und Wohnung erkämpfen konnten.

Für alle anderen gilt nach Lage der Dinge schon jetzt die Feststellung: "Gestern ausgeräuchert, heute ausgewiesen." (SZ, 18.1.95) Mit dem Abschluß des deutsch-vietnamesischen Rückführungsabkommens ist im März zu rechnen. Die Bundesregierung wird dann deutlich erklären müssen, welche VietnamesInnen sie rauszuschmeißen gedenkt.

J./Westberlin

6. Ist Palästina schon verloren? Die Siedlungspolitik schafft vollendete Tatsachen

Die Siedlungspolitik schafft vollendete Tatsachen - von Klaus Polkehn

Autor: Klaus Polkehn · Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak375/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:375:09

Es seien vornehmlich die Extremisten auf beiden Seiten, so die gängige und nicht von der Hand zu weisende These, die mit ihren Aktionen alles täten, vorsätzlich den palästinensisch-israelischen Friedensprozeß zu blockieren. In der Tat wechseln Anschläge durch Islamisten und Aktionen israelischer Siedler in den besetzten Gebieten seit langem in schöner Regelmäßigkeit einander ab. Die Siedler sind dabei jedoch unübersehbar effektiver: Über Attentate kann die Politik notfalls zur Tagesordnung übergehen, über den Ausbau von Siedlungen nicht.

Die Ereignisse seit dem 22. Januar 1995, seit dem Bombenattentat von Netanja, das 21 Menschenleben kostete, bestätigen wieder einmal diese schlimme Logik. Als "Antwort" auf den Anschlag beschloß das israelische Kabinett, 2200 Häuser in den besetzten Gebieten fertigzustellen oder neu zu bauen, ungeachtet des zweieinhalb Jahre zuvor verkündeten Baustopps. Wenn aber die Kommentare vieler Medien den Eindruck zu erwecken versuchen, als sei die neuerliche Bauaktivität lediglich Reaktion auf Terror, so ist das schlicht Irreführung. Denn es gibt ein bemerkenswertes Wechselspiel zwischen der Regierung Rabin und den jüdischen Westbank-Siedlern, das spätestens am 22. Dezember 1994 mit einem Schlag sichtbar wurde, als sich Bewohner des palästinensischen Dorfes El-Khader den Bulldozern der jüdischen Siedlung Efrat in den Weg stellten und den Baubeginn für einen neuen Siedlungsteil verhinderten.

Der Efrat/El Khader-Streit wurde um die Jahreswende exemplarisch. An ihm lassen sich israelische Strategie und das Unvermögen der PLO-Führung, adäquat zu reagieren, ablesen. Er wies die Richtung, in der der Friedensprozeß enden könnte. Und vielleicht war es mehr als nur als ein Zufall, daß die Netanja-Bomben vom 22. Januar genau in jenem Augenblick detonierten, da Wohnungsbauminister Ben-Elieser dem israelischen Kabinett einen Bericht über die staatliche Bautätigkeit in den besetzten Gebieten vorlegte.

"Pragmatismus und Mäßigung"

Der El-Khader-Konflikt trägt alle typischen Merkmale der permanenten Auseinandersetzung um Boden und Siedlungen in den besetzten Gebieten. Die Siedlung Efrat gehört zu der südlich von Jerusalem gelegenen Siedlungsgruppe Gusch Etzion (Etzion-Block), die während der 30er Jahre gegründet, im Krieg von 1948/49 von der jordanischen Armee erobert und nach dem Krieg von 1967 von Israel neu errichtet wurde. Die insgesamt zehn Siedlungen des Gusch Etzion haben strategische Bedeutung: Sie unterbrechen die Straße von Jerusalem nach Hebron und gestatten die Kontrolle der Hebron-Region. Efrat selbst wurde schon 1978 geplant und ist dann 1983 auf vier Hügeln etwa 20 Kilometer vor Jerusalem entstanden. Der "Masterplan" für die Siedlung umfaßt drei weitere Hügel, darunter den Tamar-Hügel, der Bauern des palästinensischen Dorfes El-Khader (7000 Einwohner) gehört. Diesen Hügel erklärte die Likud-Regierung 1991 zu "Staatsland" und verkaufte ihn an Efrat, er wurde "unter Aufsicht des damaligen Ministers Ariel Scharon für den Bau von Wohnungen umgezont". Im August 1993, noch während der geheimen Verhandlungen mit der PLO, hat Premier Rabin den Siedlern die Genehmigung für die Erweiterung von Efrat zugesagt, ohne - wie Ministerin Schulamit Aloni (Meretz) jetzt enthüllte - das eigene Kabinett zu informieren. Das palästinensische Dorf El-Khader, das heute von jüdischen Siedlungen und strategischen Straßen eingeschnürt ist, besaß einst mehr als 2000 Hektar landwirtschaftliche Fläche. Davon wurden 400 Hektar bereits vor einigen Jahren für die Siedlungen beschlagnahmt. Den Einwohnern von El-Khader ist durch eine Anweisung der israelischen Militärregierung untersagt worden, außerhalb des Dorfzentrums neue Häuser zu errichten, so daß vielfach zwei oder drei Familien in einem beengten Haus zusammenleben müssen. Hier ist also längst die Schmerzgrenze überschritten worden.

In Efrat ist man in einer ungleich günstigeren Situation. Die Siedlung, so hieß es unlängst in einer Reportage, vermittle den Eindruck von "relativem Wohlstand, moderner Orthodoxie, Zahnärzten und Anwälten, von ‚Pragmatismus` und ‚Mäßigung`", sie sei eines der "most unsettlement-like settlements". Die meisten der 5000 Bewohner von Efrat arbeiten in dem 15 Autominuten entfernten Jerusalem. In Efrat lassen sich auch die inneren Widersprüche des israelischen Friedenslagers studieren. Hier nämlich entstand die

Chug-Techelet-Bewegung, die betont, sie unterstütze den Friedensprozeß, was allerdings nicht bedeute, daß sie für die vollständige Räumung aller besetzten Gebiete wäre. Die politische Plattform der Bewegung spricht sich für den Abzug aus 80 Prozent von "Judäa und Samaria" aus, und - so der in Efrat lebende Ökonom Ben Bansker - "für das Behalten der Gebiete höchster strategischer Wichtigkeit und jener Gebiete, in denen relativ wenige Araber leben". Dabei wurde immer betont, daß man die Rechte der Palästinenser respektieren wolle. Bansker bemerkte, viele Bewohner von Efrat seien stolz auf ihre "relativ ruhigen Beziehungen zu unseren arabischen Nachbarn": "Ihre Weinstöcke und Oliven sind ein bedeutendes Hindernis für unser natürliches Wachstum, dennoch bleiben sie an Ort und Stelle, umsorgt von ihren Besitzern."

Diese Art von Kompromißbereitschaft hat nun jenseits der eigenen Grundstücksgrenze ihr Ende gefunden. Die "relativ ruhigen Beziehungen" endeten am 22. Dezember 1994 mit den auf Givat Hatamar - den Tamar-Hügel von El-Khader - vorrückenden Bulldozern. Der Plan zur Errichtung von Wohnungen für weitere 20.000 Siedler sollte anlaufen.

Strategie und Taktik

Als die israelischen Streitkräfte im Juni 1967 das Westjordanland und den Gazastreifen besetzten, wurde recht bald auch dort eine Besiedelung begonnen, die einem alten Rezept folgte. Abraham Granovsky (Granott), ein leitender Funktionär des Jüdischen Nationalfonds, hatte vor 65 Jahren geschrieben: "... wichtig wäre es, Boden in der Nähe von solchen Städten zu erwerben, in denen eine jüdische Bevölkerung noch nicht vorhanden ist, damit den Juden das Eindringen in diese Städte und die Gewinnung von wirtschaftlichen Positionen ermöglicht werde. In Nablus und Dschenin, in Ramleh und Akko, in Berseeba und Gaza - überall gibt es Siedlungsmöglichkeiten für die Juden, vorausgesetzt, daß man es versteht, in allen diesen Gegenden eine entsprechende Bodenpolitik zur Durchführung zu bringen ..." (Abraham Granovsky: Boden und Siedlung in Palästina, Berlin 1929, Seite 61)

Seit 1967 sind nach jener Strategie mehr als 130 jüdische Siedlungen in den besetzten Gebieten (Ost-Jerusalem nicht einmal eingerechnet) entstanden. Obwohl der Artikel 49 der Vierten Genfer Konvention ausdrücklich die Ansiedlung eigener Bevölkerung in einem besetzten Gebiet verbietet, wohnen derzeit (nach unterschiedlichen Angaben) zwischen 100.000 und 140.000 Israelis jenseits der israelischen Grenzen von 1949 (wiederum ohne Ost-Jerusalem zu berücksichtigen). Auf der Westbank sind 65 Prozent des Bodens, im Gazastreifen 50 Prozent mit Hilfe einer Vielzahl von militärischen Anordnungen (Military Orders) in israelischen Besitz überführt worden. Diese Politik des Diebstahls wurde von den Regierungen der Arbeitspartei begonnen und den Likud-Regierungen fortgesetzt.

Als im Juli 1992 nach dem Wahlsieg der Arbeitspartei Jitzchak Rabin an die Spitze der Regierung trat, entschied er als eine seiner ersten Amtshandlungen, keine Siedlungen mehr erweitern zu lassen. Das war u.a. zwar eine der unabdingbaren Voraussetzungen für eine politische Lösung, aber, wie sich schnell zeigte, vor allem ein reines Lippenbekenntnis - der Ausbau von 35 Siedlungen wurde fortgesetzt. Aufgrund dieses "Siedlungsstopps" gaben die USA im August 1992 Kredite in Höhe von zehn Milliarden Dollar frei, die zuvor wegen der offensiven Siedlungspolitik verweigert worden waren.

Am 23. Januar 1993 beschloß das israelische Kabinett, an die Stelle der Siedlungspolitik ein "Nationales Entwicklungsprogramm" zu setzen. Es beendete formal den Bau neuer und setzte statt dessen auf den Fertigbau bestehender Siedlungen. Noch 1993 wurden in den besetzten Gebieten erneut 5921 Hektar beschlagnahmt. Ungeachtet des von Rabin verkündeten "Siedlungsstopps" gab die israelische Regierung zwischen Oktober 1992 und September 1993 431 Millionen Dollar für Siedlungen aus.

Nicht einmal die Unterzeichnung des "Prinzipiendokuments" (DOP) durch Israel und die PLO am 13. September 1993 in Washington und des Gaza-Jericho-Abkommens vom 4. Mai 1994 haben zur Einstellung aller Siedlungsaktivitäten geführt. Bis Ende 1994 wurden erneut mehr als 6700 Hektar zu "militärisch geschlossenen Zonen" erklärt (einer bewährten Vorstufe zur Enteignung, verbannt sie doch die Palästinenser von ihrem Boden), wurden 762 Hektar für Straßenbau beschlagnahmt, weitere 700 Hektar sind zu "Naturschutzgebieten erklärt und damit ebenfalls der Verfügung der Palästinenser entzogen worden. Von den seit September 1993 insgesamt 70 Quadratkilometern enteigneten palästinensischen Bodens seien mittlerweile etwa zehn Quadratkilometer für Siedlungsbau genützt worden." In dem Dokument, das Wohnungsbauminister Ben-Elieser am 22. Januar 1995 der Regierung vorlegte, heißt es, daß 1994

umgerechnet 70 Millionen DM in den Ausbau der Siedlungen investiert wurden, und daß für 1995 erneut umgerechnet knapp 50 Millionen DM dafür vorgesehen sind.

Nun könnte man der israelischen Regierung mit Recht vorwerfen, daß sie sich mit der - zumindest Duldung - fortgesetzten Bodenraubs der Verletzung der mit der PLO eingegangenen Abmachungen schuldig macht. Aber weder DOP noch Gaza-Jericho-Abkommen enthalten eine klare Regelung hinsichtlich der Siedlungen. In diesen Dokumenten gibt es auch keine Passage, die explizit das Einfrieren der Siedlungstätigkeit verlangt. Im DOP vom 13. September 1993 fehlt jedweder Hinweis auf die Siedlungen. Lediglich Artikel VIII formuliert die alleinige israelische Zuständigkeit für die "umfassende Sicherheit der Israelis", also auch die Siedler in den besetzten Gebieten. Weitere Abgrenzungen der Verantwortlichkeiten zwischen Israel und den Palästinensern sollten später festgelegt werden. Das geschah mit dem Gaza-Jericho-Abkommen vom 4. Mai 1994. Aber auch hier blieb die Siedlungsfrage offen, wurde ihre Regelung auf die späteren endgültigen Vereinbarungen verschoben. Der Anwalt Raja Shehadeh kam in einer Analyse des Abkommens vom 4. Mai 1994 zu der Feststellung, es bewahre "lediglich den Status quo" und stelle in keiner Weise "den nach internationalem Recht illegalen Erwerb palästinensischer Ländereien durch Israel mit Hilfe der zahlreichen juristischen Manöver, die in den vergangenen siebenundzwanzig Jahren angewandt wurden, in Frage." (R. Shehadeh in: Journal of Palestine Studies, No. 92, Summer 1994, S. 21). Yoel Zinger, der leitende Rechtsberater des israelischen Außenministeriums sagte: "Ich sehe seit den Abmachungen von Oslo keinerlei Änderung in Israels Souveränität über das Land. Es gibt ein biblisches Recht und ein historisches Recht. Juden sind nach Palästina zurückgekehrt, nicht nach New York oder Moskau - weil sie zurück in ihr Heimatland kamen. Der gleiche Anspruch, den sie auf Tel Aviv hatten, war auch gleichermaßen relevant für Hebron und Nablus." Das ist nicht etwa die Meinung eines Führers einer rechtsextremen Splittergruppe, sondern des führenden Rechtsberaters der israelischen Regierung.

Was ist ein Kompromiß?

Vor diesem Hintergrund sind die Ereignisse um die Jahreswende in und um Efrat zu sehen. Die anscheinend eigenmächtige Aktion der Siedler provozierte einen Aufruhr in den besetzten Gebieten, sie schien gleichzeitig die Regierung Rabin in eine Schieflage zu bringen. Der "Kompromiß", den das israelische Kabinett beschloß, um angeblich sowohl Enteigner wie Enteignete zufriedenzustellen, war ein Akt der Entblößung, der die tatsächliche Politik klarlegte. Die Regierung untersagte die Bauarbeiten auf dem umstrittenen Hügel Givat Hatamar und gestattete statt dessen Bauarbeiten auf dem Hügel Givat Hazayit, der dichter an Efrat liegt. Givat Hazayit war für Bauarbeiten der öffentlichen Hand vorgesehen, und die sind nach dem Regierungsbeschluß vom Sommer 1992 untersagt gewesen. Givat Hatamar hingegen war als privates Bauland ausgewiesen. Privater Siedlungsbau aber ist - so wurde nun bestätigt - auch nach dem Bauverbot von 1992 weiterhin erlaubt! Der "zentrale Grund für das Einfrieren der Bauarbeiten" sei "die palästinensische Drohung, alle Verhandlungen mit Israel aufzugeben", meinte die Frankfurter Allgemeine. Wohingegen die Neue Zürcher Zeitung sicherlich richtiger lag, wenn sie schrieb: "Ein konsequentes Vorgehen gegen die Errichtung neuer Siedlungen kostete die israelische Regierung vergleichsweise wenig, weil dies ihren Standpunkt bezüglich der bereits bestehenden Ortschaften nicht berührte".

Den Aufschrei der Siedler-Extremisten, die den Regierungsentscheid als "Kapitulation vor dem arabischen Terror und der Gesetzlosigkeit" bezeichneten, beantwortete Rabin mit der Feststellung, niemand verbiete Bautätigkeit in bestehenden Siedlungen in "Judäa und Samaria": "Aber wenn man baut, dann neben den bestehenden Häusern. Man soll keine neuen Gebäude eineinhalb oder zwei Kilometer entfernt genau neben einem arabischen Dorf errichten." Die israelische Zeitung Haaretz meinte zudem (am 6.1.1995), um eine wachsende Zahl jüdischer Siedler jenseits der "Grünen Linie" unterzubringen, bedürfe es ja nicht neuer Flächen: "Schließlich gibt es keine Notwendigkeit, ein zusätzliches Viertel in Efrat zu bauen: der Platz könnte einfach die Zahl seiner Bewohner verdoppeln, indem man nach oben baut. Zwölfstöckige Wolkenkratzer in Beit El oder Ofra zum Beispiel könnten durchaus im Geiste von Oslo sein."

Außenminister Schimon Peres telefonierte nach dem "Kompromißbeschluß" mit Yasser Arafat und gab danach eine erstaunliche Erklärung ab: "Ich denke, zu diesem Zeitpunkt ist das (der Bau auf dem Land von El-Khader) unnötig. Es dient keinem Zweck. Es ist nicht die dringlichste Sache der Welt. Wir stehen am Beginn der zweiten Phase des Friedensprozesses. Man muß dafür sorgen, daß der Friedensprozeß unter vernünftigen Bedingen weitergeführt wird." Am 19. Januar 1995 trafen Arafat und Rabin erneut zusammen. Das Resultat

der Gespräche: "Die israelische Seite bestätigte, daß sie allen Siedlungsbau einfriert, behielt sich jedoch das Recht vor, einiges Land für den Bau neuer Straßen zu beschlagnahmen."

Der Straßenbau sei notwendig, so argumentiert die israelische Regierung, um den Truppenabzug (oder besser die Truppenumgruppierung) vor den geplanten Wahlen in den besetzten Gebieten durchführen zu können. Denn, so wird argumentiert, es gebe ansonsten einen unlösbaren Widerspruch zwischen der Forderung nach israelischem Abzug als Vorbedingung für Wahlen zu der palästinensischen Autonomiebehörde einerseits und der von Israel zu gewährleistenden Sicherheit der Siedlungen andererseits. Den könne man nur lösen, wenn man die Siedlungen durch ein neues strategisches Straßennetz miteinander verbindet. Der sicherlich gewünschte Nebeneffekt: Das Straßennetz macht eine Räumung der Siedlungen bei einer endgültigen Regelung noch unwahrscheinlicher. Dieser Straßenbau hat längst begonnen, so beispielsweise an der neuen Nord-Süd-Verbindung auf der Westbank, die alle palästinensischen Zentren umgeht, der sogenannten "Route 60". Eine Besonderheit dieser Straßen ist es, daß sie jeweils 50 Meter breit sind, und daß beiderseits jeweils in einem 150 Meter breiten Streifen keinerlei Gebäude stehen dürfen.

Neue Vertreibung?

Der Streit um den Hügel bei El-Khader und die jüngsten Debatten im israelischen Kabinett haben die Vorstellungen der israelischen Regierung über den Ausgang des Friedensprozesses deutlicher hervortreten lassen. Die kleinen, verstreuten und eigentlich "unrentablen" Siedlungen auf der Westbank sollen aufgegeben werden, wohingegen man die größeren Siedlungsblöcke in den bisherigen besetzten Gebieten dem israelischen Staatsland zuschlagen will. Dabei werden auch schon weitergehende Gedanken geäußert. So sprach sich der israelische Publizist Josef Goell für eine Räumung kleinerer jüdischer Siedlungen zum Ende der zweiten Etappe der Verhandlungen mit der PLO aus, fügte jedoch hinzu, "eine solche schmerzhafte und politisch riskante Konzession sollte nur im Austausch für einen gleichwertigen palästinensischen ‚Abzug` aus jenen Territorien gemacht werden, auf deren Besitz Israel als Teil einer endgültigen Übereinkunft beharrt." Dies würde in der Konsequenz die Vertreibung der gesamten palästinensischen Bevölkerung aus dem Umfeld der von Israel beanspruchten "Blöcke" bedeuten. Der Politikwissenschaftler Prof. Jon Simons von der Hebräischen Universität Jerusalem sieht folgendes Szenario: "Es wird zunehmend klar, daß es Regierungspläne für Blöcke jüdischer Siedlungen gibt, die in einer endgültigen Abmachung unter israelische Herrschaft kommen. Diese Blöcke schließen den Etzion-Block ein (zu dem Efrat gehört; K.P.), der eine Komponente für das angestrebte Groß-Jerusalem ist. Dies sind nicht so sehr Blöcke jüdischer Besiedelung, als vielmehr strategische territoriale Fesseln, die wenig Raum für palästinensische Selbstregierung lassen werden und die deren Gebiete auf isolierte Bantustan-Staaten reduzieren."

Daß es sich dabei nicht um utopische Pläne sondern um ein reales Programm handelt, ist in und um Jerusalem zu besichtigen. Da (Ost-)Jerusalem inklusive der seit 1967 eingemeindeten umgebenden Orte nach israelischem Selbstverständnis nicht Teil der besetzten Gebiete ist, sondern zum Territorium Israels gehört, erlegt man sich hier keinerlei auch taktisch motivierte Selbstbeschränkung auf. Bereits im November 1994 hat die Israel Land Administration einen Plan zum Bau von 30.000 neuen Wohnungseinheiten in Jerusalem ab 1995 vorgelegt, von denen sich 13.820 auf jenem Gebiet befinden würden, das bis 1967 zur Westbank gehörte. Am 9. Januar 1995 enthüllte die israelische Bewegung "Peace Now" auf einer Pressekonferenz die Pläne zur Bildung eines "jüdischen demographischen Blocks" in und um Jerusalem, "der eine Enklave schafft, deren palästinensische Dörfer von dem Rest der Westbank abgeschnitten sind."

Am 10. Januar 1995, inmitten des Streits um den Ausbau von Efrat unternahm Jitzchak Rabin zusammen mit Bürgermeister Olmert (Likud) einen demonstrativen Rundgang durch Jerusalem. Bei der Gelegenheit sagte er, Israel werde auch bei einer endgültigen Übereinkunft mit der Palästinensern niemals das annektierte Ost-Jerusalem und auch keine "Schlüssel-Teile" der Westbank räumen. Rabin weigerte sich einen Stopp jeglicher Siedlungstätigkeit zu erwägen. Er sei dazu nicht bereit, denn es gebe kein Gesetz in Israel, das den Bau von Häusern in bestehenden Siedlungen oder eines Kindergartens oder eines Kulturzentrums verbietet. Seine Minister aus der Meretz-Partei, die dem Friedenslager zugerechnet werden, beruhigte er anschließend mit der Zusage, man werde das Verbot der Bautätigkeit verstärkt durchsetzen.

Wenn sich der Beschluß vom 24. Januar über den Neubau von 2200 Wohnungseinheiten auch jetzt wieder angeblich ausdrücklich auf Jerusalem bezieht, so mag das zur Beruhigung der "Tauben" im Kabinett und im Parlament dienen. Aber was heißt "Jerusalem"? Rabin hat während der Debatte um den Efrat-Ausbau den

Meretz-Ministern versichert, es gebe offiziell weder den umstrittenen Begriff "Groß-Jerusalem" noch eine "Jerusalem Metropolitan Area". Sein Außenminister Schimon Peres setzte nach: "Groß-Jerusalem ist ein literarischer und nicht ein politischer Begriff." Weniger als zwei Wochen später war aus Literatur handfeste Bautätigkeit geworden. Denn der von Rabin nach dem Anschlag in Netanja verkündete neuerliche Siedlungsbau beschränkt sich nur verbal auf Jerusalem, tatsächlich aber bezieht er sich auf die Siedlungen Ma'ale Adumim im Osten und Givat Zeev im Norden der Stadt.

In Ma'ale Adumim, das außerhalb der (nach 1967 auf Kosten des Westjordangebietes beträchtlich ausgedehnten) administrativen Grenzen von Jerusalem liegt, ist die Bevölkerung zwischen Oktober 1992 und Dezember 1993 von 16.000 auf fast 20.000 Personen gewachsen. Im Juni 1994 forderten zwei Parlamentsabgeordnete -, einer vom Likud, der andere von der Arbeitspartei! - die Eingemeindung von Ma'ale Adumim und Givat Zeev, denn, so hieß es in ihrem Antrag, dies würde palästinensische Hoffnungen beenden, wieder Kontrolle über Ost-Jerusalem zu bekommen.

Ma'ale Adumim, Givat Zeev und die Siedlung Beitar waren schon in der Regierungserklärung vom Januar 1993 zu "Regionen höchster nationaler Priorität" erklärt worden. Es ist also eine faule Ausrede, wenn der Meretz-Abgeordnete Dedi Zucker sagte, die privaten Bauvorhaben in diesen Siedlungen seien entgegen den Intentionen der Regierung "von untergeordneten Beamten" gestattet worden, "auch staatliche Wohnungen, die nach dem Baustopp leer standen" seien "ohne Wissen der Regierung zum Kauf und zur Vermietung freigegeben worden". Zucker vermutete, "daß gewisse Beamte Regierungsbeschlüsse auf eigene Faust umgangen haben könnten".

Die Zeitschrift Challenge, die eine Strömung innerhalb der israelischen Linken repräsentiert, teilte allerdings nicht die Illusionen von Meretz. Wer erwarte, daß die Karte Jerusalems, die jetzt auf dem Verhandlungstisch liegt, nur das nach 1967 ausgeweitete Jerusalem zeigt, werde eine böse Überraschung erleben: "Viel wahrscheinlicher ist, daß es sich von Bet Schemesch und Modi'in im Westen (auf halbem Weg nach Tel Aviv) bis ein paar Kilometer vor Halhoul und Hebron im Süden, bis hinter Ramallah im Norden und bis auf einige Kilometer vor Jericho im Osten ausdehnt. Diese gewaltige Gebiet, das Israel üblicherweise als Metropolitan Jerusalem betrachtet, besteht aus etwa 1250 Quadratkilometern, von denen drei Viertel innerhalb der Westbank liegen. Die Wahrscheinlichkeit, daß dies die israelische Karte von Jerusalem sein wird, ergibt sich aus der Bautätigkeit, die in der weiteren Umgebung der Stadt stattfindet, sowie aus den wiederholten Stellungnahmen von israelischen Offiziellen wie Wohnungsbauminister Benjamin Ben Elieser und Premierminister Jitzchak Rabin."

Hinsichtlich Jerusalems und der dortigen Siedlungen gibt es offenbar einen weitgehenden Konsens in Israel bis weit hinein ins Lager der "Tauben". Als Umweltminister Jossi Sarid (Meretz) im November 1994 Ma'ale Adumim besuchte, sagte er leichthin, die rasante Entwicklung dieser Siedlung auf palästinensischem Boden "bricht nicht mein Herz". Er fügte hinzu, er sei durchaus der Meinung, man solle kleine, abgelegene Siedlungen auflösen, größere zusammenfassen, die übrigen aber als Blöcke bestehen lassen. Zu diesem müsse Ma'ale Adumim "als zentrale Siedlung in einem von zwei Siedlungsblöcken" gehören.

Kein Platz für Palästina

Eine der "Antworten" der israelischen Regierung auf den Bombenanschlag von Netanja war die Ankündigung, man werde - um die physische Unversehrtheit der Bürger Israels zu sichern - Israelis und Palästinenser voneinander separieren, durch den Bau eines elektronisch gesicherten Zaunes. Diese Trennungslinie soll nördlich von Tel Aviv an Israels früherer "Wespentaille" weithin östlich der sogenannten "Grünen Linie", also der Waffenstillstandslinie von 1949 bis 1967 verlaufen. Sie wird die Siedlungsblöcke um Jerusalem einzäunen und im Osten fast bis Jericho reichen. Die Jordan-Senke wird ebenfalls von den Palästinensern separiert. Außerdem wird die "Trans-Samaria-Traversale" unter israelischer Kontrolle verbleiben, ein Streifen von größeren Siedlungen wie beispielsweise Ariel und Straßen in west-östlicher Richtung quer durch den nördlichen Teil der Westbank. Die künftige Landkarte Palästinas, die dann durch den projektierten Zaun (geschätzte Kosten: 700 Millionen Dollar) Realität wird, folgt genau jenen Plänen, die die "Realisten" in der israelischen Regierung seit langem fordern. Wie der Londoner Guardian bemerkte, verstecke sich die Errichtung der endgültigen Grenze Israels durch "Kontrollpunkte, Zäune und Überwachungszonen (...) hinter der Sprache der Sicherheitsbedürfnisse". Das "strategische Ziel ist der Verwirklichung näher als je zuvor: eine

physische Trennung von Palästinensern und Israelis entlang einer Linie, mit der gewaltige Landflächen, die 1967 erobert wurden, praktisch von Israel einverleibt werden".

Was würde dann von Palästina übrig bleiben? Fünf winzige Fetzen Land, im Norden zwischen Tulkarem, Nablus und Jenin, in der Mitte ein Gebiet nördlich von Ramallah, im Osten um Jericho, im Süden um Hebron, dazu den von israelischen Siedlungen eingeschnürten Gaza-Streifen.

Die Reaktionen der Palästinenser sind heftiger geworden. Nach den Demonstrationen um El-Khader, an denen sich auch Friedenskräfte aus Israel beteiligt haben, kam es zu Protestaktionen in dem Dorf Kufr Dik bei Tulkarem, in Deir Istiyah bei Nablus, bei Zwaiyah, wo Siedler versuchten, die Siedlung Elkana auf Kosten der arabischen Nachbarn zu erweitern. In El-Bireh gingen die Palästinenser gegen Landenteignungen für eine strategische Straße vor. Die Aktionen kumulierten am 17. Januar 1995 mit einem Tag des Kampfes gegen den Siedlungsbau, zu dem zahlreiche palästinensische Organisationen aufgerufen hatten. Die jüngsten Beschlüsse des israelischen Kabinetts geben nun auch den "eigenmächtigen Beamten", die "auf eigene Faust" den Siedlungsbau forciert haben, den nötigen Rückenwind. Meretz-Minister Sarid begrüßte am 22. Januar, unmittelbar vor dem Bombenanschlag, Rabins Versicherung, es gebe kein "Groß-Jerusalem" und die Einstellung der Siedlungstätigkeit sei "real". Sarid betonte, man werde den Siedlern zeigen, "wer dieses Land regiert und wer bestimmt, was Gesetz ist ..." Die unmittelbar danach verkündete Fortsetzung der Siedlungstätigkeit läßt befürchten, daß von dem erstrebten Staat Palästina schließlich nicht mehr bleiben wird als einige winzige, lebensunfähige "Bantustans".

Chaim Weizmann, der spätere erste Ministerpräsident Israels, äußerte am 17. Dezember 1923 in einer Ansprache in New York: "Wenn Sie eine Karte von Palästina betrachten und die Methode verfolgen, nach der die ersten jüdischen Kolonien angelegt worden sind, wenn Sie ihre ganz besondere geographische Lage betrachten, (...) dann werden Sie finden, daß nach einem Gesichtspunkt strategischer Kolonisation vorgegangen wurde; sie befinden sich an den wichtigsten und interessantesten Punkten Palästinas. Politik besteht darin, sichere Machtpositionen zu schaffen, große oder kleine, die der weiteren Entwicklung als Sprungbrett dienen können, so daß diese Macht zu einer Gesamtsumme anwächst und sich entwickelt und sie dann einen wichtigen Aktivposten bei einer neuen Lage der Dinge bilden kann." (Chaim Weizmann: Reden und Aufsätze. Zionistischer Verlag Berlin 1937, S. 125)

Quellen

Soweit nicht anders angegeben div. Ausg. der Monate Juli 94 bis Januar 95 von: Biladi - The Jerusalem Times; Challenge; The Guardian; Frankfurter Allgemeine Zeitung; The Independent; The Jerusalem Post - int. ed.; Middle East International; Neue Zürcher Zeitung; Süddeutsche Zeitung; Tagesspiegel; The Times.

7. Colbys Erzählungen. Italien gestern und heute: die CIA, Gladia und die "rote Gefahr"

Italien gestern und heute: die CIA, Gladio und die "rote Gefahr"

Autor: Js. · Rubrik: Geheimdienste; Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak375/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:375:03

50 Jahre nach Kriegsende findet in den Kulturteilen italienischer Zeitungen und Zeitschriften eine Geschichtsdebatte besonderer Art statt. "Die Italiener und der Kommunismus" ist das Thema, das die römische Tageszeitung La Repubblica auf eine besonders einprägsame Formel bringt: "50 Jahre Ängste" - Ängste vor dem Kommunismus. Das Wochenmagazin L'Espresso druckt neue Dokumente über die politisch-militärische Konterrevolution in den vierziger und fünfziger Jahren ab. Der Mailänder Corriere della sera schließlich fragt nach der tatsächlichen Brisanz revolutionärer Umtriebe gestern und heute und läßt einen Mann zu Wort kommen, der es wissen muß: der ehemalige CIA-Direktor William Colby, der zwischen 1953 und 1958 im politischen Koordinationsbüro der US-Geheimdienste in Rom Uncle Sams italienischen Freunden gegen die kommunistische Gefahr zur Seite stand.

Es war dies - damals - eine sehr reale Gefahr, findet Colby noch heute, und greift in der Rückschau auf die "heißen Jahre des Kalten Krieges" auf eine Reihe antikommunistischer Klischees zurück:

- den sowjetischen "Expansionismus";

- die von Stalin kommandierte "fünfte Kolonne" in Italien, den PCI;

- die stetig steigende Zahl bewaffneter kommunistischer Revoluzzer;

- die großzügige Finanzierung des Umsturzes durch Moskau.

Genaues über die unter direkter Anleitung US-amerikanischer Geheimdienste organisierte militärische Konterrevolution, insbesondere die Aufstellung der präventiven Bürgerkriegsarmee Gladio, will der Agent nicht gewußt haben. Er war seinerzeit für "Politik" zuständig und sollte insbesondere eine drohende "Erosion der Mitte" verhindern helfen. Colby "vermutet", daß es "zwei militärische Interventionspläne" gab: einen der USA und einen der NATO, der Italien seit April 1949 angehört - "es wäre dumm gewesen, sich nicht auf einen Notfall vorzubereiten", erklärt er seinen Gesprächspartnern und hebt stolz hervor: "Wir haben zur Sicherheit Ihres Landes beigetragen."

Die Redakteure des Corriere lassen sich von diesen eindeutigen Bekenntnissen nicht davon abhalten, Colby als "untypischen", weil "liberalen" Geheimagenten zu porträtieren, der sich vom "Falken" zur "Taube" gewandelt habe. An die eindeutigen historischen Fakten zu erinnern, hält das Mailänder Bürgerblatt nicht für opportun. Die staatstragende Legende, daß die Erste Republik sich der Umsturzpläne der Kommunisten erwehren mußte, soll auch weiterhin erhalten bleiben. Die vom PCI schon 1944 vollzogene "Wende von Salerno", d.h. die Absage an die Revolution, wird Colby ebensowenig entgegengehalten wie die Selbstverleugnung der italienischen Kommunisten gegenüber dem Vatikan. Auf Druck von Palmiro Togliatti, PCI-Sekretär von 1927 bis 1964, akzeptierte die Partei 1948 die Übernahme der Lateranverträge, in denen Mussolini 1929 mit dem Vatikan ein Tauschgeschäft vereinbart hatte: die Anerkennung des geeinten Italien durch die Kirche gegen Entschädigungen an den Vatikan und die Bestätigung des Katholizismus als Staatsreligion. Togliatti wollte damit, so sein langjähriger sozialistischer Weggefährte Pietro Nenni, "zehn, zwanzig Jahre der Zusammenarbeit mit der Democrazia Cristiana" retten. Die einseitige Vorleistung wurde bekanntlich nicht honoriert. Der christdemokratische Regierungschef Alcide De Gasperi entließ im Mai 1947, wenige Monate nach seiner Reise in die USA, alle Minister der Linksparteien. Bis heute wurden der PCI und seine Nachfolgeorganisationen nicht wieder in die Regierung des Landes berufen.

Von den auch heute noch praktizierenden Antikommunisten unterscheidet William Colby sich insofern, als er seine Mission für längst erfolgreich beendet erklärt. Mit den Parlamentswahlen des Jahres 1958 war ihm zufolge der rote Spuk verschwunden: Die Volksfront von PCI und PSI war zerbrochen, die Democrazia Cristiana kam auf 42,4% (1953: 40,1%), der PCI stagnierte bei 22,7% (22,6%). Nach dem mißlungenen Versuch, die Neofaschisten als neue Partner der DC ins Spiel zu bringen (Tambroni-Krise 1960), begann die christdemokratische Öffnung nach links. Im Dezember 1963 traten unter Ministerpräsident Aldo Moro (DC)

erstmals die Sozialisten, die schon seit 1960 die christdemokratische Minderheitsregierung Fanfani toleriert hatten, in die Regierung ein.

Das neue Mitte-Links-Bündnis (Centro-sinistra) wurde in Washington mit größtem Mißtrauen betrachtet. Die bis 1956 mehrheitlich philosowjetische sozialistische Partei wurde auch nach dem Bruch mit den Kommunisten als "trojanisches Pferd des PCI" betrachtet. In Abgrenzung zu solchen ideologischen Vorbehalten präsentiert Colby sich als Realist, der auch die Sozialdemokratisierung der italienischen Kommunisten schon in den siebziger Jahren erkannt haben will (vgl. nebenstehenden Kasten).

Mit solchen Äußerungen macht sich der ehemalige CIA-Chef zum Kronzeugen gegen Berlusconi, der seinen letztjährigen Wahlkampf vor allem mit dem Verweis auf die kommunistische Gefahr bestritten und sich selbst als Retter aus der Not angeboten hatte. Das antikommunistische Fundament der Ersten Republik wird durch Colbys Erzählungen nicht angetastet, im Gegenteil: Die geheimen und durchweg illegalen konterrevolutionären Umtriebe werden, zumindest bis zum Jahre 1958, gerechtfertigt. Und sie werden verharmlost. Die CIA habe "niemals die Rechten, die Monarchisten und Neofaschisten, unterstützt", behauptet Colby - wider besseres Wissen und ohne von seinen Interviewern wegen dieser Lüge festgenagelt zu werden.

Der schwarz-braune Kern

der Bürgerkriegsarmee Gladio

Um den Jahreswechsel bereicherte das Wochenmagazin L'Espresso die Debatte um Enthüllungen, die den Start der italienischen Nachkriegsdemokratie alles andere als ruhmreich erscheinen lassen. Daß 1945 nur ein halbherziger Bruch mit dem Faschismus vollzogen wurde, ist keine neue Entdeckung. Anhand von älteren Dokumenten der US-Geheimdienste, die im Dezember auf Beschluß der Clinton-Regierung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden, lassen sich nun einige bisher vermutete Kontinuitäten nachweisen.

So wird deutlich, warum die italienische Sektion der antikommunistischen Bürgerkriegsarmee, die ab Kriegsende von den US-amerikanischen Geheimdiensten OSS und CIA in fast allen Ländern Westeuropas aufgebaut worden waren, den Namen "Gladio" trug: Das Kurzschwert der römischen Legionäre, gladius, war das Zeichen der Decima Mas oder X Mas, der Bürgerkriegsformation der faschistischen Repubblica Sociale von Salò am Gardasee. Angeführt wurde die Truppe von dem Prinzen Junio Valerio Borghese, der sich zwischen 1943 und 1945 bei der Bekämpfung der Partisanen hervorgetan hatte und im Dezember 1970 noch einmal als Kopf eines auf halbem Wege gestoppten Rechtsputsches von sich reden machte. Die Geheimorganisation X Mas bestand auch nach der Niederlage des Faschismus weiter, half Faschisten beim unauffälligen Wiedereintritt in die postfaschistische Gesellschaft und bereitete sich auf bewaffnete Aktionen gegen die Linken vor.

Eben diese Leute wurden vom Office of Strategic Services (OSS), aus dem 1947 die Central Intelligence Agency (CIA) hervorging, als zukünftiger Kern von Gladio angeworben. Eine durchaus begründete Wahl, kommentiert L'Espresso, handelte es sich bei den X-Mas-Kämpfern und zukünftigen Gladiatoren doch um "eindeutig antikommunistische Elemente", die zudem "für Guerilla- und Sabotageaktionen optimal ausgebildet" waren. Daß die Schlächter der Partisanen und Kollaborateure der Endlösung zur selben Zeit rekrutiert wurden, da andere Faschisten vor Gericht gestellt und zum Teil sogar verurteilt wurden, durfte natürlich nicht publik werden.

Heute, 50 Jahre später, scheint Geheimhaltung nicht mehr nötig. Auch der "Mini-Putsch", den die CIA 1957 in der von italienischem Territorium umschlossenen Republik San Marino anzettelte, wird vom L'Espresso detailgenau nachgezeichnet. Bei dieser längst vergessenen Episode flossen enorme Summen, mit deren Hilfe die Christdemokraten Italiens und San Marinos die gewählte sozialistisch-kommunistische Regierung des Kleinstaates ihrer parlamentarischen Mehrheit beraubten. Die US-Botschaft in Rom forderte nach getaner Arbeit vom State Department weitere 1,28 Mio. Dollar zum Ausgleich von San Marinos Staatsdefizit. Eindringlich wurde vor der Geringschätzung der Angelegenheit San Marino gewarnt: "Die Botschaft ist sich bewußt, daß San Marino auf dem weiten politischen Horizont eine winzige Sache ist, aber sie meint auch, daß - wenn es uns nicht gelänge, San Marino zu helfen - das als Gleichgültigkeit der Vereinigten Staaten gegenüber dem kommunistischen Problem und den Bedürfnissen unserer Freunde angesehen würde. Auch wenn San Marino eine kleine Republik ist, so ist sie doch das einzige, ich wiederhole: das einzige Land, wo es

in den vergangenen 20 Jahren gelungen ist, den Eisernen Vorhang niederzureißen - auch, teilweise, dank unserer Ermutigung." (Note vom 18.3.1958)

Die begrenzte Öffnung der US-Archive dürfte noch manches zu Tage fördern, was die Legende vom totalen Bruch mit der faschistischen Vergangenheit nach 1945 widerlegt. Auswirkungen auf die aktuelle Politik werden diese Enthüllungen nicht haben. Die Mittäter und unmittelbaren Nutznießer der präventiven Konterrevolution sind entweder tot oder aus dem politischen Leben ausgeschieden, auch ihre Parteien existieren nicht mehr. Die Nachwelt lernt, daß damals nicht alles immer ganz fein zuging, die illegalen Machenschaften aber - irgendwie - durch den Erfolg auch gerechtfertigt werden. "Die kommunistische Gefahr existiert praktisch nirgendwo mehr", resümiert William Colby. Und die Faschisten tragen jetzt meistens weiße Hemden.

Js.

Quellen: Corriere della sera, 5.12.1994; La Repubblica, 29.12.1994; L'Espresso, 5.1. und 20.1.1995

Colby widerspricht Berlusconi

Vor etwas mehr als einem Jahr eröffnete Silvio Berlusconi den Wahlkampf mit antikommunistischen Haßtiraden:

"Unsere Linken geben vor, sich geändert zu haben. Sie behaupten, Liberaldemokraten geworden zu sein. Aber das ist nicht wahr! Ihre Männer sind immer noch dieselben, ihre Mentalität, ihre Kultur, ihre tiefsten Überzeugungen, ihr Verhalten sind dieselben geblieben. Sie glauben nicht an den Markt, sie glauben nicht an die Privatinitiative, sie glauben nicht an den Profit, sie glauben nicht an das Individuum. Sie glauben nicht, daß die Welt sich durch den freien Beitrag so vieler ganz verschiedener Menschen verbessern kann. Deshalb sind wir gezwungen, uns ihnen entgegenzustellen." (Silvio Berlusconi, Fernsehansprache am 26.1.1994)

William Colby setzt Berlusconis antikommunistischem Fundamentalismus eine sehr viel gelassenere Sichtweise entgegen:

"Meiner Ansicht nach hatte der PDS schon aufgehört, kommunistisch zu sein, bevor er den Namen wechselte. Ich denke, der PCI wandelte sich in den siebziger Jahren, mit dem Eurokommunismus. An einem bestimmten Punkt hat er sogar die NATO anerkannt, die freien Wahlen. Wenn es heute in der Welt eine Bedrohung gibt, dann ist es die der Nationalismen und der Faschismen. Eine kommunistische Gefahr gibt es in Italien sicherlich nicht mehr. Sie existiert in fast keinem Land mehr. Selbst diejenigen, die sich noch Kommunisten nennen, praktizieren den Kapitalismus. Und was bedeutet überhaupt kommunistische Gefahr nach dem Verschwinden der Sowjetunion?" (William Colby, Interview in Corriere della sera, 5.12.1994)

8. Namen, Daten, Fakten, Zitate zur Geschichte des MSI

Italiens Neofaschisten wechseln das Hemd

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak375/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:375:20

Italien hat nicht nur eine neue Regierung, sondern auch eine "neue" Partei: Nach mehr als 48 Jahren wurde in Fiuggi, 80 km östlich von Rom, der neofaschistische MSI aufgelöst und Alleanza Nazionale (AN) gegründet. Das alte MSI-Symbol, die lodernde Flamme, schrumpft im neuen Parteiemblem zur Fußnote. Den im letzten Jahr neu eingetretenen AN-Mitgliedern, die nicht dem MSI angehört haben (vor allem ehemalige Christdemokraten), werden die Hälfte der 500 Mandate in der "nationalen Versammlung" von AN reserviert. Unumstrittener Chef bleibt Gianfranco Fini, der zum Medienstar gewordene Juniorpartner Berlusconis. Für einen baldigen zweiten Anlauf beim Sturm auf den Regierungspalast stehen in der "Mitte" neue Bündnispartner bereit, die den bis vor etwas mehr als einem Jahr als nicht koalitionsfähig geächteten Neofaschisten eine endgültige demokratische Wandlung attestieren.

Rocco Buttiglione, Sekretär der aus der Democrazia Cristiana hervorgegangenen Volkspartei (PPI), hat auf dem AN-Kongreß unterschiedliche Eindrücke gewonnen. "Ziemlich eklig" sei der Kaffee gewesen, den Gianfranco Fini ihm im VIP-Raum angeboten habe. Ansonsten gab es für Buttiglione nichts zu nörgeln: In Fiuggi habe sich eine "demokratische Rechte" konstituiert, mit der das Zentrum "reden" könne, nein müsse. Gianfranco Fini, der mit wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen gewählte Sekretär von Alleanza Nazionale, habe einen "bedeutenden Schritt" Richtung Zentrum gemacht. Über die Absichten dieses "Zentrums" äußert sich Buttiglione in der üblichen Tarnsprache. Schon bei den Regionalwahlen dieses Frühjahr gelte es, ein "moderates Lager" aufzubauen.

Bündnispolitisch will er, nicht zuletzt mit Blick auf die innerparteilichen Kräfteverhältnisse, einstweilen mehrere Varianten zulassen. Aber die Richtung ist klar: Massimo D'Alema, der Sekretär der Linksdemokraten (PDS), "soll sich andere Verbündete suchen". Das erfolgreiche Mitte-Links-Bündnis der letzten Kommunalwahlen (vgl. ak 373, S.12) sei nach dem Amtsantritt der neuen Regierung der parteilosen "Techniker" nicht mehr nötig: "Wenn sich die Möglichkeit eröffnet, ein moderates Lager aufzubauen, gruppieren sich unser Wähler dort und ziehen uns in diese Richtung."

Und Buttiglione ist bereit, sich weit nach rechts "ziehen" zu lassen. Auf die Frage von La Repubblica (31.1): "Bis gestern haben Sie gesagt: Niemals mit Berlusconi, wenn er mit Fini zusammen bleibt. Und heute?" wird Buttiglione bemerkenswert deutlich: "Heute sage ich: Laßt uns reden, danach werden wir sehen."

Hemdenwechsel

Die von Alleanza Nazionale beschlossenen Positionen bedeuten keineswegs einen Bruch mit der MSI-Vergangenheit. Sie sind symbolischer Natur - und damit für die Gruppe der "Unnachgiebigen", deren Herz an Äußerlichkeiten hängt, nur schwer erträglich. Der am meisten umstrittene Satz des neuen Parteistatuts war von Gianfranco Fini schon im Mai letzten Jahres im Parlament ausgesprochen worden: "Der Antifaschismus war der historisch wichtige Moment für die Rückkehr der demokratischen Werte, die der Faschismus unterdrückt hatte."

Diese Formulierung wurde schließlich mit überwältigender Mehrheit angenommen, nachdem Fini den Delegierten ihre Unverzichtbarkeit für das weitere Fortkommen der Partei eingehämmert hatte. Mindestens ebenso entscheidend wie diese "realpolitische" Argumentation waren die Komplimente, die Fini den alten Kämpfern machte, den "unbezahlbaren Kameraden, die über siebzig jahre alt sind". Er sei sich bewußt, daß er gerade von ihnen viel verlange, schmeichelte Fini, "denn der MSI war eine menschliche Gemeinschaft, ein Eid auf die Treue und sichere Werte, eine laizistische Religion des Dienstes am Vaterland." In dieser "Schule der Moral" seien er und andere "zu Männern geworden". Aber jetzt sei der Zeitpunkt gekommen, "das Haus des Vaters zu verlassen".

Während einige Holzköpfe Verrat schrieen, flossen bei vielen die Tränen: Das gewünschte Abstimmungsergebnis war gesichert, einige allzu provozierend traditionsbewußten Hardliner sind isoliert und

aus der Partei gedrängt. Mit ihrem Vorhaben, den MSI "faschistischer denn je" (La Repubblica, 30.1.) neu zu gründen, werden es die Radaubrüder um Giorgio Pisanò bis auf weiteres nicht leicht haben. Der rechte Flügelmann und ehemalige MSI-Sekretär Pino Rauti zögert noch, Teodoro Buontempo (genannt "Er Pecora" - "das Schaf") bleibt trotz seiner Kritik an Finis "Nachgiebigkeit" bei Alleanza Nazionale. Solange eine erneute Regierungsbeteiligung der Partei in Aussicht steht, sind größere Abspaltungen nicht zu erwarten.

So läuft denn bisher alles planmäßig und entsprechend den von den potentiellen Bündnispartnern der "Mitte" gestellten Bedingungen. Nach getaner Arbeit war es Finis Kumpan Domenico Fisichella, der sogleich in die Offensive ging: "Jetzt ist die Zeit der Examen vorbei, jetzt sind wir es, die die anderen auf die Probe stellen werden!"

Js.

Quellen: Corriere della sera, L'Espresso, La Repubblica, La Stampa; alle Januar 1995

Namen, Daten, Fakten, Zitate zur Geschichte des MSI

1946: Gründung des Movimento Sociale Italiano ("Italienische Soziale Bewegung") in Rom. Der Name soll an die Repubblica Sociale Italiano von Salò (Gardasee) erinnern, die "Italienische Sozialrepublik", die von September 1943 bis zum 25. April 1945, dem Tag der Befreiung Mailands, als Marionettenregime von Hitlers Gnaden existierte. Parteisymbol ist die lodernde Fackel in den Farben der italienischen Trikolore über einem Katafalk mit den Buchstaben MSI. Zu den Gründungsmitgliedern gehören Arturo Michelini, Parteisekretär von 1954 bis 1969, und sein Nachfolger Giorgio Almirante, der politische Ziehvater von Gianfranco Fini.

1947: Per Gesetz wird die Neugründung der faschistischen Partei "in irgendeiner Form, sei es Partei oder Bewegung oder paramilitärische Organisation", unter Strafe gestellt. Almirante, im Oktober 1947 wegen Verteidigung des Faschismus in der Öffentlichkeit zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, wird wenig später amnestiert. Die von Justizminister Palmiro Togliatti, PCI-Sekretär von 1927 bis 1964, erlassene Amnestie für faschistische "Mitläufer" beruhte auf einem Deal mit den Neofaschisten, die dafür ihre Abstinenz von Putschversuchen der Monarchisten garantiert hatten.

1948: Bei der "Schicksalswahl" zwischen Christdemokraten und kommunistisch-sozialistischer Volksfront erreicht der MSI nur 2% der Stimmen.

1951: Der MSI beansprucht auf Wahlversammlungen in Sizilien "das Mittelmeer als mediterranen Lebensraum Italiens" und fordert eine "Rückkehr an die Arbeit in Afrika", den einstigen Kolonien. Die Partei bringt es auf elf Sitze im sizilianischen Regionalparlament.

Der christdemokratische Innenminister Mario Scelba legt einen Gesetzentwurf vor, um den MSI und seine paramilitärischen Organisationen aufzulösen. Das Gesetz ("Legge Scelba") wird schließlich 1953 verabschiedet, aber nicht angewandt.

1952: Der MSI revidiert seine bisherige Ablehnung der NATO.

1953: Der MSI kommt bei den nationalen Wahlen auf 5,9% der Stimmen und stellt 24 Deputierte sowie neun Senatoren.

1956: Aus Protest gegen den "gemäßigten" Kurs der Parteiführung spaltet sich Pino Rautis Gruppe Ordine Nuovo ("Neue Ordnung") vom MSI ab.

1957: Die Überführung von Mussolinis Leichnam an seinen Heimatort Predappio wird zu einer unübersehbaren faschistischen Manifestation.

1960: Der christdemokratische Regierungschef Ferdinando Tambroni läßt seine Minderheitsregierung vom MSI tolerieren. Nach der Einberufung des MSI-Parteitags in die antifaschistische Hochburg Genua kommt es im Juli dort und anderswo zu militanten Massenprotesten. Die Regierung eskaliert die Auseinandersetzung bis zum Bürgerkrieg. Elf Antifaschisten werden von der Polizei getötet. Die Regierung Tambroni tritt zurück, das Experiment einer christdemokratischen Öffnung nach rechtsaußen ist mißglückt.

1962: Der MSI ermöglicht die Wahl des Christdemokraten Antonio Segni zum Staatspräsidenten. Über die entsprechende "Belohnung" schreibt La Repubblica: "Als Ausgleich dringt die MSI-Rechte in das Herz der Staatsapparate ein", insbesondere Geheimdienste und Carabinieri.

1964: Das Magazin L'Espresso enthüllt den "Piano Solo", den Putschplan des Geheimdienst-, dann Carabinieri-Generals Giovanni De Lorenzo. Erst 1967 entlassen, sitzt De Lorenzo von 1972 bis zu seinem Tode im Jahre 1973 als neofaschistischer Abgeordneter im Parlament.

1969: Giorgio Almirante übernimmt nach dem Tode Michelinis den Parteivorsitz. Pino Rauti und seine Gefolgsleute kehren in die Partei zurück. Rechtsterroristen verfolgen die terroristische "Strategie der Spannung": Einschüchterung der Linken, die die Straßen und Plätze beherrschen, durch Morde und Bomben. Zwischen 1969 und 1990 fallen weit mehr als 100 Menschen dem faschistischen Terror zum Opfer. Gegen Almirante und Rauti wird mehrfach wegen des Verdachts der Beteiligung an Bombenanschlägen ermittelt - ergebnislos.

1970: Der MSI schürt die Revolte in Reggio Calabria, das seinen Status als Hauptstadt der Region an Catanzaro abgeben soll. "Boia chi molla" ("ein Henker, wer nachgibt") lautet der - heute von den rechten "Ultras" wieder verwendete - Slogan des MSI.

1971: Der Christdemokrat Giovanni Leone wird mit den Stimmen des MSI zum Staatspräsidenten gewählt.

1972: Die Reste der monarchistischen Partei PDIUM schließen sich dem MSI an, der fortan den Zusatz DN (Destra Nazionale -Nationale rechte) im Parteinamen führt. Bei den Parlamentswahlen landet der MSI-DN mit 8,7% knapp hinter der drittstärksten Partei, den Sozialisten (9,6%). Um die Partei regierungsfähig zu machen, erklärt Almirante Freiheit und Demokratie zu den "erstrangigen und unverzichtbaren" Werten. Gleichzeitig ruft er die jungen MSI-Militanten zum "Zusammenstoß mit den Kommunisten" auf und präzisiert: "Damit meine ich auch den physischen Zusammenstoß."

1983: Der sozialistische Ministerpräsident Bettino Craxi fordert, die Ausschlußpolitik gegen den MSI zu beenden. Seitdem besuchen Vertreter anderer Parteien die Parteikongresse der Neofaschisten.

1984: Nach dem plötzlichen Tod Enrico Berlinguers kondoliert Almirante dem PCI.

1987: Almirante tritt zugunsten seines Zöglings Gianfranco Fini, damals gerade 36 Jahre alt, vom Parteivorsitz zurück. Fini erklärt auf dem MSI-Kongreß von Sorrento: "Ich lehne vom Faschismus das ab, was angeschimmelt ist: römische Grüße, schwarze Hemden, aber das Wort Faschismus macht mir keine Angst."

1990: Pino Rauti löst Fini als Parteisekretär ab und erklärt seine Bereitschaft zur Koalition auch mit Grünen, Sozialisten und Kommunisten. Mit seinem taktischen "Antikapitalismus" will er an die Ursprünge der faschistischen Bewegung anknüpfen.

1991: Fini wird erneut zum Sekretär des MSI gewählt. Zu Beginn des Bürgerkriegs in Jugoslawien proklamiert er: "In diesem historischen Augenblick kann und darf Italien nicht darauf verzichten, die Rückkehr Istriens und Dalmatiens zum Mutterland anzustreben."

1992: Der MSI stellt sich als selbsternannte "Partei des Präsidenten" hinter Staatsoberhaupt Francesco Cossiga (DC), der mit seinen rechtspopulistischen "Spitzhackenschlägen" gegen die Parteienherrschaft wütet.

Im Oktober - in beabsichtigter Nähe zum 70. Jahrestag des faschistischen "Marsches auf Rom" - marschieren 20.000 Neofaschisten durch Rom. Es ertönen Rufe wie "Duce, Duce" und "Viva il fascismo", Tausende recken den Arm zum "römischen Gruß". Die Polizei sieht tatenlos zu.

1993: Bei den Kommunalwahlen in Rom und Neapel erreichen die Bürgermeisterkandidaten des MSI, Gianfranco Fini und Alessandra Mussolini, die Stichwahl und unterliegen mit 46,9% bzw. 44,4% den Bewerbern der Linken nur knapp.

Silvio Berlusconi erklärt, er hätte in Rom Fini die Stimme gegeben.

1994: Berlusconi verbündet sich im Norden des Landes mit der Lega Nord, in Mittelitalien und im Süden mit dem MSI, der unter dem Namen Alleanza Nazionale antritt.

Bei den Wahlen im März erringt der Rechtsblock die Mehrheit der Mandate in der Abgeordnetenkammer. Alleanza Nazionale, mit 13,5% drittstärkste Partei hinter Forza Italia und dem PDS, erhält in der Regierung Berlusconi drei Ministerposten.

Js.

Quellen:

ak 361 (15.12.1993), S. 11

La Repubblica, 26.1.1995

Jens Renner: Der Fall Berlusconi. Rechte Politik und Mediendiktatur, Göttingen (Die Werkstatt) 1994

Petra Rosenbaum: Neofaschismus in Italien, Frankfurt/Köln (EVA) 1975

9. Wer gab den Mordauftrag? Wird Spaniens "Antiterrorgruppe" zur Zerreißprobe für die Regierung Gonzáles?

Autor: Rainer Wandler · Rubrik: Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak375/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:375:04

Einmal mehr ist der jahrelang gegen die baskische Befreiungsbewegung ETA geführte schmutzige Krieg ins öffentliche Interesse geraten. Die Anklagen und Vorwürfe von Richter Baltazar Garzón, die Spaniens Regierung gerne als Spinnerei eines Profilierungssüchtigen abtut, sind seit langem bekannt. Neu sind nun die Verhaftungen des ehemaligen Zivilgouverneurs der baskischen Provinz Bizkaia und späteren Staatsschutzchefs Julián Sancristóbal, des Polizeichefs von Bilbao Francisco Alvarez und des Ex-Chefs der geheimdienstlichen Abteilung, Miguel Planchuelo. Richter Garzón untersucht jetzt, was die Presse bereits vor Jahren aufdeckte: "La Trama del GAL". Die Seilschaft der als "Antiterroristischen Befreiungsgruppen" (GAL) operierende internationale Söldnertruppe reichte bis weit in die Regierungskreise hinein. Auf ihr Konto lassen sich Entführungen, Bombenanschläge und Morde im französischen Teil des Baskenlandes verbuchen.

1982 war das Ende der bewegten Jahre des Übergangs von der Franco-Diktatur, die mit dessen Tod 1975 endete, zur Demokratie. Der Demokratisierungsprozeß, der am 23. Februar 1981 durch die bewaffnete Besetzung des Parlamentes und den Versuch der Machtübernahme durch Teile der Polizeitruppe Guardia Civil unter Coronel Antonio Tejero fast erstickt worden wäre, fand im Oktober 1982 in der Wahl des jungen Felipe González, Präsidentschaftskandidat der sozialistischen PSOE, mit zehn Millionen Stimmen seinen Abschluß.

Der Innenminister der neuen Regierung, José Barrionuevo, erbte einen alten Konflikt: die Unabhängigkeitsbewegung im Baskenland. Fast täglich kam es zu Anschlägen der bewaffneten Befreiungsorganisation ETA im gesamten spanischen Staatsgebiet. Die Polizeispitze rekrutierte sich aus den ehemaligen Mitgliedern der frankistischen Geheimpolizei Brigada Politica Social. Das Militär war alles andere als demokratisch gesinnt. Euskadi glich einem besetzten Land. Kasernen hinter Sandsackbarrikaden, Straßenkontrollen und Razzien in den Dörfern und Städten der Nordregion gehörten ebenso zur Tagesordnung wie die Demonstrationen für den Abzug von Polizei und Militär. Im Kampf dagegen schien der Regierung jedes Mittel recht, wie der Fall Arregui zeigt: Eine Handvoll Madrider Polizisten mußte sich wegen des Todes des Etarras Joseba Arregui während des Verhöres vor Gericht verantworten. Zu offensichtlich waren die Folterspuren.

Im Ausland, insbesondere in Frankreich, bestärkte dies die Einschätzung, daß Spanien noch weit von einem demokratischen System entfernt sei. Flüchtige Basken und Baskinnen würde Asyl gewährt, so die Regierung in Paris. Das Nachbarland diene als Rückzugsgebiet und Operationsgrundlage für ETA, hielt Madrid dagegen, es ermögliche der Organisation die Eintreibung der Revolutionssteuer von spanischen Unternehmern aus dem französischen Teil des Baskenlandes.

Anstatt den Forderungen ETAs nach mehr Unabhängigkeit nachzugeben, beschloß die spanische Polizei, auf der französischen Seite der Pyrenäen selber für Ordnung zu sorgen. Nach der Entführung des als Geheimdienstagenten beschuldigten Militärs Alberto Martín Barrios durch ETA-AktivistInnen nahm die französische Polizei am 13. Oktober 1983 den Inspektor der spanischen Nationalpolizei, Jesus Alfredo Gutiérrez Arguelles, und die Mitglieder der Sondereinsatztruppe GEO, Javier López Bayeu, José María Rubo García und Sebastián Sotos García fest, als sie versuchten, den mutmaßlichen Etarra José María Larretxea Goñi zu entführen. Sie hatten Larretxea mit ETA Führer José Antonio Mugika Arregui verwechselt, den sie nach Spanien verschleppen wollten, um ihn zur Entführung von Martín Barrios zu verhören. Fransisco Alvarez, damaliger Polizeichef in Bilbao und jetzt von Richter Garzón im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen die GAL verhaftet, erreichte die Freilassung der Beschuldigten. Trotz seines Ehrenwortes stellten sie sich aber nicht der französischen Justiz.

Lateinamerikanische Verhältnisse

In der gleichen Woche verschwanden die baskischen Flüchtlinge Lasa und Zabala spurlos. Die gestellte Anzeige wird bis heute von der französischen Polizei ignoriert. Auf Demonstrationen, die forderten, das

Verschwinden der beiden aufzuklären, wurden die im Lande herrschenden Zustände mit der Praxis in lateinamerikanischen Diktaturen verglichen. Nur zwei Monate später kam es zu einer erneuten Entführung in Frankreich. Opfer war der Unternehmer Segundo Marey. Nach einem zehntägigen Verhör in Spanien wurde er in den französischen Pyrenäen nahe der Grenze freigelassen. Die Verantwortung für diese Aktion übernahm die bis dahin unbekannte "Antiterroristische Befreiungsgruppe" GAL. "Jede Aktion seitens der Terroristen wird beantwortet werden. Wir werden nicht ein einziges Opfer vergessen", heißt es im Bekennerschreiben. Und an die französische Regierung gerichtet: " Hiermit tun wir kund, daß wir französische Interessen in Europa angreifen werden, da Frankreichs Regierung dafür verantwortlich ist, daß die Terroristen auf ihrem Staatsgebiet unbehelligt agieren können."

Die GAL machte ihre Drohungen wahr. 40 Attentate in den folgenden drei Jahren zeugen davon. Der Gruppe werden bis zu 28 Morde zugeschrieben. Die Zahl der teils schwer Verletzten beläuft sich auf ein Vielfaches. Ziel waren immer baskische politische Flüchtlinge und deren Treffpunkte in Frankreich.

Die Rechnung ging auf, Frankreichs Regierung gab nach. 1984 kam es zu ersten Auslieferungen politisch verfolgter Basken. Belgien schloß sich noch im gleichen Jahr dieser Haltung an. 1986, ein Jahr nach dem Beitritt Spaniens zum Abkommen von Schengen, das die polizeiliche Zusammenarbeit zwischen Frankreich, Belgien, Holland, Deutschland und Luxemburg erheblich ausbaut, stellte die GAL ihre Aktivitäten ein.

Die Aussagen der beiden jeweils zu 108 Jahren verurteilten Ex-Polizisten José Amedo und Michel Domínguez gegenüber dem Ermittlungsrichter Baltasar Garzón bringen Erstaunliches an den Tag. Dank der Veröffentlichung der Memoiren der beiden Kronzeugen in der Tageszeitung "El Mundo" wird die Innenansicht der GAL einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Nach sechs Jahren Haft gaben Amedo und Domínguez ihre Entscheidung, die Spaniens Regierung in Aufregung versetzen sollte, bekannt: "Wir haben beschlossen zu reden, weil wir nicht als diejenigen in die Geschichte eingehen wollen, die die Korruption decken." Infolge der Aussagen gab es eine Reihe von Festnahmen. Richter Baltasar Garzón ließ den ehemaligen Zivilgouverneur der baskischen Provinz Bizkaia und späteren Staatsschutzchef, Julián Sancristóbal, den Polizeichef von Bilbao, Francisco Alvarez, und den Ex-Chef der geheimdienstlichen Abteilung, Miguel Planchuelo, in der Woche vor Weihnachten verhaften. Einen Monat später folgte ihnen Juan de Justo, Privatsekretär des Amtsnachfolgers von Sancristóbal. Rafael Vera befindet sich zusammen mit Barrionuevo, dem damaligen Innenminister und heutigen PSOE Abgeordneten, Vizcaya Ricardo García Damborenea, dem einstigen Vorsitzenden der baskischen Sozialisten in der Baskenprovinz und dessen Nachfolger, Ramón Jaurregui, einst Zivilgouverneur in Bilbao, ebenfalls im Visier der Justiz. Ermittelt wird außerdem gegen die zwei Polizeibeamten Julio Hiero und Francisco Sainz Ocesa aus dem Kommissariat in Bilbao, in dem die Fäden der GAL, so die bisherigen Ermittlungen, zusammenliefen.

Das ist eine hochrangige Liste, die aus einem Haufen rachsüchtiger Einzeltäter, die "tagtäglich ihr Leben im Kampf gegen den Terrorismus riskierten", wie es die Regierung gerne darstellt, eine innerpolizeiliche Truppe mit Führungsstrukturen bis auf Regierungsebene werden läßt. Für Amedo und Domínguez ist die Sache klar: "Für das, was wir im Zusammenhang mit der GAL unternommen haben, für jeden einzelnen Schritt hatten wir Anweisungen unserer Vorgesetzten. Alle Welt weiß, daß man in der Polizei nicht auf eigene Faust handeln kann." So sehen sie sich als Opfer, hineingezogen in Parallelstrukturen der Antiterrorismusabteilung der Polizei. Bis heute haben sie geschwiegen, um "den Staat nicht zu gefährden" und damit "ETA propagandistische Vorteile" zu verschaffen.

José Amedo war seit 1975 mit der Informationsbeschaffung über ETA-Flüchtlinge befaßt. Immer wieder unternahm er Ausflüge auf die andere Seite der Grenze. Aus dieser Zeit stammt sein Kontakt mit Guy Metge, Kommissar der französischen Grenzpolizei in Hendaya, einer Kleinstadt in Iparralde. Man freundete sich an und tauschte beim Wein, am Dienstweg vorbei, Wissen aus. Beiden kam dies sehr gelegen, da es keine offizielle Zusammenarbeit der Nachbarländer gab. Amedos Chef, Miguel Planchuelo, wollte den Informanten kennenlernen. Anfang 1983 kam es daraufhin zu einem Treffen in Bilbao unter der Anwesenheit des Polizeichefs von Bilbao, Francisco Alvarez. Aus heutiger Sicht für Amedo die Geburtsstunde der GAL.

Von da an überschlugen sich die Ereignisse. Seine Vorgesetzten beauftragten ihn immer häufiger, Geld für Metge mit über die Grenze zu nehmen, "bis er mich eines Tages auf ein Fest einlud. Ich fuhr nach Bayonne,

wo Metge mich abends in die Kaserne der Fremdenlegion mitnahm. Er stellte mich einer großen Anzahl von Leuten vor." Unter ihnen befand sich auch der Chef der Rekrutierungsstelle, Gerard Manzanal Pan, der vier Jahre später am 1. März 1987 in Frankreich im Zusammenhang mit der GAL verhaftet wurde. Wie in den meisten Fällen wurde das Verfahren gegen ihn mangels Beweisen eingestellt. Manzanal stellte Amedo Kommissar Jaque Castets vor, der dank seiner Arbeit bestens über die baskischen Flüchtlinge informiert war. Er beschäftigte als Klempner in seinem Haus Raymond Sanchis, der wegen der Entführung des Unternehmers Segundo Marey, der ersten GAL-Aktion in Frankreich, verurteilt wurde. In der gleichen Nacht lernte er ein weiteres Mitglied des Kommandos Marey, den Ex-Legionär spanischer Abstammung Pedro Sánchez, kennen. Bei Sánchez kam es nach dessen Festnahme nie zu einem ordentlichen Gerichtsverfahren, da er in der Haft schwer krank wurde und wenige Tage nach seiner Freilassung starb. Seine Komplizen waren davon überzeugt, daß er vergiftet worden war. Sánchez hatte der Justiz vor seinem Tod 35 Fotos von baskischen politischen Flüchtlingen, darunter alle späteren GAL-Opfer, gegeben. Die Fotos stammten aus dem Polizeiarchiv in Bilbao. In seinem Notizbuch hatte er fein säuberlich die Telefonnummer von Francisco Alvarez, Polizeichef in Bilbao, notiert.

Zurück in Bilbao wurde Amedo zum Rapport berufen. "Planchuelo bestellte mich zu einer Sitzung ein, auf der auch Sancristóbal und Alvarez anwesend waren. Sancristóbal hatte einen Koffer mit einer Million Francs bei sich, den er aus Madrid mitgebracht hatte. (...) Ich sollte 500.000 Francs an Metge übergeben." Sein französischer Freund verstand das Zeichen. Er war behilflich, das Kommando für die Entführung Marey zusammenzustellen. Zu diesem Zweck reisten er und Pedro Sánchez zusammen mit anderen Söldnern zu verschiedenen Treffen mit den drei höchsten polizeilichen Autoritäten in Bilbao: Alvarez, Planchuelo und Sancristóbal. Die GAL war gegründet.

Was wie eine billige Gangsterklamotte erscheint, wollen die beiden Kronzeugen jetzt als Wahrheit beweisen. Zu diesem Zweck wurden verschiedene handschriftliche Originale von GAL-Kommandoerklärungen vorgelegt. Auf einer tauchen zwei Wörter auf, die Sancristóbal angeblich selbst unter den Augen von Amedo eingefügt hat. Die von Richter Garzón bestellten Schriftgutachter bestätigen dies. Amedos Untergebener, Michel Domínguez, arbeitete für die GAL unter anderem als Übersetzer. Als Sohn spanischer Immigranten in Frankreich beherrscht er perfekt die Sprache des Nachbarlandes. Er legte das spanische Original einer GAL-Erklärung vor, deren Übersetzung er an französische Medien übermittelte. Die Schrift stammt aus der Feder von Miguel Planchuelo, das Papier aus dem Kommissariat in Bilbao. Leugnen hilft in diesem Falle nicht, deshalb tritt der Ex-Chef der geheimdienstlichen Abteilung die Flucht nach vorne an. Dies sei seine Handschrift, was allerdings gar nichts belege, er habe nämlich die Angewohnheit gehabt, alle GAL-Erklärungen abzuschreiben, um sie seinem Archiv beizufügen. Eine Ausrede, die vor Gericht wohl kaum Bestand haben wird. Des weiteren führten die Beiden Richter Garzón in verschiedene Wohnungen in Bilbao, die der GAL als Unterschlupf gedient hatten. Auch hier streiten Sancristóbal und Kumpanen alles ab. Die Polizei habe schon immer über Wohnungen für ihre verdeckten Ermittlungen verfügt, dies beweise nichts.

Richter Baltasar Garzón ermittelte weiter und förderte Erstaunliches zu Tage. Staatsschutzchef Sancristóbal verfügt in Genf über ein Nummernkonto mit 12 Millionen DM. Die Vermutung liegt nahe, daß ein Teil dieses Guthabens aus den Reptilienfonds des Innenministeriums zur Terrorismusbekämpfung stammt. Garzón nimmt derweilen die nächst höhere Ebene ins Visier. Vor einer Woche verhaftete er Juan de Justo, Privatsekretär des ehemaligen Antiterrorismusspezialisten Rafael Vera. Er soll für Amedo und Dominguez ebenfalls in der Schweiz Konten eröffnet haben, um so ihre Aktivitäten zu entlohnen. Der Schweizer Richter Paul Perraudin hat alle fraglichen Konten gesperrt. Es ist die Frage, ob Garzón in der Lage ist zu beweisen, daß dieses Geld tatsächlich aus dem Innenministerium stammte.

Reiner Wandler, Madrid

10. "Buy American"- Waffenexporte sollen Arbeitsplätze sichern

Autor: Norbert Glaser · Rubrik: US-Imperialismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak375/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:375:02

In seinem Bemühen, sich angesichts herber Niederschläge in anderen Politikfeldern zumindest wirtschaftspolitisch erfolgreich zu präsentieren, scheint US-Präsident Bill Clinton inzwischen fast jedes Mittel recht: Wie das Nachrichtenmagazin "Time" in seiner Ausgabe vom 19. Dezember 1994 unter Bezugnahme auf Regierungskreise schreibt, bereitet die Clinton-Administration gegenwärtig neue Richtlinien für den Rüstungsexport vor. Danach soll zukünftig als Grund für die Genehmigung von Waffenverkäufen die Sicherung des wirtschaftlichen Wohlergehens von US-Rüstungsfirmen gelten.

Noch im Wahlkampf 1992 hatte sich Clinton dafür ausgesprochen, Waffenverkäufe einzuschränken. Dieses Versprechen hatte er nach seiner Wahl zum Präsidenten ausdrücklich bekräftigt. Der sich abzeichnende Schwenk würde nahtlos in die allgemeine Politik der Clinton-Administration passen, das wirtschaftliche Wachstum und die Schaffung bzw. den Erhalt von Arbeitsplätzen um jeden Preis zu fördern.

Ein Abrücken der Clinton-Administration von den bisherigen, restriktiveren Bestimmungen für Rüstungsgeschäfte hatte sich bereits kurz nach der Amtsübernahme abgezeichnet. Wie "Time" berichtet, forderte das US-Außenministerium seinerzeit die US-Botschaften auf, sich für Waffengeschäfte genauso zu engagieren wie für landwirtschaftliche oder pharmazeutische Exporte. Handelsminister Ron Brown ging noch weiter, als er kurze Zeit später vor Vertretern von US-Waffenschmieden erklärte: "Wir werden mit Ihnen zusammenarbeiten und helfen, Käufer für Ihre Produkte auf dem Weltmarkt zu finden." Deren Vertreter weisen bei jeder sich bietenden Gelegenheit darauf hin, daß Waffenexporte Arbeitsplätze sichern, die industrielle Basis der USA erhalten und ihr in einer machiavellistischen Welt Macht und Einfluß in den internationalen Beziehungen sichern.

Bereits jetzt sind die USA die Waffenschmiede der Welt: Während der globale Waffenmarkt zwischen 1988 und 1993 von 67,9 Milliarden auf 31,9 Milliarden Dollar jährlich schrumpfte, ist der prozentuale Anteil der USA an diesem Geschäft in die Höhe geschossen. Entfielen auf sie 1986 nur 13 Prozent der weltweiten Rüstungsgeschäfte, zeichnen die USA "Time" zufolge inzwischen für 70 Prozent aller Waffenexporte verantwortlich. Daran entlarvt sich der pharisäerhafte Vorwurf nördlicher Regierungen, die Länder des Südens würden zuviel Geld für Rüstungskäufe aufwenden, anstatt es in die soziale Entwicklung ihrer Länder zu investieren. Nach wie vor wird das Gros der Waffengeschäfte auch mit Staaten abgewickelt, die sich nicht gerade als demokratische Musterländer hervortun: Bei den Empfängerländern von US-Waffen lag im Zeitraum 1990 bis 1993 Saudi-Arabien mit 30,4 Milliarden Dollar vorne, gefolgt von Taiwan (7,8 Mrd.), Ägypten (4,4 Mrd.), Kuwait (3,8 Mrd.) und Südkorea (3,7 Mrd.). Die Türkei folgte mit 3,3 Milliarden Dollar auf Platz sieben.

Verteidigungsminister William Perry gab bereits auf seiner Reise durch Lateinamerika im November 1994 zu verstehen, daß er über Wünsche Argentiniens und Brasiliens, moderne F-16 Jagdflugzeuge zu kaufen, nachdenken werde. Bislang hatte Washington solches Ansinnen stets abgelehnt. Bereits im April hatte die Administration das Tor zu einer neuen US-Politik ein Stück weit geöffnet, als sie Rüstungsfirmen wie "Ingalls Shipbuilding" und "Rockwell International" erlaubte, Gespräche mit potentiellen ausländischen Interessenten zu führen.

Länder, die sich keine neuen Waffen leisten können, bekommen vom Pentagon die älteren Modelle aus dem Arsenal des "Kalten Krieges" geschenkt. Aus der Sicht des Verteidigungsministeriums fördert das die engen Beziehungen zu ausländischen Militärs und erspart den US-Bürgern Millionen Dollars, die ansonsten für das Verschrotten der Waffen bezahlt werden müßten. Zu den Empfängern solcher Geschenke gehören Ägypten (700 M-60-Panzer und 1500 Maschinengewehre), Israel (15 F-15 Kampfflugzeuge), Mexico (48.000 M-1 Karabiner) sowie die Türkei (28 AH-1 schwere Helikopter, 800 M-60-Panzer, 72 fahrbare Haubitzen).

Seit dem Fall der Berliner Mauer 1989 haben die Vereinigten Staaten nach Angaben von "Time" Waffen im Wert von insgesamt 82,4 Milliarden Dollar verkauft; alle anderen Exportländer brachten es zusammen nur auf 66,8 Milliarden. Allein 1993 vereinbarten die USA Rüstungsgeschäfte im Gesamtwert von 22,3 Milliarden Dollar. Weit abgeschlagen folgen Rußland (2,8 Mrd.) und Großbritannien (2,3 Mrd.). Die Dominanz der USA auf dem internationalen Waffenmarkt hat zwei Ursachen: Den ökonomischen Niedergang Rußlands - und

damit den Wegfall des einst wichtigsten Rivalen - und die im Golfkrieg demonstrierte Leistungsfähigkeit der US-Waffen. Man muß deshalb kein Prophet sein, um davon auszugehen, daß die USA auch für die vorhersehbare Zukunft alle Konkurrenten weit hinter sich lassen werden.

Für viele US-Waffenschmieden sind Auslandsgeschäfte angesichts der Budgeteinsparungen beim eigenen Militär - und fehlendem Interesse an Rüstungskonversion - überlebensnotwendig. Gleichwohl bestehen Vertreter der Clinton-Administration darauf, schreibt "Time", daß Entscheidungen über Waffenverkäufe allein unter dem Gesichtspunkt der Erhöhung der Nationalen Sicherheit getroffen werden. Von einem getarnten Arbeitsbeschaffungsprogramm für die USA könne nicht die Rede sein. Doch die zweifelhaften Segnungen des Rüstungshandels sind nicht zu übersehen: Allein die 1993 abgeschlossenen Verträge werden 500.000 Arbeiter ein Jahr lang beschäftigen. Und die neue Politik könnte zusätzliche Darlehen im Wert von bis zu einer Milliarde Dollar für Waffengeschäfte mit dem Ausland beinhalten.

Kritiker dieser Politik weisen darauf hin, daß ein wachsender Teil der gekauften Waffen inzwischen bei den Auftraggebern produziert wird. So würden von 120 F-16 Jagdflugzeugen, die Südkorea bestellt habe, nur die ersten zwölf in Fort Worth (Texas) montiert, den Rest stelle das US-Unternehmen direkt in Südkorea her. Auf diese Weise trügen US-Steuergelder noch dazu bei, Arbeitsplätze in den USA abzubauen. Vor allem aber verschärfe die Politik der USA das regionale Wettrüsten. Zwei Drittel der Verkäufe gingen an Länder der "Dritten Welt" - darunter viele fragile autoritäre Regime.

Bereits jetzt spielen US-Waffen nach Angaben von William Hartung, Autor eines gerade erschienenen Buches über den US-Waffenhandel, in 39 der 48 bewaffneten Konflikte weltweit eine Rolle. Mittlerweile hat sogar ein Senatsausschuß zur Kenntnis genommen, daß militärische Ausrüstung aus den USA - etwa Hubschrauber - im Südosten der Türkei gegen die kurdische Minderheit eingesetzt wird.

Gegner der Waffenexporte kritisieren die Praxis der USA, von Fall zu Fall über Waffenverkäufe zu entscheiden. Dies öffne der Willkür Tür und Tor. Nötig seien einheitliche und verbindliche Richtlinien - etwa keine Verkäufe an undemokratische Regierungen. Denn die Waffengeschäfte können sich schnell als kontraproduktiv erweisen: Hartung betont, daß die Einsätze in Panama, Irak, Somalia und Haiti für die US-Soldaten gefährlicher geworden seien, weil der Gegner vorher Waffen, Training, militärische Technologie oder alles zusammen vom Pentagon erhalten hat. Und "Time" zitiert einen kürzlich erschienenen Bericht des militärischen Geheimdienstes: "In künftigen Konflikten", heißt es dort, "werden den US-Truppen mit großer Wahrscheinlichkeit eine zunehmende Zahl von Regionalmächten mit relativ ausgefeilter Waffentechnik gegenüberstehen." Die meisten dieser Waffen werden "Made in USA" sein.

Norbert Glaser

11. "Konterrevolution" in Rußland?

von Kai Ehlers

Autor: Kai Ehlers · Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak375/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:375:15

Nach Wochen erbitterter Versuche, die Schlächterei von Grosny als "innere Angelegenheit" Rußlands abzutun, mehren sich gegen Ende der Kämpfe die Stimmen, die von einer "Konterrevolution", "Reaktion" oder "Restauration" sprechen. Von Jelzins "Umkehr" ist die Rede, von seinem "Verrat" an den demokratischen Zielen, unter denen er angetreten sei.

Jetzt sind es die ehemaligen Bundesgenossen des so gescholtenen Präsidenten, allen voran Jegor Gaidar, bei Antritt von Boris Jelzin 1991 noch dessen bester Mann, die nun als Repräsentanten des "neuen Rußland" gelten. Über Nacht wurden sie zu "Garanten des Reformkurses", ihre Proteste gegen das tschetschenische Abenteuer Boris Jelzins zur "Friedensbewegung", die vergeblich gegen den Ausbruch des präsidentialen Wahnsinns und für Demokratie und Menschenrechte eintritt.

Die Tränen könnten einem kommen, wenn man das liest, aber tatsächlich bleibt das alles recht vordergründig. Boris Jelzin war 1991, als er Michail Gorbatschow ablöste, sowenig Demokrat wie er es heute ist. Er hat nichts "verraten" und ist nicht "umgekehrt", sein Weg vom Aufruf "Rußland den Russen", mit dem er 1991 den auf Zusammenhalt der sowjetischen Union festgefahrenen Gorbatschow ausstechen konnte, bis zu der von ihm selbst befohlenen gewaltsamen Niederwerfung der Souveränitätsansprüche einer Minderheit im Jahre 1995 ist vollkommen gradlinig und war von Anfang an absehbar.

Das Gejammere über den angeblichen "Verrat" hat nur die Funktion, die Illusionen, die man jahrelang über Boris Jelzin verbreitet hat, nun auf neue Gallionsfiguren zu verschieben - und weiterzumachen wie bisher, ja, mehr noch, um weitermachen zu können wie bisher. Wer Interesse daran hat, Wiederholungen - möglicherweise in immer schnelleren Folgen - zu vermeiden, muß statt dessen die Frage aufwerfen, was sich unter dem Stichwort der "Demokratisierung" seit Beginn der Perestroika Anfang der Achtziger tatsächlich abgespielt hat.

Es scheint, als ob die Entwicklung sich wiederholt: Zweimal wurde die Revolution verkündet, zweimal endete sie in einer Restauration. Das eine Mal war es der Aufbruch zum "Neuen Denken", der die Menschen zu Begeisterungstürmen hinriß, das zweite Mal war es der "demokratische Aufbruch". Auch er riß die Menschen mit. Die Skeptiker, die unter Gorbatschows "Neuem Denken" auf seine reale historische Funktion als Liquidator der Union und unter Jelzins "demokratischem Aufbruch" auf seine wirkliche Rolle als Ausverkäufer Rußlands hinwiesen, waren nicht gefragt.

Heute liegen die Dinge klarer: sozial- ökonomischer Kern, ja, man kann gut und gern sagen, das Wesen der Perestroika, das seit Anfang der Achtziger von kritischen Wirtschaftsgremien, allen voran die sog. Nowosibirsker Schule, mit Duldung der Partei ausgearbeitet wurde und für die Michail Gorbatschow dann ab 1985 als Generalsekretär antrat, war der Versuch einer Modernisierung der sowjetischen Gesellschaft unter dem Stichwort "Von der Tonnenideologie zur Intensivierung". Als Programm der "sozial-ökonomischen Beschleunigung" betrat sie die öffentliche Arena.

Dem Programm lag die Einsicht der sowjetischen Nomenklatura zugrunde, daß das Imperium des sowjetischen Kommando-Sozialismus die Grenze seiner Expansionsfähigkeit überschritten hatte. Die aus seiner Überdehnung resultierende Überzentralisierung hatte ein solches Ausmaß angenommen, daß die einzelnen Teile nicht mehr arbeitsfähig waren. Mehr noch, sie neutralisierte nicht mehr allein die Entwicklung neuer Kräfte von unten, sondern zuvor begann sie, in deren Zerstörung überzugehen.

Konkret gesprochen, konnte die landesübliche Art des industriellen Aufbaus in der Form von immer neuen, immer größeren Anlagen nicht weiter fortgeführt werden, sondern es mußte die vorhandene Produktionskapazitäten erneuert, intensiviert und ein innerer Markt geschaffen werden, wenn man den absehbaren Totalzusammenbruch, ja, die rein physische Verwandlung von nie erneuerten Produktionsstätten in Schrott vermeiden wollte.

Politisch kleidete sich diese Einsicht der Nomenklatura in die Formel der "Demokratisierung" und in die der "Dezentralisierung", in die der "Befreiung der Eigeninitiative" und der Verantwortung des Individuums. Es war der grandiose Versuch der herrschenden Schichten der damaligen Sowjetunion, mit einer allerletzten politischen Kampagne das Volk für die endgültige Überwindung der Kampagnenwirtschaft zu mobilisieren.

Das Volk verstand das als Kommando zur Überwindung der Kommandowirtschaft. In vielen Fällen wurden die Parolen zum sozialistischen Aufbau einfach durch jene für die "Demokratisierung", wurden die Ikonen Stalins, Breschnjews und Lenins, durch die Gorbatschows ersetzt.

Das Problem war: die Menschen nahmen die politische Losung, nämlich die der "Demokratisierung" auf; deren wesentlicher Gehalt, die Forderungen nach Intensivierung wurde jedoch weder verstanden, noch wurde er umgesetzt. Im Gegenteil: Die reale Bewegung, die Gorbatschow immer wieder mit Parolen wie "Handeln, handeln, handeln", "Disziplin, Genauigkeit, Verantwortung" usw. anzufeuern versuchte, fand nicht nur nicht statt; die vorhandenen Produktionskapazitäten und Potentiale der Arbeit zerfielen sogar noch weiter.

In dieser Schere wurde Michail Gorbatschows Kampagne für eine sozial-demokratische Modernisierung nicht nur unglaubhaft. Es fehlte ihr auch sehr schnell der effektive materielle Boden. Die Entstehung einer mittelständischen Schicht kleiner Unternehmer, Handwerker und Selbständiger wurde zwar offiziell propagiert, aber nicht gefördert, sondern abgewürgt.

Der Aufbruch zur Intensivierung der Volkswirtschaft im Interesse der Allgemeinheit verkam schon unter Gorbatschow zu einer Privatisierung in den Händen weniger, der alten Nomenklatura und weniger Neuer Reicher nämlich. Die Mehrheit der Bevölkerung wurde dagegen ihres früheren Schutzes durch das kollektive Eigentum beraubt.

Einfach gesagt: Das Ergebnis der ersten Phase der Perestroika war keine Intensivierung, keine Effektivierung, keine Beschleunigung des sozial-ökonomischen Wachstums, sondern im Gegenteil dessen Zerfall und weiteres Absinken der Arbeitsmoral bei gleichzeitiger Zunahme des politischen Zersetzungsprozesses der Union und des gesellschaftlichen Wertesystems generell. Die politische Folge: eine Rückwendung Gorbatschows, das Auftreten der alten Männer um Gorbatschow, die die Union mit einem Notstandsregime retten wollten, der sog. Putsch. Das war die erste Restauration, die auf eine Rückkehr zum Zentralismus orientierte.

Aber es war bereits zu spät. Der kollektive Konsens war bereits gebrochen, die Partei nicht mehr Herr der Lage, die alten Strukturen befanden sich bereits in Auflösung. Das Mobilisierungspotential des "Neuen Denkens" im Sinne einer langfristigen Erneuerung des Sozialismus war verbraucht. So konnte Boris Jelzin den zweiten Aufbruch einleiten, der mit der "Beschleunigung der sozial-ökonomischen Entwicklung" ernst zu machen versprach.

Soweit war Boris Jelzin Vollstrecker der ursprünglichen Intentionen Michail Gorbatschows. Aber anders als Gorbatschow trat Jelzin nicht mehr im Gesamtinteresse der sowjetischen Gesellschaft, verbal gar im Namen des zukünftigen Wohles der gesamten Menschheit auf. Er agierte vielmehr im Namen von Teilinteressen: "Rußland für die Russen" lautete die politische Parole, Liberalisierung der Preise und Privatisierung des Staatseigentums die sozial-ökonomische, mit der er Gorbatschow an die Wand drückte.

Die "Demokratisierung" war dabei von Anfang an nur noch Ideologie, nur noch Form. Freiheit war unter den Bedingungen der Gaidarschen Reform schon vom Ansatz her und auf Grund der bereits erreichten Differenzierung der Gesellschaft im Kern nur noch die Freiheit der Nomenklatura, bzw. der wenigen neuen Selbständigen, die sich unter den restriktiven Steuer- und Finanzverordnungen trotz aller Schikanen behaupten konnten.

Effektiv setzte die Gaidarsche Reform - allen Worten von Demokratie zum Trotz - den unter den Putschisten begonnenen Kurs der Re-Zentralisierung fort, ja, sie verschärfte ihn. Denn was die Putschisten nicht geschafft hatten, schaffte Gaidar: Er konzentrierte den Geldfluß des Landes in der Moskauer Finanz-Oligarchie, während er die Risiken und sozialen Lasten dezentralisierte.

Die Komitees für Privatisierung, die nach den Richtlinien arbeiteten, keinem Betriebskollektiv den Erwerb von Aktienmehrheiten an ihren Betrieben zu gestatten, die Steuerbüros und nicht zuletzt jene aus dem Boden sprießenden Gesellschaften, welche landauf, landab die Privatisierungsschecks aufkauften, zogen wie

gewaltige Staubsauger noch die letzten Rubel aus den entferntesten Winkeln der Dörfer und den verstecktesten Sparsocken von Dörflern und alten Leuten nach Moskau. Die sozialen Aufgaben dagegen wurden im selben Atemzug an die Ortsverwaltungen, die Städte, Bezirke und Gebiete abgegeben.

Zwei Beispiele mögen genügen: Die Kohlestadt Borodino, gut 25.000 Einwohner, gehörte in sowjetischer Zeit zu einer der reicheren Orte. Die Kohle ist dort leicht abbaubar, die Vorräte reichen noch für Jahrzehnte. Nach dem Auseinanderfallen der Union gilt Borodino als der größte Tagebau der russischen Föderation. Die ganze Stadt lebt von der Grube. Man war eine Familie, ein patriarchal organisiertes Kollektiv, wo jeder seinen oder ihren Platz, aber auch seine Versorgung hatte.

Im Einvernehmen zwischen Direktorium, Gewerkschaft und Stadtverwaltung bevorzugte man von den anfänglich noch in der Debatte befindlichen Privatisierungsmodellen jenes, das der Belegschaft erlaubt hätte, die Aktienmehrheit zu erwerben und so selbst über den Betrieb, das heißt die Geschicke Stadt, zu entscheiden.

Privatisiert wurde schließlich nach dem Modell, das eine Aktienmehrheit von Betriebskollektiven verhindert. Im Ergebnis hält Moskau heute die Aktienmehrheit und bestimmt, was im 3000 Kilometer entfernten Borodino zu geschehen hat. Als Herr der Grube läßt Moskau seit Jahren Kohle abfahren - bezahlt wird nicht. So können keine Löhne ausgegeben werden. Die sozialen Einrichtungen der Stadt, die früher von der Grube getragen wurden und als vorbildlich galten, verfallen.

Das Direktorium hält die Grube aufrecht, indem an befreundete Werke in der Umgebung, aber auch in der Mongolei oder in China Kohle im Tausch für Naturalien verschoben wird: japanische Recorder, chinesische Billigkleidung, Zement u.a.m. Dies wiederum gibt das Werk an die Belegschaft weiter, die ihrerseits sehen muß, was sie davon umschlagen kann. Die Wirtschaft ist auf Naturaltausch heruntergekommen.

Was mit Borodino im Großen geschieht, das geschieht mit den landwirtschaftlichen Betrieben, den früheren Sowchosen im Kleinen. Auch sie wurden zwangsprivatisiert, in Aktiengesellschaften überführt. Die Entwicklung privater Bauern wurde zur Alternative erklärt. Ergebnis: die bisherigen Verwaltungs- und Arbeitseinheiten der Sowchosen zerfallen, die Anlagen und die Felder verkommen; die Privatbauern, obwohl häufig die qualifiziertesten, beweglichsten und reichsten aus den ehemaligen Sowchosen oder den nahegelegenen Städten, kommen nicht in Gang. Ihnen fehlen Maschinen, ihnen fehlen die eigenen Absatzwege, ihnen fehlen die versprochenen Kredite.

Die Schere zwischen der Preissteigerung für Industrie- und Konsumware jeder Art auf der einen und den Preisen, die die Sowchosen wie die privaten Bauern für ihre Produkte erzielen können, zum anderen, hat darüberhinaus zur Folge, daß die einen wie die anderen mit Verlust arbeiten. Zudem werden ihnen unverhältnismäßige Steuern auferlegt. Sie müssen für die Aufrechterhaltung der sozialen, verkehrsmäßigen, kulturellen und sonstigen Einrichtungen aufkommen. Es ist klar, daß unter solchen Bedingungen nicht nur diese Einrichtungen - Schulen, Kindergärten, Straßen etc. pp., die früher die Sowchosen bauten - sondern die gesamte Landwirtschaft verkommen.

Dies alles geschieht, obwohl der wirtschaftliche Schaden in Bezug auf die Sowchosen, sowie die Perspektivlosigkeit der privaten Bauern offensichtlich ist, mit dem ausgesprochenen Argument, die Macht der Kollektive müsse gebrochen werden, denn sie seien die Wurzel allen Übels.

Der autokratisch organisierte Machtapparat des Präsidenten Jelzin, die auf eine Führerstruktur zugeschnittene und im Oktober 1993 mit Gewalt gegenüber den alten kollektiven Körperschaften der Mitbestimmung durchgesetzte neue Verfassung der russischen Föderation ist der politische Ausdruck dieser Entwicklung.

Der besondere Widerspruch dieser Politik liegt darin: Je mehr sie wieder zu zentralisieren versucht, um so mehr entblößt sie das Land von seinen Potentialen. Äußerster Ausdruck davon ist, daß in vielen staatlichen Betrieben, Instituten und Sowchosen schon seit mehreren Jahren immer wieder für Monate keine Löhne gezahlt werden. Die meisten sind ein halbes Jahr oder mehr mit den Zahlungen im Verzug. Das ist ein gewaltiger Kredit, der der Bevölkerung vom Staat abgenötigt wird. Weitere Gelder werden aus dem Verkauf der Ressourcen des Landes gezogen. Auch das wird in der Regel von beamteten Dienern des Staates betrieben.

Nahezu nichts von dem so zentralisierten Geld wird in die Produktion, sei es in die Landwirtschaft, sei es in die Industrie, investiert. Es geht in den Moskauer Finanzkreislauf, wo es nach dem Prinzip eingesetzt wird, aus Geld mehr Geld zu machen. Wenn nicht sofort konsumiert, wird es entweder als Handelskapital genutzt oder geht gleich in den Spekulationskreislauf ein, um dann irgendwann auf ausländischen Konten zu verschwinden. Kurz: Rußland ist heute weiter von einer Marktwirtschaft westlichen Typs entfernt als zu Beginn der sogenannten demokratischen Revolution. Eher ist es mit autoritären Oligarchien vom Typ des Iran, Indiens oder gewisser afrikanischer Länder zu vergleichen.

Nach drei Jahren einer solchen Politik löst sich die 91er Osmose zwischen demokratischen Sprüchen und der faktisch betriebenen Politik der monetaristischen Re-Zentralisierung nun in ihre Bestandteile auf: Demokratische Rechte, Dezentralisierung, Schutz der Menschenrechte und das Recht der Minderheiten auf eigene Entwicklung sinken zu Boden. Politik nach Art "Rußland für die Russen" und gewaltsame Rückwendungen zum alten Zentralismus steigen nach oben. Das ist die zweite Restauration. Der sozialdemokratischen folgt die demokratische, besser gesagt liberale Desillusionierung. Es ist so weit, daß die Mischung wieder einmal geschüttelt werden muß.

Aber es gibt noch einen wesentlichen Unterschied zwischen der ersten Restauration nach Gorbatschow und der jetzigen zweiten. Aus der Restauration am Ende der Gorbatschow-Ära führte der Weg nach Westen. Im Lande waren es die Hoffnungen auf eine schnelle Verwirklichung einer Konsumwirtschaft nach westlichem Muster. Sie veranlaßten die Menschen, Boris Jelzin zuzujubeln. Von außen kamen die Versprechungen des IWF, der Weltbank und der westlichen Politiker, die Michail Gorbatschow als "Zauderer" fallen ließen und auf das "Schockprogramm" setzten, das Jegor Gaidar aus Harvard mitbrachte und dann wortwörtlich in Jelzins erstes Regierungsprogramm umsetzte.

Diesmal trägt die Restauration klare anti-westliche Züge. Boris Jelzins Parteigänger, selbst noch in der abgemilderten Form Viktor Tschernomyrdins, heißen in der Bevölkerung heute "Ausverkäufer" und "Okkupanten", die Rußland dem Westen unterwerfen wollten. Forderungen nach Besinnung auf das Eigene, "Entwicklung der eigenen Kräfte" werden laut. Von diesen Stimmungen sind selbst früher überzeugte Westler inzwischen erfaßt.

Im positivsten Falle sind sie darauf gerichtet, die Produktion im eigenen Land, die tödliche Abhängigkeit vom West-Import durch Entwicklung der eigenen Wirtschaft abwenden zu wollen. Eine solche Wendung der Dinge entspringt einer unübersehbaren Notwendigkeit und wäre nützlich nicht nur für Rußland selbst, sondern letztlich auch für den Westen, dem schließlich nur ein Rußland nützt, das einen inneren Markt und eine kauffähige Nachfrage entwickelt. Das gilt auch für die übrigen GUS-Länder.

Bedauerlicherweise aber vermischen sich die rationalen Lagen dieser Stimmungen mit jenen ganz anderen, die der Gemütslage einer sich erniedrigt fühlenden Weltmacht, genauer ihrer früheren Repräsentanten und Nutznießer entspringen. Hier bestimmt die rückwärtsgewandte Sehnsucht nach verlorener Größe das Denken. Die reale Bewältigung der Krise wird dem untergeordnet, ja, aus diesen Kreisen erneuert sich der alte Impuls, die innere Krise durch erneute Expansion, mindestens aber Restauration des früheren Zustands, lösen zu wollen.

So sehnt man sich nach Rückwendung in unterschiedlichste Zeiten. Die einen wollen zurück in die Grenzen von 1914. Dort suchen sie die angebliche goldene Zeit des aufblühenden russischen Kapitalismus. Andere hoffen auf eine neue Revolution. Ihr Sinnbild ist immer noch Lenin, der mit einem großen Besen den Globus vom Kapitalismus reinigt. Die dritten sehnen sich zurück in die gloriolen Zeiten nach dem gewonnenen Zweiten Weltkrieg, als die Sowjetunion als Befreierin der Völker vom Faschismus gefeiert wurde. Noch andere wollen erneut an Chruschtschows Landreform ansetzen. Aus all dem ergibt sich ein widersprüchlicher, diffuser, aber mächtiger restaurativer Strom der Abwendung von der seit Beginn der Perestroika und speziell seit dem Antritt Boris Jelzins propagierten Öffnung nach Westen. Nicht nur wirtschaftlich, auch politisch hat sich Rußland unter Boris Jelzin, allem Anschein zum Trotz, dem Westen nicht angenähert, sondern sich von ihm entfernt.

Was ist falsch gelaufen? Oder mußte das alles so kommen? Nein, so wie es ein Fehler ist, den Sieg Stalins nachträglich für unvermeidbar zu erklären, sondern gefragt werden muß, wo es historische Knotenpunkte gab, an denen andere Entscheidungen möglich waren, so wird auch heute zu fragen sein: Wo waren andere Entscheidungen möglich?

Die Antwort ist klar und eindeutig, ohne daß dadurch Widersprüche, Konflikte und Fehlentwicklungen, die auf anderen Wegen möglich gewesen wären, damit automatisch für gelöst erklärt würden: Statt die vorhandenen kollektiven Strukturen, noch dazu mit einer "Schocktherapie" von heute auf morgen zu zerschlagen, ohne etwas Neues aufbauen zu können, wäre es nötig gewesen, an den vorhandenen Strukturen anzusetzen und darin - nicht statt dessen und daneben - gemischte Produktions- und Handels-, Sozialversorgungs- und auch Lebensformen zu entwickeln. Dies hätte bedeutet, an den Besonderheiten des von der russischen, dann der sowjetischen Geschichte geprägten euroasiatischen Raums anzusetzen. Es hätte bedeutet, seine kollektivistischen sozial-ökonomischen, ja, selbst in die Geografie inzwischen eingeschriebenen kollektiven Grundstrukturen als Ausgangspunkt der Reform zu akzeptieren, statt sie zerstören zu wollen, wie es ausdrücklich als Ziel der Gaidarschen Reform und der hinter ihr sichtbar werdenden westlichen Strategien entwickelt wurde.

Die Frage lautet heute also: War es Kurzsichtigkeit oder war es gewollte und bewußt eingeschlagene Strategie, was zu der heutigen Situation geführt hat?

Was Jegor Gaidar und die Mannschaft der russischen Reformer und Reformerinnen angeht, so wird man ihnen die Illusion, innerhalb von ein paar Jahren den Wechsel geschafft zu haben, zugestehen müssen. Allerdings zeugt die Illusion von einer starken Entfremdung gegenüber der Geschichte und den Bedingungen des eigenen Landes. Sie ist nur aus der prinzipiellen Ungeduld - und schließlich auch wieder aus einer besonderen russischen Tradition zu erklären, in der Veränderungen, Reformen, Revolutionen niemals von unten kamen, sondern immer von oben - und immer mehr oder weniger gewaltsam neben das Alte gesetzt wurden, während Bewegungen von unten systematisch niedergehalten und - wenn nötig - auch blutig niedergemacht wurden, wie es jetzt am Beispiel Tschetscheniens wieder vorexerziert wird. Diese Dynamik entspringt der besonderen russischen Geschichte, die keine durchwachsene Staatlichkeit von unten nach oben kennt, sondern sich immer im Extrem von oben und unten/ Moskau und "Dorf" entwickelt hat.

Für die westlichen Ratgeber muß die Frage anders beantwortet werden: Sie haben, das belegt eine umfängliche Studie zur Wirtschaft des damals noch Sowjetunion genannten euroasiatischen Raumes, die IWF und Weltbank 1989 vorlegten, die Besonderheiten der russisch-sowjetischen Entwicklung genauestens studiert - und sie benannt. Kollektivismus zum einen und Überindustrialisierung einer im Grunde agrarischen Grundstruktur zum zweiten war ihre Diagnose. Ihre Therapie: Zerschlagung der kollektivistischen Grundorganisation des Landes und Abbau der Überindustrialisierung, Konzentration auf Entwicklung der Landwirtschaft und Realisierung der bis dahin noch ungehobenen Ressourcen.

Es drängt sich der Eindruck auf, daß diese Ratschläge - und die an deren Umsetzung gekoppelten Hilfsangebote - keineswegs im Interesse der Sowjetunion, bzw. der heute in deren früheren Ausdehnungsbereich gebildeten Staaten liegt, sondern im Interesse der westlichen Kapitale. Das wäre bereits fatal genug, weil es die Gegenbewegung, wie jetzt in Rußland erkennbar, notwendigerweise hervorbringen muß.

Schlimmer aber scheint mir, daß auch die westlichen, speziell die amerikanischen, Berater Opfer ihrer eigenen Ideologie wurden. Ihr blinder Eifer gegen den "Kollektivismus" erwies sich als stärker denn ihr ökonomisch begründeter Pragmatismus: Im Ergebnis zerstörten sie damit selbst die Voraussetzungen für die von ihnen angestrebten Eroberung Rußlands als Markt - bzw. es zeigte sich, daß ihnen der Kreuzzug zur Ausrottung der "Wurzeln des Kommunismus" offenbar wichtiger war als die Entwicklung und Stabilisierung einer neuen Ordnung im Bereich der ehemaligen Sowjetunion und damit im globalen Völkergefüge.

Die aktuelle Haltung des Westen zur Strafaktion Boris Jelzins gegenüber den Tschetschenen ist nur der konsequente Ausdruck dieser Politik: Statt alle Völker des ehemaligen sowjetischen Raumes dabei zu unterstützen, zu einer kooperativen neuen Ordnung auf der Basis von Gleichberechtigung vorzudringen, verharmlosen die westlichen Zentren den vor aller Augen praktizierten Völkermord als "ungeschicktes Manöver". Alles, was die innere Auflösung der ehemaligen Union vorantreibt und dabei den Giganten Rußland bindet scheint ihnen recht. Daß dies hingegen auch im Überlebensinteresse des Westens eine katastrophale Politik ist, scheint bisher nur wenigen der westlichen Strategen zu dämmern.

Vom gleichen Autor soeben erschienen:

Kai Ehlers: "Jenseits von Moskau - 186 und eine Geschichte von der inneren Entkolonisierung. - Eine dokumentarische Erzählung, Porträts und Analysen in drei Teilen", bebildert, Karten, Register; Schmetterling Verlag, ca. 350 Seiten.

Verlagsadresse: Schmetterling Verlag, Rotebühlstr. 90, 70178 Stuttgart, Tel: 0711/62 67 79, Fax: 0711/62 69 92

12. "Heuchlerisch" und "zynisch" sind die falschen Vokabeln. Der Westen und der Krieg in Tschetschenien

Autor: Andreas Skrypietz · Rubrik: Sowjetunion, Nationalitäten · CD-Datei: daten/aksuche/ak375/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:375:36

Seit rund zwei Monaten wird in Tschetschenien gekämpft. Entgegen den Ankündigungen der russischen Regierung konnte die Hauptstadt des Landes, Grosny, nicht im Handumdrehen eingenommen werden. Je länger dieser Krieg dauert, desto schärfer wird die Kritik der Partner des russischen Präsidenten im Westen. So scheint es jedenfalls.

Ob in Paris, London, Washington oder Bonn, allerorten ist davon die Rede, daß der Krieg im nördlichen Kaukasus eine innere Angelegenheit Rußlands sei. Ebenso werden die KritikerInnen im Westen nicht müde, die Einhaltung der Menschenrechte und die Wahrung der Verhältnismäßigkeit der Mittel durch das russische Militär zu fordern. Verteidigungsminister Rühe lädt den russischen Verteidigungsminister Gratschow aus, der zu einer sicherheitspolitischen Tagung geladen war. Welch ein Akt des Protestes! Es war kaum zu erwarten, daß Gratschow überhaupt kommt, denn immerhin führt sein Land gerade einen Krieg. Auch der Besuch von Bundeswirtschaftsminister Rexrodt in St. Petersburg im gleichen Zeitraum unterstreicht die Entschlossenheit der Bundesregierung, es der russischen Regierung mit dieser Ausladung mal ordentlich zu zeigen.

Die Sprachregelung, daß dieser Krieg eine innere Angelegenheit Rußlands sei, macht deutlich, daß der Westen mit der Sache nichts zu tun haben will. Dies ist eine neuere Entwicklung. Denn zu Zeiten der Sowjetunion scherte sich der Westen einen Dreck darum, ob ein Vorgang, eine Auseinandersetzung in der SU eine innere Angelegenheit dieses Staates war. Alles was der Systemdestabilisierung dienlich schien, wurde mit Verweis auf die Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht der Völker instrumentalisiert. Um sich gegen die damaligen Einmischungen zu wehren, wurde seitens der SU die Sprachregelung von der Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes kreiert. Insbesondere Gromyko war es, der damit versuchte, der SU den Westen vom Halse zu halten. Jetzt scheint es umgekehrt zu sein.

Viel ist in den Kritiken von der Verhältnismäßigkeit der Mittel die Rede. Damit wird zunächst einmal das generelle Einverständnis des Westens mit dem gewaltsamen Vorgehen gegen Tschetschenien signalisiert. Wäre es tatsächlich nur eine kurze militärische Intervention von wenigen Stunden oder Tagen gewesen, hätte der Westen sicherlich mit Verweis auf obige Sprachregelung zu diesem Thema geschwiegen. So aber wird kritisiert, daß die russische Militärmaschinerie nicht nach westlichen Erfolgskriterien funktioniert und unnötige Opfer zu beklagen seien. Allein das Wort Verhältnis deutet an, daß es aus westlicher Sicht ein "richtiges" Maß von Gewalt, von militärischem Einsatz in diesem Konflikt gibt. Der Westen gibt somit dem Kreml zu verstehen, daß mensch mit dem Vorgehen grundsätzlich einverstanden ist.

Vor diesem Hintergrund wirkt das Pochen auf Einhaltung der Menschenrechte nachgerade lächerlich. Denn aufgrund der Verlautbarungen der westlichen Regierungen zu diesem Konflikt ist ja bereits die prinzipielle Zustimmung zu diesem Krieg gegeben worden. Und nach Ausbruch eines Krieges, den mensch für angemessen hält, die Einhaltung der Menschenrechte zu fordern, ist heuchlerisch und zynisch. Die Gründe für diese diplomatische Zurückhaltung der westlichen Regierungen liegen aber ganz woanders.

Die westlichen Regierungen möchten nicht noch einmal eine Erfahrung wie mit Gorbatschow machen. Sie setzen mit aller Macht auf Boris Jelzin, um in Rußland einen verläßlichen und stabilen Ansprechpartner zu haben. Dabei wird geflissentlich übersehen, daß sich der russische Präsident immer tiefer in die Abhängigkeit der politischen Kräfte begibt, die einer weiteren Orientierung des Landes auf den Westen hin ablehnend gegenüberstehen. (Siehe hierzu den Artikel von Kai Ehlers in dieser ak-Ausgabe) Auch die territoriale Integrität Rußlands liegt im Interesse des Westens. Zum einen erhofft mensch sich, dadurch die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu diesem Raum relativ überschaubar zu halten. Es regiert die Angst vor dem wie immer in diesem Zusammenhang beschworenen Chaos. Aber auch die berechtigte Sorge um die Verfügungsgewalt über das A-Waffenpotential des Landes spielt eine Rolle. Sicherlich ist die Vorstellung eines sich in zig Staaten auflösenden Rußlands eine bedrohliche Vision. Aber dagegen allein die Option einer

militärisch-gewaltsamen Aufrechterhaltung des Staates Rußland zu setzen, kann nur zu einer Verschärfung der Situation führen.

Statt die Autonomiebestrebungen der verschiedensten Völker Rußlands mit Verweis auf das Exempel Tschetschenien einzudämmen, wird der Krieg diesen neuen Auftrieb verschaffen. Somit ist eine Befürwortung der aktuellen Politik des Kremls seitens des Westens im Grunde genommen kontraproduktiv für das Anliegen der westlichen Politik, den Zusammenhalt Rußlands. Der Zusammenhalt dieses Staates kann nur dadurch erreicht werden, daß die Bedürfnisse und Interessen der nichtrussischen Völker des Landes ernstgenommen werden und sich das Land in Form eines freiwilligen Zusammenschlusses mit völkerrechtlich verbindlichen Verträgen über Rechte und Pflichten der jeweiligen Körperschaften organisiert. Dieses Ziel ist aber letztendlich nur am Verhandlungstisch und nicht auf dem Schlachtfeld zu erreichen.

Noch ein weiterer Aspekt soll nicht unerwähnt bleiben. Tschetschenien ist gewissermaßen ein Prüfstein für die "Europa-Tauglichkeit" Rußlands. Gelingt es der russischen Regierung, mit diesem islamischen Volk am nördlichen Kaukasus fertig zu werden, wird es seitens des Westens für fähig erachtet, auch die übrigen Völker des eurasischen Raumes bei der Kandare zu halten. In diesem Kalkül erfüllt Rußland wieder einmal die Funktion eines Bollwerkes. Die zumeist islamischen Völker im östlichen Teil des Landes sollen durch dieses Bollwerk von Westeuropa ferngehalten werden. Rußland selber darf aber auch nicht zu nahe an Europa herankommen. Auch dazu dient Tschetschenien. Denn wer seine innerstaatlichen Konflikte mit Gewalt löst, hat die Grundregeln des "Zivilisierten Europa" nicht begriffen.

Die westlichen Regierungen sind aufgrund ihrer Haltung mitschuldig am Krieg in Tschetschenien. Auch die Delegation der OSZE ändert nichts daran. Diese hat sich ans Gängelband der russischen Regierung nehmen lassen, allein dadurch, daß sie sich darauf einließ, ohne den russischen Menschenrechtsbeauftragten Kowaljew nach Tschetschenien zu reisen. Obendrein hielt es die Delegation nicht für angebracht, auch mit einem Vertreter der Regierung in Grosny, Dudajew selbst oder Überlebenden der russischen Präzisionsbombardements zu reden. Formal gesehen haben die westlichen Regierungen damit den Schein gewahrt, daß sie sich um den Krieg in Tschetschenien kümmern. In Wahrheit aber möchten sie nicht weiter mit dem Problem belästigt werden. Mit einer solchen Haltung hätte der Westen auch das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking rechtfertigen können.

Andreas Skrypietz

13. ... wird mit Folter und Mord bestraft. Über die Zerstörung kurdischer Dörfer darf nicht berichtet werden

Autor: nm · Rubrik: Türkei; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak375/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:375:41

Basköy, ist eines der etwa 2.000 kurdischen Dörfer, die in den vergangenen zwei Jahren von türkischen Militärs zerstört wurden; seine Bewohner sind 600 von zwei Millionen Menschen, die auf diese Weise vertrieben oder deportiert wurden. Während die Zahl der zerstörten Dörfer und die ihrer Bewohner (die sogenannten "Binnenflüchtlinge") auch in der türkischen Presse als abstrakte Zahlen fast täglich Erwähnung findet, werden Berichte über die konkreten Vorgänge bei der Räumung einzelner Dörfer aufs schärfste unterdrückt. Nachdem der für Menschenrechte zuständige Staatsminister Köylüoglu, der selbst aus der Gegend von Dersim/Elazig stammt, im Oktober letzten Jahres öffentlich zugegeben hatte, daß die Dorfzerstörungen von Militärs vorgenommen werden, gab Ministerpräsidentin Ciller die regierungsamtliche Linie aus: Selbst wenn sie es mit eigenen Augen sähe (daß die Zerstörungen von Soldaten verübt werden), würde sie es nicht glauben; bei den Soldaten handle es sich um "PKK-Terroristen" die sich Soldatenuniformen angezogen hätten, die eingesetzten Hubschrauber stammten aus Afghanistan, dem Iran oder Irak und gehörten ebenfalls der PKK. Während diese angeblichen PKK-Hubschrauber der Frau Ciller noch wochenlang die Spalten der kritischen Leitartikler und Feuilletonisten bereicherten, war das eigentliche Thema seither tabu. Einzelberichte oder gar eine systematische Dokumentation der planmäßigen Zerstörung und Entvölkerung Türkei-Kurdistans wurden aufs brutalste verfolgt.

Vier Dorfvorsteher (Muhtare) aus der Gegend von Dersim (Tunceli), die im vergangenen Herbst in der Sendung eines türkischen Privatfernsehens berichteten, daß ihre Dörfer von Militärs zerstört und die Bewohner vertrieben worden waren, "verschwanden" wenige Tage nach der Sendung auf mysteriöse Weise. Ihre von Mißhandlungen gezeichneten Leichname wurden einige Zeit später aufgefunden. Der Muhtar des Dorfes Derno, der gegenüber der Zeitung "Özgür Ülke" berichtet hatte, wie er unter Folter dazu gezwungen worden war, im Fernsehen auszusagen, sein Dorf sei von "Terroristen" zerstört worden, obwohl es das Militär war, ist seit dieser Aussage ebenfalls "verschwunden". Sechs Rechtsanwälte aus Diyarbakir, die zum Vorstand bzw. den aktiven Mitarbeitern des dortigen Menschenrechtsvereins (IHD) gehörten, wo sie täglich Berichte von vertriebenen Dorfbewohnern aufnahmen und an die Europäische Menschenrechtskommission in Straßburg weitergaben, wurden im Dezember wegen des IHD-Menschenrechtsberichts für das Jahr 1992 festgenommen. Ihnen soll wegen "Mitgliedschaft in der PKK" der Prozeß gemacht werden. Seit ihrer Festnahme ist der IHD in Diyarbakir geschlossen. Die Zeitung "Özgür Ülke", die als einzige versucht, die Geschichte der Vertreibung der Menschen aus jedem einzelnen Dorf aufzuzeichnen und zu dokumentieren, wird täglich zensiert und beschlagnahmt, erst am vergangenen Wochenende (30.1.95) wurde erneut die ganze Besetzung des Büros in Diyarbakir festgenommen. Ausländischen JournalistInnen wird die Einreise in die kurdische Region erschwert und z.T. verweigert.

Wir dokumentieren einen Augenzeugenbericht, der die Vertreibung der BewohnerInnen und die Zerstörung des Dorfes Basköy, Kreis Bismil, Provinz Diyarbakir, schildert. Basköy liegt etwa 35 km entfernt von Bismil an der Grenze zum Nachbarkreis Silvan, 20 km von der Hauptstraße und 7 km von der Gendarmeriestation Kamisli entfernt, der insgesamt etwa 15 Dörfer unterstellt sind. Bis zum Beginn des letzten Jahres hatte das Dorf 70 Häuser und etwa 600 Einwohner und Einwohnerinnen, die sich von Landwirtschaft, Anbau von Weizen und Tabak, ernährten. Grund und Boden gehören dem Großgrundbesitzer (Aga) Muharem Üstünbeyler. Das Schicksal von Basköy steht stellvertretend für die Geschichte von 2000 Dörfern, eine Geschichte, die sich täglich an vielen Orten Kurdistans wiederholt.

nm

Alle mußten sich in das eiskalte Wasser legen

Bericht eines Bewohners des Dorfes Basköy

Die Ereignisse begannen im Jahre 1989. Sie kamen immer wieder in unser Dorf und nahmen einzelne von uns fest. Ich wurde auch mehrfach abgeführt. Wir wurden mißhandelt. Später, vor allem in den letzten zwei Jahren,

wurde unser Dorf beinahe täglich überfallen. Von Militärs und Spezialeinheiten. Damals gab es in unserem Kreis noch keine Dorfschützer. Die Soldaten kamen von der Gendarmeriestation Kamisli, die Spezialeinheiten sind Sondereinheiten der Polizei und kommen aus Diyarbakir. Den einen Tag kamen die Soldaten, die nächsten zwei Tage die Spezialeinheiten, so ging das die ganze Zeit. Jeder Besuch war mit Drohungen und Repression verbunden: "Ihr seid alle Terroristen." Willkürlich nahmen sie Leute aus dem Dorf mit. Das ging so die ganzen Jahre, bis 1992. Ab 1992 kamen dann nur noch Soldaten, die Zuständigkeit lag dann nur noch bei der Gendarmerie, bei der Station in Kamisli bzw. der Kreiskommandantur von Bismil. Sie kamen fast nie unter hundert Mann in unser Dorf, ein Dorf mit 600 Einwohnern und Einwohnerinnen. Davon sind mehr als die Hälfte Kinder, viele Frauen, viele Alte. Einige Dorfbewohner arbeiteten außerhalb des Dorfes, auf einen erwachsenen Mann kamen so immer zwei bis drei Soldaten. Ich kann nicht zählen, wie oft sie im vergangenen Jahr gekommen sind, sie kamen zwei-, dreimal die Woche. Das erste, was man morgens nach dem Aufwachen tat, man sah aus dem Fenster, ob die Soldaten im Dorf waren oder nicht.

Im letzten Jahr 1994 im Monat Ramazan, unserem Fastenmonat, kamen sie und sagten: "Wir werden das Dorf räumen. Ihr werdet entweder Dorfschützer, oder wir räumen das Dorf." Inzwischen hatte sich die Situation im Kreis Bismil geändert. Die oberen Dörfer am Hang, auf kurdisch nennen wir die Region Barewa, waren unter dem Druck alle Dorfschützer geworden und auch von den Dörfern in der Ebene am Fluß sind im vergangenen Jahr etwa 10 bis 15 Dörfer Dorfschützer geworden. Sie haben dem Druck nicht standgehalten. Die letzteren bekommen noch nicht einmal Geld dafür, sie wurden immer wieder unter Druck gesetzt, bis sie die Waffen angenommen haben. Sie kamen also in unser Dorf und stellten auch uns vor die Alternative, entweder Dorfschützer zu werden oder das Dorf zu verlassen. "Ihr seid Ungläubige (Gavur), ihr seid Armenier, ihr seid keine Muslime, ihr gehört nicht zu den ehrenvollen Bewohnern der türkischen Republik. Wenn ihr keine Dorfschützer werdet, werden wir euch vertreiben und dafür andere ehrenvolle und aufrichtige türkische Bürger hier ansiedeln, die bereit sind, Dorfschützer zu werden und ihnen den Boden geben. Ihr seid für die Türkei keine nützlichen Bürger."

Sie kamen immer von der Gendarmeriestation Kamisli, die für uns zuständig ist, verantwortlich war der Hauptmann Necmi Güner, der dieser Station vorsteht. Er kam meist selbst mit ins Dorf und gab die Befehle. Jedes Mal, wenn sie kamen, verprügelten sie alle, egal ob jung oder alt, und beleidigten uns. Sie demolierten unsere Häuser, schlugen die Fenster ein, zertrümmerten die Türen, von fast allen Häusern im Dorf, also meine auch. Dann zerstörten sie unsere Einrichtungen und Wertgegenstände, wie z.B. Kassettenrecorder. Ich kam einmal nach Hause und sah, daß alles weg oder zerstört worden war. Die ganzen Lebensmittelvorräte: Mehl, Bulgur, Linsen, Zucker, Öl, die Säcke bzw. Behälter sind immer nebeneinander aufgestapelt, als Vorräte für den Winter. Alles hatten sie ausgekippt, durcheinandergemengt und dann Diesel darüber ausgegossen, damit es auf alle Fälle ungenießbar wurde. Wir sollten hungern. Das machten sie mehrfach.

Es gab einen Obergefreiten, der tat sich besonders hervor. Eines Tages kamen sie wieder und dieser Gefreite befahl: "Stellt euch alle an der Schule auf." Die Schule hatten sie seit dem Schuljahr 93/94 geschlossen. Es sammelten sich also alle an der Schule. Zuerst deckte er uns mit Beleidigungen und Flüchen ein, die wir nie gehört hatten. Dann befahl er uns allen, uns hinzulegen und dann zu kriechen. Wir mußten alle, wie wir waren, eine endlose Strecke, vielleicht 100 Meter, über den Boden robben, wobei sie uns weiterhin beleidigten und auf uns einschlugen. Sie traten uns mit Stiefeln ins Kreuz, in die Nieren, auf den Kopf, schlugen uns mit Knüppeln und den Bajonetten ihrer Gewehre, wo sie uns gerade trafen. Dann ließ er uns aufstehen und befahl uns, zum Fluß zu gehen, wir sollten ins Wasser gehen. Aber die Alten jammerten und darauf sagte er: "Wegen der Alten verschone ich euch noch mal, aber ich komm wieder, und dann werdet ihr sehen, was mit euch passiert. Wenn ihr keine Dorfschützer werdet, lasse ich euch hier nicht leben." Danach meldeten sich einige aus dem Dorf, daß sie bereit wären, Dorfschützer zu werden. Daraufhin schaltete sich der Aga, also der Großgrundbesitzer ein, dem der gesamte Boden des Dorfes gehört. Er befürchtete, daß sein Boden von den Militärs an die Dorfschützer verteilt würde, wie diese es angekündigt hatten, sicherlich hatte er wohl auch Angst vor Gegenschlägen der Guerilla, die seinem Boden schaden würden. Er gab dem Hauptmann Necmi hohe Bestechungsgelder, das können alle aus dem Dorf bezeugen. Der Aga handelte mit dem Hauptmann Necmi aus, daß das Dorf nicht zu Dorfschützern gemacht werde, sondern ganz geräumt wird. Damit wollte er seinen Boden schützen. Die Repression seitens der Soldaten ging nun weiter. Inzwischen hatten einige Bewohner das Dorf verlassen und waren weggezogen. Wir übrigen wurden mehrere Male zum Fluß gebracht (d.h. alle mußten sich ins Wasser legen und anschließend naß in der Kälte stehen - Anm. d. Ü.) und anschließend zwang man uns, zur Gendarmeriestation zu gehen.

Eines abends kam ein Obergefreiter von der Wache in Kamisli ins Dorf. Er schoß mit einer Waffe in die Luft und schmiß die Waffe dann weg, ließ sie also in unserem Dorf liegen. Am nächsten Morgen meldeten sie per Funk von der Gendarmeriestation in Kamisli an die Kompanie-Kommandantur Bismil, daß nachts Terroristen in unser Dorf gekommen seien und geschossen hätten. Kurze Zeit später erschien der Hauptmann Necmi mit seinen Soldaten bei uns im Dorf und befahl seinen Soldaten: "Treib die Bewohner zusammen und in den Bach." Daraufhin trieben die Soldaten alle männlichen Dorfbewohner zusammen und befahlen, daß sie sich in einer Reihe aufstellen sollten. Der Hauptmann fragte wieder: "Wollt ihr Dorfschützer werden oder nicht?" Keiner antwortete. Daraufhin befahl er: "Dann geht alle zum Bach." Alle gingen zum Bach. Er befahl: "Legt euch ins Wasser." Das war im Winter, vor etwa vier Wochen, im Dezember, es war eisig kalt. Alle, die Jungen von zehn Jahren bis zu den Alten, mußten sich in das eiskalte Wasser legen. Danach mußten wir zu Fuß bis zur Wache in Kismisli marschieren und dort, naß wie wir waren, in der Kälte stehen. Wieder fragten sie uns: "Wollt ihr Dorfschützer werden oder nicht? Wenn nicht, dann wird es euch jeden Tag so ergehen." Einige, vielleicht acht Männer, haben sich gemeldet und gesagt, daß sie bereit seien, Dorfschützer zu werden. Schließlich werden einige der Alten nach Hause geschickt, alle anderen - auch die, die sich bereit erklärt hatten, Dorfschützer zu werden - wurden zur Kreiskommandantur der Kompanie von Bismil gebracht. Das war noch am selben Abend. Dort sollten wir dem Kompanie-Chef vorgeführt werden. Wir alle mußten die ganze Nacht naß in der Kälte stehen, auch am Morgen kam der Hauptmann nicht raus, sondern man ließ uns noch den ganzen Tag bis zum folgenden Abend dort stehen. Erst dann kam der Kompanie-Chef, auch ein Hauptmann, er ist als MHPler bekannt, und sagte: "Ihr könnt jetzt in euer Dorf gehen, in drei Tagen komm ich zu euch." Daraufhin kehrten wir ins Dorf zurück. Aber die Soldaten der Gendarmerie von Kamisli kamen noch vor Ablauf von drei Tagen erneut ins Dorf. Der Hauptmann Necmi Güner richtete den Befehl des Kompanie-Chefs aus. Er würde uns eine Frist bis zum nächsten Tag um 15.00 Uhr einräumen. "Wenn ich dann noch eine Person im Dorf sehe, egal welche, werde ich sie umbringen."

Daraufhin haben sich dann alle Wagen oder Autos geliehen und ihre Sachen aufgeladen. Einige hatten Traktoren aber manche waren inzwischen so arm geworden, es war uns ja alles zerstört und weggenommen worden, sie hatten nicht mal mehr das Geld, um sich einen Wagen zu leihen. Wir haben dann alle zusammen das Dorf verlassen, daß war am 25. oder 26. Dezember. Einige sind nach Bismil, andere nach Batman oder hier nach Diyarbakir. Jeder dahin, wo er Verwandte hat. Wir sind jetzt alle völlig mittellos, wohnen jeweils mit der ganzen Familie in einem Zimmer, viele haben nichts zum Essen. Einer von uns ist schwer krank und mußte ins Krankenhaus hier in Diyarbakir, er kann aber sein Bett und die Behandlung nicht bezahlen. Deswegen lassen sie ihn dort jetzt nicht raus. Er hat schon versucht abzuhauen.

Vor einer Woche haben sie unser Dorf dann ganz zerstört. Die Soldaten haben die Traktoren aus den Nachbardörfern zusammengeholt, dann jeweils in den Häusern Balken hinter den Fenstern oder Türen quer mit dicken Tauen an den Traktoren befestigt und so die Häuser zum Zusammenstürzen gebracht und umgerissen. Andere Häuser wurden verbrannt. Da die Häuser aus Lehm waren, werden die eingestürzten Häuser vom Regen endgültig zerstört. Jetzt kann niemand mehr ins Dorf zurück. Das, was wir noch an Einrichtungsgegenständen hatten, haben wir mitgenommen, die Tiere verkauft. Einige haben noch ihre Traktoren, die meisten nichts.

14. Türkei: Politische Justiz einmal anders

Autor: Jan Keetman · Rubrik: Türkei; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak375/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:375:28

Großer Bazar, Blaue Moschee, Pudding Shop und Bauchtanz, vielleicht noch ein Besuch im türkischen Bad - und Istanbul ist abgehakt unter besondere Erlebnisse. Dann zurück, und ab und zu als KennerIn in ein türkisches Lokal. Die beiden Deutschen, die am 24. Januar vor dem Staatssicher- heitsgericht standen, waren jedenfalls nicht von dieser Sorte TouristInnen. Karin Braun und Andreas Landwehr arbeiteten in der AGIB, der "Antirassistischen Gruppe in Bonn" und trafen sich regelmäßig alle zwei Wochen im "Café International" mit Menschen anderer Herkunft. Dort und auf einem Straßenfest lernten sie einen Kurden namens Levent flüchtig kennen. Levent bat sie, doch bei einer Urlaubsreise ein Satellitentelefon als Geschenk für zu Hause mitzunehmen. Das taten sie, und bekamen in der Türkei wiederum Kassetten mit, von denen sie annahmen, es handele sich um Kassetten mit kurdischer Musik. Im Unklaren, ob kurdische Musik überhaupt erlaubt sei - tatsächlich sind Kassetten in Kurdisch erst seit 1992 zugelassen, aber nicht gerne gelitten - versteckten sie die Kassetten in der Seitenverkleidung der Türen ihres Autos. Der Zoll fand sie trotzdem und identifizierte die Kassetten als kleinformatige Videokassetten mit Material über die PKK.

So erzählt es Karin Braun vor dem Staatssicherheitsgericht, wo sie zusammen mit Andreas Landwehr wegen "Hilfe" für bzw. "Zusammenarbeit" mit der PKK angeklagt ist. Der Strafrahmen dafür bewegt sich zwischen viereinhalb und siebeneinhalb Jahren, und wegen des berüchtigten "Antiterrorgesetzes" ist eine Strafmaßmilderung kaum möglich. Die beiden Angeklagten stehen von einer ganzen Traube Soldaten eingeschlossen vor der Richtertribüne und einer Wand, von der der Reliefkopf des Republikgründers Atatürk streng über die Versammlung blickt. Insbesondere Karin Braun ist anzusehen, daß sie nach zweieinhalb Monaten U-Haft am Ende ihrer Kräfte ist. Viele FreundInnen sind gekommen, einige Anwälte aus Deutschland und eine große Anzahl Presseleute, die der Richter ziemlich frei fotografieren und filmen läßt.

Die Verteidigung der Angeklagten ist gesäubert von allem, was Anstoß erregen könnte: sowohl was die Fluchtgründe nach Deutschland geflohener KurdInnen betrifft, als auch was Bezeichnungen wie "Kurde" oder "Kurdistan" angeht. Wer will es ihnen verübeln? Im Grunde baut die Verteidigung der beiden darauf, daß sie von nichts gewußt haben, und ihr Anwalt Oguz Olca weist in seinem gut formulierten Plädoyer darauf hin, daß sie ja keine Waffen transportiert hätten und aus so harmlosen Gegenständen wie Telefon und Kassetten niemand auf einen Zusammenhang mit einer bewaffneten Organisation käme. Dem Richter steht nun frei, das zu glauben oder nicht. Jedenfalls bringt die Sitzung ein überraschendes Ergebnis: Die beiden werden freigelassen und dürfen sogar das Land verlassen. Der Prozeß wird zwar am 21. März fortgesetzt, aber es wird nicht einmal das Erscheinen der Angeklagten angeordnet. Nur eine Ermahnung hat der Richter: "... kommen Sie mir nicht wieder mit Plakaten von fremden Leuten in unser Land". Die Angeklagten haben es mittlerweile ersteinmal verlassen.

Über die Hintergründe der Entscheidung kann man viel spekulieren - etwa, daß eine politische Entscheidung in einem unpolitisch geführten Prozeß gefällt wurde.

Zur Zeit stehen die türkisch-deutschen Beziehungen, im Gegensatz zu den Beziehungen USA-Türkei, auf einem Höhepunkt. Nachdem die Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU aus wirtschaftlichen Gründen - nicht wegen permanenten Verstößen gegen die Menschenrechte - auf unabsehbare Zeit gescheitert ist, will die Türkei wenigstens in die Zollunion. Deswegen wurde praktisch über Nacht eine Reform der Verfassung eingeleitet und ebenso plötzlich wurden Lösungsvorschläge in der Zypernfrage auf den Tisch gelegt. Man hofft in Ankara vor allem auf deutsche Hilfe in dieser Frage. Darüber hinaus sieht die angesehene Zeitung Cumhuriyet in einer Anlehnung an die BRD die Perspektive der türkischen Politik überhaupt. Sie schreibt u.a.: "Für die Türkei ist die Achse Deutschland-Türkei-Mittelasien wichtig. D.h. wenn wir die Vollmitgliedschaft vergessen müssen und nicht einmal in die Zollunion kommen, so kommt die These der Bildung eines Handelsblockes mit Deutschland auf die Tagesordnung. Bei der Achse, die an das Bagdadbahn-Projekt erinnert, wird die Türkei eine Brückenfunktion für den alten Waffengefährten übernehmen."

Da könnte es möglich sein, daß ein Richter am Staatssicherheitsgericht in Istanbul einen Wink erhielt, die türkische Justiz von ihrer milden Seite der deutschen Presse vorzuführen. Ein hartes Urteil gegen zwei Deutsche in der Türkei hätte auch sicher dem öffentlichen Widerstand gegen die Abschiebung von KurdInnen aus Deutschland neue Nahrung gegeben.

Es dürfte dem Richter nicht ungelegen gekommen sein, daß der mitangeklagte Kurde, Kenan Akyol, wegen einer angeblich verweigerten zweiten Durchsuchung beim Betreten des Gerichtsgebäudes nicht in der Sitzung erschien - als hätte das Gericht nicht die Möglichkeit, ihn zwangsvorzuführen. Sein Gesicht und seine Geschichte kommen so nicht auf die Fernsehschirme deutscher Wohnstuben. Er wurde nicht freigelassen und dürfte es auch ungleich schwerer haben, mit heiler Haut aus dem Verfahren zu kommen.

Es wäre gut, wenn auch zu seinem Gerichtstermin am 21. März BeobachterInnen aus Deutschland anreisen würden.

Jan Keetman

15. Tequila-Effekt verursacht Kopfschmerzen. Der Sturz des mexikanischen Pesos schreckt die internationale Finanzwelt auf

Autor: B. Alexander · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak375/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:375:18

Mexiko hat sich einen Stammplatz in den Schlagzeilen der Weltpresse erobert. Vor einem Jahr überraschte der Zapatistische Aufstand in Chiapas die Öffentlichkeit. Im Sommer betrog sich die Staatspartei PRI bei den Präsidentschaftswahlen ein weiteres Mal an die Macht. Zwei Morde an führenden Politikern der Regierungspartei und die Entführung finanzkräftiger Industrieller erschütterten das Land. Kurz vor Weihnachten fiel nun die Landeswährung, der mexikanische Peso, an den internationalen Finanzmärkten in den tiefsten Keller und chaotisierte wochenlang weltweit Wechselkurse und Börsenbilanzen. Das mexikanische Nationalgetränk mußte für die Taufe der Krise herhalten: Tequila-Effekt heißt sie nun.

¿Qué pasó?

Was ist eigentlich passiert? Der frisch gekürte mexikanische Präsident Ernesto Zedillo gab am 20.12.94 eine 25prozentige Abwertung des Pesos gegenüber dem US-Dollar und die Freigabe des Wechselkurses bekannt. In wenigen Tagen rasselte der Pesokurs um 40% nach unten. Wertverluste für andere Währungen waren die Folge. In Spanien, Italien, Hongkong, Thailand, auf den Philippinen, Chile und vor allem in Brasilien und Argentinien sorgte der Tequila-Effekt für Einbrüche.

Unter der Federführung der USA wurde eilig ein Kreditpaket für Mexiko geschnürt, um die internationalen Anleger zu beruhigen. Die USA stellten 9 Mrd. Dollar, Kanada 1 Mrd., die Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) 5 Mrd. und Geschäftsbanken weitere 3 Mrd. für eine 18 Mrd. Dollar-Kreditlinie zur Verfügung (1). Die BRD übernahm Garantien für den 5 Mrd.-Kredit der BIZ, Japan und der Internationale Währungsfond (IWF) beteiligten sich ebenfalls an der Rettungsaktion. (2) Doch der Tequila-Effekt ließ sich nicht so schnell beruhigen. Erst die Ankündigung des US-Präsidenten Bill Clinton von Mitte Januar, die USA übernehme für Mexiko Kreditgarantien zwischen 25-40 Mrd. $, sorgte für Entspannung. Interessantes Detail: Der neue Chef der Republikaner im US-Kongreß, Newt Gingrich, läßt normalerweise keine Gelegenheit aus, um Clinton an den Karren zu fahren. Nicht so beim Tequila-Effekt. Gingrich versprach die Zustimmung der Republikaner im Kongreß für die Kreditgarantie, die Clinton benötigte. (3) Dennoch ist Clintons Zusage noch nicht vom Kongreß ratifiziert. Für den Fall, daß sich die Gegner einer Kreditgarantie durchsetzen, droht der Tequila-Effekt erneut einzutreten. Clintons Angebot ist dabei keineswegs selbstlos, sondern wird an weitreichende Konzessionen der mexikanischen Seite geknüpft. So soll die mexikanische Erdölproduktion im Notfall für die Deckung der Kreditgarantien gepfändet werden können.

Doch auch die mexikanische Regierung blieb unterdessen nicht untätig. Hektische Besuchsaktivitäten in den Kreditgeberländern sollten Vertrauen schaffen. Der stellvertretene Chef der mexikanischen Zentralbank, Francisco Gil, besuchte in Frankfurt die Deutsche und die Dresdener Bank. (4) Der frischgebackene Finanzminister Guillermo Ortiz traf mit IWF-Direktor Michel Camdessus zusammen (5) und Außenminister José Angel Gurria Trevino flog nach Japan. (6)

Die mexikanischen Politiker erläuterten im Ausland den Anfang Januar getroffenen Stabilitätspakt der mexikanischen Regierung, der die Krise überwinden helfen soll. Der mexikanische Präsident Ernesto Zedillo hatte Unternehmervertreter und Gewerkschaftsbosse an einen Tisch zusammengetrommelt, um mit ihnen ein Wirtschaftsprogramm zu beschließen. Nach einigem Hängen und Würgen mit den eigentlich staatsloyalen Gewerkschaften sowie heftigen Auseinandersetzungen in der seit 66 Jahren regierenden Staatspartei PRI wurde folgende Übereinkunft getroffen: Durch "Lohndisziplin" soll die Inflationsgefahr bekämpft werden, der Staatshaushalt soll schrumpfen, weitere Privatisierungen von Staatsbetrieben sollen Einnahmen heranschaffen, um die Verschuldung abzubauen. (7) Was Zedillo als Stabilitätspakt verkauft, ist eigentlich die Weiterführung der alten Salinas-Politik, die in die Krise geführt hat, nur mit radikaleren Mitteln. Doch davon soll später die Rede sein.

Der Tequila-Effekt sorgte nicht nur im Palacio Nacional in Mexiko-Stadt für eine erste handfeste Krise der neuen Regierung Zedillo. Er warf darüberhinaus eine weit grundsätzlichere Frage auf, die den Wirtschaftspolitikern einiges Kopfzerbrechen beschert: Wie ist es um die politische Stabilität in den Ländern der sogenannten "emerging markets" tatsächlich bestellt? Hinter der glänzenden neoliberalen Fassade hatten sich in Mexiko soziale Konflikte explosiv angestaut, die in den letzten Monaten für politische Instabilität sorgten. Die Frage ist nun, ob sich ähnliches nicht auch andernorts wiederholen könnte. Der Kapitalabzug im Verlauf der Krise betraf denn auch hauptsächlich Länder in Lateinamerika und Asien, deren wirtschaftliche Aussichten eigentlich als günstig eingeschätzt werden. Daß politische Stabilität aber genauso ein Standortfaktor ist wie günstige Kapitalverwertungsaussichten, das ist den internationalen Anlegern am Beispiel Mexiko im Verlauf des politischen Krisenjahres 1994 bewußt geworden.

¿Porqué ahora?

Warum crashte der mexikanische Peso gerade jetzt? Obwohl die Pesokrise in der internationalen Presse als Überraschung gilt, handelt es sich um alles andere als das. Nicht einmal der Zeitpunkt ist zufällig. Um die aktuelle Situation zu verstehen, ist ein kurzer Blick zurück auf das letzte Jahrzehnt notwendig.

1982 löste Mexiko schon einmal eine internationale Finanzkrise aus, die weit dramatischer verlief als die aktuelle. Das stark verschuldete aber ölexportierende Mexiko wurde damals durch den rapiden Verfall der Erdölpreise hart getroffen. Mexiko konnte die Zinsen für die Auslandsschulden nicht mehr abbezahlen und stand vor dem Staatsbankrott. Das internationale Banken- und Finanzsystem drohte zu kollabieren. Die Finanzkatastrophe konnte abgewendet werden, doch Mexiko wurde vom IWF und der Weltbank eine Roßkur verordnet. Für eine Gesundung sollte eine neue Wirtschafts- und Sozialpolitik sorgen, die sich um drei Hauptachsen drehte: 1. Privatisierung von Staatsbetrieben, 2. Schulden- und Inflationsbekämpfung, 3. Weltmarktintegration.

Eine massive Privatisierungspolitik von Staatsbetrieben sollte den Haushalt ausgleichen, die Schuldenrückzahlung möglich machen und gleichzeitig Kapital ins Land locken, das die technologische Modernisierung beschleunigen sollte. Von 1982-92 wurden 1.000 Unternehmen privatisiert, die sich allerdings wenige Wirtschaftskonglomerate wie die Grupo Vitro, Grupo Alfa, Grupo Citra unter den Nagel rissen. Die Privatisierung verstärkte Monopolisierungstendenzen, die in Mexiko ohnehin stark ausgeprägt sind: 25 Holdinggesellschaften kontrollieren heute 40% der mexikanischen Produktion. (8)

Die Schulden- und Inflationsbekämpfung wurde ganz auf dem Rücken der Lohnabhängigen und kleinen Unternehmer ausgetragen. Eine von der Regierung diktierte restriktive Lohnpolitik führte in der Zeitspanne von 1981-90 zu einem Reallohnabbau von 40 Prozent. (9) Die Ausgaben des Staates für Bildungs- und Sozialleistungen wurden gekürzt, der Arbeitsmarkt flexibilisiert, hunderttausende Arbeitsplätze im industriellen Sektor gingen verloren und die Gewerkschaften geschwächt.

Die mexikanische Wirtschaft sollte sich dem internationalen Markt öffnen. Das Zollniveau für Importe wurde gesenkt. 1986 trat Mexiko dem GATT-Abkommen bei, Anfang 1994 wurde das NAFTA-Abkommen über eine Nordamerikanische Freihandelszone wirksam und im Mai 1994 wurde Mexiko in die OECD aufgenommen.

Der im Dezember letzten Jahres abgetretene Ex-Präsident Carlos Salinas setzte in seiner Amtsperiode von 1988 bis 1994 die Strukturveränderung der mexikanischen Wirtschaft nach dem skizzierten Modell ohne Rücksicht auf Verluste gegen alle innenpolitischen Widerstände mit kompromißloser Vehemenz durch. Dafür darf er möglicherweise demnächst den lukrativen und prestigeträchtigen Chefsessel bei der GATT-Nachfolgeorganisation WTO (World Trade Organisation) einnehmen. Nachdem der Tequila-Effekt die verantwortlichen Herren, die über eine Berufung Salinas zu entscheiden haben, wochenlang nicht mehr ruhig schlafen ließ, dürften seine Chancen allerdings erheblich gesunken sein, auch wenn er sechs Jahre lang ganz nach dem Diktat von IWF und Weltbank regierte.

Wie sehen die Resultate der Wirtschaftspolitik Carlos Salinas' konkret aus? Vom Standpunkt der internationalen Finanzwelt liest sich die Bilanz durchaus positiv. Mexiko wies in den letzten Jahren relativ stabile, wenn auch schwächer werdende, Wachstumsraten auf. Die Inflation konnte von Ziffern über 100 Prozent (1987) auf nur 7 Prozent für 1994 gedrosselt werden. Die Staatsverschuldung blieb allerdings hoch und die ehemals positive Außenhandelsbilanz schlug in eine negative um. Von der Außenhandelsöffnung profitierten vor allem US-Konzerne, die den mexikanischen Markt beliefern. 1994 exportierte Mexiko Waren im

Wert von 51 Mrd. Dollar, die Importe betrugen aber 65 Mrd. Dollar. Daraus ergibt sich ein beträchtliches Außenhandelsdefizit von 14 Mrd. Dollar. (10) Das Leistungsbilanzdefizit Mexikos wird gar mit 28 Mrd. Dollar beziffert. (11)

Günstige Kapitalanlagemöglichkeiten sollten ausländisches Kapital nach Mexiko locken, um die Defizite zu finanzieren. Die Salinas-Regierung umwarb nicht ohne Erfolg ausländische Konzerne und forderte sie auf, in Mexiko zu investieren. Entlang der US-Grenze wurden die Maquiladoras (Sonderwirtschaftszonen) ausgebaut, in denen US-Konzerne in großem Umfang die beiden Standortvorteile Mexikos nutzen: Billiglöhne und äußerst laxe Umweltschutzvorschriften. Auch deutsche Konzerne investieren in Mexiko. Allen voran Mercedes Benz, BMW, VW, Hoechst und Siemens. (12)

Die Modernisierungseffekte blieben trotz aller Anstrengungen lokal und sektoral begrenzt. Die sozialen Folgen der neoliberalen Politik seit 1982 sind dagegen unbegrenzt katastrophal - jedenfalls für die unteren zwei Drittel der mexikanischen Gesellschaft. Niemals seit dem Abschluß der Reformperiode des Präsidenten Lazaro Cárdenas 1940 gab es solche krasse und verallgemeinerte Armut wie heute. Am stärksten betroffen sind die Bauern- und Indígenagemeinden in den Bergen, die den importierten landwirtschaftlichen Produkten aus den USA mit ihrer Produktion auf prekären Böden und mit veralteter Technik auf dem Markt nicht standhalten können. Aber auch der Mittelstand mußte bluten, genauso wie die städtische Arbeiterklasse, deren Lohnniveau dramatisch verfiel, während im industriellen Bereich immer mehr Jobs verloren gingen. Von den etwa 90 Millionen Mexikanern werden heute 50 Millionen als arm eingestuft, davon 19 Millionen als extrem arm. Gleichzeitig stieg die Anzahl der Dollarmilliardäre, die ihr Glück oftmals mit dubiosen Spekulationsgeschäften machten, von zwei im Jahr 1991 auf 23 im Jahr 1994.

Soweit zum Neoliberalismus, was hat das aber mit dem aktuellen Peso-Crash zu tun? Eine ganze Menge. Der Hauptgrund für den Sturz des Pesos war seine Überbewertung. Finanzexperten weisen darauf hin, daß der Peso gegenüber dem US-Dollar bereits seit 1989 immer stärker überbewertet war. Hohe Zinsen, mithin ein hochbewerteter Peso waren aber notwendig, um ausländisches Kapital nach Mexiko zu leiten, welches die Modernisierung der Volkswirtschaft finanzieren sollte. Das neoliberale Wachstumsmodell des letzten Jahrzehntes basierte auf dem Zufluß ausländischen Kapitals, wie es zugleich die nationalen Klein- und Mittelunternehmen zerstörte. Eine Pesoabwertung, die sich bereits vor 1994 auf Grund des steigenden Außenhandelsdefizits aufdrängte, wurde bis zum Abschluß des NAFTA-Abkommens Ende 1993 auch deshalb nicht vorgenommen, um den NAFTA-skeptischen Kräften im US-Kongreß keine zusätzliche politische Munition zu liefern. Eine Peso-Abwertung hätte nämlich die Exportchancen Mexikos für den US-Markt verbessert und somit dem Argument der Freihandelsgegner um Ross Perot, NAFTA führe zum Verlust US-amerikanischer Arbeitsplätze, Vorschub geleistet. Da die Abstimmung über NAFTA im US-Kongreß Ende 1993 spitz auf knopf stand, scheute sich die Salinas-Regierung, deren politisches Projekt an NAFTA gekoppelt war, eine Peso-Abwertung vor Anfang 1994 vorzunehmen.

Nach dem 1. Januar 1994 jedoch veränderte der zapatistische Aufstand in Chiapas die politischen Rahmenbedingungen in Mexiko. Er eröffnete ein Jahr voller politischer Instabilität, deren spektakuläre Höhepunkte die Ermordung des PRI-Präsidentschaftskandidaten Luis Donaldo Colosio Ende März, die heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der Staatspartei PRI, die schwelende Bürgerkriegsgefahr in Chiapas, die heiß umkämpften Präsidentschaftswahlen am 21. August, der Mord am PRI-Generalsekretär im September und die zapatistische Offensive im Dezember waren. Eine Pesoabwertung vor dem Machtantritt des neuen Präsidenten Ernesto Zedillos Anfang Dezember wäre ein fatales Signal gewesen, das die politische Instabilität weiter angeheizt hätte. Das konnte sich die PRI-Elite unter keinen Umständen leisten. Der Peso blieb also überbewertet. Das Auslandskapital - in Form von nicht direkt angelegtem spekulativem portofolio-Investment - reagierte allerdings erschreckt auf die spektakulären krisenhaften Ereignisse. Es zog sich in großem Umfang aus Mexiko zurück und suchte sich stabilere Anlagemöglichkeiten. Die mexikanische Zentralbank mußte daher im Verlauf des letzten Jahres eigene Währungsreserven aufwenden, um den Peso zu stützen und das Handelsdefizit zu finanzieren. Nach Angaben der Zentralbank fielen daher die Devisenreserven von 28 Mrd. Dollar Anfang 1994 um fast die Hälfte auf nur 17 Mrd. Dollar im Oktober. (13) Der Peso-Crash von Ende Dezember fiel also deshalb so drastisch aus, weil durch politische Ereignisse eine frühere schrittweise Abwertung verbaut war.

¿México - a dónde vas?

Wohin wird nun die Reise gehen? Die Zedillo-Regierung hat mit den staatstragenden Gewerkschaften, die selbst Mitgliedsorganisationen der Regierungspartei PRI sind, und den Unternehmerverbänden einen "Stabilitätspakt" geschlossen, der helfen soll, die Krise zu überwinden. Die Eckpunkte dieses am 3. Januar vorgestellten Programmes enthalten unter anderem "Lohnzurückhaltung": Der Mindestlohn wird 1995 um maximal 7 Prozent auf etwas mehr als 3 Dollar täglich steigen. Dies betrifft 10 Prozent der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung. Die 61 Prozent der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung, die zwei Mindestlöhne - also maximal 6 Dollar täglich - verdienen, werden eine Einkommensteuererleichterung von 3 Prozent erhalten. Bei einer erwarteten Inflationsrate von mindestens 16 Prozent für das laufende Jahr bedeutet dies erhebliche Reallohneinbußen für die 71 Prozent der arbeitenden Bevölkerung, die ohnehin am wenigsten verdienen. Die öffentlichen Ausgaben sollen um 5.2 Prozent - das heißt 3.75 Mrd. Dollar - gekürzt werden. Staatliche Dienst- und Sozialleistungen werden verteuert. Außerdem sollen umfassende weitere Privatisierungen von Staatsbetrieben erfolgen. (14) Das Wachstumsziel für das BIP wurde von ursprünglich 4 Prozent auf nur 1,5 bis 2 Prozent reduziert, während jetzt statt 4 Prozent eine vervierfachte Inflationsrate von 16 Prozent einkalkuliert wird. (In Folge der Peso-Abwertung steigen die Preise für die Importwaren.) (15) Die tatsächliche Teuerung dürfte weit darüber liegen.

In einer Liste hat die Zedillo-Regierung die zum Verkauf vorgesehenen Betriebe und die erhofften Erlöse zusammengestellt: Kraftwerke sollen 6 Mrd. Dollar, Satellitensysteme 1,5 Mrd. Dollar, Autobahnen 1,5 Mrd. Dollar, Petrochemische Betriebe 1,3 Mrd. Dollar, Telefondienstleistungen 1,05 Mrd. Dollar und Hafenanlagen 250 Mio Dollar einbringen. Insgesamt sollen etwa 14 Mrd. Dollar durch Privatisierungen in den Staatshaushalt fließen. (15)

In nordamerikanischen Geschäftskreisen wird in letzter Zeit immer auffälliger auf eine mögliche Privatisierung der staatlichen Ölgesellschaft PEMEX (Petróleos Mexicanos) geschielt. Mexiko ist weit vor Venezuela der größte Erdölproduzent Lateinamerikas. Mit der Privatisierung von PEMEX ließen sich Milliardengeschäfte machen. (16) Der Artikel 27 der mexikanischen Verfassung garantiert aber das Staatsmonopol auf die 1938 nach heftigen Auseinandersetzungen mit US-Konzernen von Präsident Lazaro Cárdenas verstaatlichte Erdölindustrie. Auch wenn die Privatisierung von PEMEX nicht unmittelbar anzustehen scheint, werden höchstwahrscheinlich einzelne profitable Bereiche der Erdölindustrie stärker für ausländisches Kapital geöffnet, was bereits in den letzten Jahren ansatzweise geschah.

In diesem Zusammenhang könnte von Interesse sein, daß Pichardo Pazaga von Zedillo zum neuen Energieminister und damit Verantwortlichen für PEMEX ernannt wurde. Pazaga war bisher PRI-Präsident und ist führendes Mitglied der Grupo-Atlacomulco, einer Seilschaft von reaktionären macht- und geldbesessenen PRIisten um den ehemaligen Landwirtschaftsminister Carlos Hank Gonzáles, der als Verbindungsmann zwischen der Gruppe technokratischer Neoliberaler um Salinas und der als Dinosaurier-Fraktion bekannten alten PRI-Elite gilt, die sich jeder Demokratisierung entgegenstellt. Diese Gruppe wird beschuldigt, hinter den Morden am PRI-Präsidentschaftskandidaten Colosio im März und am PRI-Generalsekretär José Francisco Ruis Massieu im September letzten Jahres zu stecken. Die Ernennung Pazagas deutet an, daß Zedillo nicht den Bruch mit den PRI-Dinosauriern, wie sie im Volksmund bezeichnet werden, will, sondern statt dessen auf Kooperation mit ihnen baut. Pazaga wird sicher nicht zögern, Teile von PEMEX dem Auslandskapital zugänglich zu machen.

Der als Krisenrettungsprogramm verkaufte "Stabilitätspakt" Zedillos ist nichts anderes als die verschärfte Fortführung der neoliberalen Politik, die Mexiko in die aktuelle soziale, politische und wirtschaftliche Krise geführt hat. Das Maßnahmenpaket konnte nur gegen erheblichen Widerstand der PRI-Gewerkschaften durchgesetzt werden. Hier deutet sich an, daß die politische Instabilität Mexikos sich weiter verschärfen könnte. Der Kampf innerhalb der PRI um die zukünftige Politik ist weit davon entfernt, beigelegt zu werden. Im Gegenteil: Die Gewerkschaften haben die neoliberale Politik bisher murrend aber loyal mitgetragen. Eine weitere Belastung der Arbeiter könnte zum bisher ausgebliebenen Widerstand der geschwächten Arbeiterbewegung führen und auch die Staatsgewerkschaften unter Druck setzen.

Es ist unwahrscheinlich, daß die Tequila-Krise etwas grundsätzliches am NAFTA-Projekt der USA ändern wird. Die USA haben existentielle Wirtschaftsinteressen in Lateinamerika und werden das Projekt der wirtschaftlichen Integration des nord- mit dem südamerikanischen Markt weiter verfolgen. Auf einem Gipfeltreffen der amerikanischen Regierungschefs in Miami Ende letzten Jahres wurde die Erweiterung der

NAFTA auf eine AFTA (Americans Free Trade Area), die einen Binnenmarkt in ganz Amerika schaffen soll, für das Jahr 2005 projektiert.

Der neue Präsident Zedillo hatte einen denkbar schweren Start für seine Amtszeit. In Mexiko hat es Tradition, daß ein ausscheidender Präsident in seinem letzten Amtsjahr einen "symbolischen Tod" stirbt, alles Böse auf seine Kappe nimmt, indem er anstehende unpopuläre Maßnahmen durchführt, um dem neuen Präsidenten den Weg zu bereiten und sich anschließend aus der Politik auf ein repräsentatives Landgut zurückzieht. Nicht so in diesem Jahr: Zedillo erbt von Carlos Salinas drei kaum zu lösende Probleme. Die Wirtschaftskrise, den weiter schwelenden Konflikt in Chiapas und die internen - teilweise blutig geführten - Auseinandersetzungen innerhalb der PRI. Im Bundesstaat Tabasco kam es im Januar zu einer schweren PRI-internen Krise, weil Zedillo den frisch gekürten PRI-Gouverneur Roberto Madrazo wieder absetzte, um die Oppositionspartei PRD zu beschwichtigen, die heftigst gegen einen Wahlbetrug protestierte. Im Verlauf des Wahlkonfliktes lieferten sich PRI-Mitglieder mit PRD-Aktivisten und beide Parteien mit der Polizei Straßenschlachten. Das angesehne Wochenmagazin Proceso titelte bereits über dem Bild Zedillos "Er schafft es nicht". Wie lange Zedillo an der Regierung sein wird, darüber entscheidet nicht zuletzt die mexikanische Linke. Nach der PRD-Niederlage am 21. August und dem gescheiterten Versuch der EZLN, eine massenhafte gesamtmexikanische schlagkräftige Oppositionsbewegung aufzubauen, könnte die aktuelle Krise der Zedillo-Regierung die Linke wieder in die Offensive bringen.

Boris Alexander, 29.1.95

Anmerkungen:

(1) Neue Züricher Zeitung (NZZ) 10.1.95

(2) Handelsblatt (HB) 11.1.95

(3) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) 14.1.95

(4) HB 11.1.95

(5) Süddeutsche Zeitung (SZ) 9.1.95

(6) NZZ 10.1.95

(7) FAZ 4.1.95 und SZ 5.1.95

(8) Alrich Nicolas: NAFTA als Modell. In: blätter des iz3w, Nr.198, Juni/Juli '94

(9) Ebd.

(10) HB 23.12.94

(11) HB 4.1.95

(12) HB 13./14.1.95

(13) Latin American Economy & Business, December 1994

(14) Latin American Weekly Report, 19 January 1995

(15) Ebd.

(16) Latin American Economy & Business, January 1995

16. Zwei Regierungen, zwei Armeen. Interview mit Amado Avendano, Gouverneur der Rebellions-Regierung von Chiapas

Autor: Juan Chicoy · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak375/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:375:30

Amado Avendaño, linker Journalist und Rechtsanwalt aus San Cristóbal de Las Casas, kandidierte als parteiloser "Kandidat der Zivilgesellschaft" auf der Liste der Partei der Demokratischen Revolution (PRD) im August 1994 für den Gouverneursposten im südostmexikanischen Bundesstaat Chiapas. Die Zapatistische Nationale Befreiungsarmee (EZLN) und die große Mehrheit der Campesino- und Indígenaorganisationen unterstützten die Kandidatur Avendaños. Kurz vor den Wahlen überlebte er nur knapp einen Attentatsversuch, bei dem mehrere seiner Mitarbeiter getötet wurden. Die mexikanische Staatspartei PRI (Partei der Institutionalisierten Revolution) sicherte durch massiven Wahlbetrug den Sieg ihres Kandidaten Eduardo Robledo Rincón. EZLN und die demokratischen Volksorganisationen erkannten diesen "Wahlsieg" nicht an und versuchten, Robledos Amtsübernahme am 8. Dezember 1994 zu verhindern - was jedoch nicht gelang. Seit diesem Datum existieren in Chiapas zwei Regierungen: die offizielle PRI-Regierung in Tuxtla Gutiérrez, die von der mexikanischen Zentralregierung, der Armee und der chiapanekischen Oligarchie gestützt wird, und eine revolutionäre Regierung unter Avendaño in San Cristóbal, die von den unabhängigen Campesinoverbänden, den autonomen Indígenaregionen, der EZLN und der demokratischen "Zivilgesellschaft" als die einzig legitime angesehen wird. Ich hatte am 21. Dezember letzten Jahres gemeinsam mit Bill Weinberg von der New Yorker Zeitschrift "The Nation" Gelegenheit, in San Cristóbal das folgende Gespräch mit Amado Avendaño zu führen. Das Gespräch wurde kurz vor der Wiederaufnahme des Waffenstillstands und Dialogs zwischen EZLN und mexikanischer Regierung geführt, also unter dem Eindruck einer akuten Bürgerkriegsgefahr. Diese Gefahr scheint im Moment gebannt. Alle weiteren Aspekte des Konfliktes bleiben nach wie vor aktuell.

Juan Chicoy, 29.1.95

Warum sagt ihr, daß die Regierung von Robledo nicht legitim ist?

Weil er nicht die ausreichende Zahl Stimmen bekommen hat. Es gab bei der Wahl unzählige Betrügereien. Die PRI fälschte die Anzahl ihrer Stimmen; in Bezirken, wo wir klar gewonnen hatten, waren die Zahlen in den Akten geändert, als diese im Kongreß ankamen. Diese Manipulationen haben viele Leute wütend gemacht, und deshalb haben sie nicht zugelassen, daß er in Ruhe sein Amt antritt. Das Volk akzeptiert ihn nicht als legitimen und legalen Gouverneur - das ist im Moment auch sein Problem.

Glaubst du, daß die Mehrheit der Bevölkerung in Chiapas deine Regierung unterstützt?

Jedenfalls sieht es bisher so aus. Sie haben mich gedrängt, diese "Übergangsregierung in Rebellion" einzurichten. Ich selber betrachte mich lediglich als Instrument dieser Leute, die eine legitime Regierung haben wollen. Aus diesem Grund bin ich hier. Wenn sie mich nicht mehr wollen, gehe ich wieder nach Hause und arbeite wieder als Journalist und Rechtsanwalt.

Aber deine Intention ist es, als offizieller Gouverneur anerkannt zu werden?

De facto, nicht de jure, arbeite ich als Gouverneur. Wir sind dabei, einen Regierungsplan und einen Aufruf für eine verfassunggebende Versammlung auszuarbeiten. Damit wollen wir all die Leute, die die PRI aus jeder politischen Beteiligung ausgeschlossen hat - das ist die Mehrheit der Bevölkerung - einladen. Gemeinsam wollen wir über die Formen diskutieren, in denen sie als Chiapanekinnen und Chiapaneken zusammenleben wollen. Das ist für den Zeitpunkt, zu dem die Bundesregierung sagt: es ist unmöglich, Robledo zu halten, wir müssen Avendaño akzeptieren, oder wenn sie einen anderen ernennt.

Wie arbeitet deine Regierung in der Praxis? Wie sehen die Beziehungen zwischen eurer Regierung und anderen Regionen und Gemeinschaften aus?

Im Moment hat diese Regierung einen Gouverneur, also Exekutivgewalt. Und es existiert ein Regierungsrat, der wiederum aus verschiedenen Räten besteht: für Politik, für Wirtschaft, für Justiz und Menschenrechte, für

Soziales, für Autonomiefragen und für Frauenfragen. In diesen Räten versuchen wir, die unmittelbarsten Probleme zu lösen, während wir gleichzeitig daran arbeiten, mittelfristig die formalen Bedingungen für eine demokratische Regierungsbildung zu schaffen.

Im nächsten Jahr müssen in Chiapas Munizipal- und Deputiertenwahlen abgehalten werden. Unser letzter Diktator, González Garrido, änderte nämlich das Wahlgesetz, so daß die Bürgermeister und Deputierten vier statt wie gewohnt drei Jahre im Amt bleiben. So müssen wir uns mit dem alten System in den Munizipios und im Kongreß bis 1995 herumschlagen.

Wie sieht es in den Munizipios aus, die sich für autonom erklärt haben? Wurden die alten Funktionäre entmachtet und neue Räte gebildet?

Es wurden neue Munizipalräte gebildet, die noch schwanken, ob sie, sich mit Robledo arrangieren müssen, falls er sich durchsetzt, oder ob sie endgültig auf unsere Seite kommen, falls sich unsere Regierung konsolidieren kann. Obwohl sich die autonomen Munizipios für uns ausgesprochen haben, ist die Angelegenheit noch sehr im Fluß.

Aus was für Leuten setzt sich der Regierungsrat zusammen?

Nehmen wir z.B. den Wirtschaftsrat. Da gibt es eine Arbeitsgruppe, die sich mit Fragen beschäftigt wie: Auf welchen Sektoren können wir Geld verdienen, und wie soll es verteilt werden? Wie werden wir Regierungsprogramme erstellen und umsetzen? Unter den Mitarbeitern ist der ehemalige Rektor der regionalen Universität, andere Mitarbeiter sind Campesinos. Im Rat für Autonomiefragen sind Compañeros aus verschiedenen autonomen Munizipios, z.B. der tojolabales aus La Trinitaria oder Las Margaritas, die sich autonom regieren wollen, mit ihren eigenen Gesetzen, ihrer eigenen Sprache und Kultur. Ebenso die choles im Norden des Staates. Im Frauenrat sind Delegierte verschiedener Frauengruppen aus dem ganzen Staat. Sämtliche Dinge, die sie mittels und innerhalb dieser Regierung durchsetzen wollen, werden dort besprochen.

Gestern abend (am 20. Dezember) hat die Bundesarmee die Hauptstadt der autonomen Region Simojovel im Norden von Chiapas besetzt. Kann diese Aktion als direkter Angriff auf die Autonomiebewegung der Indígenas angesehen werden, die ja in Simojovel besonders stark ist?

Simojovel ist eine äußerst konfliktgeladene Region. Die Regierung hat versucht, mit Stoßtrupps von Provokateuren die Lage zu destabilisieren. Sie haben "Antorcha Campesina" ("Bauernfackel" - eine Campesinoorganisation, die sich des öfteren als gutorganisierte Schlägertruppe im Auftrag der PRI bewährt hat) und die PT-Partei der Arbeit (viertstärkste Partei in Mexiko, "links"populistisch, aber absolut regierungstreu, antizapatistisch und anticardenistisch) losgeschickt, um die Autonomiebewegung zu neutralisieren. Die PT hat bewaffnete Gruppen gebildet, die die Lage chaotisiert haben, um das nötige Klima für ein Eingreifen der Armee zu schaffen.

Der Präsident des Munizipios selbst soll um das Eingreifen der Armee ersucht haben. Ich verstehe nicht, wie so etwas in einem Munizipio möglich ist, das von euch immer als "das Herz der autonomías" bezeichnet worden ist.

Es ist auch möglich, daß es nur so aussieht, als ob er so ein Gesuch unterschrieben hätte. Irgendjemand anders kann unterschrieben haben, ein Stempel ist nicht das Problem; Hauptsache, für den Moment sieht es so aus, als hätte die Bevölkerung von Simojovel darum gebeten, daß man sie "rettet".

Wie sehen die Beziehungen zwischen eurer Regierung und der EZLN aus?

Es ist eine freundschaftliche Beziehung. Sie hat gesagt, daß sie nur uns anerkennt. Für uns sind sie Freunde, seit langem. Die Regierung hat während des ganzen Jahres nichts getan, um ihre Probleme zu lösen. Es gab nur Worte, keine Taten. Die Situation ist die gleiche wie zu Beginn des Jahres. Deshalb hat die EZLN auch recht, den Kriegszustand fortzusetzen.

Welche Rolle spielt der Rat der Indígena- und Campesinoorganisationen (CEOIC) in eurer Regierung?

Die Rolle des CEOIC ist fundamental. Er repräsentiert die große Mehrheit der Campesinos und Indígenas in Chiapas, und sie sind die wichtigste Kraft, die für Veränderungen eintritt. In der "Demokratischen

Versammlung des chiapanekischen Volkes" (ADEPCh) gibt es vier wichtige Gruppen: die Frauengruppen, die "Zivilgesellschaft", die PRD und den CEOIC. CEOIC ist die stärkste Kraft.

Was konkret ist die "Zivilgesellschaft"?

Sagen wir, all jene, die sich durch die Zapatisten aufgerufen fühlen, einen demokratischen Wandel zu fordern, sich mit der Idee der ADEPCh und Amado Avendaño identifizieren, aber in keiner Partei, Gruppe oder Gemeinschaft sind.

Wer unterstützt euch aus der städtischen Bevölkerung?

Unsere Festung ist das Land. In den Städten sind es vor allem diese Freiwilligen aus der "Zivilgesellschaft", die herkommen, aufs Telefon aufpassen, auf mich aufpassen, Essen machen. Kleine alltägliche Dinge, die uns aber sehr weiterhelfen.

Die Hauptstadt ist eine konservative Festung?

Ja. In Tuxtla Gutiérrez lebt die Bürokratie; alle Regierungsangestellten sind dort konzentriert. So gibt es viele Menschen, die ökonomisch von der Regierung abhängig sind und natürlich dafür kämpfen, daß diese Regierung bleibt. Aber das ist nur ein Faktor, es gibt 109 andere Munizipios. Und selbst in Tuxtla gibt es Unterstützung für uns. Die Lehrergewerkschaft mit 15.000 Lehrern hat sich für uns ausgesprochen. Und diese Gewerkschaft ist in allen chiapanekischen Städten und auch auf dem Lande sehr aktiv und ein wichtiger kultureller Faktor. Der Lehrer ist bei uns fast genauso wichtig wie der Priester, sein Einfluß ist sehr groß.

Wie siehst du die Gefahr, die von der alten Oligarchie, speziell den "Weißen Garden" der Großgrundbesitzer ausgeht?

Wir sehen das als ein Risiko an. Aber diese Oligarchie ist heute ökonomisch sehr geschwächt. Ich habe kürzlich mit einem Viehzüchter aus Tuxtepec gesprochen. Zu Beginn des Golfkrieges gegen den Irak war die Nachfrage nach Rindfleisch sehr groß, weil viel Vieh zu Fleischkonserven verarbeitet wurde. Als sich der Krieg dann aber nicht lange hinzog, sank die Nachfrage aus den USA, und der Viehpreis fiel sehr stark, weil die Lagerhallen voller corned beef in Büchsen sind, das erstmal aufgegessen werden muß. Die Viehzüchter sind zum großen Teil verzweifelt: sie machen keine Gewinne, und die Campesinos besetzen ihr Land. Natürlich kann diese Verzweiflung auch eine große Gefahr sein. Aber es sind sehr wenige, und ihre Position ist nicht mehr so stark wie früher.

Die Bundesarmee hat 50.000 Soldaten, schwere Waffen, argentinische und guatemaltekische Konterguerrilla-Spezialisten in Chiapas konzentriert. Worin besteht das größte Hindernis für sie, zur militärischen Option überzugehen?

Es ist die Unterstützung, die die internationale Presse uns bietet. Für die mexikanische Regierung ist es absolut unverzichtbar, im Ausland ein demokratisches Gesicht zu zeigen. Das ist der entscheidende Punkt, der sie hindert, uns und die Zapatisten plattzumachen. In diesem Punkt könnt ihr uns sehr unterstützen.

17. ak-serie: Kapitulation und Befreiung, Teil 2

Autor: Editorial · Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak375/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:375:39

Lateinamerika

Die Lateinamerika Nachrichten eröffnen ihr Januarheft (Nr. 247) mit einem Rückblick auf die Entwicklungen in Chiapas seit dem Beginn des Aufstands vor einem Jahr. Länderberichten über u.a. El Salvador ("Spaltung und Streit von lechts bis rinks"), Haiti und Brasilien folgt eine Analyse der argentinischen Politik unter dem Präsidenten Menem. Ein weiterer längerer Aufsatz befaßt sich mit der Lage der Intellektuellen in Lateinamerika. - Die Februarausgabe (Nr. 248) enthält jeweils mehrere Beiträge zu Nicaragua ("Die FSLN ist faktisch gespalten"), Chile und Mexiko.

Lateinamerika Nachrichten (Nr. 247, Nr. 248). A5, jeweils 84 S., 6 DM.

Kuba

Auf dem Titel - recht fidel - Fidel Castro, im Blattinnern der Schwerpunkt: das "Welttreffen der Solidarität mit Cuba". Nebst einem Bericht von diesem Treffen werden etliche der dort gehaltenen Reden dokumentiert und solidarische Aktionen und Projekte in Bild und Wort vorgestellt.

Cuba libre. Nr. 4/94 + 1/95 (Doppelheft). A4, 76 S., 5 DM.

Osteuropa

Im sechsten Jahrgang bereits erscheint die vom Alternativ-sozialistischen Osteuropakomitee Graz herausgegebene Quartalsschrift Ost-West-Gegeninformationen. "Unsere Berichterstattung", heißt es im Editorial, "wird vor allem von der Absicht bestimmt, den Leserinnen und Lesern unserer Zeitschrift authentische Beiträge und Originaldokumente aus den Staaten Osteuropas und der ehemaligen Sowjetunion zugänglich zu machen; in diesem Rahmen nimmt die (Selbst)Darstellung alternativer Parteien und verschiedener alternativer politischer, sozialer und kultureller Gruppen und Vereinigungen einen wichtigen Platz ein." - Die jüngste Ausgabe ist unter dem Schwerpunkt "Linke im Osten: Zwischen Utopie und Nostalgie" erschienen. Einem Überblick auf die Linke in Osteuropa folgt eine Darstellung der Entstehung/Entwicklung sozialdemokratischer Parteien in den osteuropäischen Staaten, dem Baltikum und der GUS. Neun weitere Beiträge zur Linken stammen von AutorInnen aus der GUS, Ungarn, der Slowakei, Kroatien und Slowenien. Das Heft wird beschlossen mit einem Bericht von der Konferenz "Die antikapitalistische Linke vor Beginn des 21. Jahrhunderts", die im September 1994 in Budapest stattfand, und einer Chronologie (Juli-September 1994) der Entwicklungen in den Staaten Osteuropas und in der GUS.

Ost-West-Gegeninformationen. Nr. 4/94. A4, 52 S. Abo - vier Ausgaben - 25 DM. Bestellanschrift: Dezentrale, Prokopigasse 2/1, A 8010 Graz.

Europastrategien

Das gut eintausend Seiten starke Dokumentenwerk Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945 galt lange Zeit über all dort als wichtige Materialsammlung, wo es um Imperialismus allgemein, um die "besondere Gefährlichkeit" des deutschen Imperialismus speziell ging. Der Reader für eines der Schulungsseminare des weiland KB war zu großen Teilen mit Dokumenten aus diesem Band bestückt worden. Die Erstausgabe des Werks ist allerdings seit zehn Jahren vergriffen - vergriffen gewesen, ist doch der Pahl-Rugenstein Verlag (Nachfolger GmbH) das erhebliche finanzielle Risiko eingegangen, diesen Band nachzudrucken. Damit kann wieder auf rund 180 Dokumente zugegriffen werden - von dem Artikel "Groß-Germanien" (1898) über die Kriegszieldenkschrift Walter Rathenaus (1914) und die Rede von Theodor Heuss über Deutschlands Zukunft (1919) bis zum Entwurf einer Denkschrift des Auswärtigen Amtes über die Schaffung eines "Europäischen Staatenbundes" (1943).

Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945. Hg. von Reinhard Opitz. Bonn (Pahl-Rugenstein) 1994. Hardcover, 1069 S., 68 DM.

Aufstand in Auschwitz

Manche sehr wichtige Materialien bekommt man nur dank der Aufmerksamkeit eines Buchladens (wie etwa in Hamburg - Achtung: Werbung - des Buchladens in der Osterstraße) zu Gesicht. So auch das Dossier zum 50. Jahrestag des Aufstandes des jüdischen Sonderkommandos in Auschwitz-Birkenau am 7. Oktober 1944, eingeleitet und zusammengestellt von Werner Renz (der bereits eine Annotierte Bibliographie der deutschsprachigen Auschwitzliteratur erarbeitet hat, s. ak 372, S. 35). - Die jüdischen Sonderkommandos wurden gezwungen, die Leichen aus den Gaskammern zu ziehen, ihnen die Goldzähne auszureißen und die Haare abzuschneiden. Nach Erledigung dieser "Arbeit" wurden die Angehörigen des Sonderkommandos ermordet und aus neuen Transporten ein neues Kommando gebildet, dem das gleiche Schicksal widerfuhr. Am 7. Oktober 1944 stürzte sich das Sonderkommando auf die SS. Das Krematorium IV mit seinen vier Gaskammern wurde von ihnen in Brand gesetzt und zerstört. - In dem Dossier werden, nach einer Einleitung über die Geschichte der Sonderkommandos und die Lagerwiderstandsbewegung, Zeugnisse von Mitgliedern der Sonderkommandos und Darstellungen von Auschwitz-Überlebenden dokumentiert. Der Anhang enthält eine Liste der Literatur zum Aufstand und erläuterte Lagepläne von Auschwitz I, von Birkenau (Auschwitz II), der Vergasungsanlage in Birkenau und der Krematorien.

Der Aufstand des Sonderkommandos in Auschwitz-Birkenau. Eingeleitet und zusammengestellt von Werner Renz. Hg. vom Fritz Bauer Institut (Bockenheimer Landstr. 104, 60323 Frankfurt am Main). A4, 46 S., 9 DM.

Directory of Internationalism

Der Titel des Directory ist - zumal für Altlinke - etwas irreführend: Aufgeführt werden nicht etwa die "Soligruppen 3. Welt" u.ä., sondern - europaweit - Gruppierungen, die "gegen Nationalismus, Rassismus, Faschismus und für die Unterstützung von Migranten und Flüchtlingen" tätig sind. Nachgeschlagen werden kann für rund 80 Länder, wer an welchem Ort mit welchem Schwerpunkt tätig ist - für Wien z.B. werden zwanzig Gruppen angeführt, für Brüssel rund sechzig, für Berlin knapp die Hälfte, für Hamburg gerade noch zehn (da fehlt doch was?). Wie auch die bisherigen "Führer" von UNITED for Intercultural Action eine nützliche Übersicht, wo es gilt, rasch und gezielt, im nationalen oder internationalen Rahmen Ansprechpartner für Information und/oder Aktion zu finden. (Die Mitgliedschaft in UNITED für Einzelpersonen und "small/poor organisations" kostet jährlich 50 DM, hierfür erhalten die Mitglieder etwa monatlich Berichte über antirassistische u.ä. Aktionen in Europa, das jeweils aktualisierte Directory.)

Directory of Internationalism. European Edition - November 1994. Hg. von UNITED for Intercultural Action - European network against nationalism, racism, fascism and in support of migrants an refugees. Anschrift: UNITED, Postbus 413, NL-1000 K Amsterdam.

18. Warum Auschwitz?

von Knut Mellenthin

Autor: Knut Mellenthin · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak375/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:375:12

Eigentlich waren wir in die Bücherabteilung von Karstadt nur gegangen, weil wir Ausschau halten wollten nach passendem Lesestoff für eine Freundin, die nach jahrelangem Gerenne von Arzt zu Arzt und mehreren Fehlschlägen endlich, endlich das ersehnte Kind bekommen hatte. Und da lag nun das Buch mit dem roten Umschlag zwischen vier äußerst ansprechenden Neuerscheinungen über das Rätsel der Rollen von Qumran und drei ganz aktuellen Interpretationen der Weissagungen des Nostradamus - darunter sogar ein Buch mit dem vollständigen Originaltext dieses Jahrtausendwerks, in dem bekanntlich von Napoleon bis Hitler, vom PKW bis zum Ufo die gesamte Weltgeschichte in erstaunlicher Weise vorausgesagt ist.

Ich entschied mich - für mich, nicht für unsere Freundin im Krankenhaus - trotzdem für das Buch mit dem roten Umschlag: Gunnar Heinsohn, "Warum Auschwitz?", rororo aktuell, 14,90 Mark, soeben erschienen. "Der Name Auschwitz steht für einen bis heute unbegriffenen Zivilisationsbruch. Auch nach einem halben Jahrhundert der Forschung und mehr als vierzig Theorien bleibt der millionenfache Mord an den Juden unerklärt." So steht es hinten auf dem Bucheinband. Und der Verlag verspricht: "Dieser Band will die Erklärungslücke nicht nur dokumentieren, sondern schließen."

Nun, soviel scheint mir jedenfalls sonnenklar: Wer derart frohgemut unter der Verheißung antritt, mit einem einzigen Geniestreich den Gordischen Knoten aufzulösen, an dem seit fünfzig Jahren Hunderte von Wissenschaftlern und interessierten Laien vergeblich herumgedoktert haben, stellt sich von vornherein als prahlsüchtigen Scharlatan bloß. Nein, seien wir fair: Es könnte sich ja auch um einen ernsthaften Autor handeln, der ohne eigenes Verschulden von seinem Verlag in marktschreierischer, degoutanter Weise angeboten wird. Aber tatsächlich erweist die Lektüre des Buches, daß der Autor selbst für den maßlosen Anspruch verantwortlich ist, hier würde endlich von einem ganz klugen Kopf das große Geheimnis enträtselt, woran vor ihm die gesamte Welt gescheitert ist. Daß genau dieses Thema noch weniger als irgendein anderes eitle Posen verträgt, macht die besondere Frivolität des Buches aus. Mit dem legitimen Geschäftsinteresse eines Verlages für kurzlebige Literatur, im Jahr 1995 auch zum Stichwort Auschwitz einen "Schnellschuß" zu landen, ist das nicht zu rechtfertigen und wohl nicht einmal ausreichend zu begründen: Daß es heuer einen 50. Jahrestag geben würde, war ja schon seit längerer Zeit vorauszusehen.

Zweiundvierzig Theorien

Unter der Überschrift "Die Ratlosigkeit der Nachwelt" reiht Heinsohn in 42 Punkten wahllos bisherige Erklärungsversuche zu Auschwitz aneinander, von denen er selbstverständlich keinen für plausibel hält. Unter den 42 "Theorien" - diese Bezeichnung hat Heinsohn selbst gewählt, offensichtlich mit ironischem Hintersinn - befinden sich ernsthafte, diskutierenswerte wissenschaftliche Ansätze direkt neben abseitigstem Blödsinn. Zu letzterem gehört beispielsweise die "20. Theorie", wonach Auschwitz als "Bestrafung der Juden für die Überwindung weiblicher Gottheiten" zu interpretieren sei.

Es versteht sich von selbst, daß niemand auf anderthalb Buchseiten etwa den Inhalt von Philippe Burrins bedeutender Arbeit über "Die Entscheidung für den Völkermord" angemessen referieren und auch noch argumentativ widerlegen kann. So ist Heinsohns Beschäftigung mit den "42 bekannteren Theorien zu Auschwitz" insgesamt nur ein eitles Herumgehopse, wobei er zum Teil die Intentionen der Autoren in peinlicher Weise verdreht. Die Schlußfolgerungen Burrins beispielsweise subsumiert Heinsohn unter der bösartig-tendenziösen Überschrift "Auschwitz als Rache für die Niederlage von Stalingrad". Der angegriffene Autor hat das jedoch keineswegs behauptet; die Sache fällt vielmehr auf Heinsohn selbst zurück, der sich über den chronologischen Verlauf des Zweiten Weltkriegs in einem heftigen Irrtum befindet (S.69-70).

Schade: Einen auch für interessierte Laien lesbaren kritischen Wegweiser durch die vielfältigen Erklärungsansätze und wissenschaftlichen Kontroversen um die "Genese der Endlösung" vorzulegen, und dies zum günstigen Preis eines Taschenbuchs, wäre ein nützliches Unternehmen. Heinsohn und der Rowohlt-Verlag treiben mit dem Interesse vieler Menschen, Antwort oder wenigstens Hilfestellung auf die Frage "Warum Auschwitz?" zu erhalten, jedoch nur ein leichtfertiges, verantwortungsloses Spiel.

Zusätzlich ärgerlich ist, daß Heinsohn, in allerengster Affinität zu Nolte, den Holocaust mit Hilfe des Gulag nicht etwa bloß relativiert, sondern bei weitem in den Schatten stellt. Oder was sonst soll beim Publikum hängen bleiben, wenn es im direkten Zusammenhang mit Auschwitz Zahlenspielereien wie diese serviert bekommt: Seit dem Jahr 1900 seien 119 Millionen Menschen "durch Regierungen ermordet" worden, "davon 95 Millionen durch marxistische Regierungen" (S. 55)? Und welcher Teufel hat Heinsohn geritten, Stalin nicht nur in Gleichsetzung zu Hitler als "Judenausrotter" zu titulieren - wofür es bei aller Kritik am sowjetischen Antisemitismus wirklich keinen Grund gibt -, sondern sich darüber hinaus noch zu der Formulierung zu steigern, Hitler hätte in Stalin hinsichtlich der Verbrechen an den Juden "seinen Meister gefunden" (S. 117)? Wozu dienen und wodurch legitimieren sich Heinsohns Spekulationen über eine "Vorbildfunktion von Stalins Juden- und Oppositionsausrottung zwischen 1935 und 1939 für diejenige Hitlers von 1941 und 1945" (S. 120)? Und schließlich: Hat ein Lektorat nicht auch die Aufgabe, erstens den Ruf seines Verlages, zweitens aber auch den Autor vor dessen eigenen Black Outs zu schützen? Wo bleiben die Proteste, die vor einigen Jahren Heinsohns Vordenker Nolte entgegenbrandeten? Liegt es nur daran, daß man Heinsohn, begründetermaßen, in Historikerkreisen für eine aufgeblasene, uninteressante Null hält? Oder liegt es vielleicht auch daran, daß die Szenerie in diesem Land immer weiter nach rechts abkippt und daß heute schon als ganz normal durchgeht, was vor kurzem noch Skandal machte?

"Hitlers entscheidendes Motiv"

Und die ganz neue Theorie, durch die der Rowohlt-Autor Licht ins Dunkel fünfzigjähriger Ratlosigkeit zu bringen verheißt, die "Aufdeckung" von "Hitlers entscheidendem Motiv"? Hitler habe die Vernichtung der Juden insgesamt betrieben, um auf diese Weise zur Beseitigung der jüdischen Ethik zu gelangen, d.h. konkret in erster Linie des Grundsatzes der Heiligkeit des Lebens, formuliert in dem "Du sollst nicht töten!" der Thora. Damit habe der Diktator die Voraussetzungen schaffen wollen, um ohne ethische Hemmungen und Gewissensskrupel die Eroberung von "Lebensraum" in Osteuropa durch Massenmord an den dortigen Bevölkerungen durchzuführen.

Ein nicht unwesentlicher grundsätzlicher Einwand gegen diese These: Der Autor kann sie nicht durch eine einzige gesicherte schriftliche oder mündliche Äußerung Hitlers untermauern. Was Heinsohn dazu aus Rauschnings "Gesprächen mit Hitler" zitiert, reicht erstens als einziger Beleg für eine solche Hypothese nicht aus, und zweitens ist Rauschning bekanntermaßen keine hinreichend zuverlässige Quelle. Angesichts seines evidenten Beweisnotstandes flüchtet sich Heinsohn in die gewagte Zusatzthese, Hitler habe dieses sein eigentliches Motiv sogar vor seinen engsten Mitarbeitern und Komplizen verborgen gehalten.

Nun, das heißt selbstverständlich, die Spekulation auf die Spitze zu treiben und den Boden der Diskutierbarkeit weit unter zu sich lassen. Außerdem aber läßt sich die Frage "Warum Auschwitz?" auf gar keinen Fall beantworten, indem man Vermutungen über die geheimgehaltene (oder sogar ihm selbst unbewußte?) Motivation eines einzigen Menschen anstellt, auch wenn dieser Adolf Hitler hieß. Der Völkermord an den Juden Europas setzte in der Spitze und in weiten Teilen des zur Mordmaschine werdenden Staats- und Parteiapparats einen Grundkonsens voraus. Dieser mußte darauf hinauslaufen, daß es erstens aus "höheren Gründen" unbedingt erforderlich und zweitens moralisch vertretbar sei, soviele Juden wie möglich einzufangen und - auf die eine oder andere Art - zu töten.

Immanent krankt der Deutungsversuch von Heinsohn daran, daß er genau das, was angeblich als Ziel angestrebt wurde, von Anfang an voraussetzt: Um zum Massenmord an den Juden überzugehen - das begann mit dem Überfall auf die Sowjetunion, also im Sommer 1941 - mußte man alle ethischen Bedenken hinsichtlich der Heiligkeit des Lebens, samt traditioneller Vorbehalte wie der Schonung von Frauen und Kindern, von vornherein hinter sich lassen bzw. schon gelassen haben. Sowieso gibt es genug Hinweise, daß die Nazis bereits vor dem Beginn des Genozids auf das religiös oder humanistisch begründete Tötungsverbot keine Rücksicht nahmen. Der im Herbst 1939 begonnene Massenmord an den "Geisteskranken", dem etwa 80.000 Menschen zum Opfer fielen, drückt diese Tatsache am klarsten aus.

Es fragt sich auch, ob Heinsohn mit seiner spekulativen Hypothese die Bedeutung ethischer Formeln nicht völlig überschätzt. Bekanntermaßen ist das Gebot "Du sollst nicht töten" seit fast 2.000 Jahren über das Christentum ein Kernpunkt der deklarierten Ethik in Europa. Einen Damm gegen Kriege, Massaker und andere Scheußlichkeiten hat das ernsthaft aber niemals dargestellt - und die meisten der Bluttaten waren von den offiziellen Trägern der christlichen Ethik zumindest geduldet, wenn nicht sogar angestiftet. Heinsohn wertet es

als Erfolg und geradezu als "Vermächtnis von Auschwitz", daß es nach dem Krieg einem Juden, Raphael Lemkin, gelang, 1948 in den Vereinten Nationen eine Konvention gegen Völkermord beschließen zu lassen (S. 175 ff.). Jedoch, es gibt seither schon wieder Hunderttausende, wahrscheinlich sogar mehrere Millionen von Gründen, am praktischen, das heißt lebensrettenden, Nutzen solcher Formeln zu zweifeln.

Täterperspektive

"Warum Auschwitz?" - Das Fatale, Obszöne dieser Fragestellung ist, daß alle ernsthaften Antworten oder Deutungsversuche zwangsläufig von der Perspektive der Täter ausgehen müssen, von deren Sichtweise, von ihren Motivationen, von ihren taktischen und strategischen Kalkülen, von ihrem politischen, soziologischen und psychologischen Milieu, von ihrem Lebenslauf und ihren Überzeugungen. So gesehen scheint mir die Tendenz, den Genozid an den Juden als letztlich unbegreiflich, unerklärbar zu deklarieren, wie eine - ohne weiteres nachvollziehbare - Selbstschutz-Reaktion. Aber aus der Täter-Perspektive betrachtet, war ja an Auschwitz absolut nichts Unbegreifliches, nichts Unlogisches, nichts Unvorhergesehenes. Der Genozid ergab sich aus dem Zentrum ihrer gemeinsamen Grundüberzeugungen, auf die sie sich bereits in der "Kampfzeit" - d.h. während der Weimarer Republik - verständigt hatten. Ansichten und Absichten, aus denen sie, das läßt sich dutzendfach belegen, nicht einmal ein gehütetes Geheimnis gemacht hatten. Hinzuzukommen brauchte dann bloß noch eines: äußere und innere Rahmenbedingungen, die den praktischen Vollzug dieser Überzeugungen machbar und plausibel erscheinen ließen.

In den Worten von Goebbels ausgesprochen: "Wogegen wir unser ganzes Leben gekämpft haben, das vernichten wir nun auch. Ich sage das dem Führer und er stimmt mir vollkommen zu. (...) Der Führer sagt: ob recht oder unrecht, wir müssen siegen. Das ist der einzige Weg. Und er ist recht, moralisch und notwendig. Und haben wir gesiegt, wer fragt uns nach der Methode. Wir haben sowieso soviel auf dem Kerbholz, daß wir siegen müssen, weil sonst unser ganzes Volk, wir an der Spitze mit allem, was uns lieb ist, ausradiert werden. Also ans Werk! (...) Diese Pest wird aus Europa ausgetrieben. Die Zeit ist reif dazu."

So trug es Goebbels am 16. Juni 1941 in sein Tagebuch ein, wenige Tage vor Auslösung des seit Monaten vorbereiteten Überfalls auf die Sowjetunion. Wörtlich genommen spricht er hier von der Vernichtung des Bolschewismus, nicht von den Juden. Aber gerade Goebbels setzte beides so vollständig gleich, daß die sinngemäße Übertragung des Gesagten auch auf die Juden zweifelsfrei zulässig und sogar geboten ist. Dieser Zusammenhang bestand ja auch in der Wirklichkeit: Praktisch mit dem Tag des Angriffsbeginns setzte der systematische Massenmord an den Juden ein.

Von zentraler Bedeutung scheint mir dabei der Satz: "Wogegen wir unser ganzes Leben gekämpft haben, das vernichten wir nun auch", der im Zusammenhang gesehen werden muß mit der kurz davor stehenden Aussage: "Es bereitet jedem alten Nazi eine tiefe Genugtuung, daß wir das noch erleben." - Das bedeutet: Man war sowohl hinsichtlich der Sowjetunion wie auch in bezug auf die Juden nach einer Reihe von taktisch bedingten Verzögerungen und Umwegen, die bei vielen "alten Kämpfern" nicht auf Begeisterung gestoßen waren, wieder bei den alten Prinzipien der "Kampfzeit" angekommen; Worte und Taten standen von nun an im totalen Einklang.

Bekanntlich hatte insbesondere Hitler mehrmals explizit die "Vernichtung" oder "Ausrottung" der Juden im voraus angekündigt. Erstmals geschah das in direkter Form und in kausaler Verknüpfung mit dem kommenden Krieg in einer Rede am 30. Januar 1939, d.h. dem regelmäßig gefeierten Jahrestag der "Machtergreifung" von 1933. Es muß, um den emotionalen und politisch-ideologischen Hintergrund dieser Drohung zu erschließen, etwas breiter zitiert werden: "Ich bin in meinem Leben sehr oft Prophet gewesen und wurde meistens ausgelacht. In der Zeit meines Kampfes um die Macht war es in erster Linie das jüdische Volk, das nur mit Gelächter meine Prophezeiungen hinnahm, ich würde einmal in Deutschland die Führung des Staates und damit des ganzen Volkes übernehmen und dann unter vielen anderen auch das jüdische Problem zur Lösung bringen. Ich glaube, daß dieses damalige schallende Gelächter dem Judentum in Deutschland unterdes wohl schon in der Kehle erstickt ist. Ich will heute wieder ein Prophet sein: Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in- und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann würde das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa."

Diese Drohung wurde von Hitler, und ebenso auch von Goebbels, während des Krieges noch mehrmals wiederholt. Immer wieder tauchten dabei die zwei Schlüsselworte auf: "Prophet" und "Gelächter". Hitler nahm es persönlich übel, nicht ernstgenommen zu werden, und das steigerte womöglich noch seine Verbissenheit, seinen Drohungen irgendwann im vollen Ausmaß die entsprechenden Taten folgen zu lassen. Zwei Eigenschaften vor allem wollte er sich selbst zuschreiben und sich von anderen zuschreiben lassen: eine geradezu hellseherische Präzision der Prognose ("Prophet") und eine absolute Treue und Beharrlichkeit gegenüber seinen einmal geäußerten politisch-ideologischen Grundüberzeugungen. Er bestand darauf, diese Grundüberzeugungen schon in seiner Jugendzeit, noch vor dem Ersten Weltkrieg, gewonnen zu haben, und sie seitdem im wesentlichen nicht mehr verändert zu haben. Da kamen Wartezeiten in Frage, auch scheinbare Brüche waren möglich, aber irgendwann würde er auf die Dinge doch wieder zurückkommen.

Entscheidend ist, daß dies nicht nur Adolf Hitlers Sicht von sich selbst war, sondern daß er genau so auch von seiner Umgebung, darüber hinaus von "der Partei" und last but not least auch von großen Teilen der deutschen Bevölkerung gesehen wurde, und daß hierauf im wesentlichen seine Autorität beruhte. Zur Verdeutlichung sei aus einem Brief zitiert, den H. St. Chamberlain - einer der wichtigten Vorläuferautoren des Nazismus - am Jahresanfang 1924 an den rechtsextremen Verleger Boepple schrieb: Hitler sei, gerade auch in bezug auf seinen Antisemitismus, "kein Phrasendrescher", sondern ein Mann, der "konsequent seine Gedanken zu Ende denkt und furchtlos die Folgerungen daraus zieht". Wie Luther sei es ihm "heilig ernst um die Sache", die er vertritt. "Hitler spricht kein Wort, um das ihm nicht ernst wäre". "Es ist ihm zum Beispiel unmöglich, unser aller Überzeugung über den verderblichen, ja über den todbringenden Einfluß des Judentums auf das Leben des deutschen Volkes zu teilen und nicht danach zu handeln; erkennt man die Gefahr, so müssen schleunigst Maßregeln gegen sie ergriffen werden: das sieht wohl jeder ein, aber keiner wagt's auszusprechen, keiner wagt die Konsequenzen von seinem Denken auf sein Handeln zu ziehen; keiner außer Hitler. Ebenso in seinem Verhältnis zu den Marxisten: da kennt er nur Vernichtungskrieg." "Hitler ist das Gegenteil eines Opportunisten und gewinnt dadurch jedes redliche, gerade, gesunde Gemüt für sich. Endlich einmal ein Mann, der meint, was er sagt."

Hitler selbst sagte einmal in öffentlicher Rede - schon nach Kriegsbeginn, wenn ich nicht irre - kein Politiker habe so oft und so offen wie er seine Absichten angekündigt. Auch das trifft vermutlich zu. Ich möchte mich eines vergleichsweise banalen Bildes bedienen: Wenn ein Mann bei acht oder zehn verschiedenen Gelegenheiten explizit droht, er werde irgendwann seine Frau umbringen, und wenn er dies schließlich wirklich tut, so stellt das eigentlich keine Überraschung dar, und es ist auch nur vordergründig vielleicht "unbegreiflich". Es könnte sein, daß in so einem Fall die intensive Beschäftigung mit dem unmittelbaren Auslöser der konkreten Mordtat - vielleicht der Streit um ein verdorbenes Essen oder eine Eifersuchtsgeschichte? - mehr in die Irre führt als daß sie die tatsächlichen, viel weiter zurückreichenden Tathintergründe aufklärt.

In ungefähr dieser Situation sehe ich einen großen Teil der Holocaust-Interpretationen. Am deutlichsten ist das bei der Denkrichtung des sogenannten Funktionalismus: Sie läßt den Völkermord an den Juden als mehr oder weniger spontanes Ergebnis einer Vielzahl von örtlichen Faktoren und Entwicklungen erscheinen. Demnach wäre der Massenmord primär eine Reaktion auf eine in der ersten Kriegsphase selbst herbeigeführte Zwangslage, unbewältigte chaotische Zustände und "Kompetenzwirrwarr" gewesen: überfüllte Ghettos, Ernährungsprobleme usw. Man habe mit dem Töten begonnen, weil man nicht mehr wußte, "wohin mit den Juden", und daraus habe sich dann eine eigene Dynamik entwickelt. Diese Sichtweise übersieht oder unterschätzt, daß der einzigartige Verbrechenskomplex der Schoa einen seit langem festliegenden politisch-ideologischen Grundkonsens und eine an höchster Stelle getroffene Gesamtentscheidung voraussetzte. Sie geht an der einfachen Tatsache vorbei, daß mit dem Völkermord an den Juden ein zentraler, a priori festliegender Punkt der nazistischen Ideologie realisiert wurde, und daß sich nur aus dieser Perspektive die ansonsten "rätselhafte" absolute Besessenheit erklären läßt, mit der im gesamten besetzten Europa auf jedes einzelne jüdische Individuum Jagd gemacht wurde.

"Ökonomie der Endlösung"

Der gleiche Einwand muß meiner Ansicht nach gegen die linkssoziologische Erklärungslinie von Götz Aly und Susanne Heim geltend gemacht werden. Ihren Darlegungen zufolge war der Völkermord an den Juden im Kern "rational" begründet, das heißt an Zwecken orientiert, die von herrschenden (d.h. Kapitalismus-immanenten) wirtschaftlichen und bevölkerungspolitischen Interessen vorgegeben waren. Dies hier auch nur skizzenhaft zu referieren, würde zu weit führen. Ich verweise auf die Aufsatzsammlung

"Sozialpolitik und Judenvernichtung/ Gibt es eine Ökonomie der Endlösung?" (1987), auf das Buch"Vordenker der Vernichtung" (Hoffmann und Campe 1991) und Aly/Heim "Vernichtungspolitik", eine Debattendokumentation "über den Zusammenhang von Sozialpolitik und Genozid im nationalsozialistischen Deutschland" (Junius Verlag 1991).

In den von Aly/Heim untersuchten und interpretierten Quellen - fast ausschließlich aus dem besetzten Polen, dem sogenannten Generalgouvernement - geht es um Argumente wie die ländliche Überbevölkerung Osteuropas als entscheidendes Industrialisierungshemmnis, wie die (von den NS-Experten angezweifelte) Effektivität der jüdischen Zwangsarbeit, oder wie die Verbesserung der Ernährungslage während des Krieges durch Massenmord an "unnützen Essern". Daß alle diese Gesichtspunkte tatsächlich von der mittleren Ebene der NS-Fachleute vielfach und ausführlich angeführt wurden, um den Genozid plausibel zu machen, steht außer Zweifel. Ebenso eindeutig ist, daß die bisherige Holocaust-Forschung den möglichen Verbindungsgliedern zwischen irrationalem, "unbegreiflichen" Vernichtungswahn auf der einen Seite und Kapitalinteressen auf der anderen Seite zumeist nicht die gebührende Aufmerksamkeit gewidmet hatte.

Vor diesem Hintergrund habe ich die Darlegungen von Aly/Heim zunächst mit großem Interesse - das sie m.E. nach wie vor verdienen - und Zustimmung gelesen. Inzwischen scheint mir ihr Erklärungsansatz, so wie er publizistisch von ihnen angeboten wird, eher in die Irre zu führen. Das ergibt sich daraus, daß die herangezogenen Analysen aus dem NS-Apparat von Aly/Heim nicht bloß als "Begleitmusik" zu den an höchster Stelle getroffenen Grundsatzentscheidungen interpretiert werden, sondern daß ihnen ein maßgeblicher Einfluß auf die Entschlußbildung zum Völkermord unterstellt wird. Für diese Schlußfolgerung aber fehlen den Autoren die Beweismittel, und das kann nach Lage der Dinge auch überhaupt nicht anders sein: Es gibt nicht einmal Anhaltspunkte, daß Hitler auch nur eine einzige dieser Analysen zu Gesicht bekommen hat, geschweige denn, daß er sie in seine Willensbildung einbezogen hätte. Wenn man alles zusammenträgt, was Hitler, Goebbels und Himmler öffentlich oder intern an Gründen für die "Ausrottung des Judentums" geäußert haben, so fehlen darunter die von Aly/Heim zusammengetragenen rationalisierenden Argumente praktisch völlig. Es dominieren statt dessen ganz absolut ideologische und (pseudo)politische Gesichtspunkte, die allesamt auf die Weltanschauung und Programmatik der "Kampfzeit" zurückgehen.

Ohne die Voraussetzung eines antisemitischen - das Wort ist eigentlich viel zu schwächlich, ich komme darauf noch zurück! - Grundkonsenses bräche jede Spekulation über die Rationalität des Judenmords von vornherein zusammen. Zum Beispiel das Stichwort "unnütze Esser": arbeitsfähige Juden, darunter viele absehbar nicht voll zu ersetzende Facharbeiter und Handwerker, zu töten oder unter bewußt barbarisch konstruierten Arbeitsbedingungen schnellstens "abzunützen", ergab unter keinem pragmatischen Gesichtspunkt einen Sinn. Andererseits hat, soweit mir bekannt ist, niemand unter den von Aly/Heim erwähnten NS-Fachleuten ernsthaft vorgeschlagen, die Methoden des industrialisierten Massenmords beispielsweise gegen arbeitsunfähige Polen oder Ukrainer anzuwenden, was unter dem Blickwinkel einer entmenschlichten Effektivierung eine naheliegende Idee gewesen wäre.

Anders gesagt: Die zitierten NS-Experten konnten den systematischen Genozid an den Juden überhaupt nur deshalb in ihre Überlegungen einbeziehen, weil "das Judentum" (jedes einzelne Individuum) a priori, schon vor 1933, also gänzlich losgelöst von den konkreten Verhältnissen im "Generalgouvernement", als eine bis zur Vernichtung zu bekämpfende Gruppe stigmatisiert worden war. Diese ideologische Festlegung war nicht wirtschaftsrational begründet, und ihre Durchsetzung unter Kriegsbedingungen war geradezu anti-pragmatisch. Beispiel: Die Aufbringung immer größerer Massen von ausländischen Zwangsarbeitern für die deutsche Kriegsindustrie, von denen ein großer Teil im besetzten Polen rekrutiert wurde, gestaltete sich schon 1940/41 zunehmend schwieriger. Unter pragmatischen Gesichtspunkten hätte es sich unbedingt aufgedrängt, Hunderttausende von arbeitsfähigen polnischen Juden in Fabrikanlagen oder Arbeitslager des Deutschen Reichs zu schaffen. Aber die aus einer ganz anderen Sphäre herkommende Grundsatzentscheidung lautete, daß unter allen Umständen kein einziger Jude aus dem besetzten Ausland auf deutschen Boden kommen durfte. Im Gegenteil: Auf dem Höhepunkt des Krieges wurden aufgrund der nazistischen Wahnvorstellungen auch die wenigen noch in Deutschland verbliebenen "Rüstungsjuden" insgesamt aus dem Produktionsprozeß genommen und in die Vernichtungslager abtransportiert.

Einem entmenschlichten Denken und Berechnen in den Kategorien von Effektivität, Leistungsfähigkeit, "Bevölkerungsüberschuß" usw. ist gewiß fast alles zuzutrauen. Aber der Völkermord an den Juden in seiner einmaligen Totalität setzte darüber hinausgehend einen festliegenden ideologischen Grundkonsens voraus,

der es möglich machte, von den jeweils sehr unterschiedlichen Ausgangsbedingungen der Juden in den einzelnen europäischen Ländern zu abstrahieren und sämtliche pragmatischen Überlegungen zum Einzelfall über den Haufen zu werfen.

Antisemitismus

im Zentrum des Nazismus

Dieser Grundkonsens ist mit dem Wort "antisemitisch" genau genommen nicht hinreichend beschrieben, sofern man dabei von aktuellen Analogien ausgeht. Als antisemitisch erleben wir heute, daß gelegentlich ein Politiker dümmliche Anspielungen macht, daß hier und da ein jüdischer Friedhof von nazistischen Jugendlichen beschädigt wird, oder als äußerstern Vorfall einen Brandanschlag auf eine Synagoge. Dies kommt mir, zugespitzt formuliert, so vor, als wolle man die Dimensionen einer Sturmflut durch eine "Überschwemmung" im Badezimmer zu begreifen oder anschaulich zu machen versuchen. Das flache antijüdische Ressentiment, das sich heute gelegentlich immer noch oder schon wieder austobt, hat mit der tiefgehenden ideologischen Besessenheit des Antisemitismus, die sich im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts entwickelte und in Auschwitz eine extreme Realisierung fand, nur bedingt zu tun. Wer heute antisemitisch denkt und handelt, hat in der Regel nicht eine einzige zentrale Schrift des historischen Antisemitismus gelesen. Sogar an der Lektüre von Hitlers "Mein Kampf" würden viele von ihnen wahrscheinlich intellektuell scheitern - und das will schon etwas heißen. Das alles kann uns wenig Vorstellungen vermitteln über das Wesen und die mörderische Explosivität einer Massenbewegung, deren Aktivisten den Antisemitismus nicht nur zum Zentrum ihrer Weltanschauung, sondern mehr oder weniger auch zu einem Mittelpunkt ihres persönlichen Lebens gemacht hatten.

Nahezu alles, was in den Jahren 1933 bis 1945 von den Exponenten der Nazi-Führung zur Rechtfertigung der eskalierten antijüdischen Maßnahmen geäußert wurde, läßt sich auf ein einfaches Grundkonzept zurückführen, das bereits in der "Kampfzeit" von Hitler und anderen formuliert worden war: Deutsche und Juden sind von Natur aus Todfeinde, immer gewesen und in alle Zukunft, bis zur Vernichtung der einen Seite durch die andere. Beide Gruppen streben die Weltherrschaft an. Würde in diesem Kampf auf Leben und Tod "das Judentum" siegen, so hätte das letzten Endes den Untergang der gesamten Menschheit zur Folge. "Wenn aber Völker um ihre Existenz auf diesem Planeten kämpfen, mithin die Schicksalsfrage von Sein oder Nichtsein an sie herantritt, fallen alle Erwägungen von Humanität oder Ästhetik in ein Nichts zusammen. (...) Damit haben aber alle diese Begriffe beim Kampfe eines Volkes um sein Dasein auf dieser Welt nur untergeordnete Bedeutung, ja scheiden als bestimmend für die Formen des Kampfes vollständig aus, sobald durch sie die Selbsterhaltungskraft eines im Kampfe liegenden Volkes gelähmt werden könnte." (Mein Kampf, S. 195)

Indem der Nazismus "dem Judentum" offen den Vernichtungskrieg außerhalb sämtlicher moralischer und religiöser Begrenzungen ansagte, beanspruchte er erstens, "dem innersten Wollen der Natur" zum Durchbruch zu verhelfen: schließlich sei es in der Natur angelegt, daß "das beste Menschentum" (gemeint selbstverständlich: die Deutschen) sich durchsetzt und die Erde unter seine Herrschaft nimmt, um von hier aus, "gestützt auf die Mittel und Möglichkeiten eines ganzen Erdballs", ins Universum zu expandieren. (Mein Kampf, S. 420-422)

Zweitens aber stellte der Nazismus sein Ausrottungsvorhaben gegen "das Judentum" auch als Teil des göttlichen Heilsplans dar: "So glaube ich heute im Sinne des allmächtigen Schöpfers zu handeln: Indem ich mich des Juden erwehre, kämpfe ich für das Werk des Herrn." (Mein Kampf, S. 70) - Im propagandistischen Alltagsgeschäft imitierte die NSDAP demzufolge gern Szenen aus der Johannes-Apokalypse: "das Judentum" wurde kollektiv mit Satan/Luzifer oder mit den Heerscharen der teuflischen Mächte identifiziert und es wimmelte von Bildern wie: "Die Schlange Satanas wird in den Abgrund zurückgeschleudert". Umgekehrt identifizierte der Nazismus sich selbst mit den "himmlischen Heerscharen", den militanten Erzengeln - warum wohl hieß Goebbels' schwülstiger, stark autobiographischer Roman "Michael"? - oder auch mit Christus selbst, was aber in der Regel "dem Führer" vorbehalten blieb. Auch der apokalyptische Antagonismus zwischen den "Söhnen des Lichts" und den "Söhnen der Finsternis" wurde gern bemüht.

Und das alles haben diese Leute damals wirklich geglaubt? Als Linke suchen wir, wenn wir mit soviel hochgestochenem und zugleich mordsgefährlichem Blödsinn konfrontiert sind, selbstverständlich erst einmal

nach den "eigentlichen" Zwecken - sprich: Profit- und Herrschaftsinteressen -, die mit dem ideologischen Mummenschanz getarnt und "den Massen" schmackhaft gemacht werden sollen. Entsprechend dankbar werden Erklärungslinien wie die von Aly/Heim aufgenommen, in der die nazistische Ideologie und deren entscheidende Exponenten überhaupt nicht mehr vorkommen, sondern der Völkermord an den Juden schnurgerade auf die uns vertrauten Dinge wie Verwertungsinteressen, kapitalistische Modernisierung usw. zurückgeführt wird. Das aber reicht, spätestens angesichts von Auschwitz, als Erklärung keineswegs aus. Ja, die nazistischen Massenmörder haben - mit vielen taktischen Abstrichen hier und da - im wesentlichen an ihre eigene Ideologie geglaubt, es war ihnen tödlich ernst damit. Auschwitz ist der Beweis.

19. Vor 50 Jahren. Chronologie Teil 2: Februar 1945

Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak375/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:375:05

Diese Chronologie entstand durch die Auswertung verschiedener Quellen; darunter das Kalendarium der Geschehnisse im KZ Auschwitz von Danuta Czech, die Enzyklopädie des Holocaust, die Deutsche Chronik - Alltag im Faschismus von Heinz Bergschicker, der Endlösung-Atlas von Gilbert und verschiedene andere. Der Vergleich dieser Quellen ergab, daß manche Datumsangaben um Tage differieren. Dies liegt in einigen Fällen daran, daß Ereignisse ihrem Beginn bzw. - bei militärischen Operationen - ihrem Endpunkt zugeordnet werden. Teilweise sind die Abweichungen aber auch darin begründet, daß insbesondere in der Endphase des Krieges die Unterlagen über einige "Maßnahmen" gar nicht mehr geführt wurden und außer den Erinnerungen der wenigen Überlebenden keine anderen Quellen vorhanden sind.

Dem Leser/der Leserin der Chronologie wird einiges zugemutet. Eine Vielzahl von Ortsnamen prasselt auf ihn/sie ein; Einzelschicksale werden neben globale Ereignisse gestellt. Wer die letzten fünf Monaten des Zweiten Weltkriegs in Europa aufmerksam verfolgt, wird zwei wesentliche Handlungsstränge feststellen:

1. Die Konzentration der militärischen Operationen im Osten. Bis zum Ende des Krieges trug die Rote Armee die Hauptlast der Kämpfe und Opfer. Erst als im Februar die Rote Armee längst die Oder erreicht hatte und in vielen Kesselschlachten die aus dem Westen herangezogenen deutschen Kräfte niederkämpfte, eröffneten die Alliierten die Kampfhandlungen an der Westfront. Mit Ausnahme der Ruhrgebietskessel hatten die Alliierten im Westen keinen nennenswerten Widerstand zu überwinden. So stand die Rote Armee schon Ende Januar an der Oder, also etwa 150 Kilometer vor Berlin, während die amerikanischen Panzer des General Patton noch in Frankreich waren. Dessen Vormarsch im Frühling stieß auf keinerlei nennenswerten Widerstand mehr. Er konnte von der Überschreitung des Rheins Anfang März, nur durch Tankstops unterbrochen, bis weit nach Österreich hineinrollen. Lediglich auf dem Gebiet der späteren CSSR waren noch deutsche Truppen in größerer Anzahl stationiert, die aber auch im wesentlichen gegen die Rote Armee aufgestellt waren.

2. Bis zum Ende gab es eine koordinierte Vorgehensweise gegen die Häftlinge der KZs, die auf die Beseitigung der Spuren der Verbrechen und möglichst auf die Vernichtung der Opfer des Faschismus hinauslief. Anders läßt sich nicht erklären, wie Zigtausende von Menschen in den Wirren der Auflösung des Deutschen Reiches von der SS durch Deutschland getrieben werden konnten; teilweise gingen die Märsche mitten durch den schmalen Korridor zwischen der Roten Armee im Osten und der US-Army im Westen. Nur in ganz wenigen Fällen fanden sich NS-Funktionäre, die sich den wahnsinnigen Befehlen widersetzten und die Häftlinge geschlossen den Alliierten oder dem Roten Kreuz übergaben.

Demgegenüber sind aber - wohl schon seit Sommer 1944, aber verstärkt seit Mitte Februar 1945 und in den allerletzten Kriegswochen - Versuche hochrangiger NS-Größen (Himmler) nachweisbar, Kontakte zu den (West)-Alliierten aufzunehmen; Ziel war es, einen Separat"frieden" im Westen auszuhandeln, um gemeinsam mit den Westalliierten gegen die Rote Armee vorzugehen. Verschiedene Angebote, Häftlinge zu schonen oder ausreisen zu lassen, dienten dabei als Zeichen "guten Willens". Die Pläne, gleich in Fortsetzung des Zweiten Weltkriegs gegen die Rote Armee vorzugehen, waren dabei nicht allein das Hirngespinst deutscher Nazis. Speziell in Großbritannien waren derartige Überlegungen durchaus verbreitet, und die unter Admiral Dönitz in britischer Gefangenschaft befindliche Nordarmee bot sich als Truppe gegen den kommunistischen Erzfeind direkt an.

Februar 1945

Im Februar setzt die Rote Armee ihren Vormarsch nach Westen nur noch langsam fort. Die Oder bildet nach wenigen Tagen die Frontlinie, von der aus der Angriff auf Berlin vorbereitet wird. Im wesentlichen aber konsolidiert die Rote Armee ihre Stellungen insbesondere in Ost- und Südosteuropa sowie um Ostpreußen. Speziell die Kämpfe in Ungarn sind von besonderer Härte. Auch die vielen "Kessel", die Teile der Roten Armee bei ihrer Winteroffensive eingeschlossen hatten, bilden einen Unruheherd im Hinterland der sowjetischen Front. Die Erreichung der Ostsee und damit die Zersplitterung der deutschen Ostarmeen ist das militärisch wichtigste Ereignis an der Ostfront. Zentrales Ereignis im Februar 1945 ist aber die Konferenz von Jalta, in der die Regierungschefs der Alliierten ihre Politik gegenüber Deutschland präzisieren und die bedingungslose Kapitulation als gemeinsames Kriegsziel bestätigen.

Die Nazis beginnen ihre Versuche, ein Separatabkommen mit den Westmächten herbeizuführen.

Anfang Februar beginnt die Räumung und Auflösung des KZ Groß-Rosen. Etwa 40.000 Menschen werden auf den Marsch geschickt. Tausende werden ermordet; die Überlebenden kommen nach Dora-Mittelbau, Flossenbürg, Buchenwald, Mauthausen, Dachau, Bergen-Belsen und Sachsenhausen.

Etwa 20.000 Jüdinnen und Juden aus den KZ des Eulengebirges werden ermordet - entweder noch in den Lagern oder auf dem Marsch.

Tag für Tag - Chronologie des Februar 1945

2. Februar 1945: 178 Häftlinge verschiedener Nationalitäten werden im KZ Sachsenhausen ermordet. Carl Friedrich Goerdeler und Alfred Delp, Beteiligte am Putschversuch des 20. Juli 1944, werden hingerichtet.

Im Reichsgebiet werden die Lebensmittelrationen durch Verlängerung der Zuteilungsperiode von acht auf neun Wochen gekürzt. (Das entspricht einer Kürzung von 11%.)

Beauftragte des Komitees vom Roten Kreuz diskutieren mit der SS Pläne, die KZ zu übernehmen.

3. Februar 1945: Mit Ausnahme von Küstrin und Frankfurt ist das gesamte rechte Oderufer von der Roten Armee besetzt.

Anglo-amerikanische Luftwaffe fliegt die bisher schwersten Angriffe auf Berlin und andere Städte im Osten Deutschlands.

Hitler rühmt sich in den Bormann-Diktaten: "Es ist das Verdienst des Nationalsozialismus, daß er zum ersten Mal die jüdische Frage realistisch angepackt hat".

4. - 12. Februar 1945: Konferenz der Regierungschefs der USA, der UdSSR und Großbritanniens in Jalta/Krim. Es war dies die zweite Konferenz der "Anti-Hitler-Koalition" zwischen der UdSSR, den USA und Großbritannien.

5. Februar 1945: Die "Sippenhaft" wird vom Oberkommando der Wehrmacht (OKW) auf alle Angehörigen aller Antifa-Kriegsgefangenen ausgedehnt.

1.200 Juden, darunter 433 aus den Niederlanden, werden mit Hilfe des Roten Kreuzes aus dem Protektorat Böhmen und Mähren in die Schweiz transportiert.

8. Februar 1945: Im KZ Ravensbrück erfahren die Häftlinge, daß ihre amputierten Kameradinnen, die in das "Jugendlager Uckermarck" überstellt worden sind, vergast wurden.

Offensive der Roten Armee aus den Brückenköpfen nördlich von Breslau.

Kanadische Offensive bei Nijmegen. Kämpfe im Reichswald.

Die Reichsgruppe Industrie fordert den Verbleib der Belegschaften vor Ort auch bei verminderter Beschäftigungsmöglichkeiten als Folge von Luftangriffen und Rohstoffmangel.

10. Februar 1945: Liegnitz wird erobert. Offensive gegen die Heeresgruppe Weichsel bei Graudenz.

11. Februar 1945: Sally Mayer, Kasztner, Kurt Becher und Krell treffen sich an der Schweizer Grenze zu weiteren Verhandlungen zwischen SS und jüdischen Vertretern.

12. Februar 1945: Die NS-Führung ruft die Frauen zum "Volkssturm" auf.

13. Februar 1945: Budapest wird von der Roten Armee eingenommen. Glogau wird eingeschlossen.

13./14. Februar 1945: Mit dem Bombardement von Dresden wird der Höhepunkt der anglo-amerikanischen Luftangriffe auf Städte im Osten erreicht.

15. Februar 1945: Verordnung des Reichsjustizministeriums über die Errichtung von Standgerichten in den "feindbedrohten Gebieten". Ihnen fallen bis Kriegsende noch ca. 7.000 Menschen zum Opfer.

Breslau wird eingeschlossen.

17. Februar 1945: Hitlers Englandberater Hesse reist nach Schweden, um über den Bankier Vallenberg Kontakte zu den Westalliierten herzustellen. In einem Memorandum hat Hesse einen Separatfrieden mit den Westalliierten und die Verlagerung aller deutschen Armeen nach dem Osten zur "Eindämmung der bolschewistischen Springflut" vorgeschlagen. Hesses Mission scheitert.

Der Wehrmachtstandortsälteste des Standortbezirks Spandau befiehlt die Hinrichtung von sechs Soldaten, die zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht verurteilt sind.

18. Februar 1945: Die Festung Graudenz wird eingeschlossen.

Unter Rüstungsminister Speer wird ein Notstab zur Aufrechterhaltung des Transportwesens eingerichtet.

Im deutschen Reich werden 500 Juden, die bislang durch ihre Ehe mit Christen geschützt waren, festgenommen und nach Theresienstadt transportiert.

19. Februar 1945: Himmler versucht, über Schweden Kontakt zu den Alliierten herzustellen.

20. Februar 1945: Waffenstillstand zwischen Ungarn und der Sowjetunion.

Hitler, Jodl und Dönitz beraten die Kündigung der Genfer Konvention, um die Truppe zum Weiterkämpfen zu zwingen. Der Beschluß wird wegen der überwiegenden Nachteile verworfen.

23. Februar 1945: Poznan wird befreit.

Kriegserklärung der Türkei an Deutschland.

Amerikanischer Angriff an der Roer, einem Nebenfluß der Maas.

24. Februar 1945: Beginn einer neuen Offensive der Roten Armee in Hinterpommern.

In einer Proklamation verkündet Hitler die geschichtliche Wende noch im laufenden Jahr.

26. Februar 1945: Von Bromberg aus bricht die Rote Armee nach Norden zur Ostsee durch.

Bormann vermerkt die Aufstellung eines Frauenbataillons; bei Bewährung sollen sofort weitere Kampfeinheiten aufgestellt werden. Himmler befiehlt "Sonderstandgerichte" wegen Auflösungserscheinungen.

28. Februar 1945: Das KZ Groß-Rosen wird durch die Rote Armee befreit.

Der Gauleiter von Köln-Aachen erläßt den Aufruf: "Gegen den Feind mit allen Mitteln kämpfen".

Im KZ Buchenwald wird der Kunstmaler Franz Monjau ermordet.

Ende Februar 1945: Frauen werden zum Volkssturm einberufen.

20. Wem gehört Auschwitz? Die Gedenken zum 50. Jahrestag der Befreiung

Die Gedenkfeiern zum 50. Jahrestag der Befreiung

Autor: J., Westberlin · Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak375/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:375:44

Organisation und Durchführung der Gedenkveranstaltungen zum 50. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz führten zu Belastungen, die für Juden nur schwer zu ertragen waren. Offenbar wurden die tiefen Gegensätze zu den polnischen Veranstaltern, deren Land und dessen Menschen ebenfalls Opfer des Vernichtungswillens der Nazis geworden waren.

Ursprünglich hatte sich das Internationale Auschwitz Komitee (IAK) als Veranstalter der Erinnerungsfeier angeboten. Es hatte ein Programm ausgearbeitet und ein Ehrenkomitee aus 21 prominenten und international bekannten Auschwitz-Häftlingen empfohlen. Die polnische Regierung hätte demnach als Gastgeberin fungiert. Nach Angaben des Vorsitzenden des IAK, Maurice Goldstein, war über diesen planungstechnischen Rahmen im November 1993 Einvernehmen erzielt worden.

In der Folge jedoch blieben Vorschläge und Anfragen des IAK von der polnischen Seite ohne Antwort. Dort übernahmen die Kanzlei von Staatspräsident Walesa und ein "Ehrenkomitee der Feierlichkeiten" Federführung und organisatorische Vorbereitung. Das Komitee umfaßte 37 Personen, unter ihnen der polnische Kardinal Glemp, aber nur elf ehemalige Häftlinge. Ein Vertreter der Roma wurde erst in letzter Minute dazugewählt.

In der praktischen Konsequenz spitzten sich die Differenzen auf die Frage zu, ob bei der zentralen Gedenkfeier Zeit und Raum für das traditionelle jüdische Totengebet, das Kaddisch, gelassen werden sollte. Die polnische Seite lehnte ab, sie hatte einen ökumenischen Gottesdienst vorgeschlagen. Außerdem lehnte sie den Wunsch ab, den Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses (WJC), Edgar M. Bronfman, bei der zentralen Veranstaltung sprechen zu lassen. Statt dessen hatte sie ihn zur Eröffnungsveranstaltung nach Krakau am 26. Januar eingeladen - mit dem Ergebnis, daß Bronfman am Ende sämtlichen Veranstaltungen fernblieb, während Walesa sowohl in Krakau als auch bei der zentralen Feier in Auschwitz jeweils kurze Ansprachen hielt.

Hinter diesen Auseinandersetzungen standen letztlich unüberbrückbare Meinungsverschiedenheiten über den Charakters des Gedenkens in Auschwitz und überhaupt den Ort Auschwitz. Für Jüdinnen und Juden ist Auschwitz angesichts der hier ermordeten über eine Million Angehörigen ihres Volks ein riesiger jüdischer Friedhof. Annähernd sechs Millionen Jüdinnen und Juden wurden ermordet - Auschwitz ist das Symbol für die Schoah, den Völkermord an den europäischen Juden. In Polen hingegen wird Auschwitz noch immer vorwiegend als der Ort gesehen, der der Unterdrückung und Zerstörung Polens diente. Es wird darauf hingewiesen, daß im Konzentrationslager Auschwitz in den ersten beiden Jahren seines Bestehens 1940 und 1941 vor allem Polen ermordet wurden: Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer, Angehörige der polnischen Intelligenz, deren Auslöschung die deutschen Besatzer planmäßig betrieben - insgesamt wurden in dieser Zeit 75.000 Polinnen und Polen in Auschwitz umgebracht.

Die Universität von Krakau war deshalb von polnischer Seite als Ort, wo die Erinnerungsfeierlichkeiten begannen, nur konsequent gewählt worden. In seiner kurzen Ansprache erinnerte Polens Präsident Walesa an jene Krakauer Professoren, die am 6. November 1939 in das Konzentrationslager Auschwitz deportiert wurden, erwähnte jedoch den Holocaust bzw. das jüdische Volk nicht und benutzte statt dessen den Begriff des Völkermords. Auf jüdischer Seite hatte man einen Eklat umgangen. Die als Redner vorgesehenen Repräsentanten waren entweder selbst erschienen oder ließen sich vertreten. Maurice Goldstein war selber gekommen; Edgar Bronfman hatte seinen Stellvertreter geschickt; an Stelle der geladenen Direktoren von Yad Vashem und des Washingtoner Holocaust-Museums waren Mitarbeiter dieser Einrichtungen anwesend.

In zeitlichem Abstand - mittags um 13 Uhr - fand dann am selben Tag auf dem Gelände des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau die für die jüdischen Organisationen so entscheidend wichtige Totengedenkfeier statt. Der WJC hatte am 11. Januar die Durchführung dieser Feier beschlossen, nachdem klar war, daß die polnische Regierung die Wünsche der jüdischen Seite bei der Ausrichtung der zentralen

Gedenkveranstaltung am 27. Januar nicht berücksichtigen würde. Es nahmen unter anderem teil: Der jüdische Friedensnobelpreisträger und Auschwitz-Überlebende Elie Wiesel, der israelische Parlamentspräsident, der Vorsitzende des Europäischen jüdischen Kongresses, der Direktor von Yad Vashem, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, der Vorsitzende der jüdischen Koordinationskommission in Polen, Vertreter von mehreren jüdischen Organisationen, darunter die Gemeinschaft der Mengele-Kinder, der "Kinder des Holocausts", der jüdischen Partisanen in Polen. Eingeladen hatte der WJC zu dieser Feier außerdem einen Vertreter der Sinti und Roma; des weiteren nahm auf Einladung von Ignatz Bubis auch Bundespräsident Herzog teil. Schließlich stand diese rein religiöse Gedenkveranstaltung nach den Worten der Organisatoren all denen offen, die daran festhalten, daß Auschwitz besonders ein Symbol für die Vernichtung der Juden ist.

Unter Beteiligung etlicher Staatsoberhäupter oder führender Repräsentanten all der Völker, von denen Angehörige in Auschwitz ermordet wurden (insgesamt 29 nach heutigen Grenzen), fand am 27. Januar zunächst im Stammlager Auschwitz eine Versammlung statt, auf der wiederum Präsident Walesa eine kurze Ansprache hielt. Dabei hob er, abweichend von seinem vorab verbreiteten schriftlichen Redetext, das besondere Leiden des jüdischen Volkes hervor. Anschließend wurde die zentrale Gedenkfeier in Auschwitz-Birkenau durchgeführt. Sie begann mit Gebeten jüdischer, katholischer, evangelischer, christlich-orthodoxer und muslimischer Geistlicher. Es sprachen sodann Präsident Walesa sowie die ehemaligen Auschwitz-Häftlinge Elie Wiesel und Maurice Goldstein. Der ehemalige polnische Auschwitz-Häftling Wladyslaw Bartoszewski verlas einen Friedensappell, der am Abend zuvor unter Beteiligung von Vertretern sämtlicher betroffenen Nationen verfaßt worden war. Abschließend wurden mit Hilfe polnischer Soldaten die zahlreichen Kränze der anwesenden Staatsvertreter am zentralen Mahnmal niedergelegt. Umrahmt war das Kundgebungsgelände mit den Fahnen sämtlicher Nationen, die Opfer in Auschwitz zu beklagen haben, darunter auch die deutsche Fahne. (Bundespräsident Herzog war als Repräsentant der deutschen Opfer eingeladen worden.)

Für die anwesenden Jüdinnen und Juden war die starke polnische Präsenz während der Kundgebung in Auschwitz-Birkenau eine schwere Belastung. Es waren nicht nur zahlreiche polnische Soldaten anwesend, sondern auch etliche polnische Veteranenverbände, die ihre Fahnen und Standarten schon vor Beginn der Veranstaltung im Bereich der Gedenksteine postiert hatten. Die herrschende polnische Sichtweise drückte Walesa in seiner Rede in Birkenau aus, indem er formulierte, daß in der "Todesfabrik Auschwitz die Vernichtung ganzer Völker vollzogen wurde: der Juden und der Zigeuner, und für andere, vor allem uns Polen, die Vernichtung vorbereitet wurde".

Während der Auseinandersetzungen im unmittelbaren Vorfeld der Gedenkfeiern hatte der Staatssekretär im Amt des polnischen Staatspräsidenten, Andrzej Zakrzewski, argumentiert, daß die Ehrung der Opfer von Auschwitz Sache vieler Völker sei: "Auschwitz gehört allen. Es ist ein Symbol der Barbarei des 20. Jahrhunderts. Es sollte die Menschen guten Willens verbinden und nicht trennen." Die Wahrheit dieser Feststellung liegt sicher darin, daß die Erinnerung an die Verbrechen von Auschwitz sich unauslöschlich und für immer in das Bewußtsein der gesamten Menschheit einbrennen muß.

J./Westberlin

21. "Nie mehr Krieg und Mord." Der Appell von Auschwitz an die Völker der Welt

Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak375/appell.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:375:appell

Dokumentation

"Nie mehr Krieg und Mord"

Der Appell von Auschwitz an die Völker der Welt

Zum 50. Jahrestag der Befreiung der Konzentrationslager Auschwitz und Birkenau haben Staats- und Regierungschefs aus 24 Ländern sowie Friedensnobelpreisträger, die zur Gedenkfeier nach Polen gereist sind, einen Friedensappell an die Völker der Welt gerichtet. Der in Krakau gemeinsam erarbeitete Appell wurde am Freitag bei der zentralen Gedenkfeier in Auschwitz-Birkenau verlesen. Er hat in einer Übersetzung der Deutschen PresseAgentur folgenden Wortlaut:

"50 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz-Birkenau sind wir zusammengekommen, um des größten Verbrechens, das in der Geschichte begangen worden ist, zu gedenken. Ein Verbrechen, das seinen Autoren nach die Endlösung bringen sollte, ein Verbrechen gegen die Juden hauptsächlich gegen die Juden --, aber auch gegen andere Völker: gegen die Polen, gegen die Roma, die Russen, Holländer, Franzosen, Deutsche, Österreicher, Weißrussen, Bulgaren, Jugoslawen, Luxemburger, Litauer, Letten, Dänen, Esten, Tschechen, Kroaten, Ungarn, Bosnier und die Bürger der Herzegowina, Belgier, Italiener, Ukrainer, Slowenen, Slowaken, Rumänen, Mazedonier, Norweger und Albaner.

Hier auf polnischem Boden, doch nicht mit polnischer Hand, haben die deutschen Nazis eine Kette von Lagern errichtet, unter denen Auschwitz-Birkenau zum Symbol des Bösen und der Barbarei nicht nur des 20. Jahrhunderts wurde. Wir sind verpflichtet, der Opfer zu gedenken, ihrer Tode aber auch des Lebens. Ihr Erbe muß der Menschheit helfen, den Glauben an eine Zukunft zu begründen, die frei von Rassismus, Haß und Antisemitismus ist. So wie wir verpflichtet sind, der Opfer des Konzentrationslagers Auschwitz zu gedenken, so sind wir auch für die Lebenden zu einer Sorge um den Frieden, um die Toleranz, um Menschenrechte verpflichtet.

Wir glauben und hoffen, daß diese Prinzipien mit Achtung angenommen werden, daß sie sich tief in das Bewußtsein der ganzen internationalen Gesellschaft einprägen, daß sie die Herzen und Gemüter berühren, so daß am Ende des 20. Jahrhunderts Instrumente geschaffen werden, die eine friedliche Lösung aller Konflikte garantieren. Verbrechen gegen die Menschheit dürfen nicht vergessen werden. Unabhängig davon, wo, wann und durch wen sie begangen wurden. Es muß darüber gerecht geurteilt werden. Es muß eine Warnung für die Zeitgenossen werden und für die zukünftigen Generationen. Es heißt, wer ein Leben rette, der rette die ganze Welt. Wer ein Menschenleben nimmt, der zerstört die Ordnung dieser Welt. Deshalb wollen wir an die ganze Welt, an alle ihre Völker, an alle Menschen den Aufruf richten: Nie mehr Fanatismus und Gewalt. Nie mehr Krieg und Mord."

22. Jalta. Zur Geschichte einer Legende

Autor: Knut Mellenthin · Rubrik: Zeitgeschichte; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak375/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:375:13

Vor 50 Jahren, im Februar 1945, trafen sich in Jalta (Krim) die führenden Repräsentanten der Anti-Hitler-Koalition, "die großen drei": Stalin, Churchill und Roosevelt. In dem folgenden Artikel werden wesentliche Ergebnisse der Konferenz und der sie begleitenden Pressekampagne der Nazis zusammengetragen. Geschrieben wurde der Artikel bereits im Oktober 1984. Anlaß war die Anfang der achtziger Jahre verstärkt einsetzende Agitation gegen "Jalta" als dem Ort, wo angeblich die "Blockkonfrontation" und die Teilung Europas beschlossen worden wären. "Abschied von Jalta" lautete damals von Schwarz bis Grün das beliebteste der einschlägigen Schlagworte. Wir dokumentieren den Artikel (erstmals erschienen in ak 251 vom 22.10.1984) leicht gekürzt und überarbeitet.

Der am häufigsten erhobene Vorwurf lautet, daß in Jalta die Blockteilung Europas eingeleitet, beschlossen oder gar "zementiert" worden sei. Daß diese Behauptung unsinnig ist, ergibt sich jedoch auf den allerersten Blick: Die Konferenz von Jalta fand im Februar 1945, ein Vierteljahr vor Ende des Zweiten Weltkrieges, statt. An Blöcken gab es damals auf der einen Seite die Achsenmächte (zusammengeschmolzen auf Deutschland und Japan) und auf der anderen Seite die Alliierten mit den Hauptmächten USA, Sowjetunion und Großbritannien. Die spätere Block-Konfrontation, zugespitzt in der Existenz von NATO und Warschauer Pakt, entwickelte sich erst nach Beendigung des Krieges gegen Deutschland und Japan. Wichtige Stationen dieses Übergangs von der Allianz zum Kalten Krieg waren der griechische Bürgerkrieg (1944-1949), die Truman-Doktrin (12.3.1947), die Ankündigung des Marshall-Plans (Juni-Juli 1947), die Berlin-Krise (Juni 1948 bis Mai 1949), die Gründung der BRD und der DDR (23.5. und 7.10.1949) sowie die Gründung der NATO (4.4.1949).

Daß diese Entwicklung nicht von der Jalta-Konferenz ausging, ergibt sich schon aus deren Rahmenbedingungen: Im Februar 1945 standen die Truppen der Alliierten im Westen an der deutschen Grenze und im Osten an der Oder. Der Krieg war militärisch längst gewonnen, aber seine weitere Dauer (und damit auch das Ausmaß der von den Alliierten noch zu bringenden Opfer) war schwer einzuschätzen. Nach den bisherigen Erfahrungen, verstärkt durch den frischen Eindruck der deutschen Ardennen-Offensive (1), neigten die Alliierten eher dazu, den weiteren deutschen Widerstand recht hoch anzusetzen. (Das gleiche galt für Japan.) In dieser Situation setzte die Durchhalte-Propaganda der Nazis alles auf einen angeblich unvermeidlichen Bruch der feindlichen Allianz. In Übernahme einer Formulierung westlicher Kreise prophezeite die Nazi-Propaganda damals das Bevorstehen eines "Dritten Weltkriegs" der Sowjetunion gegen ihre Partner. Von der Wirksamkeit dieser Propaganda hingen der deutsche "Durchhaltewillen" und folglich auch die weitere Dauer und Härte des Krieges ab. Die Konferenz von Jalta mußte also zum praktischen Gegenbeweis gegen die Nazi-Parolen werden. Diesem Ziel entsprechend waren die Konferenzbeschlüsse nicht nur darauf angelegt, die Einheit der Alliierten für die weitere Kriegsführung zu wahren, sondern sie auch über das Kriegsende hinaus zu erhalten.

Der "Abschied von Jalta", den in den achtziger Jahren manche Grün-Alternative treudeutsch und gedankenlos einforderten, hat in Wirklichkeit in Gestalt des Kalten Krieges schon sehr frühzeitig stattgefunden. Das gilt für den "Geist" der Jalta-Konferenz ebenso wie für die meisten konkreten Vereinbarungen, die dort unterzeichnet wurden: Man denke nur an den guten Vorsatz, "für ewige Zeiten" (so hieß es da tatsächlich!) in Deutschland alles Militärische, von der Armee bis zur Rüstungsproduktion, zu vernichten und unmöglich zu machen.

Aber wenn schon aus historischen Gründen Jalta nicht der Ausgangspunkt der "Blockteilung Europas" und der "Blockkonfrontation auf deutschem Boden" gewesen sein kann, so hat dort doch wohl wenigstens eine Aufteilung Europas in Machtzonen der Siegermächte stattgefunden? Nicht einmal diese populäre Version läßt sich guten Gewissens aufrechterhalten.

Erstes Gegenargument: Zum Zeitpunkt der Konferenz von Jalta ergaben sich mögliche künftige Einflußzonen der Alliierten als Tatsachen aus dem Kriegsgeschehen. Sowjetische Truppen kontrollierten vollständig Rumänien, Bulgarien und Polen, die größere Hälfte Ungarns und ein Drittel der Tschechoslowakei. Amerikanische und britische Truppen standen in Frankreich, Belgien, den Niederlanden, Griechenland und fast

ganz Italien. Die Alliierten brauchten und konnten sich in Jalta also gar nicht irgendwelche "Einflußsphären" insgeheim zugestehen, sondern mußten von geschaffenen politisch-militärischen Tatsachen ausgehen.

Zweites Gegenargument: Nichts, aber wirklich gar nichts in den veröffentlichten Akten der Jalta-Konferenz und in den zum Teil aus indiskreteren Schilderungen Beteiligter stützt die Version, daß dort über die Aufteilung Europas in Machtzonen verhandelt worden wäre. In diesem Zusammenhang verdient eine Anekdote Erwähnung, die sich aber nicht auf die Konferenz von Jalta, sondern auf einen vorhergehenden Besuch Churchills in Moskau im Oktober 1944 bezieht. Churchill beschreibt den Vorgang so: Er habe beim ersten Zusammentreffen (9.10.) an Stalin den Vorschlag gerichtet, über "our affairs in the Balkan" zu sprechen. "Was Großbritannien und Rußland angeht, wie wäre es, wenn Sie eine 90%ige Vorherrschaft in Rumänien haben würden, wir eine 90%ige in Griechenland, und wenn wir Halbe-Halbe in Jugoslawien machen würden?" Während dies für Stalin übersetzt wurde, habe Churchill auf ein halbes Blatt Papier seinen Vorschlag notiert, erweitert um Ungarn (50:50) und Bulgarien (75:25 zugunsten der Sowjetunion). "Ich schob diesen Zettel Stalin zu, der bis dahin der Übersetzung gelauscht hatte. Es gab eine kleine Pause. Dann zückte er seinen blauen Stift, machte einen großen Haken (auf das Blatt) und schob es uns wieder zu. Das Ganze war erledigt in nicht mehr Zeit, als man zum Hinsetzen braucht ... Danach gab es ein langes Schweigen. Das beschriebene Blatt lag mitten auf dem Tisch. Schließlich sagte ich: ‚Könnte es nicht für sehr zynisch gehalten werden, wenn es so aussieht, als hätten wir über Angelegenheiten, die so schicksalhaft für Millionen Menschen sind, derart leichthin entschieden? Wir sollten das Papier verbrennen.` ‚Nein, behalten Sie es`, sagte Stalin." (2)

Daß diese Episode, falls sie sich wirklich etwa so zugetragen hat, den Charakter einer Abmachung gehabt hätte, daß sie von Stalin überhaupt ernst genommen worden wäre, ist äußerst unwahrscheinlich. Zumal Churchills Schmierzettel den auffallenden Schönheitsfehler hatte, daß, abgesehen von Griechenland, nur über Gebiete disponiert werden sollte, die sowieso schon von sowjetischen Truppen besetzt waren oder zumindest in deren Reichweite lagen. Nicht jedoch beispielsweise über Italien. Gerade die vergnügte Schamlosigkeit, mit der Churchill diese Anekdote erzählte, läßt immerhin den Rückschluß zu, daß er es wohl kaum verschwiegen hätte, wenn sich Vergleichbares oder Ernsthafteres auch auf der Jalta-Konferenz zugetragen hätte.

Die Vereinbarungen von Jalta

Die wirklichen Debatten und Beschlüsse der Jalta-Konferenz (3) behandelten, in der Reihenfolge des offiziellen Ergebnisprotokolls (4):

1. Die Gründung der UNO samt einigen Ausführungsbestimmungen.

2. Die "Erklärung über das befreite Europa". Es sollte in Europa ein Weg eingeschlagen werden, "der die befreiten Völker instand setzt, die letzten Spuren des Nazismus und Faschismus zu zerstören und demokratische Einrichtungen ihrer eigenen Wahl zu schaffen". Betont wird "das Recht aller Völker, diejenige Form der Regierung zu wählen, unter der sie leben wollen". Die Alliierten behielten sich vor, einzelnen Ländern "beizustehen" (bzw. in deren Angelegenheiten einzugreifen) in folgenden Punkten: a) "Zustände eines inneren Friedens herzustellen"; b) "Notmaßnahmen für die Unterstützung hilfsbedürftiger Völker durchzuführen"; c) Interimistische" (provisorische; Anm. d. Verf.) Regierungsstellen zu schaffen, die auf breiter Grundlage alle demokratischen Elemente in der Bevölkerung repräsentieren und die sich verpflichtet haben, sobald als möglich durch freie Wahlen Regierungen zu errichten, welche dem Willen des Volkes entsprechen"; d) "und, wo es nötig ist, die Abhaltung solcher Wahlen zu erleichtern". Dies sollte seitens der drei Hauptalliierten gemeinsam und in Konsultation geschehen. Die Alliierten schrieben sich damit Rechte der Einflußnahme für die unmittelbare Nachkriegszeit zu. Dies nicht zuletzt vor dem Hintergrund, daß eine Mehrheit der befreiten Länder mit Nazi-Deutschland verbündet gewesen war und entsprechende eigene politische Systeme gehabt hatten. (5)

3. Die "Teilung Deutschlands", im englischen Text "dismemberment". Festgelegt wurde, daß die drei Alliierten "bezüglich Deutschlands höchste Machtvollkommenheit haben" sollten. "In der Ausübung dieser Macht werden sie solche Maßnahmen treffen, einschließlich der völligen Entwaffnung, Entmilitarisierung und Aufteilung, wie sie sie für den zukünftigen Frieden und die Sicherheit für notwendig halten". (Der Hinweis auf das "dismemberment" fehlt in der am 12.2.1945 publizierten offiziellen Version des Konferenzverlaufs).

An diese Festlegung zu erinnern, ist wichtig angesichts der Unverfrorenheit oder Blödheit, mit der quer durch die politische Landschaft bis heute behauptet wird, die Alliierten seien von der Einheit Deutschlands

ausgegangen. Zumindest für Jalta gilt das nicht. Das berühmte Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes (und darüber hinaus die verbale Verpflichtung der gesamten NATO auf dieses Postulat) ist also ein weiterer "Abschied von Jalta". Wer nun allerdings glaubt, wenigstens die deutsche Teilung als Ergebnis von Jalta denunzieren zu können, irrt wiederum: Darauf hatten sich die drei Alliierten schon während der Konferenz von Teheran, im Dezember 1943, im Prinzip geeinigt. Damals hatte Roosevelt vorgeschlagen, Deutschland in fünf Teilstaaten zu zerlegen und einige Gebiete unter internationale Aufsicht zu stellen (6). Ein Gedanke, dem angesichts der furchtbaren deutschen Taten weder politische Vernunft noch moralische Rechtfertigung abzusprechen sind. Daß dies so nicht geschah, ist wesentlich der nach Kriegsende schrittweise einsetzenden Block-Konfrontation zu verdanken oder anzulasten.

4. Die zusätzliche Bildung einer französischen Besatzungszone in Deutschland; Vertretung Frankreichs im alliierten Kontrollrat.

5. "Wiedergutmachung". "Deutschland muß in natura für die Verluste zahlen, die es den alliierten Nationen im Laufe des Krieges zugefügt hat. Wiedergutmachungen sollen in erster Linie diejenigen Länder erhalten, die die Hauptlast des Krieges getragen, die schwersten Verluste erlitten und den Sieg über den Feind gestaltet haben." Als Grundlage für die Ausarbeitung genauer Festlegungen, für die ein Ausschuß gebildet wurde, wurde ein gemeinsamer Vorschlag der sowjetischen und der amerikanischen Delegation akzeptiert. Danach sollte die Gesamtsumme der Wiedergutmachung 20 Milliarden Dollar betragen, wovon 50% an die Sowjetunion gehen sollten. Schon während der Potsdam-Konferenz (Juli 1945) wollten die US-Vertreter davon nichts mehr wissen. Als die Sowjetunion später auf der Moskauer Außenministerkonferenz 1947 ihre Reparationsforderung von 10 Milliarden Dollar vorbrachte, wurde sie endgültig abgeschmettert: ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zum Kalten Krieg und ein weiterer "Abschied von Jalta".

6. "Hauptkriegsverbrecher". (Keine Festlegungen).

7. Polen. Eindeutig der umstrittenste und schwierigste Punkt der Jalta-Konferenz. Vereinbart wurde schließlich: a) Die Ostgrenze Polens soll im wesentlichen durch die sogenannte Curzon-Linie (7) gebildet werden. b) Polen soll "einen ansehnlichen Gebietszuwachs im Norden und Westen" auf Kosten Deutschlands bekommen, dessen genauer Umfang endgültig auf einer Friedenskonferenz festgelegt werden soll. Auf diese Grenzen hatten sich die Alliierten schon in Teheran geeinigt. Churchill versuchte vergeblich, dies in Jalta zu revidieren. c) Die provisorische Regierung in Polen soll "auf einer breiten demokratischen Grundlage mit Einschluß demokratischer Führer aus Polen selbst und von Polen im Ausland reorganisiert werden". Diese Regierung soll "so bald als möglich", "freie und unbeeinflußte Wahlen" abhalten. Mit diesem Beschluß wurde der erbitterte Konkurrenzkampf zwischen der 1944 unter sowjetischer Patronage im befreiten Polen (zunächst in Lublin) gebildeten "provisorischen Regierung" einerseits und der anti-sowjetischen "Exilregierung" in London andererseits auf Kosten der letzteren entschieden. Entsprechend lautstark und radikal waren die Proteste der polnischen Vertreter in den USA und Großbritannien, die zusätzlich über die Festlegung der Ostgrenze verbittert waren. Die Sache Polens sei in Jalta verraten worden, hieß es. Übersehen wurde bei dieser Anklage lediglich, daß sich zum Zeitpunkt der Konferenz das gesamte Polen unter sowjetischer Kontrolle befand, so daß die Aufnahme von Politikern aus dem pro-westlichen Spektrum in die Regierung immer noch ein ganz passables Zugeständnis war. (8)

8. Jugoslawien. An Tito wurde die Empfehlung gerichtet, sich mit der zu dieser Zeit fast bedeutungslosen, pro-monarchistischen "Exilregierung" Subasic zu verständigen. Auf dieser Basis sollte eine Regierung gebildet werden. Faktisch übten zu dieser Zeit Titos Partisanen fast im gesamten Jugoslawien aus eigener Kraft die militärische und politische Gewalt aus. (9)

Einige kleinere Punkte (wie z.B. zur Festlegung der italienisch-jugoslawischen Grenze) sollen hier nicht aufgezählt werden. Wichtig war ein Geheimabkommen über den Kriegseintritt der Sowjetunion gegen Japan. Zwischen der Sowjetunion und Japan war im Frühjahr 1941 (also kurz vor dem Beginn des deutschen Überfalls) ein Nichtangriffsvertrag geschlossen worden, an den sich beide Staaten bis 1945 gehalten hatten. Da Japan Anfang 1945 immer noch über eine Riesenarmee im eigenen Land und in China verfügte, und da die US-Armee mit dem selbstmörderischen Widerstand japanischer Soldaten ihre Erfahrungen gemacht hatte, bestand die Befürchtung, daß der Krieg bis zur Kapitulation Japans noch langwierig und verlustreich werden würde. Deshalb drängten die USA auf eine Beteiligung der Sowjetunion. In dem Jaltaer Geheimvertrag nun versprach die Sowjetunion, zwei bis drei Monate nach der deutschen Kapitulation Japan den Krieg zu erklären.

(Sie tat das am 8.8.1945, genau drei Monate nach der deutschen Kapitulation.) Als Gegenleistung wurden der Sowjetunion einige territoriale Vorteile auf Kosten Japans zugesichert; im wesentlichen handelte es sich dabei um Eroberungen Japans aus dem Krieg gegen Rußland 1904/05.

Zusammengefaßt: Der Jalta-Konferenz war durch den Kriegsverlauf eine Aufteilung der vordem von den "Achsenmächten" besetzten Länder Europas unter die Alliierten vorgegeben. Diese Aufteilung konnte und wollte in Jalta niemand in Frage stellen: Die Alternative hätte in einem Bruch der Allianz oder zumindest in schwerer Uneinigkeit bestanden. Profitiert hätten davon nur Deutschland und Japan. Man konnte in Jalta allerdings eine Festschreibung des militärischen Status quo vermeiden. Und man konnte darüber hinaus die gegebene Aufteilung Europas ausdrücklich als Übergangsstadium definieren. Und genau das geschah tatsächlich in den Konferenzbeschlüssen. Wie der "Erklärung über das befreite Europa" und speziell den Beschlüssen zu Polen und zu Jugoslawien zu entnehmen ist, sollten in allen von den Alliierten besetzten Ländern pluralistische Übergangsregierungen gebildet werden, deren Aufgabe die baldige Ansetzung demokratischer Wahlen sein sollte.

Es ist daran zu erinnern, daß jedenfalls der erste Teil dieser Festlegung weitgehend in die Praxis umgesetzt wurde. In Frankreich und Italien wurden die kommunistischen Parteien an Volksfront-Regierungen beteiligt, im sowjetischen Bereich wurden bürgerliche und pro-westliche Kräfte in die neugebildeten Regierungen aufgenommen. Richtig ist, daß diese Koalitionen alle schon in den Jahren 1946-48 wieder zerfielen. Vergessen wird gern, daß das nicht nur in Osteuropa so war, sondern daß auch in Frankreich und Italien die Kommunisten 1947 unter massivem Druck des Westens aus den Regierungen geworfen wurden. In Griechenland hatte Großbritannien schon Ende 1944 sogar militärisch interveniert, um eine Machtübernahme durch die sozialistisch-kommunistischen Kräfte zu verhindern und ein repressives Regime zu etablieren. Die drei Hauptalliierten haben nach Beendigung des Weltkrieges in vielfacher Weise die Abmachungen von Jalta gebrochen, wobei man sich gern noch streiten kann, wer damit den Anfang gemacht und wer die schlimmeren Vertragsbrüche zu verantworten hat. Tatsache ist jedenfalls, daß die in Europa entstandene Situation nicht das Produkt von Jalta, sondern ganz im Gegenteil die Folge des totalen Bruchs mit Jalta ist. Die Vereinbarungen von Jalta, Punkt für Punkt gelesen und beim Wort genommen, hätten wahrlich eine andere Perspektive für das vom Nazismus und Faschismus befreite Europa bedeuten können.

Ein Besuch

in Goebbels' Sudelküche

Die Frage, warum Jalta zu einem dermaßen aggressiv negativ besetzten Begriff werden konnte, obwohl die wirklichen Inhalte dafür genau betrachtet nichts hergeben, führt an die Wurzeln der Legende: die Nazi-Propaganda. Auf die bevorstehende Konferenz von Jalta hatte sich schon seit Monaten die Aufmerksamkeit der Nazi-Führung konzentriert. Man wußte, daß es erhebliche Widersprüche unter den Hauptalliierten und deren Klientelen in den befreiten Ländern gab, und man spekulierte auf den Bruch der Allianz in allerletzter Minute. Oder, sofern man selbst an diesen Bruch schon nicht mehr glaubte, nährte man zumindest im Volk Hoffnungen darauf, um den "Durchhaltewillen" bis fünf Minuten nach zwölf zu strapazieren.

Am 3. Februar 1945, dem Tag vor der offiziellen Eröffnung der Jalta-Konferenz, notierte die Parteizeitung "Völkischer Beobachter" (VB) als Fazit der Entwicklung seit der Teheraner Konferenz (Dezember 1943): "Die Völker Europas wurden unzweideutig an die Sowjets verschachert. England und Amerika haben über ihr Schicksal nichts mehr mitzureden und müssen sich mit der Rolle eines Zutreibers für Moskau begnügen, wofür sie ein Trinkgeld in Gestalt umfangreicher bolschewistischer Warenbestellungen nach dem Krieg erwarten."

Dieses Interpretationsmuster wurde durchgängig beibehalten. Und es erschien vom 3. Februar ab bis weit in den März hinein kaum eine Ausgabe des VB, die nicht auf der Titelseite in großer Aufmachung das Thema "Jalta" aufnahm. Die Bekanntgabe des offiziellen Konferenz-Kommuniqués etwa kommentierte der VB am 15.2. mit den Schlagzeilen: "Das erwartete Ergebnis der Konferenz von Jalta / Vernichtungs- und Haßparolen / Acht Tage Befehlsempfang bei Stalin". Kostprobe aus dem Text: "Dieses Herumreden um die laufenden Kapitulationen der Westmächte vor Moskau ist tatsächlich noch das einzige Recht, das ihnen verbleibt. In der Sache bestimmt der Kreml, was zu geschehen hat, und die Erfahrung zeigt, daß Roosevelt und Churchill dann nur obliegt, mit geschlossenen Augen zu unterschreiben, was ihnen abverlangt wird." Schlagzeilen des VB vom 16.2.: "Unsere Kampfparole gegen die Schlächter von Jalta / Alles für Leben und Freiheit Deutschlands /

Roosevelt und Churchill im Schlepptau bolschewistischer Weltrevolutionäre." Am 17.2.: "Jalta - das Todesurteil für den Kontinent / Roosevelt und Churchills Kapitulation gibt Moskau freie Hand." Am 18.2.: "Produkt gemeingefährlicher Gehirne / Jalta: Betrug und Wirklichkeit." Am 20.2.: "Wie in Jalta beschlossen: Moskau deportiert deutsche Arbeiter / Unsere Antwort: Unerbittlicher Kampf gegen die Sklavenhändler." Am 24.2.: "Stalin diktierte in Jalta Dauerkrieg / Wirklicher Friede und bolschewistische Weltrevolution schließen sich aus."

Nazi-Deutschland, das die Völker Europas fünf Jahre lang terrorisiert und ausgeplündert hatte, warb angesichts der vordringenden sowjetischen Armee um Anerkennung seiner Rolle als Bollwerk des christlichen Abendlandes. "Denn es gibt kein Europa ohne Deutschland ... Ein Schrecken ohne Ende wäre das Los Europas, wenn es seine letzte Stütze am Reich verlöre ... Deutschland ist in seinem harten Ringen mit den Sowjets zugleich der Vorkämpfer für die Rettung des Kontinents vor dem Verhängnis ... Mit ihm steht und fällt die alte Welt! ...". (VB, 17.2.) Sogar den USA und Großbritannien diente man sich selbstbewußt als Avantgarde eines vereinigten Kreuzzugs der kapitalistischen Welt gegen die Sowjetunion an: "Dritter Weltkrieg? Er wäre für die Demokratien (d.h. USA und Großbritannien; der Begriff wurde in der NS-Propaganda als Schimpfwort verstanden; Anm. d. Verf.) verloren am Tage seines Ausbruchs! Ihn zu verhindern - das einzige Mittel ihn zu verhindern - ist also Kampf bis aufs Messer, gestützt auf die nicht ersetzbaren, aber auch unüberwindlichen Energien einer eigenen, echten sozialen Revolution. Diesen Kampf führt heute das Deutche Reich." (VB, 17.3.)

Vervollständigt wurde die Kommentierung der Jalta-Konferenz durch täglich zwei bis vier kleine Einzelmeldungen, mit denen gezeigt werden sollte, daß über die von der Roten Armee besetzten Länder ein "Eiserner Vorhang" (10) niedergegangen sei, hinter dem mit Massenmord und Terror nun die "Bolschewisierung" vollzogen werde. Textproben: "So wird Bulgarien erdrosselt" (2.2.); "Finnland unter Moskaus Fallbeil" (10.2.); "Der Balkan unter Moskaus Knute" (11.2.); "Blutjustiz von Sofia macht vor keinem halt" (11.2.); "Moskau diktiert auf dem Balkan" (15.2.); "Polen als Musterbeispiel der Ausrottung" (15.2.); "Rumänien-Probe auf Jalta / Der uhrwerkmäßige Ablauf der Moskauer Regie" (3.3.); "Moskauer Sturmsignale in ganz Europa / Von Griechenland bis Belgien: Vollendete Tatsachen für die Westmächte auch auf dem politischen Sektor" (10.3.). "Rumänien unter Moskaus Joch" (15.3.); "Norweger fürchten Bolschewismus"; "Moskau bereitet Bürgerkrieg in Italien vor / Briten und Amerikaner als beste Wegbahner"; "Moskau macht sich in Schweden breit" (alles aus der Ausgabe vom 23.3.). "Bolschewisten auf Polenjagd"; Moskauer Blutjustiz in Frankreich"; "Die Wühlarbeit in Finnland"; "30.000 Bulgaren vermißt" (alles aus der Ausgabe vom 10.4.).

Ein Vergleich dieser Zitate mit deutschen Pressestimmen aus den Jahren 1948-1958 würde vermutlich die nahezu totale Übereinstimmung in Wort und Geist erweisen. Daß (mit einer kurzen Unterbrechung von nicht einmal zwei Jahren) der Hauptfeind des deutschen Gewaltpatriotismus der gleiche bleiben durfte, war für alle Beteiligten bequem: Die Verlierer brauchten nicht allzu viel umzulernen, und die Sieger konnten ein geschultes Personal mit Berufspraxis übernehmen. Für den VB-Chefkommentator jener Tage, Helmut Sündermann, reichte es immerhin zu einer zentralen Position in der rechtsextremen Szene der Bundesrepublik (11). Im VB vom 11.2.1945 hatte er unter der Überschrift "Erzwingen wir die Wende!" geschrieben: "Die Welt unserer Feinde wird durch nichts anderes zusammengehalten als durch den jüdischen Vernichtungswahn gegen das deutsche Volk und die persönlichen Interessen der drei großen Kriegsverbrecher Roosevelt, Churchill und Stalin ..." Später zum "erfolgreichsten Nachkriegsverleger von nazistischer und radikalnationalistischer Literatur" (12) geworden, rechnete er 1962 in seinem Buch "Potsdam 1945. Ein kritischer Bericht" mit den alliierten Konferenzen von Jalta und Potsdam ab.

Die Jalta-Legende in den USA

Es steht außer Zweifel, daß die maßlose, über alle Tatsachen hinwegstiefelnde Hetze gegen die Jalta-Konferenz ihren Anfang in der Nazi-Propaganda hatte. Ähnliche Töne gab es allerdings schon damals in exilpolnischen Kreisen und bei einer kleinen Gruppe der Konservativen Partei, gegen deren Verratsvorwürfe sich selbst Churchill im Parlament zur Wehr setzen mußte. Die Nazi-Presse registrierte alle derartigen Verlautbarungen mit größter Aufmerksamkeit. Die Polemik, die der mächtige Hearst-Pressekonzern in den USA gegen Roosevelts Politik führte, verschaffte sogar dem Reichspropagandaminister Goebbels in jenen Götterdämmerungstagen noch ein paar vergnügte Momente. (13)

Zur westlichen Blockdoktrin wurde die Diffamierung und "Überwindung" Jaltas aber erst mit dem schrittweisen Übergang zum Kalten Krieg, der nach Roosevelts plötzlichem Tod (12.4.1945) von dessen Nachfolger Truman

eingeleitet wurde. In den ersten Jahren nach 1945 sah das noch so aus, daß die US-Regierung zwar in der Praxis die totale Demontage der Jalta-Vereinbarungen betrieb, sich aber propagandistisch immer noch zu Jalta bekannte und dessen Einhaltung von der Sowjetunion einforderte. Das lag nicht zuletzt daran, daß Truman und Roosevelt der gleichen Partei angehörten, den Demokraten, so daß ein direkter Angriff auf das politische Werk Roosevelts von dieser Seite nicht opportun gewesen wäre.

Dafür bemächtigten sich die oppositionellen Republikaner bald des Themas. Jalta spielte eine große Rolle, als der Senator Joseph McCarthy am 9.2.1950 die Öffentlichkeit mit der Enthüllung überraschte, im Außenministerium der USA säßen mehr als 200 eingeschleuste Kommunisten. Die große Ära der Gesinnungsschnüffelei und Agentenhatz war schon seit 1947 im Gang, so daß selbstverständlich auch zu Verdächtigungen gegen das Außenministerium ein Untersuchungsausschuß gebildet werden mußte. Hier ging es u.a. um den Vorwurf, die subversiven Kommunisten im State Department seien verantwortlich für die Kapitulation vor den sowjetischen Forderungen in Jalta und Potsdam. (14)

Im Präsidentschaftswahlkampf 1952 konnte gleichfalls auf das Thema nicht verzichtet werden. Der "Abschied von Jalta" wurde in der maßgeblich von Dulles formulierten Wahlplattform der Republikaner festgeschrieben. Nämlich so: "Teheran, Jalta und Potsdam waren die Orte jener tragischen Fehler, denen weitere folgen sollten. Die Führer der amtierenden Regierung handelten ohne Wissen und Zustimmung des Parlaments und des amerikanischen Volkes. Sie verrieten unsere überwältigenden Siege für einen neuen Feind und für neue Unterdrückung und neue Kriege, die schnell kommen sollten." Und an anderer Stelle: "Die Regierung der USA wird unter republikanischer Führung alle Verpflichtungen ablehnen, die in solchen Geheimvereinbarungen wie denen von Jalta enthalten sind und die der kommunistischen Versklavung helfen." (15)

Der republikanische Kandidat Eisenhower gewann die Wahl. Die angeblichen Geheimverträge von Jalta blieben 1952/53 ein zentrales Stück der Demagogie. So wurde beispielsweise ganz ernsthaft von einem Geheimvertrag erzählt, der in Jalta über die Zukunft Spaniens abgeschlossen und später dem Franco-Regime zugespielt worden sein sollte. (16) Indessen zeichnete sich schon 1953 ab, daß unter der Präsidentschaft Eisenhowers, trotz aller wilden Reden, in der Praxis eine Beruhigung der Beziehungen zur Sowjetunion und zur Volksrepublik China angestrebt wurde. Das Thema "Jalta" verlor an Interesse. 1955 gab das State Department eine vollständige Sammlung aller Aufzeichnungen, Protokolle und Beschlüsse zur Jalta-Konferenz heraus. Nun konnte sich endgültig alle Welt davon überzeugen, daß es selbst nach Auskunft der regierenden Republikaner in Jalta kein Abkommen gegeben hatte, dessen Inhalt nicht schon spätestens 1947 publiziert worden war.

Knut Mellenthin

Anmerkungen:

1) Die Ardennen-Offensive im Dezember 1944 war die letzte strategische Gegenoffensive der Wehrmacht. Das Ziel war, aus den Ardennen (im belgisch-deutschen Grenzgebiet) heraus die gegnerische Front keilartig zu durchstoßen und den wichtigen alliierten Nachschubhafen Antwerpen zu erreichen. Die Offensive brach nach großen Anfangserfolgen in wenigen Tagen zusammen. Die Verluste der US-Armee an Toten und Gefangenen durch diese Gegenoffensive waren erheblich, und der Zeitplan für den Vormarsch der Westalliierten wurde gestört.

2) Winston S. Churchill, The Second World War, Bd. VI, S. 198.

3) Die Dokumente der Jalta-Konferenz, soweit sie entweder offiziellen Charakter hatten oder es sich um Akten der amerikanischen Seite handelt, wurden vom State Department der USA 1955 publiziert. Deutsche Ausgabe gleichfalls 1955 unter dem Titel "Die offiziellen Jalta-Dokumente des State Departments". Das Wort "offiziell" ist in diesem Zusammenhang etwas verwirrend: Es gibt von der Jalta-Konferenz an offiziellen Dokumenten lediglich ein nach Konferenzschluß publiziertes Kommuniqué und ein erst nach Ende des Krieges veröffentlichtes Beschlußprotokoll. Hingegen gibt es keine offiziellen, d.h. von den drei beteiligten Parteien abgestimmten Tagungsprotokolle, sondern nur die Aufzeichnungen der einzelnen Parteien. Die erwähnte Ausgabe des State Department enthält lediglich amerikanische Akten. Sowjetische Akten wurden 1967 in Moskau herausgegeben; sie enthalten zugleich Material zu den Konferenzen von Teheran und Potsdam. Eine nicht-autorisierte Übersetzung dieser Dokumentation ist: Teheran-Jalta-Potsdam. Die sowjetischen Protokolle ..., Köln 1968. Zumindest teilweise sind autorisierte Übersetzungen auch in DKP-nahen Publikationen

erschienen. Eine wichtige Quelle zum Thema ist außerdem: Briefwechsel Stalins mit Churchill, Attlee, Roosevelt und Truman, Berlin 1961 (Moskau 1957).

4) Das zunächst geheime Ergebnisprotokoll der Konferenz unterscheidet sich in vielen Punkten von der gleich nach Abschluß der Konferenz als Kommuniqué publizierten Fassung der Beschlüsse. In meinem Text wird, soweit nicht anders vermerkt, auf das Ergebnisprotokoll Bezug genommen.

5) Rumänien, Bulgarien, Ungarn sowie die Satelliten-Staaten Slowakei und Kroatien. Ferner das mit Deutschland gegen die Sowjetunion verbündete Finnland und selbstverständlich das faschistische Italien mit seiner Kolonie Albanien. Abgesehen von der Tschechoslowakei hatten vor dem Krieg in keinem Land Osteuropas parlamentarisch-demokratische Verhältnisse geherrscht.

6) Edward R. Stettinius, Roosevelt and the Russians. (The Yalta Conference). London 1950, S. 117. Die Gebiete, die unter internationale Kontrolle gestellt werden sollten, waren das Ruhrgebiet, das Saargebiet, Hamburg und der Nordostsee-Kanal. - Stettinius war zur Zeit von Jalta Secretary of State, also Außenminister der USA. Auf S. 261-271 seines Buches setzt er sich mit den Verratsvorwürfen gegen Roosevelt auseinander und belegt Punkt für Punkt seine These, daß in Jalta von sowjetischer Seite mehr Zugeständnisse gemacht worden seien als von amerikanischer. Dabei ist zwar sein subjektives Interesse als einer der Hauptbeteiligten nicht zu vergessen, aber er bringt Fakten und Argumente.

7) Die sog. Curzon-Linie war 1919 von westlichen Politikern als Grenze zwischen Polen und der Sowjetunion entsprechend den Bevölkerungsverhältnissen vorgeschlagen worden. Im Gegensatz dazu war die polnisch-sowjetische Grenze vor dem 2. Weltkrieg das Ergebnis eines Raubkrieges, den Polen 1921 mit maßgeblicher Unterstützung Frankreichs geführt hatte. Mehrere Millionen Weißrussen und Ukrainer waren auf diese Weise dem polnischen Staat zugeschlagen worden. Die nach dem 2. Weltkrieg festgelegte polnische Ostgrenze enthält gegenüber der im September 1939 durch den sowjetischen Einmarsch entstandenen Linie einige deutliche Verbesserungen zugunsten Polens.

8) Diese Erweiterung der "provisorischen Regierung" erfolgte im Juni 1945. U.a. wurde der Chef der Bauernpartei und frühere Führer der Londoner Exilregierung, Mikolajczyk, in die Regierung aufgenommen. Die Koalition zerbrach im Juli 1946.

9) Ein Abkommen zwischen Tito und Subasic war schon 1944 zustande gekommen. Die Konferenz von Jalta "empfahl" lediglich die unverzügliche Inkraftsetzung dieses Abkommens. Im März 1945 wurde auf dieser Grundlage eine Koalitionsregierung gebildet.

10) Als Erfinder der Anwendung des aus dem Theater stammenden Begriffs "Eiserner Vorhang" auf den sowjetischen Machtbereich gilt weithin Churchill, und zwar mit einer Rede, die er am 5.3.1946 in Fullton hielt. Churchill selbst macht darauf aufmerksam, daß er diesen Begriff schon in einem Telegramm an Truman am 12.5.1945 verwendete (Second World War, Bd. VI, S. 498-499; dort dokumentiert). David Horrowitz (Kalter Krieg. Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam, S. 55) behauptet unter Berufung John Lukacs (Decline and Rise of Europe, S. 47), der Begriff stamme von Goebbels, der ihn am 23.2.1945 in einer Rede verwendet habe, in der er die Jalta-Konferenz verurteilte. Ich habe keinen anderen Hinweis in der Literatur finden können, daß Goebbels an jenem Tag überhaupt eine Rede gehalten hat. Es gibt eine auch im VB publizierte Rundfunkrede von Goebbels vom 28.2.1945 (Wortlaut siehe "Archiv der Gegenwart", Jg. 1944, S. 6705 ff.), in der aber der Begriff "Eiserner Vorhang" nicht vorkommt. Hingegen findet er sich in Goebbels Tagebuch (u.a.?) unter dem Datum 14.3.1945. Publiziert findet er sich (u.a.?) im VB vom 2.2.1945 (mit Bezug auf Bulgarien) und 10.3.1945 (bezüglich der baltischen Staaten). Reichspressechef Dietrich verwendete den Begriff vorher schon in einer Rede auf dem Kongreß der Union Nationaler Journalistenverbände, 12.12.1944: "Der eiserne Vorhang ging nieder, der furchtbare bolschewistische Terror und seine grauenvolle Praxis - nunmehr von der Welt nicht mehr kontrollierbar - begann ...". (Die Rede ist dokumentiert im "Archiv der Gegenwart", Jg. 1944).

11) Sündermann war in der NS-Zeit Herausgeber der "Nationalsozialistischen Parteikorrespondenz" und seit 1942 Stellvertreter des Reichspressechefs. Nach dem Krieg war er Mitgründer und führender Aktivist der rechtsextremen GfP (Gesellschaft für freie Publizistik) und Leiter des nicht weniger einschlägigen Druffel-Verlages (nach: Kurt P. Tauber, Beyond Eagle and Swastika, Bd. 1, Middletown 1971).

12) Beyond Eagle and Swastika, Bd. 1, S. 477.

13) Unter dem vom VB zitierten "ausländischen Pressestimmen" zur Lage nach Jalta tauchen mehrfach Blätter des Hearst-Konzerns mit Stichworten wie "Eine Niederlage der USA" und "Polens Tragödie" auf. Goebbels vermerkte am 1.3.1945 in seinem Tagebuch: "Der bekannte amerikanische Journalist von Wiegand schreibt einen Artikel über die bolschewistische Weltgefahr, der ganz genau nach einem letzten Artikel unter der Überschrift ‚Das Jahr 2000` ausgerichtet ist. Dieser Artikel von Wiegand stellt, da er in sämtlichen Hearst-Blättern veröffentlicht wird, eine wahre Pressesensation dar. Unsere Thesen sind hier in einem Umfange aufgenommen, der wahrhaft staunenerregend wirkt. Die Hearst-Blätter sind ja seit jeher antibolschewistisch eingestellt gewesen; aber daß sie sich in der jetzigen Kriegslage so weit hervorwagen, scheint mir doch einigermaßen bezeichnend zu sein. Jedenfalls wird auch Roosevelt, wenn er sich nunmehr der amerikanischen Öffentlichkeit stellt, auf eine starke Opposition stoßen" - eine Hoffnung, die sich damals noch nicht erfüllte. Zitiert nach: Joseph Goebbels. Tagebücher 1945. Hamburg 1977, S. 64. Der von Goebbels erwähnte Wiegand war Chefkorrespondent der Hearst-Presse für Europa. Sein spezielles Interesse am Nazismus hatte er bereits durch Interviews mit Hitler in den Jahren 1930, 1934, 1938 und 1940 bekundet (nach Andreas Hillgruber, Hitlers Strategie, Frankfurt/M. 1965, S. 146).

14) nach: Richard M. Freeland, The Truman Doctrine an the Origins of Mc Carthyism, New York 1975, S. 347.

15) dokumentiert in History of American Presidential Elections, Bd. 4, New York u.a. 1971, S. 3282 und 3284.

16) "Der Spiegel", Nr. 7/1953, S. 16. Laut "Spiegel" lag ein Bericht über das angebliche Abkommen inzwischen "im Geheimarchiv Francos", von wo er anscheinend direkt an das Nachrichtenmagazin weitergeleitet worden war. Inhalt des Abkommens sollte eine Intervention der Alliierten (einzeln oder gemeinsam) sein, "um nach Beendigung des Krieges in Spanien ein demokratisches Regime zu errichten". Ein "wahrer Kern" dieses vermutlich ganz gezielt ausgestreuten Gerüchts könnte sich aus folgender Mitteilung Churchills ergeben: "Stalin wanted (auf der Konferenz in Potsdam; Anm. d. Verf.) the United Nations to break off all relations with Franco ‚and help the democratic forces in Spain` to establish a regime ‚agreeable to the Spanish people`." Diesen Vorschlag habe er, Churchill, abgelehnt, und das Thema sei daraufhin fallengelassen worden. (Churchill, The Second World War, Bd. VI, 1954, S. 566).

23. Kein Gedenkstätte, kein Museum. Auf dem Weg zum Fritz Bauer Institut

Auf dem Weg zum Fritz Bauer Institut - von Christoph Scheffer

Autor: Christoph Scheffer · Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak375/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:375:17

Christoph Scheffer ist freier Journalist in Frankfurt am Main.

"Es gibt bislang in der Bundesrepublik Deutschland noch keine Studien- und Bildungsstätte, in deren Zentrum die Auseinandersetzung mit dem Holocaust, der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik steht." Eine solche Stätte soll das Fritz Bauer Institut in Frankfurt am Main werden.

Ein Schild an einem Gebäude der Gedenkstätte Natzweiler: "Gaskammer. Besuch etwa jede Viertelstunde. Bitte haben Sie Geduld. Danke." Vitrinen im Museum von Auschwitz: Haare, Koffer und Beinprothesen hinter Glas. Solche Fotografien waren in einer der ersten Ausstellungen zu sehen, die das Fritz Bauer Institut in Frankfurt organisiert hat: Bilder des Fotografen Reinhard Matz unter dem Titel Die unsichtbaren Lager - Das Verschwinden der Vergangenheit im Gedenken (der Katalog ist als rororo Sachbuch erschienen). Die Ausstellung war programmatisch. Sie zeigte die Schwierigkeiten, zum Teil auch die Absurditäten, die beim Versuch, die Shoah zum Gegenstand eines Museums oder einer Gedenkstätte zu machen, entstehen. Ein Museum will das Fritz Bauer Institut nicht sein und auch keine Gedenkstätte. Aber was dann?

Am Anfang standen ein Unbehagen und ein Vorschlag. 1989 war der damalige Frankfurter Oberbürgermeister Volker Hauff von einem Israelbesuch zurückgekehrt, wo er auch das Jerusalemer Holocaust-Memorial Yad Vashem besucht hatte. Volker Hauff stellte die für einen deutschen Politiker in verantwortlicher Position bemerkenswerte Frage, warum es einen Ort wie Yad Vashem im Land der Opfer, aber nicht im Land der Täter und Mitläufer gebe, und regte an, eine ähnliche nationale Gedenkstätte in Frankfurt zu errichten. Im Sommer 1991 wurde beim städtischen Amt für Wissenschaft und Kunst eine "Arbeitsstelle zur Vorbereitung des Frankfurter Lern- und Dokumentationszentrums des Holocaust" (so lautete der damalige Arbeitstitel) eingerichtet. Hanno Loewy, der zuvor bereits die mögliche Struktur eines solchen Zentrums in einem Gutachten skizziert hatte, wurde Leiter der Arbeitsstelle. Schon im Herbst 1991 trafen sich auf Einladung der Arbeitsstelle Historiker und Museumsfachleute in Frankfurt zu einem öffentlichen Hearing über das Projekt (einige der Beiträge sind in dem von Hanno Loewy herausgegebenen Band Holocaust. Die Grenzen des Verstehens - Eine Debatte über die Besetzung der Geschichte, rororo Sachbuch, nachzulesen). Die folgenden Fragen standen dabei im Mittelpunkt der Diskussion:

- Während Holocaust-Gedenkstätten und -Museen in den USA oder in Israel geographisch weit vom Ort des Geschehens entfernt sind, ist beinahe jede Straße in Deutschland ein potentieller Gedenkort für Deportation und Massenvernichtung. Was bedeutet dies für die Arbeit des geplanten Zentrums?

- Yad Vashem in Jerusalem oder das Holocaust Memorial Museum in Washington erzählen die Geschichte der Shoah überwiegend aus der Perspektive der Opfer. Welchen Stellenwert muß bei einem Institut in Deutschland die Auseinandersetzung mit den Tätern haben?

- Die "Gegenrationalität" (Dan Diner) der nationalsozialistischen Massenvernichtungspolitik und die Monstrosität der Verbrechen entziehen sich weitgehend der Darstellung und medialen Vermittlung. Der Zivilisationsbruch kann, wenn überhaupt, nur gedanklich erfaßt, nicht jedoch emotional nachvollzogen werden. Welche Konsequenzen hat dies für einen möglichen Bildungs- und Ausstellungsbereich des Zentrums?

- Trauer und Gedenken sind weitgehend in Ritualen erstarrt. Welche Formen der emotionalen und ästhetischen Auseinandersetzung mit der Shoah gibt es? Welche "liturgischen" Formen des Gedenkens können entwickelt werden?

- Die Geschichte der beiden deutschen Staaten nach 1945 ist geprägt von unterschiedlichen Deutungen der NS-Vergangenheit, von der Bearbeitung oder eben Nicht-Bearbeitung des Themas in Politik, Justiz, Geschichtsschreibung und Medien. Auf welche Weise kann das geplante Zentrum diesen Umstand selbst zum Thema machen?

Im Februar 1992 rief Frankfurts Kulturdezernentin Linda Reisch eine Planungsgruppe ins Leben, die die Diskussionen des Hearings auswerten und ein Konzept erstellen sollte. Im November wurde der Kulturdezernentin der Abschlußbericht überreicht, womit das Projekt - zumindest auf Papier - konkrete Formen angenommen und einen Namen bekommen hatte: "Fritz Bauer Institut - Studien- und Dokumentationszentrum zur Geschichte und Wirkung des Holocaust". Fritz Bauer, der 1968 verstorbene hessische Generalstaatsanwalt und Wegbereiter des Frankfurter Auschwitz-Prozesses, wurde als Namensgeber gewählt. "Die Auseinandersetzung mit unserer jüngsten Vergangenheit erfordert gewiß ein Wissen um Fakten, aber das genügt nicht. Nötig ist auch der Versuch ihrer Deutung, ohne die keine Folgerung und keine Lehre gezogen werden können", hat Fritz Bauer einmal gesagt und damit einen Anspruch auch des Fritz Bauer Instituts formuliert. "Von Pädagogik hat Fritz Bauer zeit seines Lebens wenig gehalten", heißt es in dem Abschlußbericht der Planungsgruppe, "und dennoch war der streitbare Jurist selbst ein großer Pädagoge. Ihm ging es um die Möglichkeiten selbstbestimmten Lernens, gemeinsam und in der Austragung von Konflikten, durch Bewußtmachung und nicht durch Überwältigung." Mit dem Auschwitz-Prozeß, der von 1963 bis 1965 in Frankfurt stattfand, habe Fritz Bauer "keinen Schauprozeß" angestrebt, sondern "gesellschaftliches Lernen in den Bahnen des Rechts".

Das Lernen und Forschen im Fritz Bauer Institut soll sich in interdisziplinären Bahnen vollziehen.

- Zwölf bis fünfzehn Wissenschaftler aus verschiedenen Bereichen von Wissenschaft und Praxis werden jeweils für ein bis zwei Jahre berufen, um in einem interdisziplinären Kolleg an Forschungsprojekten mitzuarbeiten. Als mögliche Themen nennt die Planungsgruppe zum Beispiel: "Erinnerung, Ritual, Liturgie", "Auschwitz als Realität und Metapher", "Täterforschung", "Überlebende der Massenvernichtung im Nachkriegsdeutschland". Zudem soll eine Stiftungsprofessur an der Frankfurter Universität eingerichtet werden.

- Die wissenschaftliche Arbeitsstelle betreut die Arbeit des Kollegs und sorgt für die Koordination mit der kontinuierlichen Forschungstätigkeit im Umfeld der Stiftungsprofessur.

- Ein Veranstaltungs- und Ausstellungsbüro präsentiert die Ergebnisse der Forschungsprojekte und soll die öffentliche Diskussion darüber anregen. "Die historischen Daten - aber auch die visuellen Zeugnisse - sprechen nicht für sich", heißt es im Konzept zur Ausstellungsarbeit des Instituts, "sie bedürfen der Deutung, der bewußten Distanzierung und Reflexion, um sich ihnen nähern zu können." Dementsprechend soll bewußt keine Dauerausstellung eingerichtet, sondern mit wechselnden Formen der Präsentation und ästhetischen Auseinandersetzung experimentiert werden. Deren Möglichkeiten sollen selbst zum Bestandteil von Rezeptionsforschung gemacht werden.

- Mit dem Holocaust als Gegenstand von "Aneignungs- und Lernprozessen" und Formen der Vermittlung im Bildungsbereich beschäftigt sich der pädagogische Bereich. Als Fragestellungen, denen sich die entsprechende Arbeitsstelle in enger Zusammenarbeit mit Schulen und Bildungsinstitutionen widmen soll, nennt das Konzept unter anderem die "Asymmetrie zwischen kognitivem Wissen und effektiver Hilflosigkeit" beim Thema Holocaust und die "Versuchung, gerade im Aufschlagen des schwärzesten Kapitels der Geschichte moderner Zivilisation so etwas wie einen festen Halt für einen ansonsten brüchig zu werden drohenden demokratischen Wertekanon zu finden". Den Holocaust als Zivilisationsbruch zu denken hieße jedoch, "jede Gewißheit einer Garantie auf zwischenmenschlich verbürgtes (Über-) Leben aufgeben zu müssen". Immer wieder werde versucht",die Ereignisse und ihre Deutung so zurechtzurücken (...), daß wenigstens ein Rest an positiver Deutung auch noch aus diesem Kapitel der deutschen Geschichte zu gewinnen ist". Die Folgerung der Arbeitsgruppe: "Kritische Geschichtsdidaktik muß zunächst einmal diesen Sog, den nicht nur die Lernenden, sondern erst recht die Lehrenden selbst verspüren, als Herausforderung ernst nehmen."

- Mit dem Aufbau des Instituts entsteht zudem ein Dokumentationsbereich, der im Unterschied zu bestehenden und auf einzelne Aspekte beschränkten Archiven (Document Center, Germania Judaica, Bundesarchiv Koblenz) interdisziplinär aufgefächert und thematisch strukturiert sein soll. Neben Büchern und audiovisuellen Medien sollen auch Dokumente privater Erinnerung wie Tagebücher und Fotoalben sowie Darstellungen der NS-Zeit nach 1945 gesammelt werden. Eine Datenbank soll zudem Dokumente in anderen Museen und Archiven möglichst umfassend erschließen.

Für alle Arbeitsbereiche wird immer wieder die Bedeutung der Wirkungsgeschichte betont: "Es wird darum gehen, die Spannung zu erforschen und selbst zum Gegenstand öffentlicher Vermittlung zu machen, die zwischen den Ereignissen des Massenmordes und der Möglichkeit ihrer Aneignung und Deutung seit 1945 liegt."

Ab Januar 1995 sollen diese Arbeitsbereiche schrittweise aufgebaut werden. Zuvor muß das Institut jedoch noch offiziell gegründet und von einer Arbeitsstelle des Frankfurter Amtes für Wissenschaft und Kunst in eine Stiftung bürgerlichen Rechts umgewandelt werden. Am Stiftungskapital wollen sich die Stadt Frankfurt, das Land Hessen und ein von Privatleuten, Unternehmen und Verbänden gebildeter Förderverein mit jeweils 200.000 DM beteiligen. Der "Förderverein Fritz Bauer Institut e. V." existiert seit Anfang 1993 und hat mittlerweile mehr als 550 Mitglieder, darunter so prominente wie Ignatz Bubis, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Romani Rose, Rita Süssmuth oder Monika Wulf-Mathies.

Die Unterstützung des rot-grünen Magistrats der Stadt Frankfurt war nicht immer eindeutig, nachdem der Initiator des Projekts, Volker Hauff, als Oberbürgermeister zurückgetreten war. Obwohl der Fortgang des Projekts immer wieder gefährdet schien, haben die Arbeitsstelle und der Förderverein in den vergangenen vier Jahren zahlreiche Aktivitäten entfaltet, die bereits heute eine beeindruckende Basis für die Arbeit des zukünftigen Instituts bilden:

- Ein bundesweiter Arbeitskreis Cinematographie des Holocaust erarbeitet einen zentralen Nachweis und eine Videothek zu Filmdokumenten zur Geschichte und Wirkung des Holocaust.

- Tagungen, Seminare und Veranstaltungen (zum Teil in Zusammenarbeit mit kirchlichen Akademien, der Landeszentrale für politische Bildung oder dem Hessischen Rundfunk) beschäftigten sich unter anderem mit dem Holocaust als Gegenstand schulischer Bildung in Israel, den USA und der Bundesrepublik, mit der Gedenkstätte Buchenwald, der Person Fritz Bauers und dem Auschwitz-Prozeß.

- Ausstellungen zeigten die Gedenkstätten-Fotografien von Reinhard Matz, beschäftigten sich mit den 1933 entlassenen jüdischen Mitarbeitern des Frankfurter Rundfunks und präsentierten Kunst zum Thema "Widerstand, Alltag, Vernichtung". Eine Plakatmappe zum Thema "Die Gegenwart von Auschwitz" mit pädagogischem Begleitmaterial kann bei der Arbeitsstelle bestellt werden.

- In Zusammenarbeit mit verschiedenen Verlagen erscheint eine Schriftenreihe der Arbeitsstelle Fritz Bauer Institut. Die Arbeitsstelle selbst gibt eine Materialienreihe in Heftform heraus. Ein Newsletter mit Veranstaltungskalender informiert über Aktivitäten des Vereins und Veranstaltungen im ganzen Bundesgebiet.

- Es entsteht ein Netzwerk von regionalen Gruppen des Fördervereins (zum Beispiel in Hamburg), die eigene Veranstaltungen planen. Auch Städte und Gemeinden können Mitglied des Fördervereins werden.

In einem von der US-Armee geräumten Haus in der Frankfurter Hansaallee könnte das Fritz Bauer Institut zusammen mit anderen Institutionen ein geschichtsträchtiges Zuhause finden. Das Gebäude war 1930 als erstes Frankfurter "Haus der Jugend" fertiggestellt worden und schon bald nach der Eröffnung immer wieder von nationalsozialistischen Schlägerbanden überfallen worden. Ob das Fritz Bauer Institut eines Tages hier einziehen und ob die begonnene Arbeit entsprechend der umfangreichen Konzeption ausgebaut werden kann, wird auch nach der Gründung der Stiftung von den Spendeneinnahmen des Fördervereins und von Forschungsgeldern aus Drittmitteln abhängen. So gilt nach wie vor die Feststellung der Planungsgruppe: "Es gibt bislang in der Bundesrepublik Deutschland noch keine Studien- und Bildungsstätte, in deren Zentrum die Auseinandersetzung mit dem Holocaust, der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik steht."

Kontakt: Fritz Bauer Institut, Bockenheimer Landstraße 104, 60323 Frankfurt am Main

Bankverbindung des "Fördervereins Fritz Bauer Institut e. V.": Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01, Kontonummer 319 467

Dieser Artikel erschien zuerst in "medium - Zeitschrift für Hörfunk, Fernsehen, Film und Presse" (Hg.: Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik), Nr. 1/95. Wir danken Autor und Verlag für die freundliche Nachdruckgenehmigung.

24. Nach weiteren 50 Jahren werden wir mehr verstehen

von Yehuda Bauer

Autor: Yehuda Bauer, aus: L"Espresso · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak375/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:375:10

Yehuda Bauer wurde 1926 in Prag geboren und emigrierte 1939 nach Palästina. Seit 1962 forscht und lehrt er an der Universität in Jerusalem. 1973 wurde er Professor für Studien des Holocaust, 1983 zusätzlich akademischer Leiter des Internationalen Zentrums für Antisemitismus-Forschung in Jerusalem. Yehuda Bauer gehört zu den führenden Holocaust-Forschern Israels und der Welt.

Das Erbe des Holocaust ist ein dynamischer Faktor. Jede Gruppe in jedem gegebenen Moment zieht daraus unterschiedliche Lehren, von denen einige auf dem basieren, was wirklich geschehen ist, andere auf Interpretationen und Verfälschungen, die politische oder psychologische Bedürfnisse befriedigen. Wie die Behauptung, daß der Judenstaat, hätte er schon während des Krieges existiert, den Holocaust hätte verhindern können. Eine offensichtlich unsinnige Annahme, weil ein winzig kleiner Staat in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre allenfalls eine, verglichen mit den Millionen Ermordeter, kleine Zahl hätte retten können.

Häufig bringt man mit der Vorstellung vom Holocaust Sensibilität gegenüber dem Nächsten und Moral in Verbindung und unterstellt, daß die Nachkommen der Opfer eines derartigen Völkermords sensibler und moralischer sein müssen. Vielleicht sind wir sensibler, aber sicher nicht moralischer.

Eine wichtige Lektion, die aus dem Holocaust zu ziehen ist, betrifft die menschliche Fähigkeit zu töten. Die Tatsache, daß es einmal geschehen ist, lehrt uns, daß es noch einmal geschehen kann. Heute kennen wir genau die Bedingungen, die ihn möglich gemacht haben. Wenn das Zusammentreffen von Ideologie, Bürokratie, Technologie und Krieg sich wiederholen sollte, ist es nicht unmöglich, daß der Holocaust erneut geschieht. Ich sage möglich, nicht wahrscheinlich. Bisher ist der Holocaust ein in seiner Art einziger Völkermord. Es ist der bisher einzige Fall, daß ein Einzelner allein deshalb zum Tode verurteilt worden ist, weil er geboren wurde. Von einem sozialen Gesichtspunkt aus ist es der extremste Völkermord gewesen. Moralisch gesehen ist der Völkermord an den Armeniern oder an den Indianern nicht anders oder weniger schwerwiegend, verschieden sind sie in ihrer sozialen Bedeutung. Jeder Völkermord wird von uns in seiner Besonderheit studiert und mit anderen verglichen, um zu verstehen, in welcher Weise sie sich unterscheiden und in welcher sie ähnlich sind.

Jedes extreme Ereignis wird heute mit dem Holocaust verglichen. Wenn Amerika im Irak interveniert, ist Saddam Hussein Hitler, wenn Clinton von Bosnien spricht, erinnert er an den Holocaust, ebenso in Tschetschenien. Immer ist der Holocaust der Bezugspunkt. Er ist zum Symbol des Bösen geworden und kultureller Code dessen, was er repräsentiert. Die Vergleiche sind niemals exakt, aber man begreift die extreme Bedeutung des jeweiligen Ereignisses. Der Holocaust ist keine jüdische Angelegenheit mehr, er ist eine universelle Tatsache, und er ist universell, gerade weil er jüdisch ist. Ich glaube nicht, daß man mit der Zeit dahin kommen wird, sich des Holocaust weniger zu bemächtigen.

Er ist dazu bestimmt, wie die französische Revolution und wie die Entdeckung Amerikas ein Ereignis zu werden, das aus der Geschichte heraustritt, metahistorisch wird. Er ist das größte Trauma dieser Gesellschaft, und wie jedes Trauma wird es um so schmerzhafter, je mehr es ignoriert wird. Israel beschäftigt sich kontinuierlich mit dem Holocaust, im Theater, im Kino, in der Literatur, in der Musik. In obsessiver Weise.

Unter den Überlebenden der Lager ist das Schuldgefühl weit verbreitet, die einzigen zu sein, die von ganzen Familien oder Gemeinschaften übrig blieben. Das ist genau das Gegenteil des Realismus; um dem Trauma gegenüberzutreten und es zu akzeptieren, müssen wir ihm ins Gesicht blicken, ohne Selbstanklage. Die Historiker tun das, die Gesellschaft noch nicht genügend. Und doch sind wir auf dem richtigen Weg; ich denke, daß in der Vergangenheit die Verfälschung der Realität verbreiteter war. Im Grunde beschäftigen wir uns erst seit den sechziger Jahren mit dem Holocaust, davor wurde nicht davon gesprochen, und 35 Jahre reichen nicht, um genügenden Abstand zu gewinnen. Vielleicht bessern sich die Dinge in weiteren 50 Jahren; ich bin optimistisch.

aus: L'Espresso, 27.1.1995; Übersetzung: Js.

25. Transplantation von Fötalgewebe. Die Umdeutung von Frauen in RohstofflieferantInnen

"Klinisch-wissenschaftliche" und "ethisch-moralische" Umdeutung von Frauen in Rohstofflieferantinnen

Autor: S. Groth, E. Feyerabend, I. Schneider · Rubrik: Gentechnologie; Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak375/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:375:06

Am 28. und 29. Januar fand in Hannover ein Symposium zur Fötalgewebe-Transplantation statt.

Unter dem Titel Neurotransplantation als neuartiges Therapiekonzept bei Morbus Parkinson: Klinisch-wissenschaftliche und ethisch-moralische Aspekte sollten sich ausgewählte Experten für Theologie, Ethik und Recht, sowie medizinische Standesvertreter und Neurochirurgen zum Thema äußern.

Finanziert wurde die Veranstaltung unter anderem von den Pharmafirmen Hoffman-LaRoche, Lilly Deutschland, Sandoz, Schering und der Deutschen Parkinson-Vereinigung. Initiiert wurde sie von Ärzteteams aus Hannover und München, die auch in der Bundesrepublik die Ära der FötalgewebeTransplantation einläuten wollen.

Denn die Hannoveraner Arbeitsgruppe um den Neurochirurgen Dr. Guido Nikkhah vom Nordstadt Krankenhaus und Dr. Almuth Brandis von der Medizinischen Hochschule beabsichtigt, in diesem Jahr erstmals experimentell menschliches Embryonalgewebe in Ratten zu verpflanzen. Mittelfristig sind sowohl in Hannover als auch in München Verpflanzungsexperimente mit embryonalem Hirngewebe an Parkinson-Patienten geplant. Die Münchner Arbeitsgruppe wird von Prof. Dr. Wolfgang Oertel, Klinikum Großhadern, geleitet.

Internationale Menschenversuche

Hier wird Anschluß an einen internationalen Forschungsvorstoß gesucht, bei dem Embryonen und Föten aus Abtreibungen als Rohstoff für Transplantationsversuche erschlossen werden sollen. Bisher sind in Schweden, den USA, Großbritannien, Mexiko, China, Kuba, Spanien, Frankreich und anderen Ländern über 200 Fötalgewebe-Transplantationen an Menschen durchgeführt worden, die an der Parkinsonschen Erkrankung (Schüttellähmung) leiden. In zahlreichen Medienberichten wird der neue Forschungsansatz bereits als aussichtsreiche Therapie für unheilbar Kranke gefeiert.

Die Realität sieht jedoch weniger euphorisch aus. Ein hochexperimentelles Verfahren wird angewandt, dessen "Heilungs"aussichten nicht im mindesten prognostiziert werden können. In risikoreichen Operationen wird Patienten der Schädel aufgebohrt und über Hohlnadeln Mittelhirngewebe von mehreren abgetriebenen Embryonen aus der 6. bis 9. Schwangerschaftswoche ins Gehirn eingespritzt. Die verpflanzten Zellen sollen im Gehirn anwachsen und einen fehlenden Botenstoff (Dopamin) ausschütten. Einige transplantierte Patienten sind infolge der Operation verstorben, und bei den meisten konnte keine Verbesserung verzeichnet werden. Für einige wenige Patienten werden leichte Linderungen der Bewegungseinschränkungen berichtet. Neben- und Langzeitwirkungen sind völlig unbekannt.

Unter dem Gesichtspunkt der Forschung sprechen sogenannte Behandlungs"risiken" freilich nicht gegen den einmal eingeschlagenen Weg. Daher können auch Mißerfolge und Todesfälle aufschlußreich sein. Ob aus dem Experiment je eine Therapie wird, zeigt sich, so sagt man, stets erst in der Zukunft. Der einmal eingeschlagene Weg läßt erfahrungsgemäß andere Behandlungs- und Betreuungsmöglichkeiten verblassen und wird zukünftig auch bei anderen Patientengruppen verfolgt werden. Die Liste jener Kranken und Behinderten, die im Zuge ähnlicher Versuche mit Fötalgewebe-Verpflanzungen konfrontiert werden sollen, wird immer länger: Alzheimer-PatientInnen, Menschen mit Chorea Huntington (Veitstanz) und Multipler Sklerose, Epileptiker, Querschnittsgelähmte und vom Schlaganfall Betroffene sollen mit embryonalem Hirngewebe, Diabetes-PatientInnen mit fötalen Bauchspeicheldrüsen, Ungeborene mit Blutbildungsstörungen gar schon im Mutterleib mit fötalen Leberzellen "therapiert" (beforscht) werden. Das Feld der Forschungsmöglichkeiten expandiert.

Der internationale Forschungsverbund

Dieser Handlungsraum, in dem auf der ganzen Welt zahlreiche Forschergruppen tätig werden, ruft nach Koordination, Vergleichbarkeit von Forschungsergebnissen und Verfahrensregeln. 1990 haben namhafte Neurochirurgen und Neurowissenschaftler das europäische Netzwerk NECTAR (Network of European Central Nervous System Transplantation and Restoration) gegründet, um ihre Forschungstätigkeit zu beschleunigen und öffentliche Geldmittel anzuwerben. Seit 1994 wird dieses interne Netz mit Geldern der Europäischen Union gefördert. Die NECTAR-Forscher unterlegen ihre Praxis mit organisationseigenen, "ethischen" Richtlinien. Diese Verfahrensregeln dienen einzig der vermeintlich "ethischen" Absicherung ihres Tuns.

Vorgesehen ist unter anderem, daß die Frau in die Verwertung ihrer abgetriebenen Leibesfrucht einwilligt - und dies erst nach ihrer Entscheidung zum Schwangerschaftsabbruch. Ähnlich der Verteilung von Organen für die Transplantationsmedizin bleibt der Empfänger der sogenannten "Gewebespenderin" unbekannt; jede Transplantation oder jedes Forschungsprojekt ist durch lokale Ethikkomitees genehmigungspflichtig.

Sowohl die Münchner wie auch die Hannoveraner Forschungsgruppe hat sich bereits NECTAR angeschlossen, Prof. Oertel arbeitet in der Kerngruppe des Netzwerkes mit. Die europäische Zusammenarbeit - streng von der Öffentlichkeit abgeschottet - funktioniert. Nun soll der "Standort Deutschland" international mithalten können und konkurrenzfähig werden.

Die Zustimmungsfabrikation

Das von den beiden deutschen Forschergruppen selbst anberaumte Symposium ist ein Schritt auf dem Weg, gesellschaftliche Zustimmung zu den geplanten medizinischen Versuchen an Kranken und an abtreibenden Frauen herzustellen.

Während das Vorgehen für die Forschung schon festliegt und die entsprechenden Organisationsstrukturen bereitstehen, wird nun die Verantwortung für die geplanten Experimente weitergereicht. Sie wird an Ethik-Kommissionen und vermeintlich "neutrale" Experten delegiert. Denn Ziel der fachinternen, von der Öffentlichkeit abgeschirmten Erwägung von Für und Wider ist es, die Experimente von der lokalen Ethikkommission absegnen zu lassen.

Zum "rationalen" Diskurs zugelassen sind allein jene, die sich den experimentellen "Therapie"ansätzen verschrieben haben: Vertreter der Bundesärztekammer, praxiserfahrene oder handlungswillige in- und ausländische Neurochirurgen, sowie Experten, die von Berufs wegen juristische und "ethische" Verfahrensregeln entwerfen.

So nimmt es nicht wunder, daß die Vertreter der Hannoveraner und Münchner Arbeitsgruppe auch die schwedischen Kollegen des international bedeutenden Zentrums in Lund geladen haben. Die angefragten Philosophie-Professoren Dieter Birnbacher von der Dortmunder Universität und Hartmut Kliemt von der Duisburger Gesamthochschule haben sich schon mehrfach als pragmatisch-praktische Argumentationslieferanten für das Verfügbarmachen von Menschen für Medizintechnologie angeboten.

Von dem viel zitierten "gesellschaftlichen Konsens" über eine grundsätzliche Zulässigkeit solcher Experimente wird in Hannover schlicht ausgegangen. Man meint, die Forschung legitimiere sich selbst über die in Aussicht gestellten und in unbestimmter Zukunft liegenden "Heilungschancen".

Die Tagung ist als "Meinungsaustausch" apostrophiert. Die letzte Entscheidungskompetenz liegt bei der Ethikkommission der Medizinischen Hochschule Hannover. Aber schon jetzt wird Zuarbeit für dieses Gremium geleistet, denn am Ende des Symposiums steht der Vorschlag von Richtlinien für die geplanten Projekte in Deutschland.

Die Frauen

Frauen kommen für die Fötalgewebe-Forscher nicht vor. Dabei sind sie notwendigerweise als Lieferantinnen des Forschungs- und Transplantations-"Rohstoffes" eingeplant.

Bei den "moralisch-ethisch" motivierten Symposiumsbeiträgen ist von Personalität und Identität, vom Stellenwert des Gehirns oder dem emotionalen Selbst der Gewebe-"Empfänger" die Rede. Allein das Wort Frau ist im gesamten Tagungsprogramm nicht aufzufinden. Die anwesenden Theologen Johannes Gründel und Dietrich Ritschl haben mit ihren Beiträgen Verwendung embryonalen ZNS-Gewebes aus Sicht der

katholischen/und evangelischen Kirche ebenfalls einen Beitrag zur sprachlichen Eliminierung von Frauen geleistet.

Die vorgesehene Verwertung des abgetriebenen Embryos verändert jedoch tatsächlich das gesamte Abtreibungsgeschehen: Zeitpunkt und Methode des Abbruchs werden den Erfordernissen der Transplantation angepaßt. Da für einen Patienten derzeit bis zu acht Embryonen für nötig gehalten werden, müssen mehrere Abtreibungen parallel zur Transplantation stattfinden. Da möglichst "frische" und intakte Embryonen, die optimal sezierbar sind, "gewonnen" werden sollen, verändert sich auch die Abtreibungsmethode - mit möglichen Folgen für Körper, Gesundheit und Befinden der Frauen.

Forschungsvorhaben wie die in Hannover und München geplanten, setzen den massenhaften "Verbrauch" von nur über die "Rohstoffquelle" Schwangerschaftsabbruch "erhältlichen" Embryonen und Föten voraus.

Die Entscheidung der schwangeren Frau zur Weggabe ihrer Leibesfrucht, die nunmehr plötzlich zum "Produkt" geworden ist, soll eine sogenannte "aufgeklärte und freiwillige" sein - ein Routinevorgang gemäß dem Modell der "informierten Zustimmung". Wer aber weiß um die subtilen Zwänge, die angesichts einer solchen zugemuteten Entscheidung sowohl einem Ja wie einem Nein anhaften können?

Ist die Technik einmal etabliert, werden PatientInnen, die an Parkinson oder anderen Erkrankungen leiden, "Ansprüche" auf eine solche Behandlung erheben. PatientInnen und ihre Angehörigen und FreundInnen geraten zunehmend unter Druck, die "letzte Chance" einer Therapie - und sei es auch nur eine behauptete Heilungsaussicht - nicht zu versäumen.

Es ist vorauszusehen, daß der so geschaffene "Bedarf" mit dem verfügbaren "Angebot" nicht Schritt halten wird. Hier sind dramatische Konsequenzen voraussehbar: Es ist abzusehen, daß die geplanten Richtlinien, die Abtreibung und Gewebeverwertung trennen sollen, in der Praxis nicht eingehalten werden.

Weitere Entwicklungen zeichnen sich ansatzweise bereits ab. Frauen können zu Auftragsproduzentinnen für das Transplantationsgewerbe werden - also gezielt schwanger werden, um abzutreiben und ihre Leibesfrucht zur Verfügung zu stellen. Sei es aus "Nächstenliebe", die junge Frauen sozial verpflichtet, Transplantationsgewebe für kranke Familienangehörige oder Freunde zu "liefern", oder sei es gegen Bezahlung aus Armut.

Der Import aus "Drittländern" ist vorstellbar, sobald entsprechende Gefrier- und Lagertechniken entwickelt sind. Dies entspricht ganz den Erfahrungen mit der Transplantationsmedizin, die den internationalen Handel mit Organen hervorgebracht hat. Und schon heute findet ein schwunghafter internationaler Handel mit Fötalgewebe statt, der zuallererst durch die Nachfrage der Forschungseinrichtungen und Kliniken hervorgerufen wird.

Sich der Logik des technischen Angebots und seinen Zugzwängen zu entziehen, wird mit Weiterentwicklung des beschrittenen Weges für alle Beteiligten immer schwieriger.

Fazit

Das Symposium und das spätere Inkenntnis-Setzen der Öffentlichkeit über die neuen "Therapie"-Verheißungen dient, neben der schlichten Tatsache, daß es zum Genehmigungsritual des neuen Vorhabens gehört, der Gewöhnung der Bürgerinnen und Bürger an ihre neuen Rollen als "Lieferantinnen" und "Anspruchnehmer".

Während einerseits das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zum § 218 Frauen die Selbstbestimmung über ihren Körper abspricht, sind Forscher darauf erpicht, das Gewebe vernutzen zu können. Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen, werden so in eine Bringschuld gebracht.

Wir bestehen darauf, daß Frauen das Recht haben, ihre eigene Lebensentscheidung zur Abtreibung zu treffen. Dies ist jedoch eine völlig andere Perspektive als die Instrumentalisierung von Abtreibungen, die sich über das neue Verfahren durchsetzt. Frauen sollen leibhaftig für die "Therapie" anderer Menschen zur Verfügung stehen. Diese Grenzüberschreitung ist eine Zumutung, die Frauen nur zurückweisen können. Dieser Übergriff läßt sich nicht durch Verfahrensregeln legitimieren.

Das Hannoveraner Symposium wird zum Präzedenzfall für den geplanten "Einstieg" in die Fötalgewebe-Transplantation werden.

- Wir protestieren energisch dagegen, daß hierzulande Verpflanzungsexperimente mit Embryonalgewebe gestartet werden sollen.

- Wir betrachten Fötalgewebeverpflanzungen nicht als Weg zur Heilung von Krankheiten.

- Wir wollen nicht zukünftig in einer Gesellschaft leben, in der Frauen zu Plantagen für einen neuen medizinischen Markt gemacht werden.

Wir setzen uns dafür ein, daß diese Verfahren keine gesellschaftliche Anerkennung finden werden. Wir fordern alle BürgerInnen auf, den geplanten Experimenten ihre Zustimmung aktiv zu verweigern. Das von der breiten Öffentlichkeit abgeschottete Symposium darf nicht zur Legitimierung dieser Forschungsrichtung dienen.

Sylvia Groth, Feministisches Frauengesundheitszentrum, Berlin

Erika Feyerabend, FINRRAGE Mitarbeiterin, Essen

Ingrid Schneider, FINRRAGE Mitarbeiterin, Hamburg

Weitere Informationen über: Feministisches Frauengesundheitszentrum, Berlin, Bamberger Str. 51, 10777 Berlin, Tel. 030/213 95 97, Fax: 030/214 19 27

26. Große Energie-Koalition

Autor: dse. · Rubrik: Atom- und Energiepolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak375/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:375:21

Klar ist schon jetzt: Kommt es im Laufe dieses Jahres zu einem energiepolitischen Konsens, dann ist es gar keiner. Und egal ob es zu einer formalisierten Vereinbarung kommt, die Atomwirtschaft kann künftig auf eine verständnisvolle und kooperative SPD rechnen, die sich von ihren Ausstiegsbeschlüssen nachhaltig verabschiedet hat.

Seit einigen Wochen reist der selbsternannte Energiechef der SPD, Niedersachsens Ministerpräsident Gerhard Schröder durch die Lande und sondiert angeblich die Chancen für einen Konsens. Praktisch geht es dabei jedoch um einen großkoalitionären Schulterschluß. Denn im Vorfeld einer irgendwann einmal tagenden Gesprächsrunde in Bonn werden zwischen SPD und Regierungsparteien schon jetzt die wesentlichen Punkte geklärt. Wenn die gewichtigen Energieexperten der Parteien dann zusammenkommen, wird mit einiger Sicherheit schon alles geklärt sein. Lediglich für die erwartungsfrohen Medien wird vermutlich ab Mai dieses Jahres (nach den Landtagswahlen in NRW) am runden Tisch noch einmal Gesichtswahrung, zähes Verhandeln und Klientelpflege vorgeführt. Die Zwänge für den Standort Deutschland oder die nationale Sicherheit der zukünftigen Energieversorgung oder beides werden letztlich zitiert werden, wenn es zum Schulterschluß zwischen Sozialdemokraten, Bundesregierung und Atomwirtschaft kommen wird.

Veränderte Ausgangslage

Während es für die hiesige Atomwirtschaft noch vor zwei Jahren so aussah, als könnte eine rot-grüne Regierung in Bonn einen zügigen Atomausstieg vereinbaren und - wenn alles schief gegangen wäre - auch noch durchsetzen, so können sich die Atommanager heute gelassen zurücklehnen. Erstens ist Rot-Grün vorläufig nicht angesagt und zweitens hat sich vor allem in der Entsorgungsproblematik Entscheidendes geändert. Seit im vergangenen Sommer mit dem sogenannten Artikelgesetz die "direkte Endlagerung" gleichberechtigt neben der Wiederaufarbeitung als Entsorgungspfad rechtlich zweifelsfrei anerkannt worden ist, hat die Atomwirtschaft nun endlich einen rechtlich gesicherten Weg, um den schrittweisen Rückzug aus der Plutoniumwirtschaft anzutreten. Eben diese Plutoniumwirtschaft - also das Abtrennen des in den abgebrannten Brennelementen aus den AKWs enthaltenen Plutoniums in den Wiederaufarbeitungsanlagen von Frankreich und England und die anschließende Herstellung und der Einsatz sogenannter Mischoxid-Brennelemente (MOX) - hatte die SPD spätestens seit Tschernobyl gegen die "friedliche" Nutzung der Atomenergie aufgebracht. Über Jahre hinweg setzten sozialdemokratische und rot-grüne Landesregierungen die Atomwirtschaft unter Druck mit der Folge, daß die Revisionszeiten der AKWs sich verlängerten, Genehmigungen wurden nicht mehr so ohne weiteres erteilt. Atomkritische Gutachterinstitute und Fachleute bremsten die Atomwirtschaft aus. Der Widerstand gegen die WAA in Wackersdorf, das Scheitern des Schnellen Brüters in Kalkar, das Aus für den THTR (Thoriumhochtemperatur-Reaktor) in Hamm Uentrop, der in Hessen erreichte Stillstand der Plutoniumfabrik der Siemens AG und immer wieder die ungelöste Entsorgung und die atombombenstofferzeugende Wiederaufarbeitung brachten die Atomwirtschaft in eine heikle Lage.

Mit dem Artikelgesetz kann die Atomwirtschaft nun der SPD entgegenkommen. Die ersten Energieversorgungsunternehmen (EVUs) haben die WAA-Verträge mit den britischen Betreibern in Sellafield zum Ende letzten Jahres gekündigt. Bis Ende Juni werden weitere Kündigungen mit der französischen WAA der Cogema in La Hague folgen. Kopfzerbrechen bereitet der Atomlobby nur noch die Zwischenlagerung des hochaktiven Atommülls. Denn die einzigen Zwischenlager in Gorleben und Ahaus werden auf Dauer nicht allein für den anfallenden Müll ausreichen. Doch nachdem die sozialdemokratisch geführten HEW (Hamburger Elektrizitätswerke) mit der Atomaufsichtsbehörde der SPD-Landesregierung in Schleswig-Holstein übereingekommen sind, Gorleben künftig als Entsorgungsnachweis anzuerkennen, ist vorprogrammiert, daß die SPD dem Ausstieg aus der Plutoniumwirtschaft der Zwischenlagerung und auch dem Bau neuer Lagerstellen zustimmen wird.

Möglicherweise wird auf diesem Weg doch noch Atommüll nach Wackersdorf kommen. Denn als Wackersdorf 1989 als WAA aufgegeben wurde, war das sogenannte Eingangslager für abgebrannte Brennelemente bereits fertiggestellt. Zwar wissen auch SPD-Prominente, daß zum "Konzept direkter Endlagerung" nicht nur die Zwischenlagerung, sondern dummerweise auch ein - nicht vorhandenes - Endlager gehört. Aber da dieses aus

Sicht der Atomwirtschaft ohnehin nicht vor dem Jahr 2030 benötigt wird, wäre hier genug Spiel für einen Großparteien-Deal. So gibt es Vorschläge, daß für Gorleben als Endlager ein Moratorium vereinbart wird und in der Zwischenzeit an anderen Standorten, vor allem in Ostdeutschland, nach Endlagern gesucht wird.

Vor allem Süddeutschlands Atombarone geben sich vor dieser entspannten Lage selbstbewußt. Nach Angaben des Spiegels (16.1.95) soll Georg Obermeier, wichtiger Mann in der Viag-Spitze, und dessen Stromtochter Bayernwerke in Gesprächen mit Schröder klar gemacht haben, daß er seine Hand für einen Konsens nur dann reiche, wenn dieser nicht den "Hauch eines Atomausstieg" enthalte. Und weiter: "Sorgfältig jede Höflichkeitsfloskel meidend, diktierte Obermeier seinem Gast (eben diesem Schröder, A.d.V.), Konsens sei erreicht, wenn Schröder die Position der Konzerne ohne Abstriche übernehme."

Da wird Schröder nur geringe Probleme haben, denn an den derzeit laufenden AKWs will die SPD nicht mehr im Ernst rütteln. So zieht Schröder derzeit mit dem charmanten Angebot durch die Lande, daß die Atomanlagen noch 30 Jahre - ab 1995 gerechnet - weiterlaufen könnten. Dann, im Jahre 2025, sind einige AKWs schon stattliche 60 Jahre alt, jedenfalls wenn es nicht zu eigenwilligen Leistungsexkursionen (sprich Super-GAU) dieser Atommeiler kommt. Dieses Angebot macht klar, wie extrem schwer es sich die Genossen machen. Denn immerhin fordert die Atomwirtschaft, unterstützt vom Bundeswirtschaftsminister und dem bayerischen Ministerpräsidenten ungeniert eine Restlaufzeit von 40 Jahren. Dennoch: Stoiber lobte den roten Schröder, da dieser "zum Thema Energiekonsens eine Reihe von pragmatisch weiterführenden Ansätzen" zu bieten habe (Handelsblatt 9.1.). Es gäbe, so Stoiber, "eine ganze Reihe von tragfähigen Gemeinsamkeiten". (Handelsblatt 16.1.) Da wird es wahrlich harter Verhandlungen bedürfen, um die SPD von ihrem Ausstiegskurs abzubringen.

Weitere Atomenergieforschung mit oder ohne AKW-Neubau?

Streit gibt es noch um einige Teilaspekte. So ist Schröder - wie auch die bayerische SPD-Führerin Renate Schmidt (Handelsblatt 19.1.95) oder Hamburgs Umweltsenator Fritz Vahrenholt - der Auffassung, daß munter weiter Atomforschung betrieben und auch neue Reaktorkonzepte entwickelt werden dürfen. Aber, - und da ist Schröder (wie auch Vahrenholt) echt hart: Gebaut werden dürfen sie nicht, jedenfalls will er das heute nicht zulassen. Und später soll dann eine "überwiegende Mehrheit von Bundestag und Bundesrat" (Spiegel, 16.1.95) erforderlich sein, falls die Atomwirtschaft dann doch irgendwann einmal das Entwickelte und Erforschte realisieren möchte.

Auch wenn Bundeswirtschaftsminister Rexrodt in Gesprächen mit Schröder erneut gefordert hat, daß auch in Zukunft die politische Option für den Bau neuer Atomkraftwerke erhalten bleiben müsse (Süddeutsche Zeitung, 17.1.95), obwohl die Atomindustrie derzeit jedenfalls gar keine neuen AKWs bauen will. Sogar die Bayernwerke, die dies noch vor zwei Jahren bärenstark posaunten, wären heute mit der Forschungsgenehmigung völlig zufrieden. Wenn in 10 bis 20 Jahren über neue Stromerzeugungsanlagen nachgedacht wird und es in der Klimaschutzpolitik bis dahin genauso "schneckenhaft" zugeht wie in der Vergangenheit, dann werden möglicherweise ein steigender Meeresspiegel und andere kleine Unannehmlichkeiten dafür sorgen, daß das Atom wieder "echt in" sein könnte. Und daß dies so geschieht, dafür kann gerade die Energiewirtschaft wirklich eine Menge tun.

Grüne und Umweltverbände nicht "unbedingt erforderlich"

Während sich die FDP um einen Platz beim runden Energietisch nicht sorgen muß, werden die Grünen diesmal möglicherweise nicht dabei sein. Denn machtpolitisch spielen sie weder für Schröder noch für die Regierungskollegen derzeit irgendeine Rolle. So hat die frischgebackene Umweltministerin Angela Merkel (die in fast allen Belangen voll im Töpferkurs bleibt) denn auch schon klargemacht, daß die Beteiligung der Grünen nicht "unbedingt erforderlich" wäre. (Süddeutsche Zeitung, 18.1.95) Der Grüne Fraktionssprecher Joschka Fischer wiederum machte klar, daß seine Partei nur dann an Gesprächen um einen parteiübergreifenden Konsens in der Energiepolitik teilnehmen wird, wenn die Grundlage der "geregelte Ausstieg aus der Atomenergie" sei. (Handelsblatt, 19.1.95) Sollten sich Schröder und andere dazu nicht durchringen können, drohte Fischer mit überaus schwerem Geschütz. Er warnte die Stromwirtschaft vor einer Debatte über deren Monopolstellung, falls kein Konsens zustande kommt. Warum diese überaus interessante und spannende Debatte nicht sowieso seitens der Grünen stattfindet, mag dahingestellt sein.

Michaele Hustedt, neue Grüne Bundestagsabgeordnete, präzisierte dies in der Süddeutschen Zeitung vom18.1.95: Ihre Partei werde nicht an Konsensgesprächen teilnehmen, die nur das Ziel haben "die Bedingungen für die Atomkraft zu verbessern." Sie erwarte vielmehr ein Signal der Bundesregierung, daß sie von ihren Plänen zum Ausbau der Kernenergie Abstand nehme. Da selbst die Energiewirtschaft nicht wirklich neue Atomkraftwerke bauen wolle, forderte Hustedt die Atomstromer als mäßigende Kraft auf, die "Bundesregierung vom falschen Pfad abzubringen." Angenehmeres läßt sich da vom frischgekürten Sprecher der Bündnisgrünen, Jürgen Trittin, vernehmen. Der sieht in den anberaumten Gesprächen einen Versuch, "den alten Schmidtschen Pro-Atom-Konsens wiederherzustellen." (taz, 18.1.5) Außerdem weiß er: "Schröder will als Macher dastehen und räumt Stück für Stück seine Position."

Während über eine Grüne Beteiligung zumindest noch diskutiert wird, scheinen die Umweltverbände Greenpeace und der BUND, sowie die IPPNW diesmal völlig außen vor. Heinz Laing von Greenpeace will allerdings auch nur dann teilnehmen, wenn der Atomausstieg eindeutig Ziel ist. In dem Schröder-Model sieht er nicht einen Kompromiß, sondern im Gegenteil eine Verlängerung der Lebensdauer der Reaktoren. In der taz wies Laing darauf hin, daß die Atomwirtschaft früher einmal von einer Lebensdauer von rund 25 Jahren je AKW ausgegangen ist. In den Gesprächen wollen "CDU und SPD sich mit den Energieversorgern einigen, aber unser Job ist es nicht, daran mitzubasteln," sagte Laing in der taz (18.1.95). Schwammiger gibt sich BUND-Sprecher Onno Popinga. Der würde sehr gern über eine wirkliche Neuorientierung in der Energiepolitik, den Ausbau der regenerativen Energien, die Einführung einer Primärenergiesteuer sprechen. Würde dies gewollt, könnte über die Restlaufzeiten der AKWs verhandelt werden. Da eine solche Neuorientierung jedoch nicht erkennbar sei, würde der BUND möglicherweise zu eigenen Konsensgesprächen einladen.

Kohlesubventionen

Rexrodt will nach einer Beratung der Regierungskoalition am 27. Januar 1995 die SPD zu einem ersten formalisierten Gespräch für den Februar einladen. Ob dieser Termin gehalten werden kann, hängt jedoch wesentlich von der zu klärenden Steinkohlefinanzierung ab. Nachdem das Bundesverfassungsgericht Ende letzten Jahres die bisherige Kohlefinanzierung als verfassungswidrig abgeschmettert hat, muß bis zum Sommer 1995 ein Gesetzgebungsverfahren anlaufen, wenn die erforderliche Finanzierung für das Jahr 1996 noch gesichert werden soll. 1996 sollten nach der nun verfassungswidrigen Regelung 7,5 Milliarden DM und bis zum Jahr 2000 dann weitere 7 Milliarden DM jährlich über den Kohlepfennig aufgebracht werden.

Anders als in der Atompolitik ist die Regierungskoalition jedoch in den Finanzierungsmodellen unterschiedlicher Auffassung. Dies zeigte sich auch während der Beratung der Regierung am 27.1.1995. Vor allem für die FDP bietet sich erneut der Anlaß, die weitere Subventionierung der Steinkohle zu monieren. Auch Bayerns Ministerpräsident Stoiber forderte jüngst, daß im Rahmen des Energiekonsens auch ein drastischer Abbau der Subventionen für die Erhaltung der deutschen Steinkohle erfolgen müsse. (Handelsblatt, 9.1.95) Stoiber will mit dieser Auffassung wohl vor allem die sozialdemokratischen Länder NRW und Saarland für einen Atomkompromiß einstimmen. Während FDP-Fraktionschef Herman Otto Solms neue Steuern in jeder Form ablehnt und die Finanzierung über den Haushalt sichergestellt wissen will, hat sich Wolfgang Schäuble nach einer CDU/CSU-Fraktionsvorstandssitzung "sehr skeptisch" über eine 7 Milliarden DM schwere Haushaltsfinanzierung geäußert und diesen "bequemen Weg" abgelehnt. (Handelsblatt, 16.1.95) Eine ebenfalls diskutierte Erhöhung der Mehrwertsteuer soll, so das Handelsblatt, ebenfalls auf Ablehnung bei den Unionsabgeordneten gestoßen sein.

Offen ist jedoch noch, wie sich diese Regierungsprobleme auf die Energiegespräche auswirken. So hat sich die SPD-Fraktion im Wirtschaftsausschuß des Bundestages dagegen ausgesprochen, die Kohlefinanzierung in die Energiegespräche einzubinden, wie dies Schröder und die Bundesregierung wollen. (Handelsblatt 19.1.95) Vor allem aus dem Saarland und Nordrhein-Westfalen zeichnet sich eine deutliche Front gegen die Einbeziehung der Kohlefrage ab. NRW-Wirtschaftsminister Günther Einert (SPD) hält diese Verquickung für eine Überfrachtung der Energiegespräche. Auch Saarlands Wirtschafts- und Finanzministerin, Christiane Krajewski, lehnt die Einbeziehung in die Energiegepräche ab. Es sei Sache der Bundesregierung, so schnell wie möglich die zukünftige Kohlefinanzierung sicherzustellen. Der Bergbau brauche Planungssicherheit, so Krajewski. Damit folgen beide der in der SPD noch im letzten Jahr klaren Position, daß die Steinkohlefinanzierung noch vor den Energiekonsensgesprächen vom Tisch sein muß. Eben dies hatte die Bundesregierung im Sommer letzten Jahres auch getan, indem sie im sogenannten Artikelgesetz die weitere Subventionierung verbindlich regelte.

SPD wieder auf Kurs

Vor diesem Hintergrund ist die weitere Zukunft der Energiegespräche nur schwer zu prognostizieren. Deutlich wird jedoch, daß sich die SPD in der Atomfrage ein deutliches Stück auf die Atomwirtschaft zubewegt hat. Ob mit oder ohne formalisierten Konsens, für die Strom und Atomwirtschaft werden sich die Konflikte mit sozialdemokratischen Landesregierungen nach dem nun schrittweise laufenden Ausstieg aus der Plutoniumwirtschaft vermutlich stark reduzieren. Das prinzipielle Nein zur Atomenergienutzung ist angesichts der Zugeständnisse der SPD in Sachen Atomforschung praktisch dahin. Wenn Schröder und Partner der Atommafia derzeit 30 weitere Jahre anbieten, dann ist dies auch ohne formelle Vereinbarung von entscheidender ideologischer und praktischer Bedeutung. Der Grundsatz, daß das investierte Kapital der Atommafia langfristig geschützt werden muß, ist seitens der SPD nunmehr wieder anerkannt.

So läßt Vahrenholt die HEW, die zu 75 Prozent städtisches Eigentum sind, federführend an der Entwicklung eines neuen Siedewasserreaktors forschen. Zusammen mit der schwäbischen EVS (Energie Versorgung Schwaben) und der Siemens KWU (Kraftwerkeunion) haben diese ein Reaktorkonzept entwickelt. Bemerkenswert ist dies nicht zuletzt, da die HEW als einziges bundesdeutsches EVU per Satzung den Auftrag haben, so zügig wie rechtlich und wirtschaftlich möglich aus der Atomenergie auszusteigen.

dse.

27. Unmenschliche Behandlung eines kurdischen Gefangenen

Festnahmen, Anklageerhebungen und Mißhandlung in deutschen Knästen

Autor: Ulla Jelpke, Mark Holzberger · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; PKK; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak375/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:375:25

Die Zahl der in der BRD wegen "Unterstützung" oder "Mitgliedschaft einer terroristischen Vereinigung" (§129a StGB) einsitzenden kurdischen politischen Gefangenen hat sich in den letzten Wochen sprunghaft erhöht. Nach den §129a-Urteilen in Düsseldorf und Celle - vor nicht einmal einem Jahr - sitzen zur Zeit mindestens acht KurdInnen aufgrund des "Terrorismus"-Vorwurfs in Isolationshaft.

Mahmut E. wurde Ende September auf der Rückreise in seinem schweizerischen Wohnort am Grenzübergang Lörrach von deutschen Bullen festgenommen. Er hatte in den Niederlanden ein kurdisches Kulturfestival besucht. Der querschnittsgelähmte Mahmut wurde in das - durch Zwangsernährung von hungerstreikenden RAF-Gefangenen berüchtigte - Hochsicherheits-Krankenhaus Hohenasperg bei Stuttgart verbracht und dort vollkommen isoliert.

1990 war Mahmut als Asylberechtigter in der Schweiz anerkannt worden und damit im Besitz eines gültigen internationalen Reisedokuments. Mahmut wurde in der BRD wegen "Freiheitsberaubung" eines Kurden 1988 in Köln und einer davon ausgegehenden "Unterstützung" einer "terroristischen Vereinigung innerhalb der PKK" gesucht. 1990 hatte die BRD deswegen schon versucht, ihn aus der Schweiz überstellt zu bekommen, allerdings ohne Erfolg, was nicht zuletzt auf die zahlreichen Proteste von EidgenossInnen zurückzuführen ist.

So ganz mochte man nun - als man Mahmuts habhaft geworden war - seiner eigenen Anschuldigung auch nicht mehr glauben. Nachdem sich die schweizerische Gruppe "Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter" für ihn eingesetzt hatte, wurde sein Haftbefehl überraschend für alle aufgehoben. Mahmut konnte Ende des Jahres aus der Abschiebehaft (in der er seit dem 30.9. gesessen hatte) in die Schweiz ausreisen (Kurdistan-Rundbrief 22/94).

Meryim Y. wurde Anfang, Azime Y. und Sait B., Ende Dezember 1994 aufgrund von 129a-Haftbefehlen festgenommen. Allen Dreien wird "Mitgliedschaft" bzw. "Unterstützung einer terroristischen Vereinigung innerhalb der PKK" vorgeworfen.

Meryim Y. wird vorgehalten, an der von der GSG-9 gestürmten Versammlung von KurdInnen in Saarbrücken im Mai letzten Jahres teilgenommen zu haben. Hierbei soll es sich um eine "erweiterte Frontsitzung" gehandelt haben, deren Ziel es gewesen sei, die Vorgaben der "Europäischen Frontzentrale" in konkrete Planungen und Aktionen umzusetzen. (Pressemitteilung der Bundesanwaltschaft (BAW), vom 12.12.94). Läßt mensch den Propagandagehalt dieser Behauptungen beiseite, bleibt im Falle Meryim nicht viel mehr übrig, als die bloße Teilnahme an einer kurdischen Versammlung!

Azime Y. und Sait B. wurden beide in Bremen festgenommen. Neben ihren angeblichen Funktionen als "Regional-" bzw. "Raumverantwortlicher der PKK" wird beiden die Teilnahme an "Bestrafungsaktionen" der PKK in Hamburg bzw. Bremen zur Last gelegt (Pressemitteilung der BAW vom 21.12.94). In den bisher abgeschlossenen Prozessen gegen KurdInnen ergaben die Recherchen der Verteidigung zu diesen Vorwürfen entweder den Verdacht eines provokativen Engagements des türkischen Geheimdienstes oder diese Vorwürfe kamen von seiten kurdischer KronzeugInnen, die an einer Verurteilung der Angeklagten ein sehr persönliches Interesse hatten.

Der zweite Versuch: "Terroristische Vereinigung innerhalb der PKK"

Anfang Januar wurde §129a-Anklage gegen drei KurdInnen erhoben: Senol G., Dogan Özserik und Güler Yurdakul. Sie werden der Mitgliedschaft in einer "terroristischen Vereinigung innerhalb der Führungsstrukturen der PKK" verdächtigt. Zum ersten Mal wird nun der 129a-Vorwurf nach neuem Muster konstruiert: Nicht die gesamte PKK wird als "terroristische Vereinigung" kriminalisiert. (1) Die BAW stellt die Behauptung auf, die Führungsstruktur der PKK bestehe innerhalb der BRD aus "zumindest fünf" sog. "Raum-" und auf der darunterliegenden Ebene aus "etwa 17 Gebietsverantwortlichen" (Pressemitteilung der BAW vom 10.1.95).

Diese Führungskader würden nun die Anordnungen der ominösen "Europäischen Frontzentrale" umsetzen, die wiederum gleichzusetzen sei mit der "ERNK-Europavertretung", dem "obersten Organ der PKK in Europa". "Der Verdacht der Bildung einer terroristischen Vereinigung gemäß §129a Strafgesetzbuch besteht nur im Blick auf die Führungsorganisation, gilt jedoch nicht der Gesamtorganisation der PKK" (ebd., Hervorhebung im Original).

Den nun Angeklagten wird ihre angebliche Kaderfunktion zur Last gelegt, die zeitlich teilweise vor dem Verbot der PKK lag und - im Falle Güler Yurdakul - nicht länger als zweieinhalb Monate gedauert haben soll. Keinem der drei Angeklagten wird neben der "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" ein Kapitalverbrechen zur Last gelegt. Sie werden nur mit militanten Protestaktionen in Verbindung gebracht. Dies ist ein entscheidender Unterschied zu früheren Prozessen gegen KurdInnen, bei denen es immer auch um Tötungsdelikte oder Freiheitsberaubungen ging.

Haftunfähigkeit

Zwei der angeklagten kurdischen AktivistInnen sind gesundheitlich so schwer angeschlagen, daß sie haftunfähig sind:

Dogan Özserik verlor im kurdischen Befreiungskampf durch Erfrierungen beide Beine und die Fingerkuppen. Seine Festnahme in der BRD am 2.7.94 erfolgte in einem Bielefelder Krankenhaus. Seither wird Dogan Özserik in strenger Isolationshaft gehalten. Er leidet unter schweren Schmerzen in den amputierten Beinstümpfen sowie unter - von der Isolation bedingten - Kopfschmerzen und Ermüdungserscheinungen. Sein Zustand ist so schlecht, daß Dogan Özserik aus Protest gegen seine Haftbedingungen seine Haftzelle in Brand gesteckt und einen Hungerstreik aufgenommen hat. Seine Forderungen sind: Hinzuziehung eines kurdisch-sprachigen Dolmetschers, Privatbesuche ohne LKA-Überwachung und Bezug von allgemein erhältlichen Büchern und Zeitschriften. (Kurdistan-Rundbrief 23/94).

Im Falle von Güler Yurdakul spielten die Staatsschutzorgane über Wochen sehenden Auges mit deren offenkundig hochgradig gefährdeten Leben.

Güler Yurdakul leidet unter einer schweren neurologischen Krankheit. Sie hat ein arterielles Gefäßknäuel im Gehirn ("arteriovenöse Mißbildung"), der dort einen tumorartigen Druck zur Folge haben kann sowie zu einer lokalen Blutstauung und schließlich - und dies drohte unmittelbar - zu tödlich verlaufenden Gehirnblutungen führen kann.

Sie war lange Jahre in der Türkei inhaftiert und dort schweren Folterungen ausgesetzt. Zeitlich hiernach (1987) erlitt Güler Yurdakul ihre erste Gehirnblutung. Diese Blutungen werden u.a. durch Streß ausgelöst. In der BRD wurde Güler Yurdakul seit ihrer Festnahme - Ende Mai 1994 - trotz der Kenntnis über ihre Erkrankung unter extrem streßfördernden Isolationsbedingungen eingesperrt. Am 13.10.94 trat eine zweite Gehirnblutung auf. Die klinische Betreuung in der Haft ist für eine derartige Behandlung unzureichend, da sie nur über eine internistische, nicht aber über eine neurologische Abteilung verfügt. Über die Feststellung des Güler Yurdakul zuvor behandelnden Zürcher Universitätsprofessors für Neuroradiologie, daß "es begründet sei, zu denken, daß die aktuelle Streßsituation ein auslösender Faktor für die jetzige Hirnblutung war" (aus der Beschwerde des Rechtsanwaltes Heiming v. 10.12.94) setzte sich der Richter am Bundesgerichtshof kaltschnäuzig hinweg: Güler Yurdakul wurde vorsätzlich dem akutem Risiko einer, durch die Haftfortdauer bedingten dritten - diesmal aller Wahrscheinlichkeit nach, tödlichen - Hirnblutung ausgesetzt.

Im Januar wurde Güler Yurdakul endlich auf die erneute Beschwerde ihrer Verteidigerin, Heike Krause, hin - wenn auch unter einem Haftfortdauerbeschluß - freigelassen, so daß sie sich nun eigentlich ihrer dringend erforderlichen neurologischen Spezialbehandlung unterziehen könnte. Schwierigkeiten macht jetzt aber das Sozialamt, das sich weigert, für sie einen Krankenschein auszustellen, weil sie in Belgien anerkannter Flüchtling und deshalb nur dort sozialhilfeberechtigt ist. In dieser Situation wird Güler Yurdakul aus Gründen der Kostenübernahme die notwendige medizinische Behandlung faktisch verweigert.

Ulla Jelpke (MdB), Mark Holzberger

1) Damit geht die juristische Ebene differenzierter vor, als die politische. Die Bundesregierung denunziert die PKK in einer von uns gestellten Anfrage pauschal als "terroristisch", vgl. Antwort auf unsere Anfrage: BT-Drucksache 13/113, S.3.

ERNK-Europasprecher

in britischer Auslieferungshaft

Ende Oktober nahmen britische Polizeibeamte den Sprecher der Europa-Vertretung der kurdischen ERNK, Kani Yilmaz, fest. Er war auf Einladung einer britischen Parlamentarier-Initiative in das Land eingereist und hatte dort auf einer Veranstaltung über die "Zukunft des kurdischen Volkes" gesprochen. Nach seinem Redebeitrag wurde er auf offener Straße verhaftet.

Grundlage der Festnahme war ein gegen ihn gerichtetes Auslieferungsersuchen der Türkei. Die türkische Regierung versucht ähnlich wie schon im Fall des ERNK-Politikers Ali Sapan, durch das Ausstellen diverser internationaler Haftbefehle die Handlungsmöglichkeiten ihnen unliebsamer Politiker im Ausland einzuschränken. So wurde Ali Sapan in den vergangenen Jahren aufgrund dieses internationalen Haftbefehls bereits mehrfach (u.a. Italien und Frankreich) in Auslieferungshaft genommen. Doch keines dieser Länder hat - angesichts der offenkundig drohenden politischen Verfolgung, der Folter und etwaiger Todesstrafe gegen den ERNK-Sprecher - jemals ernsthaft die Überstellung von Ali Sapan in Erwägung gezogen.

Die britischen Behörden haben Kani Yilmaz, den kurdischen Politiker, bereits seit drei Monaten in Haft.

Neben der Türkei hat inzwischen auch die BRD ein Auslieferungsersuchen an Großbritannien gestellt. Dieser Antrag wird auf einen 30-seitigen Haftbefehl gegen Kani Yilmaz vom 30.10.1994 gestützt. Wie der deutsche Anwalt von Kani Yilmaz, der Bremer Strafverteidiger Schultz, in einer Presseerklärung vom 13.12.94 mitteilt, wird Kani Yilmaz von den deutschen Staatsschutzorganen vorgeworfen, sich als Rädelsführer an einer "terroristischen Vereinigung" beteiligt zu haben.

Die Verhaftung von Kani Yilmaz ist eine weitere Form der Kriegsführung gegen den kurdischen Befreiungskampf, der nach Ansicht des Sprechers von medico international, Hans Brandscheid, eine Gefahr ist für alle, die keine politische Lösung, keinen Waffenstillstand wollen: Für die Feinde des Friedens, die Freunde der Türkei, die Waffenlieferanten und Staatsterroristen besteht akute "Gefahr im Verzug".

Für März steht in London das gerichtliche Auslieferungsverfahren gegen Kani Yilmaz an.

Schikanen gegen kurdische politische Gefangene

Verbot der kurdischen Sprache

Mit Beschluß vom 13.12.94 lehnte der Bundesgerichtshof (BGH) die Hinzuziehung eines kurdischen Dolmetschers für den politischen Gefangenen Ahmet K. ab: "(Es) bestand Grund zu der Annahme, daß mit der unzutreffenden Angabe, die genannten (BesucherInnen) beherrschten nur die kurdische Sprache, die (...) Hinzuziehung eines kurdischen Dolmetschers erreicht werden sollte, um auf diese Weise einen Präzedenzfall zu schaffen (...) Zuverlässige Dolmetscher für die kurdische Sprache sind nicht so leicht zu finden (und die Hinzuziehung kann) auf Grund einer längeren Anreise mit höheren Kosten verbunden sein. Daher ist es zumutbar (...) sich im Rahmen des Besuchskontakts der türkischen Sprache zu bedienen. (...) (Es) hat sich zwar nicht verläßlich feststellen lassen, ob auch (die Besucherin D.) der türkischen Sprache mächtig ist. Jedoch läßt sich aus der Tatsache, daß (...) versucht worden ist, mit der Hilfe unrichtiger Angaben (...) die Zuziehung eines kurdischsprachigen Dolmetschers zu erzwingen, schließen, daß auch (D) in der Lage ist, sich mit dem Beschuldigten in türkischer Sprache zu unterhalten."

Der Frankfurter Anwalt von Ahmet, Joachim Bremer, erklärte in einer Stellungnahme vom 19.12.94, daß dies einen "bisher einmaligen Versuch darstelle, auch in Deutschland die Benutzung der kurdischen Sprache zu verhindern und zu verbieten. Auch in dem ‚Kurdenprozeß` vor dem Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf war anerkannt, daß ein Kurde seine Sprache verwenden kann; aus diesem Grund wurden auch Dolmetscher für die kurdische Sprache herangezogen, wenn dies erforderlich war. Warum dies hier nun im Rahmen der Haftüberprüfung nicht möglich sein sollte, ist unter logischen Gesichtspunkten nicht nachvollziehbar."

Verbot des Bezugs von "Özgür Ülke"

Seit einigen Monaten versuchen die deutschen Repressionsorgane, den kurdischen politischen Gefangenen den Bezug der allgemein öffentlich zugänglichen Tageszeitung "Özgür Ülke" zu verbieten. Dazu der BGH: "Der Bezug (kann) nicht gestattet werden. Bei der ‚Özgür Ülke` handelt es sich nach Erkenntnissen des

Bundeskriminalamtes um die Nachfolgepublikation der in der Türkei inzwischen verbotenen Zeitung ‚Özgür Gündem`. (...) Demnach werden auch in ‚Özgür Ülke' weiterhin die Ziele der (...) auch in der Bundesrepublik Deutschland verbotenen PKK offen vertreten. (...) Der Bezug (von ‚Özgür Ülke`) ist (...) ersichtlich dazu bestimmt und geeignet, die Beschuldigte weiterhin in die illegal arbeitende PKK einzubinden. Dies ist, da der Beschuldigten die Mitgliedschaft in einer innerhalb der Führungsstruktur der PKK bestehenden terroristischen Vereinigung vorgeworfen wird, mit den Zielen der Untersuchungshaft (...) nicht zu vereinbaren. (...)

Es handelt sich nach alledem bei der ‚Özgür Ülke` nicht um eine gewöhnliches Presserzeugnis (...) sondern um ein Propagandaorgan zur offenen Unterstützung der Ziele und gewaltsamen Methoden einer verbotenen Organisation." (Hervorhebung durch Verf.)

Damit übernimmt der bundesdeutsche Staatsschutz bis in die Wortwahl hinein die Argumentation seiner türkischen KollegInnen. Tatsächlich ist "Özgür Ülke" z. B. für alle türkischen und ausländischen Menschenrechtsvereine eine der wesentlichsten Informationsquellen, da sie sich der "freiwilligen Selbstzensur" anderer türkischen Medien über den schmutzigen Krieg der Türkei in Kurdistan entzieht.

Doch nicht nur propagandistisch liegt die BRD voll auf Linie der staatsterroristischen türkischen Regierung: auch rechtlich werden mit einer Argumentation ("Propagandaorgan zur offenen Unterstützung der Ziele und Methoden einer verbotenen Organisation") Strafmaßnahmen und letztlich auch ein Verbot von "Özgür Ülke" in der BRD vorbereitet.

Unmenschliche Behandlung

Meryem Y. wurde nach ihrer Verhaftung unmenschlicher Behandlung ausgesetzt: Zuerst wurde sie binnen dreier Tage an vier verschiedene Orte in der BRD verbracht (Bremen, Karlsruhe, Stuttgart, JVA Bühl).

Dann, in dem berüchtigten badischen Knast angekommen, wurde ihr lediglich auf Deutsch mitgeteilt, wo sie ist und wie sie sich zu verhalten habe - obwohl bekannt war, daß sie der deutschen Sprache nicht mächtig ist. Sie war völlig orientierungslos und hatte Angst vor weiteren Schikanen.

Als Meryem Y. dagegen protestierte, daß ihr eine Kontaktaufnahme mit einer Anwältin verwehrt wurde (obwohl sie dies schriftlich und dringend verlangte), eskalierte die Situation: Unter Anwendung "unmittelbaren Zwangs" wurde sie "überwältigt" und nackt ausgezogen. Ihr wurde lediglich ein Hemd (keine Unterwäsche!) ausgehändigt. Anschließend wurde sie in eine der berüchtigten B(eruhigungs)-Zellen des Knastes verbracht. Diese Zellen sind dunkle, kalte Kellerräume, in denen sich lediglich eine Matratze mit einem weißen Laken und eine Art Plumpsklo befinden, dessen Spülung nur von außen betätigt werden kann. Hier wurde Meryem Y. tagelang eingesperrt, ohne daß sie Gelegenheit hatte, auch nur mit einem Menschen zu kommunizieren oder sich anderweitig zu orientieren.

Erst nach drei Tagen kam ein Dolmetscher zu ihr - in Begleitung eines BKA-Bullen. Dieser versuchte sie zu einer Aussage zu "überreden", was allerdings erfolglos blieb.

Meryem Y. wurden alle persönlichen Gegenstände abgenommen. Sie darf nicht ihre eigene, sondern muß Anstaltskleidung tragen. Bis zum 20. Januar hat Meryem Y. weder ein Buch, noch eine Zeitschrift ausgehändigt bekommen, noch verfügt sie über ein Radio- oder TV-Gerät. Zudem ist sie von allen Gemeinschaftsveranstaltungen wie z.B. Sport ausgeschlossen. Ihre Isolationshaftzelle, in der sie sich jetzt befindet, wird jeden Tag, sie selber alle zwei Tage durchsucht, wobei sie sich jedesmal nackt ausziehen muß. Dies obwohl Meryem Y. - nicht zuletzt wegen der Trennscheibe (sogar bei den Besuchen ihrer Rechtsanwältin) - mit niemandem in Kontakt kommen kann.

Die Anwältin von Meryem Y., Renate Schultz aus Bremen, hat über diese Zustände u.a. Amnesty International als auch das Anti-Folter-Komitee in der Schweiz unterrichtet.

28. Abgang erwünscht. Templin bei den Grünen außen vor?

Autor: mb, Berlin · Rubrik: Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak375/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:375:14

"Meine Positionen und Aktivitäten bewegen sich auf dem Boden von Bündnis 90/Die Grünen", findet der frühere DDR-Bürgerrechtler Wolfgang Templin. Somit würden sich Interviews mit der (neu-)rechten Wochenpostille Junge Freiheit, die Mitgliedschaft in so obskuren Vereinigungen wie "Berliner Bürgergemeinschaft politischer Häftlinge und Widerständler gegen Nazis und Kommunisten" oder der "Arbeitsgemeinschaft 13. August" sowie das Unterzeichnen deutsch-nationaler und rechtsextremer Aufrufe im Rahmen bündnisgrüner Überzeugungen bewegen.

Der Berliner Landesausschuß von Bündnis 90/Die Grünen, das höchste Gremium zwischen den Delegiertenkonferenzen (Parteitagen), sieht dies anders. Am 11. Januar forderte er mit 23 zu 14 Stimmen Wolfgang Templin auf, die Partei zu verlassen. Damit ist der bisherige Höhepunkt einer innerparteilichen Auseinandersetzung erreicht, die sich an der Unterstützung Templins für den "Berliner Appell" im September vergangenen Jahres entzündet hatte. Schon damals hatte die Grüne Jugend Templins Austritt gefordert, weil "sein ständiges Kuscheln mit Nationalisten und Rechtsradikalen unerträglich" geworden sei.

Templin gehörte zum Kern der Bürgerbewegten aus der ehemaligen DDR. Bevor er zum Mitbegründer der DDR-Oppositionsgruppe "Initiative für Frieden und Menschenrechte" wurde, war er Anfang der siebziger Jahre aber auch Mitarbeiter der Stasi. Sein Weg zum Überzeugungstäter gegen Partei und Stasi, wie ein Freund von Templin ihn nannte, führte von der SED-Mitgliedschaft und MfS-Tätigkeit über eine Hinwendung zum Trotzkismus in die Reihen der DDR-Bürgerbewegung. Als 1992 seine Stasi-Mitarbeit bekannt wurde, fungierte Templin als Bundessprecher von Bündnis 90. Konsequenzen mußte der Bundessprecher von seiner Partei zu diesem Zeitpunkt freilich nicht befürchten. Für Bündnis 90 wog die zentrale Rolle schwerer, die er in der Bürgerbewegung eingenommen hatte, und die Verfolgung, der er deshalb ausgesetzt war.

Nach 1992 machte der Bürgerbewegte vor allem durch seine Autorenschaft bei der Jungen Freiheit von sich reden, aber auch durch sein Eintreten für den neurechten ehemaligen Welt-Redakteur Zitelmann (vgl. ak 365). Seine Unterschrift unter den sogenannten "Berliner Appell" ließ die bei den Grünen seit langem angestaute Kritik und Verärgerung über Templin zum Ausbruch kommen.

Grüne weisen die Tür

Unter der infamen Überschrift "Wehret den Anfängen!" verlangte damals eine illustre Schar um das neurechte Netzwerk Zitelmann, Schacht, Faust & Co. (vgl. ak 372) die "Rückkehr zum antitotalitären Konsens". "Unterzeichner des Berliner Appells ... sind bei Bündnis 90/Die Grünen fehl am Platz", stellt nun ein Positionspapier der Grünen fest (jw, 13.1.95). Zugleich wird sich darin deutlich von der Totalitarismustheorie und konservativen Bestrebungen innerhalb der eigenen Partei distanziert: "Eine Gemeinsamkeit mit rechten Scharfmachern, die mit ihrer vermeintlich ‚antitotalitären` Propaganda gegen das SED-Regime nur von ihren eigenen undemokratischen Machenschaften ablenken wollen, hat es für uns nie gegeben." Und zu dem Rechtsausleger der Partei heißt es konkret: "Wir fordern ... Wolfgang Templin, der auf sein politisches Wirken auf den von den neuen Rechten beeinflußten Plattformen nicht verzichten will, auf, ... unsere Partei zu verlassen."

Obwohl auch ein Antrag des Grünen-Bezirksverbandes Berlin-Tiergarten auf Parteiausschluß gegen Templin vorlag, konnten sich die Bündnisgrünen zu einem solchen Schritt nicht durchringen. Die Begründung, die Grünen-Sprecher Matthias Tang dafür gegenüber der Jungen Welt abgab, überzeugte wenig. Ausschlußverfahren seien bei den Bündnisgrünen "nicht üblich", meinte er. Lediglich 1981 wären aus der AL Ökofaschisten ausgeschlossen worden, ansonsten enthielte mensch sich solch drastischer Maßnahmen. Tatsächlich aber scheuen die Berliner Bündnisgrünen den totalen Bruch mit Templin wohl deshalb, weil sie befürchten, daß er sich mit dem Nimbus des Ausgeschlossenen (als sogenanntes "linkes Opfer") noch mehr als bisher in Szene setzen könnte. Renate Künast von der bündnisgrünen Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus brachte diese Befürchtungen zum Ausdruck. Während sie den Beschluß des Landesausschusses ausdrücklich begrüßte, da Templin "mit einer gewissen Systematik immer dort anzutreffen

(ist), wo die Neue Rechte Politikfelder besetzt", gab sie zugleich zu bedenken, daß sich Templin insgeheim ein Ausschlußverfahren wünsche, "um damit wiederum Politik machen zu können". (taz, 13.1.95)

"Ich bin der letzte ..."

Wie nicht anders zu erwarten war, konterte Templin konsequent: "Ich bin der letzte, der austritt." Bei der ganzen Angelegenheit handele es sich um den Versuch der Linken in der Partei, "unbequeme Kritiker aus dem Bündnis herauszudrängen". Hinter den Attacken der Parteifreunde stehe letztendlich der Versuch, die Bündnisgrünen "wieder fest im linken Spektrum zu verorten". Und er, der sich für einen "lagerübergreifenden Diskurs" einsetze, solle nur in die rechte Ecke gedrängt werden, damit in Berlin eine PDS-tolerierte rot-grüne Koalition möglich würde. (ND, 13.1.)

Selbstüberschätzung und rüdes Freund-Feind-Denken feiern bei Templin fröhliche Urstände. Dabei nimmt er phantasierend auch eine Spaltung der Bündnisgrünen in Kauf. "Wenn innerhalb der Grünen ... auf ein Linksbündnis mit der PDS spekuliert wird, ist der demokratische Konsens zerstört, und es kommt zur Abspaltung. ... Linke Grüne, politisch vitale Kräfte der PDS und linke SPD-Leute werden sich in einem linken Sammelbecken treffen. Daneben wird sich, so hoffe ich, eine ökologisch-demokratische Kraft der Mitte herausbilden, vor allem unter Beihilfe ehemaliger FDP-Mitglieder" erzählte er dem Spiegel (Nr. 39/94). Wen er im Oktober 1994 mit den ehemaligen FDP-Mitgliedern meinte, war damals noch nicht ganz klar. Nach der Veröffentlichung des "Manifests Berliner Freidemokraten" um die - wie der Berliner FDP-Vorsitzende und Bundeswirtschaftsminister Rexrodt meinte - "rechtsextreme Ansichten" vertretenden FDP-Mitglieder von Stahl und Zitelmann, ist die Stoßrichtung klar. Joschka Fischer kommentierte das Ansinnen Templins damals entnervt: "Soll er doch seinen eigenen Laden aufmachen." Und Ludger Volmer, damals nach Parteisprecher, sekundierte: "Templin steht außerhalb dessen, was tolerierbar ist." Doch wie es sich für einen wahren "Querdenker" geziemt, lassen ihn auch solche Bannstrahlen aus dem grünen Olymp nicht erzittern.

Neuer Posten für Templin

Etwa zur gleichen Zeit, als die bündnisgrüne Austrittsforderung erhoben wurde, eskalierte in der "Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus" ein Streit um die Entschädigung einer ehemaligen SS-Aufseherin, die mit Hilfe der Gedenkbibliothek zum Paradeopfer des Stalinismus gemacht werden sollte. Mit tatkräftiger Unterstützung der beiden ehemaligen Vorstandsmitglieder der Gedenkbibliothek, Ursula Popiolek und Siegmar Faust, und wohlwollender Hilfe des Bundesjustizministeriums wurde der SS-Aufseherin Margot Pietzner, geb. Kunz, die von einem sowjetischen Kriegsgericht 1947 zu 25 Jahren Strafarbeitslager verurteilt wurde, eine Entschädigung von DM 64.350 als Opfer des Stalinismus zuerkannt - entgegen jeglicher gesetzlichen Regelung. Nach dem Kommentar zum Häftlingsentschädigungsgesetz schließt nämlich eine Tätigkeit in der Gestapo oder in der SS von Entschädigungsleistungen aus.

Nach Recherchen der taz (1.12. und 10.12.94) hatten die beiden ehemaligen Vorstandsmitglieder der Gedenkbibliothek an diesem Fall entschiedenen Anteil. Margot Pietzner wurde von ihnen zum "exemplarischen Entschädigungsfall" (taz) aufgebaut. Dafür ließen sich dann beide nach der Zahlung der Haftentschädigung von Pietzner mit DM 15.000 (Popiolek) und 7.000 DM (Faust) beschenken. Aber nicht nur diese Schenkungen wurden in der Gedenkbibliothek als "problematisch" empfunden. Sowohl Faust als auch Popiolek war bereits seit 1991 bekannt, daß Pietzner in einem Außenlager des Frauen-KZ Ravensbrück als Wärterin tätig war. Dies hinderte die beiden aber nicht, den "Fall" weiter voranzutreiben, noch hielten sie es für nötig, die weiteren Vorstandsmitglieder, die GedenkbibliotheksgründerInnen Bärbel Bohley und Jürgen Fuchs, über die Hintergründe dieses Entschädigungsfalles zu informieren. Im Dezember 1994 legten zwar Popiolek und Faust ihre Ämter im Vorstand nieder, die Forderung von Bohley nach Entlassung Popioleks als Leiterin der Bibliothek war hingegen von einer Mitgliederversammlung entschieden abgelehnt worden.

Auf einer erneut einberufenen Mitgliederversammlung des Fördervereins im Januar kam es nun zur Spaltung der 1989 vom Neuen Forum gegründeten Gedenkbibliothek. Nachdem eine öffentliche Debatte um die Entschädigungszahlung an die ehemalige SS-Aufseherin und die Rolle der Bibliothek dabei abgelehnt worden war, verließen Jürgen Fuchs, Katja Havemann und andere das Treffen. In den Augen dieser Bürgerbewegten ist die Bibliothek nun zum Tummelplatz "rechtskonservativer Kreise", wie sie es nennen, geworden.

Diese Kreise wählten im Anschluß an den Auszug der "linksdemokratischen Kräfte" Wolfgang Templin zum neuen Vorsitzenden. Er hatte zuvor erklärt, daß nur ein neuer Vorstand die Vorgänge um die Verquickung der

Gedenkbibliothek bei der Entschädigung von Pietzner aufklären könne - denn schon alleine datenrechtliche Gründe verhinderten eine öffentliche Diskussion! Die für den zweiten Vorsitz kandidierende Angelika Barbe (SPD-Gegenkandidatin in Gysis Wahlbezirk Berlin-Marzahn) hatte mit ihrer Forderung nach Aufklärung der Rolle von Popiolek und Faust nur "höhnisches Gelächter und entsetztes Kopfschütteln geerntet". (taz, 11.1.95) Kein Wunder, daß sie dann im Wahlgang gegen Achim Günther unterlag, der im Vorfeld erklärte, er stehe vor allem aufgrund der Publikationstätigkeit von Wolfgang Templin in der Jungen Freiheit hinter ihm.

Der Eindruck, daß diese antistalinistische Vereinigung nun offensichtlich zu einem antikommunistischen rechtsradikalen Verein mutiert ist, wird von den Akteuren als Komplott einer Medienkampagne umzudeuten versucht. "Bürgerrechtler als Rechte ‚entlarvt`?", fragt naiv beispielsweise die Junge Freiheit. Und Templin bewertet dies alles als weiteren Versuch, ihn in die "rechte Ecke" zu stellen. "Ich bin nicht für die Junge Freiheit-Beiträge gelobt worden. Dort ist hervorgehoben worden, daß man meine Courage schätzt, mich über Denkverbote und Blockaden hinwegzusetzen..." (jw, 14.1.95)

mb, Berlin

29. Keine Abschiebung von Fabriz Simsek

Autor: Ulla Jelpke, Mark Holzberger · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak375/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:375:26

Wie aus einer der von uns an die Bundesregierung gestellten Anfragen hervorgeht, wurden von Januar bis November 1994 3.282 Personen in die Türkei abgeschoben (BT-Drucksache 13/150). Noch auf der Innenministerkonferenz Ende November in Magdeburg tönte der zuständige Bundesminister Kanther großmäulig, ein Abschiebestopp für die Türkei komme nicht in Betracht.

Zwei Wochen sah sich Kanther zähneknirschend gezwungen, aufgebrachte Gemüter zu beruhigen und verfügte, daß bis zum 20. Januar 1995 keine Personen in die Türkei abgeschoben werden dürften (ein Zeitraum der jüngst auf den 28. Februar ausgedehnt worden ist). Grund für diesen Sinneswandels des ordnungsliebenden Herrn Kanthers waren allerdings nicht die Klagen von "amnesty-" oder "medico international" oder gar der Anti-Folter-Kommissionen des Europarates bzw. der Vereinten Nationen. Diese Organisationen beklagen bereits seit Jahren die eklatanten Menschenrechtsverletzungen in der Türkei und prangern die bornierte Uneinsichtigkeit und Verlogenheit der türkischen Regierung an, wenn es darum geht, ihren internationalen Verpflichtungen nachzukommen, so z.B. dafür zu sorgen, daß in türkischen Gefängnissen nicht mehr gefoltert wird. Dies alles spielte bei der Entscheidung des Bundesinnenministers - wie bisher - keine Rolle.

Auslöser des Abschiebestopps war, daß die türkischen Repressionsorgane sich diesmal an ParlamentskollegInnen vergriffen hatten: Acht Abgeordnete der pro-kurdischen Partei DEP waren wegen "Separatismus" zu Haftstrafen bis zu 15 Jahren verurteilt worden. Bis dieses - international stark kritisierte - Urteil nicht übersetzt und ausgewertet worden ist, soll niemand von der BRD aus in die Türkei abgeschoben werden.

Wobei auch dieses nicht ganz so ernst gemeint sei. Augenzwinkernd schob Kanther hinterher: "einer alten Übung zwischen den Ländern" zufolge (BMI-Mitteilung vom 13.12.94) sind von dem Abschiebestopp Straftäter ausgenommen - eine Regelung, deren Brisanz sich im Rahmen der bayerischen Abschiebewut offenbarte.

Auslieferung

"Man muß es so deutlich sagen: Die Menschenrechte sind bei der Bayerischen Landesregierung in schlechten Händen." Zu derart harscher Kritik sah sich die Süddeutsche Zeitung vom 29.12.94 herausgefordert angesichts der Tatsache, daß der Innenminister des Freistaates, Beckstein, trotz des von Bundesinnenminister Kanther verfügten Abschiebestopp am 27.12.94 den Kurden Talip Dogan hat in die Türkei ausfliegen lassen.

Talip Dogan befand sich seit dem 19. März 1994 in Untersuchungshaft, als er am Rande der von den Bullen provozierten Autobahnblockaden bei Augsburg festgenommen worden war. Im Juli war Dogan deswegen vom Amtsgericht der Stadt am Lech wegen Nötigung, Landfriedensbruch und Widerstand zu einer Haftstrafe von einem Jahr auf Bewährung verurteilt worden. Er wurde aber nicht auf freien Fuß gesetzt, sondern aus der U-Haft gleich in den Abschiebeknast überstellt.

Gegen die Abschiebeverfügung hatte Dogan im Sommer 1994 Einspruch erhoben und damit auch vor dem Verwaltungsgericht Augsburg Erfolg gehabt. Der Abzuschiebende sei im Falle seiner Überstellung nicht nur allgemein, sondern vielmehr einer konkreten akuten Foltergefahr ausgesetzt (SZ, 28. und 29.12.94).

Das Strafurteil gegen Dogan war noch nicht rechtskräftig, da er Rechtsmittel eingelegt hatte. Trotzdem wurde er abgeschoben. Um derartig verfahrensrechtlichen Schnickschnack kümmert man sich am Münchner Odeonsplatz erst gar nicht: soll Talip Dogan doch aus dem Folterstaat Türkei heraus sein Recht erkämpfen!

Nur aufgrund eines neuerlich beantragten Asylfolgeantrages und eine einstweilige Anordnung des Bundesverfassungsgerichts konnte die zweimal versuchte Abschiebung eines zweiten Kurden, Fabriz Simsek, verhindert werden. Beim ersten Mal sollte Fabriz mit demselben Flugzeug wie Talip Dogan in die Türkei verbracht werden.

Simsek war am Rande einer von amnesty international angemeldeten Demo in Augsburg am 9. April festgenommen, allerdings nie verurteilt worden. Sein Verfahren wurde ohne Strafverfahren unter Hinweis der drohenden Abschiebung eingestellt.

Simsek hatte seinen Asylantrag damit zu begründen versucht, daß er nachweislich in der Türkei schweren Folterungen ausgesetzt gewesen ist. Diese Tatsache - mehrere Amtsärzte haben Simsek eindeutig vernarbte Folterverletzung attestiert - beeindruckten die Verwaltungsrichter am fränkischen Verwaltungsgericht Ansbach offenbar wenig: Sehenden Auges wollten sie den Kurden der Gefahr neuerlicher Folter aussetzen und lehnten seinen Antrag ab.

Seine Haltung, Simsek trotz Abschiebestopp in die Türkei ausfliegen zu lassen, rechtfertigte der bayerische Innenminister Beckstein damit, daß der bundesweite Abschiebestopp, wie oben erwähnt, sich nicht auf Straftäter erstrecke. Zudem sei auch kein rechtskräftig abgeschlossenes Strafverfahren notwendig: "Ein Straftäter nach dem Sinne des Ausländergesetzes ist man nicht erst mit einer rechtskräftigen Verurteilung", so die Ansicht des Pressesprechers des bayerischen Innenministeriums, Hillenbrand. Für ihn genüge schon das Vorliegen eines "objektiven Tatbestandes" (taz, 30.12.94). Auf die subjektive Tatseite und darauf, ob für die abzuschiebenden AusländerInnen vorgeworfenen Straftaten Rechtfertigungs- und Entschuldigungsgründe vorliegen - auf eine derartige Prüfung kann den bayerischen Abschiebefanatikern zufolge verzichtet werden.

Der Fall Simsek sollte nun vor den Petitionsausschuß des bayerischen Landtages, so daß der Kurde - so die Hoffnung - immerhin bis zum 6. Februar mit keiner Abschiebung rechnen müßte.

Doch da wurde die Rechnung ohne den Helfershelfer türkischer Folterknechte gemacht: Innenminister Beckstein versuchte am 30. Januar erneut, Fabriz Simsek in die Arme der türkische Staatsterroristen ausfliegen zu lassen. Das Amtsgericht Augsburg hatte noch am 13. Januar brav einen Strafbefehl in Höhe einer einjährigen Haftstrafe gegen Simsek erlassen. Doch der wurde Simsek erst am 26. Januar übergeben und würde erst 14 Tage später rechtskräftig werden - sofern kein Widerspruch eingelegt würde, wovon allerdings auszugehen ist. Insoweit hatte Beckstein vor dem bayerischen Landtag offenkundig die Unwahrheit gesagt, als er am 25. Januar Simsek erneut einen Straftäter nannte, der nicht unter die Abschiebestopp-Regelung fallen würde: Er, Beckstein, würde den Rechtsstaat nicht demontieren und das Asylrecht aushöhlen lassen!

Die Lage für Fabriz Simsek wird immer dramatischer: In Gesprächen mit einer Ärztin vom Beratungszentrum für Flüchtlinge und Folteropfer hat Simsek bereits Selbstmordabsichten geäußert. (SZ, 30.1.95)

Die amnesty international-Zentrale in London hat nun erstmals in der Geschichte der BRD Zustände in diesem Land zu einem "urgent action"-Fall erklärt: Weltweit wird nun auf die Bedrohung des Lebens und der körperlichen Unversehrtheit von Fabriz Simsek aufmerksam gemacht, die ihm durch das rücksichtslose Verhalten der bayerischen Staatsregierung droht (taz und SZ, 30.1.95). Die BRD findet sich auf der Anklagebank von amnesty nun in angemessener Gesellschaft wieder.

Ulla Jelpke (MdB), Mark Holzberger

30. F.D.P.: Neues Land in Sicht für die extreme Rechte?

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: FDP; Rechte, Neue · CD-Datei: daten/aksuche/ak375/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:375:42

Ende Oktober 1994 machten fünf teils mehr, teils weniger prominente FDP-Mitglieder mit ihrem Thesenpapier "Berliner Positionen" für eine "nationalliberale Erneuerung" der Partei von sich reden. Gut einen Monat später lenkte ein Bericht der "Süddeutschen Zeitung" ("Im Gleichschritt marsch - durch die FDP"; 9.12.94) die Aufmerksamkeit auf eine systematische Unterwanderung der Berliner FDP durch rechtsradikale Kräfte. In dem Bericht der SZ schilderten vier führende Mitglieder der FDP, darunter die (im Februar 94 zum Rücktritt gezwungene) ehemalige Landesvorsitzende Carola von Braun und der Bezirksvorsitzende in Berlin-Reinickendorf, Prof. Michael Tolksdorf, wie Berliner Parteibezirke aufgerollt werden. Laut Satzung können sich die Mitglieder der Berliner FDP in einem beliebigen Bezirk anmelden. Durch gezielte "Mitgliederverschiebung per Lastwagendemokratie" (Tolksdorf) seien die Bezirke Spandau und Tempelhof bereits fest in rechter Hand.

Tolksdorfs eigener Bezirksverband in Reinickendorf, bisher eine Hochburg des sozialliberalen Flügels, bereite sich auf die Kapitulation vor. Tolksdorf hält fest: "Das geht aus von Leuten, die ich zwischen zwischen ‚Republikanern` und CDU-Rechtsaußen ansiedeln würde, mit Reichskriegsflagge, Fremdenhaß und allem was dazugehört." Auf Funktionärsversammlungen in Tempelhof hätten, so Carola von Braun, "junge Männer mit ganz kurzen Haaren, die da im Gleichschritt aufmarschierten", immer dann frenetisch Beifall geklatscht, "wenn von der schwarz-weiß-roten Fahne (...) oder von Preußen die Rede" war (Der Spiegel, 29.12.1994).

Angeblich übernimmt ein Sponsor die Parteibeiträge all der neuen Mitglieder. Mit der Übernahme der Mehrheit im Bezirksverband Tempelhof wurde dort ein gewisser Klaus Gröbig Vorsitzender und sein Freund Torsten Witt Sprecher. Beiden zusammen war es bereits im Jahr 1991 vorübergehend gelungen, die Berliner "Jungen Liberalen" (JuLis), Jugendverband der FDP, zu "übernehmen". "Die Zukunft", Organ der Berliner JuLis, schmückte sich damals mit Porträt und Grußwort des großen Vorbilds Jörg Haider aus Österreich. Torsten Witt, übrigens Vorsitzender des Verbandes junger Journalisten Berlin-Brandenburg, war früher freier Mitarbeiter der "Jungen Freiheit". Wie die SZ nahelegt, ist er identisch mit jenem T(h)orsten Hinz, der neuerdings in fast jeder Ausgabe der "Jungen Freiheit" schreibt und u.a. dort die Entwicklung rund um die FDP kommentiert. Klaus Gröbig soll in rechtsextremen Kreisen stolz herumerzählen, er habe den Landesverband der FDP bald fest in der Hand.

Unklar ist zunächst, ob die beiden Erscheinungen (das Berliner Manifest der Herren um Alexander von Stahl und die Übernahme diverser Berliner Bezirke durch rechtsradikale junge Männer) miteinander zu tun haben oder nicht. Der Vorsitzende der Berliner JuLis, Bernd Kämpfer, gibt an, "unter vier Augen" würden auch Alexander von Stahl und Wolfgang Mleczkowski als (Mit-) Autoren der "Berliner Positionen" zugeben, "daß sie das Vorgehen ‚dieser Leute` ganz furchtbar finden". Carola von Braun relativiert dies: "Klar, die sagen schon, das ist igitt. Aber die Stimmen würden sie nehmen." Höchst verdächtig, was einen Zusammenhang zwischen der rechtsradikalen Eintrittswelle und den Urhebern des "nationalliberalen Manifests" betrifft, ist jedoch die Tatsache, daß Rainer Zitelmann (Co-Autor der "Berliner Positionen" und einer dickbändigen, sympathievollen Hitler-Biographie: "Hitler, Selbstverständnis eines Revolutionärs") selbst just im August 1994 in die FDP eingetreten ist und anscheinend im selben Augenblick auch schon im Bezirksvorstand Berlin-Spandau saß, dem wiederum Wolfgang Mleczkowski als Bezirkschef vorsteht; Spandau zählt gerade zu jenen Bezirken, die als "umgedreht" gelten.

Der Bericht der SZ im Dezember 94 löste einen gewissen Wirbel um die Rechten in der Berliner FDP aus; diese reagierten auf den Artikel mit einem Parteiordnungsverfahren gegen Carola von Braun, welches Klaus Gröbig beantragte. Am 6. Januar 95, während des traditionellen "Dreikönigstreffens" der FDP in Stuttgart, begingen die "Nationalliberalen" eine offene Provokation. Parallel zum "Hochamt" der Partei, wie Alexander von Stahl die alljährliche Traditionsveranstaltung nennt, trafen sich die Rechten separat mit, je nach Angaben, 80 oder 100 Leuten - demonstrativ auch in Stuttgart: ein paar Straßenecken weiter im Hotel "Am Schloßgarten". Genauer gesagt fand das Treffen der Rechten am Vorabend statt, doch keiner der "Nationalliberalen" besuchte anschließend noch die offizielle FDP-Veranstaltung. "Was sollte ich da",

begründet Alexander von Stahl, denn dort "spricht Ignatz Bubis - der kann über nichts anderes reden als über Rechtsradikalismus" (Stern, 12.1.95). Und so was läßt man sich natürlich nicht bieten.

Er sei sich, so wird von Stahl zitiert, insgeheim unsicher gewesen, ob da nicht "nur Spinner" kämen zu dem Stuttgarter Separattreffen. Es kamen "nicht Krawallmacher, (...) sondern der gutsituierte Mittelstand: Rechtsanwälte, Kleinunternehmer, Studienräte, Freiberufler". (Der Spiegel, 9.1.95) Auch die baden-württembergische Landesvorsitzende des "Bund freier Bürger" von Manfred Brunner nahm teil, eine aus der FDP ausgetretene Apothekerin aus Schwetzingen, die im Falle des Scheiterns ihrer Fraktionsbildung die FDP-Rechten zum Übertritt zum "BfB" aufforderte. Und ein FDP-Kommunalpolitiker brachte das große Vorbild ins Spiel: "Wir treffen uns doch hier konspirativ, wieso hat eigentlich keiner den Mut und lädt den Haider ein?"

Der Berliner Sonderparteitag

Eine gute Woche später, am 14.1.95, fand in Berlin ein Sonderparteitag der Landesverbands der FDP statt, der speziell zum Thema der rechtsradikalen Unterwanderung der FDP anberaumt worden war. Dort wurde offenkundig, daß auch bisher nicht genannte hochstehende Personen im Hintergrund der Stahl-Gruppe angehören: "Schließlich gehören dem illustren Kreis (um von Stahl) die Spitzenmänner der inneren Sicherheit Berlins an. Daß Manfred Kittlaus, Chefermittler in Sachen Vereinigungs- und Regierungskriminalität (der DDR), als Mitautor des umstrittenen Positionspapiers diente, war bekannt. Weniger allerdings, daß zu dem rechten Insiderkreis auch Leute wie Oberstaatsanwalt Berhard Jahntz (‚Honeckers Ankläger`) und Carlo Weber, Leiter der Staatsschutz-Abteilung gegen rechte Gruppengewalt, zählen." (FR, 16.1.95)

Auf dem Berliner Sonderparteitag standen zwei Anträge des Landesvorstands zur Abstimmung. Der eine zielte darauf ab, daß sich die Berliner FDP von den "nationalliberalen" Thesen der von Stahl und Co. distanzierte und die Gruppe dazu aufforderte, nach außen hin deutlich zu machen, daß sie nicht im Namen der FDP spreche. Nur 20 von 348 Delegierten stimmten gegen diesen Antrag. Allerdings kolportiert die FAZ (19.1.95), die Abstimmung sei "eine Farce" gewesen, denn "ein großer Teil der ihnen (von Stahl und Co.) nahestehenden Delegierten habe an der Abstimmung nicht teilgenommen." Dies kann, so es denn stimmt und keine Schutzbehauptung zur Vertuschung der Niederlage darstellt, taktische Ursachen haben (dazu unten). Der andere Antrag des Vorstands strebte eine Satzungsänderung an: Die Berliner FDP solle - bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus - künftig mit einer Landesliste statt mit Bezirkslisten antreten. Dieser Antrag, der als Satzungsänderung eine Zweidrittelmehrheit benötigte, scheiterte am Fehlen von bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus zehn Stimmen zur erforderlichen Mehrheit. Die Satzungsänderung hätte den von Rechten "eroberten" Bezirksverbänden den Einzug ins Berliner Parlament wohl versperrt, da dann nicht mehr der Bezirk selbst, sondern ein Landesparteitag über die Listenaufstellung entschieden hätte. "Jeder Delegierte weiß, daß damit den Nationalliberalen die erste Tür zum Abgeordnetenhaus geöffnet ist", kommentiert die FAZ (16.1.95).

Der Berliner Landesvorsitzende, Bundeswirtschaftsminister Günter Rexrodt, formulierte seine Kritik an der Stahl-Gruppe folgendermaßen: "Das ist die Summe aller Punkte, die Art der Wortwahl. Da gibt es Ressentiments gegen Europa, da sind Ressentiments gegen die Integration von Ausländern, da sehe ich Ressentiments gegen eine stärkere Beteiligung von Frauen am öffentlichen Leben, da ist die Forderung nach dem Großen Lauschangriff. Jede dieser Positionen ist innerhalb einer liberalen Partei tragbar, verantwortbar, vielleicht sogar mehrheitsfähig, die Summe aber ist gefährlich." (Welt am Sonntag, 8.1.95)

Ähnlich halbherzig rügt FDP-Chef Klaus Kinkel (der die "Berliner Positionen" einmal als "Quatsch" qualifizierte) das Stuttgarter Separattreffen: "Ich hätte mir gewünscht, daß diese Diskussion auf dem Landesparteitag stattgefunden hätte und nicht im Hinterzimmer eines Gasthofes. Wer etwas einzubringen hat, kann das tun. Keinem wird das Maul verboten." (FAZ, 7./8.1.95)

Die Nationalliberalen gehen davon aus, daß die FDP mit einem Haider-Kurs wie die FPÖ rasch zur 20%-Partei aufsteigen könne, wenn sie sich nur ihrer Infiltration durch den "Zeitgeist" (der angeblich links steht) entziehe. Von diesem strategischen Ansatz her jedenfalls wird es das "nationalliberale" Lager momentan wahrscheinlich bewußt unterlassen, das von ihm unterstellte Potential einer deutschen Haider-Partei für die jetzige FDP zu mobilisieren. So hat "BfB"-Chef Manfred Brunner die Parole ausgegeben, "rein theoretisch" könne "auch eine rechtsliberale FDP ein solches Dach sein", unter dem sich das nationalliberale Spektrum sammele - er nennt "die Freie Bürgerunion um den früheren CSU-Bundestagsabgeordneten Ortwin Lowack, die DSU in

Mitteldeutschland, den Aufbruch 94 und die rechtsliberale FDP-Gruppe um Stahl". Über Brunners taktische Überlegungen schreibt "Die Welt" (12.1.95): "Allenfalls infolge eines Scheiterns der Liberalen bei der Landtagswahl in NRW, ‚was eine totale Niederlage des linksliberalen Kurses bedeuten würde`, hält er ‚eine Neuordnung der Partei für möglich`." Nachdem die Wahlen in Hessen (19.2.95) und NRW (14.5.95) zu "Schicksalswahlen" für die FDP erklärt wurden, könnten es die "Nationalliberalen" gerade auf ein Scheitern der FDP abgesehen haben, um sodann die Konkursmasse billig übernehmen zu können.

Scheitert die FDP bei den anstehenden Landtagswahlen, so ist eine Große Koalition in Bonn höchstwahrscheinlich. "Die Welt" (9.1.95) spekuliert bereits: "Als Oppositionspartei gegenüber einer Großen Koalition dagegen könnte sich die FDP neben den Grünen und der PDS nur noch nach rechts profilieren", ebenso sei eine Oppositionsrolle der dann nicht mehr unbedingt für die Mehrheit in Bonn benötigten CSU möglich. Angesichts solcher Aussichten für einen rechten Block ist es nicht verwunderlich, daß auch "Österreichs Rechtspopulist Jörg Haider seinen Freunden in Deutschland auch geraten haben" soll, in der FDP zu bleiben (FR, 16.1.95) - das mickerige Abschneiden der Haider-Fanpartei "BfB" vor Augen.

Warum gerade die FDP?

Was aber macht nun gerade die abgewirtschaftete FDP so attraktiv für neue rechte Parteiexperimente? Gewiß ist einer der Gründe der simple Umstand, daß sich hier dem Anschein nach die Gelegenheit bietet, eine marode Partei mit gewisser gesellschaftlicher Relevanz in die Hände zu bekommen. Hinzu kommt aber ein strategisches Element.

Betrachtet man die Wahlergebnisse aus der Weimarer Zeit, so läßt sich unschwer feststellen, daß kein Lager so sehr im aufkommenden Nationalsozialismus aufgegangen ist wie das liberal-bürgerliche. Während, jedenfalls im Vergleich dazu, sowohl das Lager des politischen Katholizismus (Zentrum/Bayerische Volkspartei) als auch das der Arbeiterparteien (SPD/KPD) sich von 1918 bis 1933 insgesamt langfristig stabil hielten, erlebten die liberalen Parteien einen beinahe völligen Kollaps, ihre Wähler wanderten zum größten Teil zu den Nationalsozialisten ab.

In seiner bekannten Studie "Hitlers Wähler" nannte der Politikwissenschaftler Jürgen W. Falter die NSDAP eine "Volkspartei mit Mittelstandsbauch" - nicht jedoch eine reine Mittelstandsbewegung. Mit Blick auf die mittelständische Basis der Nationalsozialisten schuf der US-amerikanische Soziologe Seymour M. Lipset 1958 den Begriff vom "Extremismus der Mitte".

Die REPs dagegen wären, der Formulierung Falters folgend, eher eine "Volkspartei mit Unterschichtenbauch" zu nennen. Zwar gab es in ihrer Wählerschaft beträchtliche regionale Unterschiede (vgl. ak 374) . So war ihre Anhängerschaft in den südlichen Bundesländern zeitweise eher mittelständisch-wohlstandsbürgerlich geprägt, sehr im Gegensatz zum norddeutschen REP-Potential. Von der jüngsten bayerischen Landtagswahl am 25.9.1994 liegen jedoch statistische Daten vor, die auch für den Freistaat nunmehr eine Überrepräsentanz der sozialen "Unterschichten" in der WählerInnenschaft der rechtsextremen Partei belegen.

Neben diesem "Unterschichten"-Rechtsextremismus fand ein eher an Mittelstand oder Oberschichten orientierter Rechtsextremismus bisher keinen vergleichbaren organisierten Ausdruck außerhalb der bürgerlichen Parteien. Natürlich ist die derzeitige REP-Führung nach dem Abgang Schönhubers, mit Rolf Schlierer an der Spitze, deutlich eher auf dieses Potential ausgerichtet; derzeit korrespondiert dies jedoch nicht mit jenem WählerInnenpotential, das die REPs tatsächlich anzusprechen vermögen.

Ein deutlich gescheiterter Versuch, neben den auf den "kleinen Mann" orientierten REPs eine Rechtspartei der "feinen Herrschaften" zu etablieren, war der "Bund freier Bürger" (BfB) des Manfred Brunner. Mit nur 1,1% bei der Europawahl am 12.6.94 (trotz 10%-Hochburgen um den Chiemsee) und 0,3% bei der Bayernwahl am 25.9.94 blieb dieses Projekt weit hinter den gehegten Erwartungen zurück. Im Zuge des Anziehens der Konjunktur und der Restabilisierung des konservativen Blocks durch das Jahr 1994 hindurch wurde das von Brunners BfB umworbene Potential von der CDU/CSU wieder aufgesogen. Im Zuge erneuter ökonomischer Krisenerscheinungen und stärker werdenden Konkurrenzdrucks für den Mittelstand könnte dieses Potential jedoch für eine bürgerlich "saubere" Rechte ansprechbar sein, die mit Jörg Haider einen vor Erfolg strotzenden "Rebellen" zu bieten hätte.

Nicht zu vergessen: anders als die Radau-Nationalen der REPs können die "feinen Herrschaften" der Nationalliberalen sich bereits jetzt, an ihrem Ausgangspunkt, auf eine offen sympathisierende Presse stützen. Nach dem REP-Bundesparteitag kommentierte die FAZ knapp: "Das abermalige Scheitern des Versuchs, eine sog. Rechtspartei zu etablieren, bestätigt nur die althergebrachten Warnungen, daß an den Rändern des Wählerspektrums naturgemäß nichts Richtiges gedeiht, sowohl am rechten wie auch am linken Rand. Es ist das Gesetz der Demokratie, daß alles zur (...) Mitte hindrängt" (19.12.94). Völlig andere Töne vernimmt man nun von demselben Blatt, wenn es um die "Nationalliberalen" geht: "Scheu vor rechts" ist der FAZ-Kommentar vom 6.1.95 überschrieben, worin der FDP empfohlen wird, "auch denjenigen" eine Wohnung bereitzuhalten, "die den Hang der CDU zu Subventionen nicht schätzen, im Nationalen nicht das Übel schlechthin sehen, eine wirkliche Marktwirtschaft wollen, einen Staat, der (...) die Bürger tatkräftig vor Rechtsbrechern schützt." An anderem Ort fragt die FAZ unter dem Titel "In der Mitte": "Heißt das: in der Mitte zwischen einer sozialdemokratischen und einer sozialdemokratisierten Wohlfahrtsstaatspartei?" (20.1.95) Auch "Die Welt" und der "Focus" machen sich die Thesen der "Nationalliberalen" nahezu völlig zu eigen.

"Nationalliberale"

und braune Episoden der FDP

Zu den ersten Bundestagswahlen im Jahre 1949 schloß die FDP in Hessen ein Wahlbündnis mit der "Nationaldemokratischen Partei" (NDP). Vor der Bundestagswahl 1953 erregte die Verhaftung von Werner Naumann durch die britischen Besatzungsbehörden viel Aufmerksamkeit: Naumann, ehemals Mitarbeiter des Reichspropagandaministeriums unter Goebbels, hatte in der nordrhein-westfälischen FDP eine nationalsozialistische Zelle aufgebaut, und es war ihm gelungen, dem Landesvorsitzenden der FDP Middelhauve in NRW einen SS-Mann als persönlichen Referenten an die Seite zu stellen.

In den 50er und 60er Jahren stand die FDP in Fragen wie Entschädigung von Naziopfern und Amnestie von NS-Tätern oftmals rechts von der CDU/CSU. Mit der SPD/FDP-Koalition 1969 verließ ein Teil des entsprechenden Milieus die Partei und gründete Gruppen wie die "National-Liberale Aktion" (NLA), die im politischen Spektrum rechtsaußen angesiedelt war; viele der Beteiligten landeten später in der CDU/CSU, manche waren in den 70er Jahren auch an Versuchen zur Bildung einer rechten "Vierten Partei" beteiligt.

Das Wiederaufleben entsprechender Bestrebungen innerhalb der FDP steht im Zusammenhang mit dem Klima verbreiteter Radikalisierung nach rechts während der "Asyldebatten"-Kampagne 1991/92, vor allem aber mit dem zunehmenden Erfolg der österreichischen FPÖ mit Jörg Haider an der Spitze. Haider erhielt schon im Landtagswahlkampf im Frühjahr 1992 eine Einladung von der baden-württembergischen FDP, die jedoch zu dem Zeitpunkt noch zu brisant war und einstweilen zurückgezogen werden mußte.

Am 7. September 1992 sprach Jörg Haider dann bei der FDP in Bad Cannstatt, wo von den REPs bis zur "Deutschen Liga für Volk und Heimat" alles im Saal vertreten war; am 19. Oktober 92 trat er im hessischen Nobelort Bad Homburg auf. Zu diesem Zeitpunkt lagen Haider, laut eigenen Angaben, über 40 Einladungen von FDP-Ortsverbänden vor.

Sympathisanten finden Alexander von Stahl und Co. auch unter den Mitgliedern der hessischen FDP. Dort hat "ein Kreis um den bildungs- und sozialpolitischen Sprecher der FDP im Wiesbadener Landtag, Heiner Kappel, eine Resolution verfaßt, die das Berliner Papier weitgehend unterstützt. Darin wird eine nationale Neubesinnung verlangt, die Aufrüstung des Staates im Kampf gegen Kriminalität sowie eine Absage an ‚multikulturelle` Gesellschaft und doppelte Staatsbürgerschaft." (Der Spiegel, 9.1.95) Ganze Kreisverbände sind bereits aufgerollt: "Im nordhessischen Waldeck-Frankenberg beispielsweise, wo die FDP in den 60er Jahren noch Wahlergebnisse von über 40% holte, bekennen sich Funktionäre wie Fußvolk zu dem Stahl-Papier" (ebd.) - auch solche, die am 6. Januar 95 in Stuttgart nicht an dem Separattreffen der Rechten, sondern am parteioffiziellen "Hochamt" teilnahmen. "Der Spiegel" zitiert den Kreisvorsitzenden des baden-württembergischen Ostalbkreises: "Auf Ortsebene und den Gemeinden unterhalten wir uns teilweise hervorragend mit einzelnen Republikaner-Mitgliedern - allerdings nicht offiziell"; ähnliches gibt es auch aus der REP-Hochburg Heidenheim zu berichten.

Bernhard Schmid

31. Fünf Jahre Opposition sind genug. Die PDS im Regierungsfieber

Autor: kuk, Berlin · Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak375/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:375:23

Wer erwartet hatte, daß auf dem Parteitag in Berlin Flügelkämpfe und Personaldiskussionen im Mittelpunkt stehen würden, sah sich getäuscht. Zwar äußerten viele Delegierte ihre Verärgerung über Form und Inhalte der Stalinismusdebatte, doch den politischen Zielen der Kommunistischen Plattform wurde eine klare Absage erteilt (mit einer Ausnahme wurden alle Anträge aus dieser Ecke mit deutlicher Mehrheit abgelehnt). Die Intention des Fünf-Punkte-Papiers fand breite Zustimmung. Kritik richtete sich gegen einzelne Aussagen, die fehlende Zeit zur Diskussion und vor allem gegen den im Vorfeld mittels Rücktrittsdrohungen erzeugten Druck auf die Delegierten. Die überwiegende Mehrheit der RednerInnen wollte inhaltlich debattieren: über praktische Politik (Orientierung auf Parlamente und/oder außerparlamentarischen Widerstand), thematische Schwerpunktsetzungen (Mieterhöhungen im Osten, Sozialabbau usw.), strategische Orientierungen (Wie soll eine PDS-Kommunalpolitik aussehen? Wie kann der Westaufbau der Partei vorangetrieben werden?) und über Jugendpolitik (Wie kann die Attraktivität der Partei für Jugendliche vergrößert werden?).

Von den aus meiner Sicht bemerkenswerten Debattenbeiträgen möchte ich die folgenden nennen. Evelyn Kenzler (AG selbstbestimmte Behindertenpolitik) warf der PDS vor, daß Behindertenpolitik nach wie vor eine untergeordnete Rolle in der Partei spiele. Politik für und mit behinderten Menschen habe eher sporadischen und punktuellen Charakter. Die frauenpolitische Sprecherin des Landesverbandes Berlin, Roswitha Steinbrenner, forderte eine Frauenförderung innerhalb der PDS, um spürbaren Rückzugstendenzen entgegenzuwirken: "Die Bedingungen für Frauen, Verantwortung ... wirklich wahrzunehmen, werden immer schwieriger. ... die bei uns geübte Politikkultur ist nun wirklich nicht immer das, was Frauen sich so vorstellen: Hahnenkämpfe, Diskussionen ohne Ergebnisorientierung, schwierige Konsensfindung, wenig Pragmatik und von Freundlichkeit gar nicht zu reden." Auch Sahra Wagenknecht kritisierte den Umgang der GenossInnen untereinander: " ... bitter ist die Erfahrung, daß das, was lief, und vielleicht noch nicht zu Ende ist, ohne das Verhalten einiger führender Genossen so nicht funktioniert hätte. Es mag in bürgerlichen Parteien normal sein, auf diese Weise miteinander umzugehen, wenn jemand stört. Mit einer sozialistischen Partei verbinden sich wohl für viele Menschen andere Vorstellungen." Den Grund für die nach ihrer Ansicht unberechtigten Vorwürfe sieht Sahra Wagenknecht in der fehlenden Bereitschaft, sich mit ihren politischen Standpunkten auseinanderzusetzen: "In der Politik setzen sich Richtungen in den meisten Fällen nicht so durch, daß Meinungsverschiedenheiten ehrlich ausgetragen werden. Oft bleiben die eigentlichen politischen Prozesse und Auseinandersetzungen hinter dem Rauchvorhang von Scheingefechten verborgen. 'Fälle' werden gebraucht, Exempel statuiert. Dazu müssen sich dann alle verhalten. Und die Normen dieses Verhaltens bestimmen jene, denen primär Öffentlichkeit zugänglich ist. So entsteht ein bestimmtes Klima für oder gegen etwas und in dem wird agiert, werden Veränderungen von Positionen festgemacht, mal kaum merklich, mal mit Brachialgewalt. Die Veränderungen, um die es geht, reflektieren sich m.E. in den 10 Thesen." Als Begründung ihrer Vorstandskandidatur sagte sie, "daß man sich einem Diktat der veröffentlichten Meinung nicht beugen darf. Es darf nicht sein, daß die Medienlandschaft einer Gesellschaft, zu der wir erklärtermaßen in Opposition stehen, ... mittels Schaffung eines auf Ausgrenzung und Denunziation gerichteten Klimas letztlich mit diktiert, ob jemand politische Funktionen ausüben, bzw. überhaupt für solche Funktionen kandidieren darf. "

Konkrete Überlegungen, wie sozialistische, antikapitalistische Praxis der Zukunft aussehen soll, wurden selten angestellt. Judith Dellheim versuchte eine Definition moderner sozialistischer Politik: "Gemeinsam mit Betroffenen gegen Kapitalherrschaft in konkreten Formen kämpfen, ihre Selbstorganisation und Forderungen nach mehr Demokratie unterstützen, die Lösung von Alltagssorgen in konkreten Regionen mit Ansätzen zur Überwindung globaler Probleme verknüpfen - das kennzeichnet sozialistische Politik." Gregor Gysi, dem als einzigen Redner der Generaldebatte 20 (statt zehn) Minuten Redezeit zugestanden wurden, erläuterte den umstrittenen 2. Standpunkt ("Zum Oppositionscharakter der PDS"): "Wie man sich nun im einzelnen in welcher Situation verhält, dazu ... gibt es eben keine konkreten Regeln und Richtlinien ... Aber ... wenn nun eine Parlamentsfraktion sich entscheidet, eine Regierung zu tolerieren oder sogar in eine Regierung zu gehen," dann müsse sie nachweisen, "daß nur durch ihre Beteiligung ganz wichtige notwendige gesellschaftliche Veränderungen zustande kämen, die für die Menschen, die es betrifft, von großer Bedeutung sind und die halt ohne ihre Beteiligung nicht zustande kämen." Daß sich diese Forderung möglicherweise im Widerspruch zur

Tolerierung in Sachsen-Anhalt und zur Bundestagswahl 1994 verhält, als die Abwahl Kohls zum Nulltarif angeboten wurde, darauf ging Gysi nicht ein. Vielmehr stellte er in Aussicht, im Falle einer Regierungsbeteiligung auf die Erfüllung bestimmter Forderungen zu verzichten, wenn halt konkrete Verbesserungen für die Menschen in anderen Bereichen durchgesetzt würden. Zum Vorwurf, er würde ein Bad Godesberg der PDS einleiten, meinte Gysi: "Das kann mich gar nicht schocken. Da gibt es schlimmere Vorwürfe. Wenn die PDS eine sozialdemokratische Partei werden würde, in dem Sinn, wie ich das verstehe, dann hätten wir endlich mal wieder eine in Deutschland, seit Jahrzehnten haben wir keine mehr, wenn ich an August Bebel und andere denke."

Die Entscheidung über das Fünf-Punkte-Papier

Gregor Gysi und Lothar Bisky hatten im Vorfeld des Parteitages deutlich gemacht, daß ihre weitere Mitarbeit von der Annahme des Fünf-Punkte-Papiers abhängig sei. Die Delegierten standen also vor der Wahl, ihre Zustimmung zu erteilen oder der zwei profiliertesten Führungsfiguren verlustig zu gehen. Als PDS-Ehrenvorsitzender Hans Modrow auf dem Parteitag den Antrag stellte, ohne Diskussion und ohne Behandlung von Änderungsvorschlägen über das auch von ihm eingereichte Papier abstimmen zu lassen, fand sich dafür erstaunlicherweise eine Mehrheit. Dies löste bei denjenigen, die ein "Durchstimmen" ablehnten, heftige Proteste aus. Schließlich einigte man sich darauf, durch erneute Beratung zu einer demokratischeren Vorgehensweise zu gelangen. Die sah dann so aus, daß im Schnelldurchlauf (jeweils ca. einminütige Für- und Gegenrede) über die zehn vorliegenden Änderungsvorschläge abgestimmt wurde. Mit einer Ausnahme wurden alle Änderungswünsche deutlich zurückgewiesen. Doch diese Ausnahme hatte es in sich. Ein Antrag forderte die Ergänzung eines Satzes des 3. Punktes: "Nationalistische, chauvinistische, rassistische, antisemitische Auffassungen sind mit der Mitgliedschaft in der PDS unvereinbar." Die Aufzählung sollte nun durch das Adjektiv "antikommunistische" erweitert werden. Die Mehrheit der Delegierten (167:128) stimmte zu. An dieser Stelle intervenierte die Bundestagsabgeordnete Andrea Lederer. Sie wies auf die Gefahr hin, daß sich ihr Kollege Gerhard Zwerenz, der sich in einer Bundestagsdebatte als "Antikommunist" bezeichnet hatte, durch die beschlossene Formulierung ausgegrenzt fühlen könnte. Sie betonte, daß ihr die weitere Zusammenarbeit mit Zwerenz sehr wichtig sei. Nach weiteren Beiträgen von MdB Heinrich Graf Einsiedel ("Auch ich bezeichne mich als Antikommunist ... Ihr habt ein Todesurteil über die PDS gewählt."), Gregor Gysi und nochmals Andrea Lederer ("... Entscheidung nicht im vollen Bewußtsein der Konsequenzen getroffen.") wurde am nächsten Tag ein Kompromißvorschlag eingebracht und angenommen, wonach das Wort "antikommunistische" wieder zu streichen sei. Statt dessen wurde an den Schluß von Punkt 3 folgender Absatz eingefügt: "Als sozialistische Partei kann und darf die PDS nicht antikommunistisch sein. Sie ist nicht bereit, auf demokratisch-kommunistische Positionen in ihren Reihen zu verzichten." Der Antrag der Kommunistischen Plattform, das Wort "demokratisch" aus der Formulierung zu streichen, wurde mehrheitlich abgelehnt.

Die Westdebatte

Das Hauptreferat zu der Frage, wie die Verankerung der PDS in den alten Bundesländern zu verstärken sei, hielt Vorstandsmitglied Claudia Gohde. Zu den Problemen im Westen zählte sie fehlende Rundumkompetenz, fehlende Einheitlichkeit des Erscheinungsbildes, Autonomiekonflikte zwischen Parteivorstand und Landesverbänden und fehlende Verbindungen zu östlichen Parteigliederungen. Welche Lösungsansätze werden verfolgt? Ein Bildungsprogramm und überregionale Arbeitsgruppen sollen aus dem Dilemma helfen, trotz geringer Mitgliederzahlen kommunalpolitisches Profil und Kompetenz erarbeiten zu müssen. Die Schaffung eines bundeseinheitlichen PDS-Profils genießt hohe Priorität. So soll 1995 der Versuch unternommen werden, an zwei Themen bundesweite Kampagnen durchzuführen. Aber auch die eine oder andere - bisher unter Linken eher verpönte - Sekundärtugend soll stärkere Beachtung finden. Claudia Gohde zitiert dazu den Duisburger Pfarrer Dieter Kelp: "Die PDS im Westen braucht Disziplin. Sofern sie antritt, um etwas durchzusetzen, braucht sie dazu Stringenz, erarbeitete Standards müssen gelten, ihre nachträgliche Infragestellung schadet der Glaubwürdigkeit, denn Zuverlässigkeit und Berechenbarkeit gerade einer neuen und erst recht linken politischen Kraft sind erhebliche Bestandteile möglichen Erfolgs ... Natürlich muß die Meinungsbildung so plural wie möglich und die Meinungsfindung so demokratisch wie selbstverständlich vor sich gehen, aber die Autarkie der einzelnen Einheiten muß ihre Grenze im definierten Gesamtinteresse der Partei haben, und die Leitungscrew muß sich mit freiem Rücken bewegen können." Das Gesamtinteresse der Partei ist z.B. bei Wahlbeteiligungen berührt, einer Frage, die in der Vergangenheit zu Verstimmungen zwischen Vorstand und einigen Landesverbänden geführt hatte. Alleingänge sollen in dieser Frage in Zukunft

möglichst unterbleiben. Als verstärkt anzusprechende Zielgruppen nannte sie SchülerInnen, Auszubildende, StudentInnen und GewerkschafterInnen (Gregor Gysi fügte in seinem Ko-Referat noch linke Intellektuelle hinzu).

Wohin geht die PDS?

Die Parteispitze um Gregor Gysi und Lothar Bisky hat die Zustimmung der Basis für den von ihnen eingeschlagenen Kurs erzwungen. Darüber können auch die vielleicht etwas enttäuschenden Ergebnisse bei der Wahl zum Vorstandsmitglied (Gysi: 67,3%), bzw. Parteivorsitzenden (Bisky: 82,8%) nicht hinwegtäuschen. Ob die Stalinismusdebatte der PDS zu einer längst überfälligen Positionierung der Partei beigetragen hat oder ob sie ihr nach innen und außen mehr geschadet als genützt hat, kann nur schwer beurteilt werden. Als sicher darf gelten, daß Bisky und Gysi es leid waren, von den bürgerlichen Medien immer und immer wieder auf angeblich stalinistische Positionen in Partei und Vorstand angesprochen zu werden. Verdächtigungen des Verfassungsschutzes, innerhalb der PDS gebe es verfassungsfeindliche Bestrebungen, kann durch eine Ausgrenzung der Kommunistischen Plattform wohl kaum der Boden entzogen werden. Klar scheint zu sein, daß die ‚Störenfriede` als hinderlich bei dem Versuch empfunden werden, mit bürgerlichen Parteien ins Gespräch über ein ‚Reformbündnis` zu kommen. Hier liegt wohl eine Fehleinschätzung vor. Die Blockadepolitik, vor allem der SPD, ist nicht durch eine mehr oder weniger einflußreiche kommunistische Strömung innerhalb der PDS verursacht. Selbst wenn die Demokratischen Sozialisten bei der Entwicklung hin zu einem Juniorpartner der SPD noch die letzten ‚aufrechten Linken` davongegrault hätten, wenn sie alle aufmüpfigen Jungen GenossInnen zur Aufgabe getrieben hätten, wenn der letzte Sozialismusbezug bis zur völligen Unkenntlichkeit schöngeschrieben wäre, bliebe es zweifelhaft, ob man ihnen die Herkunft aus der DDR verzeihen würde.

Wer Freude an politischer Theorie hat, darf darauf hoffen, daß die Diskussion um den ‚Gesellschaftsvertrag' weitergeführt wird. Er suggeriert die Möglichkeit eines friedlichen Einvernehmens mit allen Beteiligten und vernebelt den Blick auf die ‚harten Kämpfe`, die zu führen sind, damit eine gerechte Weltordnung geschaffen wird. Gysi weiß eben noch keine Antwort auf die Frage, wie diejenigen zu überzeugen sind, die die bisherige Welt als die beste aller ansehen und was mit denen zu geschehen hat, die sich partout nicht in den neuen Gesellschaftsvertrag einbinden lassen wollen. Es müßte deutlich gesagt werden: ein demokratisch-sozialistisches Politikmodell muß geeignet sein, eine breite nationale und internationale Mehrheit von sich zu überzeugen, und der Widerstand der Kräfte, die am bestehenden kapitalistischen Weltwirtschaftssystem festhalten wollen, muß gebrochen werden. Der Eindruck ist nicht von der Hand zu weisen, daß das ganze Gerede von einem neuen Gesellschaftsvertrag nur dazu dienen soll, den als notwendig erachteten gesellschaftlichen und politischen Wandel möglichst unbedrohlich erscheinen zu lassen, um weite Teile der SPD und der Bündnisgrünen nicht zu verschrecken.

Ob die "notwendigen fortschrittlichen gesellschaftlichen Veränderungen nicht ohne und gegen SPD" und Bündnisgrüne zu erreichen sind, wie es im fünften Punkt des Bisky/Gysi/Modrow-Papiers heißt, sollte unter Linken noch einmal diskutiert werden. Es ist doch wohl so, daß die SPD - und inzwischen auch die Bündnisgrünen - unbedingt systemerhaltende Kräfte sind. Der seit mindestens 80 Jahren gemachte Versuch, dies von außen oder innen durch eine wie auch immer geartete linke Politik zu verändern, ist total gescheitert. Auf welcher Grundlage können Gysi und Bisky jetzt für die PDS in Anspruch nehmen, ein systemveränderndes Reformbündnis ausgerechnet mit SPD und Bündnisgrünen zustande zu bringen. Außerparlamentarischer Druck und Massenbewegungen sind von der SPD oft genug mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln niedergekämpft worden. Warum soll das in Zukunft anders sein? Wer darauf bisher keine Antwort zu geben weiß, muß sich die Gegenfrage stellen lassen, ob nicht gerade gegen die Sozialdemokratie Veränderungen auf nationaler und globaler Ebene erreicht werden müssen, die den Namen sozialistisch verdienen. Darauf zu hoffen, daß sich die SPD durch ein Mix von starker PDS und außerparlamentarischem Druck zu einer antikapitalistischen Kraft wandeln könnte, ist bloße Augenwischerei.

Zukünftige Bruchpunkte innerhalb der PDS zeichnen sich deutlich ab. Dabei halte ich die Frage, ob sich die Kommunistische Plattform mit ihrer total marginalisierten Rolle innerhalb der Partei abfindet oder ob sie diese verläßt, für weniger entscheidend. Viel wichtiger erscheint mir, wie sich die vielen ganz jungen Mitglieder und SympathisantInnen (AG Junge GenossInnen) sowie diejenigen neuen und altgedienten PDS-Mitglieder, die es wirklich ernst meinen mit einer gesellschaftsverändernden Vision, reagieren, wenn der sich jetzt abzeichnende

Kurs in Koalitionsvereinbarungen umgesetzt wird. Es steht außer Frage, daß sich dann viele enttäuscht abwenden werden, die anderen dürften zu RealpolitikerInnen geworden sein.

kuk, Berlin

32. Die zarte Verführung. PDS-Parteitag will Reformbündnis mit der SPD

Autor: kuk, Berlin · Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak375/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:375:24

Koalitionspartner PDS?

Während des vergangenen Bundestagswahlkampfes war in der PDS der wenig wahrscheinliche Fall diskutiert worden, daß sich SPD-Kandidat Rudolf Scharping mit PDS-Stimmen zum Kanzler wählen lassen würde. Eine Abwahl Helmut Kohls, so ließ die Parteiführung damals verlauten, werde an der PDS nicht scheitern. Erschienen solche Überlegungen angesichts der scharfen Zurückweisung durch die SPD reichlich skurril, so wurde darin doch eine Strategie sichtbar, die gegen Ende des Jahres immer deutlichere Gestalt annahm. In den ostdeutschen Landesparlamenten soll es zukünftig nicht mehr alleine um Opposition oder das Tolerieren rotgrüner Minderheitsregierungen gehen. (Vergleiche ak 369, "Tolerieren, Koalieren, Opponieren?") In Brandenburg wurde die Bereitschaft erklärt, sich als Koalitionspartner in die Landesregierung einbinden zu lassen.

Eine Vorreiterrolle im Kampf um die Regierungsbeteiligung darf Brandenburgs PDS-Landeschef Helmuth Markov für sich beanspruchen. Vor gut zwei Jahren forderte er in einem Interview: "Opposition ist keine Theaterkritik. In der Politik muß man, um glaubhaft zu sein, letztlich auch wirklich selber machen wollen." (ND, 13./14.2.1993) Für ihren Parteitag im Februar 1995 formulierte der Landesvorstand ein Thesenpapier ("Quo Vadis PDS Brandenburg"), in dem als Ziel die Beteiligung an der Landesregierung angegeben wird. Helmuth Markov und Landesgeschäftsführer Lothar Nicht erläutern am 22.12.1994 in einem ND-Interview ihre Strategie. Für Markov bedeutet "Regierungsverantwortung, ... neben der außerparlamentarischen und neben der parlamentarischen Oppositionsrolle, einfach ein drittes Element." Die PDS müsse zu der "generell neuen Denkweise" finden, daß "man in dieser Bundesrepublik ... einen tatsächlichen Reformprozeß mit in Gang setzen kann ... Es geht also in einem Selbstfindungsprozeß darum, ob wir auf der Basis des Grundgesetzes unserer sozialistischen Gesellschaftsvision auch über direkte Regierungs-Mitverantwortung näher kommen." Für Lothar Nicht ergibt sich daraus die Konsequenz, "sich vollständig von dem illusionären Revolutionstag X zu verabschieden."

In Berlin ergab sich bereits 1991 nach den letzten Abgeordnetenhaus-Wahlen eine rechnerische Mehrheit aus SPD, Bündnisgrünen und PDS. Eine Diskussion über ein "Reformbündnis" kam damals nicht in Gang, weil sich die SPD sofort in die Große Koalition mit der CDU "flüchtete". Die Demokratischen Sozialisten stellen nun Überlegungen für den nicht unwahrscheinlichen Fall an, daß sich nach den Wahlen im Herbst (22.10.1995) wiederum die theoretische Möglichkeit einer Regierungsbildung unter Ausschluß von CDU und FDP ergibt. Auf dem Parteitag der Berliner PDS (Oktober 1994) hatte Landesvorsitzende Petra Pau die Duldung einer rosa/grünen Koalition unter der Bedingung in Aussicht gestellt, daß eine Differenz zu den Konservativen erkennbar sei. Wahlkampfleiter Jens-Peter Heuer sprach von "Koalieren und Tolerieren" und Lothar Bisky wollte im Dezember eine "formelle Beteiligung" an einer rot-grünen Berliner Landesregierung nicht mehr ausschließen. (ND, 21.12.1994) Solchen Hoffnungen stellt sich aber die örtliche SPD entgegen, der eine neuerliche große Koalition weniger Schrecken einjagt als ein "Reformbündnis" unter Einschluß der PDS.

Einige Berliner GenossInnen aus dem Fraktionsvorstand dämpften am Jahresende die Koalitionseuphorie und reflektierten die Gefahren, die in einem zu hastigen Übergang von der Oppositionsrolle zur Regierungsverantwortung liegen. Elke Herer und Martina Michels sprachen davon, daß die Möglichkeiten einer "konstruktiven Opposition" noch lange nicht ausgereizt seien. Peter-Rudolf Zotl sah die Glaubwürdigkeit seiner Partei in Gefahr: "Aus jetziger Sicht würde eine Regierungsbeteiligung von uns ein Verbiegen in Positionen verlangen, für die wir gewählt werden und die wichtig für uns sind. Es würde womöglich eine Kungelei auch im Rahmen von Rot-Grün verlangen, die völlig den Notwendigkeiten widersprechen würde, in diesem politischen System andere Entscheidungswege zu finden." (ND, 30.12.1994) Petra Pau und wiederum Peter-Rudolf Zotl verdeutlichen ihre Position Anfang Januar nochmals. ("Ist die Macht wirklich das Allererste?", ND 4.1.1995) Von der Krise des Parteiensystems habe die PDS mit ihrem oppositionellen Politikverständnis durchaus profitiert. Bevor allzu lautstark die Bereitschaft verkündet werde, in Landesregierungen mitmachen zu wollen, müsse die Frage beantwortet werden, "ob die Verantwortung für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger

nicht in weitaus höherem Maß wahrgenommen werde, wenn sich die PDS bewußt weiterhin als Alternative ... entwickelt."

Pau und Zotl befürchten für den unwahrscheinlichen Fall, daß eine Mehrheit von SPD und Bündnisgrünen einer Koalition mit der PDS zustimmen, harte Bedingungen, "die für die PDS Zweitklassigkeit bzw. Einschränkung ihrer Handlungsfähigkeit bedeuten: z.B. nach den Personen, die allein die PDS in einer etwaigen Koalition repräsentieren dürften, oder nach bestimmten ideologischen Themen, zu denen sich die PDS in der politischen Zusammenarbeit verpflichten müßte, oder danach, wie die PDS in einer solchen Koalition möglichst klein zu halten sei ... Auch dieser Mix von Degradierung und Korrumpierung sollte uns zusätzlich verdeutlichen, wie gering die realen Chancen wären, ... die von uns geforderten notwendigen Veränderungen durchzusetzen."

10 Thesen zum weiteren Weg der PDS

Anfang Dezember veröffentlichte der Parteivorstand 10 Thesen, die auf der 1. Tagung des 4. Parteitages beschlossen werden sollen, um die Richtung der PDS-Politik für die kommenden Jahre festzulegen. Kaum zwei Wochen hatte die Basis Zeit, um die neue Programmatik zu diskutieren und fristgemäß Änderungsanträge zu stellen. Der heftigste Widerspruch entzündete sich an der 4. These. (siehe Winfried Wolf, "Eine Antithese", ak 374) Der Passus "Da es um das Überleben der Menschheit geht, lassen sich die Probleme der Gegenwart und Zukunft nicht mit einem vereinfachten und reduzierten Denken in den Kategorien von Klassenkampf oder Sozialpartnerschaft erfassen" enthält starken Tobak nicht nur für Traditionalisten. PDS-Vorstandsmitglied Joachim Bischoff wendet sich gegen den Versuch, "in höchst schwammiger Weise ... Denkrichtungen per Mehrheitsvotum als untauglich" zu verwerfen. "... die Klassifizierung und Stigmatisierung von entschieden antikapitalistischen Denkhaltungen sollte ... der Vergangenheit angehören" (ND, 20.12.1994).

Aus den ostdeutschen Ländern meldet sich Thüringens Landesvorsitzende Gabriele Zimmer mit harscher Kritik zu Wort: ",Ich halte die Thesen für einen Schnellschuß, die nicht in Ansätzen die Themen artikulieren, die die PDS aufgreifen sollte.` Sie bereicherten weder die programmatische Auseinandersetzung, noch spiegelten sie die Diskussion wider, die in der Partei längst geführt werde." (ND, 16.1.1995)

Unklar blieb vielen der Gesellschaftsvertragsgedanke, der in der 4. These umrissen wird. Gregor Gysi griff die Überlegung in seinen "Alternativen Neujahrsgedanken" (ND, 2.1.1995) nochmals auf: "Es geht ... um die Überlegung, daß es in harten Kämpfen national und international gelingen muß, mit breiten gesellschaftlichen Kräften, einschließlich aufgeschlossenen Unternehmern, Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen wirtschaftliche, finanzielle, soziale, ökologische und kulturelle Konflikte so ausgetragen werden, daß die Menschheit überlebt und Faschismus nicht die Folge der jetzigen Entwicklung wird."

Michael Benjamin von der Kommunistischen Plattform kritisiert vor allem die zehnte These. (ND, 20.12.1994) Er erinnert an das im Herbst 1989 formulierte Selbstverständnis der PDS "als Zusammenschluß unterschiedlicher linker Kräfte" und an die "Absage an die erzwungene ‚Einheit und Geschlossenheit` der SED in ihren letzten Jahren ... Pluralismus ist ein unverzichtbarer Bestandteil des Parteikonsenses ... In der PDS geht alles, was Programm und Statut nicht widerspricht. Sie sind Grundlage und einzige Grenze für Ansichten, politische Konzeptionen und Richtungen." In der Formulierung "Dieser Pluralismus ist nicht beliebig" erkennt er den Versuch, "nicht näher definierte zusätzliche Kriterien des ‚Erlaubten'" einzuführen, um die PDS gegen kommunistische Ansichten abzugrenzen.

Die Stalinismusdebatte

Mit Ende des ‚Superwahljahrs` 1994 eskalierte Gregor Gysi die Auseinandersetzung mit der Kommunistischen Plattform, insbesondere mit deren Sprecherin Sahra Wagenknecht. An die Stelle einer angeblichen Stillhaltevereinbarung während der heißen Wahlkampfphase (ND, 12.1.1995, S.5) tritt ein innerparteilicher Streit um angeblich stalinistische Auffassungen (siehe auch den Beitrag von He. in diesem ak) bei Mitgliedern der Kommunistischen Plattform. Insbesondere Sahra Wagenknecht, die über eine bemerkenswerte Fähigkeit zur Formulierung mißverständlicher Aussagen verfügt, wird zum Gegenstand einer widerlichen Medienkampagne. Die angebliche innerparteiliche Zerreißprobe der PDS ist jedoch angesichts der relativen Bedeutungslosigkeit der Kommunistischen Plattform reine Fiktion. Die Parteibasis, so kann man zahlreichen LeserInnenbriefen des ND entnehmen (23. und 26.1.1995), reagiert verständnislos und verärgert über eine Debatte, die sie für völlig fehl am Platz hält. Versucht man die Gegensätze auf den Punkt zu bringen, dann

ergibt sich wenig Sensationelles. So hält Gregor Gysi beispielsweise die Aussage, "daß 1956 mit dem XX. Parteitag der KPdSU der Bruch mit dem Sozialismus begann, wir ihn also vorher hatten" (ND, 20.12.1994), für unvereinbar mit der PDS. Walter Benjamin betont hingegen an gleicher Stelle, "daß es vor 1956 in der Sowjetunion und erst recht in der DDR Sozialismus gab, der allerdings deformiert und entstellt war." Benjamin weist eine Unvereinbarkeit dieser beiden Auffassungen zurück und fordert, daß die PDS all denjenigen Platz bieten müsse, "die sich eine sozialistische Gesellschaft im Sinne ... des Parteiprogramms zum Ziel setzen."

Viel Kritik, auch von außerhalb der Plattform, entzündet sich an dem in These 8 verwendeten Stalinismusbegriff. Joachim Bischoff geht davon aus, daß das ideologische Etikett Stalinismus den "komplizierten historischen Bedingungen und den verschiedenen Entwicklungsformen ... nicht gerecht" wird. Anstatt sich auf die Persönlichkeit Stalins zu beschränken, müsse eine "tiefgehende Analyse über die Gesamterscheinungen der Deformationen und Entfremdung" erfolgen. Die Debatte um die ausschlaggebenden Gründe für das Scheitern des Sozialismusversuchs müsse zum Ziel haben, "zu einer wissenschaftlich tragfähigen Erklärung vorzudringen." Untauglich hingegen sei der Versuch, eine Beurteilung "per Mehrheitsauffassung" herbeizuführen. (ND, 20.12.1994) Für Uwe-Jens Heuer, inzwischen abgewählter Sprecher des PDS-Bundesparteirates, ist der Begriff Stalinismus ein "Kampfbegriff wie Totalitarismus und Unrechtsstaat, und seine Anwendung auf die DDR und die SED bedeutet Verzicht auf jede Differenzierung." Zwar habe es in der DDR viel Diktatorisches und noch mehr Autoritäres gegeben; die Etikettierung ‚stalinistisch` sei jedoch wissenschaftlich unseriös und politisch schädlich. (ND, 9.1.1995)

Ein weiterer Vorwurf gegenüber der Kommunistischen Plattform lautet, sie behindere die politische Arbeit der Partei. Gregor Gysi schlägt am 15.1. auf der Landesparteikonferenz der sächsischen PDS in Dresden vor, daß "um der Arbeitsfähigkeit willen der Pluralismus der Partei nicht unbedingt in jedes Gremium hineinzuwählen" sei. "Wenn ‚jede denkbare Richtung in den Bundesvorstand muß`, drohe eine ‚Politik der Blockade`." (ND, 17.1.1995) Ob die VertreterInnen der Kommunistischen Plattform tatsächlich für die Mängel der Vorstandsarbeit verantwortlich zu machen sind, ist zumindest zweifelhaft. Gysi und Bisky bleiben konkrete Vorwürfe schuldig und Joachim Bischoff stellt fest: "Unsere politische Blockade liegt nicht an einer Obstruktionspolitik der Kommunistischen Plattform." (ND, 18.1.1995)

Auf der Parteivorstandssitzung am 16.1. bricht die Personaldiskussion in einer Schärfe aus, die vermuten läßt, daß die Parteiführung primär nicht mehr an einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit Sahra Wagenknecht interessiert ist. Bisky und Gysi bekräftigen, daß sie im nächsten Vorstand nicht mehr mit ihr zusammenarbeiten wollen. Die denkt jedoch gar nicht daran, auf ihre Kandidatur zu verzichten. "Ihr würden stalinistische Ansichten unterstellt, die sie nicht habe. Sie distanziere sich von den Verbrechen der Stalinzeit, trete aber für eine differenzierte Beurteilung dieser Debatte ein. André Brie sagt in Richtung Wagenknecht, er hoffe, ‚daß du entweder lernst oder diese Partei dir allmählich verleidet ist`." (ND, 17.1.1995)

Am 19.1. legen Mitglieder der Kommunistischen Plattform (Michael Benjamin, Ellen Brombacher, Thomas Hecker, Heinz Karl, Heinz Marohn und Sahra Wagenknecht) eine fünf Punkte umfassende "Gemeinsame persönliche Erklärung" vor. Darin bekräftigen sie "im wesentlichen" ihre Zustimmung zu der Einschätzung, die der Sonderparteitag der PDS im Dezember 1989 zur Entwicklung in der jungen Sowjetunion getroffen hat. Über die historische Bedeutung des frühen Sozialismus für die Entwicklung der Zivilisation im 20. Jahrhundert müsse weiter diskutiert werden. Gewarnt wird vor einer Totalitarismuskonzeption, mit der man "... die Möglichkeit einer objektiven Bewertung auch der Stalinperiode [vergebe,] und ... sie durch die Pseudoeinschätzung 'Realsozialismus gleich Stalinismus gleich Faschismus [ersetze]." Die Autorinnen betonen, daß sie die "Fehler, Irrtümer und Strukturdefizite des frühen Sozialismus" nicht bagatellisieren, "schon gar nicht die begangenen Verbrechen." (Junge Welt, 21.1.1995)

Das Fünf-Punkte-Papier

Die massive Kritik an den 10 Thesen, verbunden mit zahlreichen Änderungsvorschlägen, ließ erkennen, daß eine Zustimmung des Parteitages eher unwahrscheinlich war. Gysi und Bisky drohten mit leeren Händen dazustehen. In aller Eile wurde ein neues Papier erstellt ("Zu den fünf wichtigsten Diskussionspunkten der gegenwärtigen Debatte in der PDS") und am 13.1. der Öffentlichkeit präsentiert. Alle fünf Punkte sind thematisch auch in den 10 Thesen zu finden, wurden aber überarbeitet und modifiziert. So wurde beispielsweise der erste Punkt, der sich mit dem sozialistischen Charakter der PDS definiert, von Hans Modrow völlig neu formuliert. Er reagierte damit auf Kritik, wonach in These 10 der Sozialismus-Begriff viel zu

allgemein gehalten sei. Die Initiatoren der fünf Punkte wollen eine Beschlußfassung des Parteitages über das Papier herbeiführen, um "den erreichten Stand der Entwicklung der PDS auf einigen wichtigen Gebieten" deutlich nach außen scheinen zu lassen.

Die Parteitagsdelegierten, die über die fünf Punkte zu entscheiden haben, befinden sich nun in einer mißlichen Situation. Zum einen bleiben ihnen nur zwei Wochen, um in ihren lokalen Verbänden über das neue Papier zu diskutieren, zum anderen haben Gregor Gysi und Lothar Bisky ihre politische Zukunft in der PDS unmißverständlich von einer Zustimmung des Parteitages abhängig gemacht. (ND, 18. und 27.1.1995) Gysi versucht das Wahlverhalten der Delegierten zusätzlich zu beeinflussen, indem er seine Bereitschaft, für den PDS-Vorstand zu kandidieren, an die Bedingung knüpft, daß Sahra Wagenknecht nicht wiedergewählt wird. (ND, 16.1.1995) Diese Vorgehensweise irritiert viele PDS-Anhänger, wie Leserbriefe ans ND (z.B. 23.1.) zeigen. Manche sehen sich in dem Dilemma, ihre Solidarität mit Bisky und Gysi zeigen zu wollen, obwohl sie eine inhaltliche Diskussion der Punkte ohne Zeitdruck vorziehen würden. Angela Marquardt (AG Junge GenossInnen/Vorstand) spricht von "antiemanzipatorischen Mitteln", mit denen Bisky und Gysi "eine - in der Sache allerdings überfällige - Entscheidung gegen Wagenknecht erzwingen" wollen. (ND, 21./22.1. 1995)

Warum hat die Parteispitze um Gysi und Bisky die inhaltliche und personelle Zuspitzung in dieser Weise vorangetrieben? Bisky sagte auf dem Landesparteitag der PDS Thüringen, daß die Partei endlich zu Entscheidungen, Beschlüssen und Aktionen kommen müsse. Er forderte einen leistungsfähigen Bundesvorstand, der sich nicht selbst blockiere. Angesichts eines einsetzenden Zerbröselns der PDS stelle sich dem Vorstand die Aufgabe, die Partei bundesweit zusammenzuhalten. Bisky betonte in Erfurt, daß er die Plattform nicht aus dem Vorstand treiben wolle: "Es bleibt dabei, daß wir eine Kommunistische Plattform brauchen." (ND, 16.1.1995)

kuk, Berlin

33. Das Fünf-Punkte-Papier der PDS: "Der Sozialismus ist Weg, Methode und Ziel!" (Dokumentation)

Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak375/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:375:40

Der "Antrag zu den fünf wichtigsten Diskussionspunkten der gegenwärtigen Debatte in der PDS" wurde gemeinsam von Lothar Bisky, Gregor Gysi und Hans Modrow entworfen und auf der 1. Tagung des 4. Parteitags zur Abstimmung gestellt.

1. Zum sozialistischen Charakter

Der sozialistische Charakter der PDS ist in ihrer Geschichte begründet, von ihren Mitgliedern gewollt, von ihren Wählerinnen und Wählern akzeptiert, in ihrem Programm und Statut festgeschrieben und in ihrem Namen hervorgehoben.

Er resultiert aus unserer Überzeugung, daß die kapitalistischen Gesellschaftsstrukturen die großen Menschheitsfragen nicht nur nicht gerecht, sondern gar nicht lösen können. Die Vorherrschaft der Kapitalinteressen wird den Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen fortsetzen und den Einklang von Mensch und Natur verhindern, die soziale Ungleichheit weltweit und innergesellschaftlich vergrößern, die Militarisierung der Gesellschaften fördern, das Patriarchat aufrechterhalten. Sozialismus ist für uns Weg, Methode, Wertorientierung und Ziel. Er ist für uns verbunden mit vielfältigen Formen der Vergesellschaftung, Überwindung der Kapitalvorherrschaft, Ökologie, Demokratie, Solidarität, sozialer Gerechtigkeit, Emanzipation des Menschen, Überwindung des Patriarchats, Freiheit und Verwirklichung der Menschenrechte, Beseitigung der Arbeitslosigkeit, Minderheitenschutz, Chancengleichheit in Bildung und Kultur und Dezentralisierung. Das bedeutet, daß unser Sozialismus-Begriff ein Höchstmaß an Demokratie und Liberalität einschließt. Es geht nicht um die Frage, ob und wieviel Demokratie und Liberalität sich eine sozialistische Gesellschaft leisten kann, sondern darum, daß ihr sozialistischer Charakter von der Realisierung umfassender Demokratie und Liberalität abhängt. Durch keinen Zweck werden undemokratische und illiberale Methoden gerechtfertigt. Jeder Schritt wirklicher Demokratisierung, des Ausbaus der individuellen Freiheit, des Abbaus sozialer Ungerechtigkeit, der Erhöhung kommunaler Selbstbestimmung ist ein Schritt in Richtung Sozialismus. Dabei verstehen wir Demokratie als Einheit von repräsentativer, kommunaler, unmittelbarer und Wirtschaftsdemokratie. Liberalität bedeutet für uns Linke die Verbindung von tiefem Humanismus, Individualität, Menschenrechten, persönlicher Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Toleranz, Minderheitenschutz, Pluralismus, sozialer Gerechtigkeit sowie Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung und Kultur in einer Gesellschaft.

Damit verbunden ist die unumkehrbare Absage an ein stalinistisches oder poststalinistisches Sozialismusmodell, das heißt an Sozialismusvorstellungen mit diktatorischem, antiemanzipatorischem, antidemokratischem, illiberalem und zentralistischem Charakter. Es darf kein Zurück geben hinter die Feststellung von Marx und Engels im Kommunistischen Manifest, wonach die Freiheit des einzelnen Bedingung der Freiheit aller ist.

Der sozialistische Charakter der PDS verlangt einen bundesweiten und darüber hinaus europäischen und internationalistischen Charakter ihrer Politik. Dem steht der Kampf gegen die Benachteiligung Ostdeutscher und die Geringschätzung ihrer Biographien und Erfahrungen nicht nur nicht entgegen, er setzt ihn voraus.

2. Zum Oppositionscharakter

Die PDS strebt einen demokratischen, sozialen, ökologischen und zivilgesellschaftlichen Wandel der Bundesrepublik Deutschland an, der den Weg zur Überwindung der Kapitalvorherrschaft, der Umweltzerstörung, der Ausbeutung der sogenannten dritten Welt und jeglicher Großmachtpolitik öffnet. Daraus ergibt sich, daß die PDS in prinzipieller Opposition zu den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland steht. Das bedeutet nicht, daß wir die existierenden zivilisatorischen, demokratischen und sozialen Errungenschaften der Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland nicht anerkennen und nutzen würden. Im Gegenteil. Der Entwurf der Abgeordnetengruppe der PDS/Linke Liste im 12. Deutschen Bundestag für eine neue Verfassung der Bundesrepublik Deutschland

forderte beispielsweise nicht nur weitgehende Veränderungen der Verfaßtheit der Bundesrepublik Deutschland. Er würdigte und bewahrte auch wesentliche Teile des Grundgesetzes.

Wer eine Gesellschaft wirklich verändern will, weil er zu den herrschenden Verhältnissen in Opposition steht, muß sich in die Gesellschaft hineinbegeben. Für die PDS bedeutet dies, an allen fortschrittlichen außerparlamentarischen Bewegungen teilzunehmen und zugleich um breite parlamentarische Möglichkeiten zu ringen. Die Frage, ob eine Parlamentsfraktion der PDS sich innerhalb des Parlaments in eine Oppositionsrolle, in eine Situation der Tolerierung einer Regierung oder in eine Koalitionsrolle begibt, berührt nicht das prinzipielle Oppositionsverständnis der PDS. Unabhängig davon, welche Rolle die PDS in einem Parlament spielt, muß sie sich immer als Kraft der gesellschaftlichen Opposition im oben genannten Sinne verstehen und ihre alternativen gesellschaftspolitischen Ziele bewahren. Die Entscheidung darüber, welche konkrete Rolle sie in einem Parlament spielt (die nicht allein von ihr abhängt), ist je nach Zeit und Situation abhängig davon zu treffen, wie ein Höchstmaß an gesellschaftlichen Veränderungen im Sinne der programmatischen Zielstellung der PDS erreicht werden kann. Selbst dann also, wenn die PDS sich auf irgendeiner Ebene in eine Regierungskoalition begeben sollte, weil sie davon ausgeht, in einer solchen Konstellation das zu dem gegebenen Zeitpunkt höchste Maß an Veränderungen durchsetzen zu können, würde dies bei richtiger Politik ihren Oppositionscharakter in bezug auf die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse nicht beeinträchtigen. Deshalb kann es keine abstrakten Leitlinien oder Regelungen dafür geben, in welcher Situation die PDS welche Rolle in einem Parlament einzunehmen hat. Einig sind wir uns dahingehend, daß die PDS unabhängig von der konkreten parlamentarischen Rolle das Schwergewicht ihrer Tätigkeit in außerparlamentarischen Bewegungen und Aktionen sieht und ihr gesellschaftliches Oppositionsverständnis von der jeweiligen Rolle in einem Parlament nicht berührt wird.

3. Zum Pluralismus in der PDS

Die PDS strebt eine pluralistische Gesellschaft an. Aufgrund ihrer eigenen Geschichte sieht es die PDS als großen Fortschritt an, auch sich selbst pluralistisch zu organisieren. Die Vielfältigkeit der Ideen, der Herangehensweisen und der Standpunkte in der PDS betrachten wir als Gewinn. Der Pluralismus der Partei ist durch unser Statut garantiert und im Programm ausdrücklich hervorgehoben. Pluralismus ist aber auch nach dem Statut der PDS nicht beliebig und darf nicht als Entschuldigung dafür dienen, auf eine verständliche und nachvollziehbare Politik der Gesamtpartei und ihr eigenständiges Profil zu verzichten. In den Vorstellungen der Menschen muß in wichtigen Fragen klar sein, wofür und wogegen die PDS steht. Fraktionen und Vorstände der PDS sind hier in besonderer Weise gefordert. Sie müssen auf der Grundlage des Parteiprogramms, der Wahlprogramme, der Beschlüsse der Parteitage politikfähig sein. Das stellt aber nicht nur Anforderungen an die Fraktionen und Vorstände, sondern auch an die Delegierten, arbeits- und politikfähige Fraktionen und Vorstände zu wählen. Die Partei als Ganzes ist und bleibt pluralistisch. Bei den Wahlen unserer Fraktionen gehen wir durch die strategische Entscheidung für offene Listen noch darüber hinaus. Dennoch bedeutet dies nicht, daß in jedem Vorstand und in jeder Fraktion jede politische Richtung vertreten sein muß. Es geht um ihre Politikfähigkeit.

Es gibt Grenzen, die durch kein Mitglied der PDS überschritten werden dürfen. Nationalistische, chauvinistische, rassistische, antisemitische Auffassungen sind mit der Mitgliedschaft in der PDS unvereinbar. Das gilt ebenso für stalinistische Auffassungen. Ein Zurück hinter den auf dem außerordentlichen Parteitag der SED im Dezember 1989 beschlossenen Bruch mit stalinistischen Strukturen darf es nicht geben. Das bedeutet, daß wir antidemokratische, antiemanzipatorische, illiberale, avantgardistische und zentralistische Sozialismus- und Parteivorstellungen zurückweisen. Sie sind schon mit dem Namen der Partei unvereinbar. Als sozialistische Partei kann und darf die PDS nicht antikommunistisch sein. Sie ist nicht bereit, auf demokratisch-kommunistische Positionen in ihren Reihen zu verzichten.

4. Das Verhältnis der PDS zu ihrer Geschichte, zur Geschichte der DDR und zum untergegangenen "real existierenden Sozialismus"

Aufarbeitung der Geschichte ist und bleibt ein wichtiges Anliegen der PDS. Ohne sie ist weder Gegenwartspolitik begründbar noch Zukunftspolitik gestaltbar. Die PDS stellt sich der gesamten Geschichte der deutschen und internationalen sozialistischen Bewegungen. Sie weiß, daß dies ebenso eine Geschichte von großen Heldentaten und Opfern, von großen sozialen Bewegungen und Leistungen, von fast unerschöpflichem Gedankenreichtum ist, wie eine Geschichte von großen Fehlern, Irrtümern und leider auch

schlimmen Verbrechen. Wir stellen uns allen diesen Seiten der Geschichte und werden uns stets gegen ihre einseitige und undifferenzierte Beurteilung wenden.

In besonderem Maße tragen wir Verantwortung für die Geschichte der SED und der DDR, aus der wir hervorgegangen sind. Die PDS ist wahrscheinlich als einzige Partei verpflichtet, an dieser Geschichte sozialistische Kritik zu üben. Für uns ist an der SED und an der DDR nicht das negativ zu beurteilen, was an ihnen sozialistisch war, sondern das viele, das an ihnen nicht sozialistisch war. Eine solche Herangehensweise verlangt gleichermaßen schonungslose Kritik und differenzierte Bewertung. Wir haben uns bei den wirklichen Opfern von Unterdrückungsmechanismen in der DDR aufrichtig entschuldigt und bleiben dabei, daß dies das Mindeste war, was wir tun konnten. Wir treten nach wie vor dafür ein, das bei der Treuhandanstalt liegende Altvermögen der SED auch zur Wiedergutmachung gegenüber solchen Opfern zu verwenden.

Auf der anderen Seite werden wir die Bemühungen und die Ergebnisse der Tätigkeit von Hunderttausenden Mitgliedern der SED, Hunderttausenden Bürgerinnen und Bürgern der DDR für eine sozial gerechtere, solidarischere und humanere Gesellschaft niemals in Abrede stellen oder geringschätzen. Die Bürgerinnen und Bürger der DDR sind mit sehr verschiedenen negativen und positiven Erfahrungen aus der DDR in der Bundesrepublik Deutschland angekommen. Niemand hat das Recht, sie zur Leugnung ihrer Biographien zu zwingen, ihre Biographien geringzuschätzen und darauf zu verzichten, ihre Erfahrungen für die Gestaltung der Bundesrepublik Deutschland zu nutzen. Mit der PDS wird es keine Verklärung der gesellschaftlichen Realitäten in der DDR geben. Wir werden uns allen Bestrebungen widersetzen, die antidemokratischen, antiemanzipatorischen, illiberalen, ineffektiven und antiökologischen Realitäten in der DDR zu leugnen.

Ebenso werden wir deutlich widersprechen, wenn und solange versucht werden wird, die Geschichte der DDR auf ihre Defizite zu reduzieren, die historischen Zusammenhänge außer Betracht zu lassen, die Rolle der politisch und wirtschaftlich Mächtigen in der Bundesrepublik Deutschland in der Zeit des kalten Krieges zu glorifizieren. Wir werden der These vom "Unrechtsstaat" widersprechen, weil sie in ihrer Konsequenz bedeutet, der DDR das Existenzrecht abzusprechen und ihren Bürgerinnen und Bürgern vorzuwerfen, sich auf ein Leben in der DDR auf der Grundlage ihrer Verfassung und Gesetze eingestellt zu haben. Den Versuch, ein solches Verhalten auch noch juristisch zu verfolgen, weisen wir zurück. Das bedeutet aber nicht, das Vorhandensein von Unrecht, von Willkür, von Verletzungen der Menschenrechte und den Mangel an Rechtsstaatlichkeit zu leugnen oder zu rechtfertigen.

Die sozialistische Kritik an der Geschichte der SED und der DDR ist für die PDS auch deshalb von besonderer Bedeutung, weil sie eine Voraussetzung dafür ist, daß wir als Sozialistinnen und Sozialisten nie wieder antidemokratischen, antiemanzipatorischen, illiberalen, avantgardistischen und zentralistischen Sozialismusvorstellungen folgen werden.

5. Das Verhältnis der PDS zur SPD und zu Bündnis 90/Die Grünen

Die PDS entwickelt ihre Politik auf eigener programmatischer und organisatorischer Grundlage. Sie hat ein deutlich anderes Profil als die SPD und das Bündnis 90/Die Grünen. Wir erweisen der sozialdemokratischen und ökologischen Bewegung in der deutschen und internationalen Geschichte unseren Respekt. Ein solcher Respekt schließt ein, wie das eigene Versagen, auch das Versagen insbesondere der sozialdemokratischen Bewegung zu benennen. Seit dem außerordentlichen Parteitag der SED im Dezember 1989 haben wir uns trotz unterschiedlicher politischer Aussagen immer für eine sachliche Zusammenarbeit mit der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen ausgesprochen. Dabei wird es auch bleiben, zumal wir wissen, daß notwendige fortschrittliche gesellschaftliche Veränderungen in der Bundesrepublik Deutschland nicht ohne und gegen die SPD und wahrscheinlich auch nicht ohne und gegen das Bündnis 90/Die Grünen zu erreichen sind.

Eine solche Einschätzung schließt jegliches Verständnis dafür aus, SPD und Bündnis 90/Die Grünen als politische Feinde der PDS zu sehen. Sie sind weder Haupt- noch Nebenfeinde. Sie sind politische Konkurrenten, mit denen wir uns gegebenenfalls auch hart politisch auseinandersetzen, mit denen wir aber zur Zusammenarbeit bereit bleiben. Eine solche Herangehensweise schließt ebenso jede Form von Anbiederei aus. Unsere Aufgabe besteht nicht darin, bestimmten Mitgliedern der SPD oder vom Bündnis 90/Die Grünen zu gefallen. So wie wir sie in ihrer Unterschiedlichkeit zu uns akzeptieren, erwarten wir, daß sie eines Tages auch uns in unserer Verschiedenartigkeit zu ihnen akzeptieren werden. Die PDS benötigt gegenüber diesen Parteien keine Abgrenzungsbeschlüsse. Die Art der Zusammenarbeit mit Sozialdemokratinnen,

Sozialdemokraten und Grünen wird sich Schritt für Schritt in außerparlamentarischen Aktionen und in parlamentarischen Gremien herausbilden. Durch nichts sind eigene Erfahrungen in der Zusammenarbeit zu ersetzen. Deshalb nutzt es nichts, solche Prozesse künstlich zu forcieren oder künstlich zu blockieren. Maßstab unseres Verhältnisses zur SPD und zu Bündnis 90/Die Grünen bleibt deren reale Haltung zu demokratischen, sozialen und zivilgesellschaftlichen Fortschritten in der BRD.

34. Delegierteninterview mit Christine Burmeister, AG Junge Genossinnen der PDS

Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak375/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:375:35

25 Jahre, Gründungsmitglied der AG Junge GenossInnen in Hamburg (AGJG)

Du hast bei deiner Vorstellung auf der Bundeskonferenz der AGJG als Schwerpunkt Feminismus genannt. Was machst Du konkret?

Innerhalb der AGJG beschäftige ich mich z.Zt. mit dem Thema Feminismus. Wir von der AGJG planen in Hamburg einen Bundeskongreß der AGJG mit dem Schwerpunkt Feminismus. Der Termin dafür ist noch nicht ganz klar, geplant ist auf jeden Fall ein Wochenende zwischen August und September '95. Ich hoffe, daß das Interesse dafür groß sein wird, ich finde den Kongreß notwendig!

Während meines Studiums (Sozialpädagogik) habe ich mich sehr abkämpfen müssen, um Tabuthemen wie "sexueller Mißbrauch von Kindern", "sexuelle Gewalt gegen Frauen" usw. in die Diskussion einzubringen. Für den Feminismuskongreß ist es mir wichtig, diesen Themenbereich neben der ökonomischen Situation von Frauen gleichwertig zu behandeln. Ich empfinde die Diskussionsebene bei der AGJG als sehr angenehm und glaube daran, daß dort viel an politischen Positionen erstritten werden kann.

Gibt es eine Zusammenarbeit mit der LISA und wie sieht die aus?

Ich habe die AG LISA in Hamburg mitgegründet. Allerdings habe ich die AG zusammen mit einer anderen Frau verlassen, weil das Vertrauensverhältnis seit dem Parteitag massiv gestört ist. Ich möchte hier nicht tratschen, nur soviel: ich bin gegen patriarchale Strukturen in der feministischen Arbeit! Eine punktuelle Zusammenarbeit zwischen beiden AG's würde ich allerdings wichtig finden.

Wie schätzt Du die Frauenpolitik der PDS insgesamt ein?

Ich fand es sehr bitter, was auf dem Parteitag dazu gelaufen ist, allein schon die Vorstellung der KandidatInnen: "Ich bin verheiratet und habe soundsoviel Kinder." Damit stellten sich doch alle als bürgerlich-heterosexuell vor - das ist für mich schon unverständlich. Zwar hat die PDS laut Parteiprogramm das Ziel der Überwindung des Patriarchats, es fehlt jedoch konkret an Feministinnen, die dieses Ziel mittragen würden.

Was müßte denn konkret verändert werden, damit mehr junge Frauen, bzw. sich als Feministinnen verstehende Frauen, in die PDS kommen?

Zuerst müßte sich die PDS eine Analyse über das Patriarchat erarbeiten. Daraus müßte dann eine folgerichtige antipatriarchale Alternative entwickelt werden, damit Feministinnen ein Anreiz geboten wird, sich stärker mit der PDS zu beschäftigen. Auf diesem Parteitag reduzierte sich doch die Frauenpolitik in den meisten Redebeiträgen wieder auf den § 218. Das ist vollkommen verkürzt und falsch für den weiteren Weg.

Fühlst Du Dich durch den Vorstand, der jetzt gewählt worden ist, repräsentiert? Wie siehst Du die Nichtwahl Sahra Wagenknechts von der Kommunistischen Plattform? Fehlt Dir eine ausgesprochene Feministin im Vorstand?

Sahra Wagenknecht war die einzige, die sich bei der KandidatInnenvorstellung als Kommunistin bezeichnet hat. Außerdem hat sie auf diesem Parteitag eine Reihe von Vorwürfen, die es gegen sie gab, ausgeräumt. Ihr ist allerdings anzukreiden, daß sie sich erst so spät von den unentschuldbaren Verbrechen Stalins eindeutig distanziert hat. Die AGJG in Hamburg will Sahra Wagenknecht anbieten, mit uns zu diskutieren. Danach erst wollen wir uns eine Position zu Sahra und der KPF erarbeiten.

Eine Feministin wurde nicht in den Vorstand gewählt, dafür eine Künstlerin, die einen Redebeitrag über die Freuden des Cello-Spielens gehalten hat. Wo soll das hinführen?

Vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte jj.

35. Kommentar: Viel Befindlichkeit, wenig Politik

Autor: Michael Nelken, Berlin · Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak375/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:375:37

Ursprünglich als Strategieparteitag gedacht, auf dem die Lage nach den 94er Wahlen analysiert und eine mittelfristige politisch-strategische Orientierung beschlossen werden sollte, geriet die 1. Tagung des 4. Parteitages der PDS zum mediengerechten Showdown eines Richtungskampfes, den es so nicht gab. Zwar hatten sich namhafte Führungspersönlichkeiten der PDS, unter interessierter Anteilnahme einiger Politiker der GRÜNEN und der SPD sowie tätiger Mitwirkung der Medien, bemüht, eine Entscheidungsschlacht zwischen "Reformern" und "stalinistischen Altkommunisten", zwischen "Realpolitikern" und "Fundamentalisten" loszutreten, aber in der PDS gibt es keinen entfalteten politischen Diskurs entlang derartiger Konfliktlinien.

Der herbeigeredete Richtungsentscheid wurde durch nervöse Ultimaten der Führungstroika vollends zur unpolitischen Farce. Der Parteitag geriet in eine Nötigungssituation und hatte de facto kaum noch Chancen, zur Politik vorzudringen. So wurde die Diskussion über den Initiativantrag von Bisky, Gysi und Modrow von Bekenntnissen und Befindlichkeitsartikulation beherrscht.

In den beiden politischen Hauptfragen, vor die sich der Parteitag gestellt sah, der Fortsetzung der Auseinandersetzung mit dem Stalinismus und dem Oppositionscharakter der PDS, wirkte die dreitägige Debatte eher verwirrend und verdummend als aufklärerisch.

Erstens. Die Stalinismusdebatte blieb, nicht zuletzt auf Grund ihres völlig absurden Ansatzpunktes, substanzlos und bodenlos. Sahra Wagenknecht und die Kommunistische Plattform sind weder der personalisierte Ausdruck des Stalinismusproblems in der PDS, noch sind sie von irgendwelcher Relevanz für Politik in der Partei. Lediglich hinsichtlich der Identitätssuche und der innerparteilichen Milieu- und Gefühlslage kommt ihnen einige Bedeutung zu. Das eigentliche Stalinismus-Problem der PDS ist die Auseinandersetzung mit dem stalinistischen Charakter des Partei-, Staats- und Sozialismusdenkens der SED bis 1989. Doch dies blieb undiskutiert. Im Gegenteil, die Reduzierung von Stalinismus auf "Fehler, Verbrechen und Entartungen" wurde von vielen Seiten in der Diskussion befördert - nicht nur von der KPF, sondern sogar in einem Änderungsantrag von W. Wolf/ Jelpke/Heuer/Moneta u.a.

Das erneuerte Bekenntnis zum "Bruch mit dem Stalinismus" hat somit kaum einen politischen Wert. Nicht so sehr die autoritäre, "quasi-stalinistische" Methode der Durchsetzung entwertete es, denn die Delegierten hätten dieses Bekenntnis auch ohne erpresserischen Druck mit großer Mehrheit erneuert, als vielmehr die fehlende substanzielle Auseinandersetzung und der fehlende Erkenntniszuwachs. Im Gegenteil, der vermeintliche Sieg der "demokratischen Reformer" hat sogar noch einen negativen Beigeschmack. Denn er ist als Unvereinbarkeits- und Gesinnungsbeschluß formuliert. Auch wenn dies nicht so gemeint sei, wie allseits beteuert wurde, so kann man nur warnen: Wehret den Anfängen, insbesondere auch den gut gemeinten.

Zweitens. Die Diskussion zum Oppositionscharakter, zum Zusammenhang von Systemopposition und parlamentarischer Opposition und zur politisch-strategischen Frage Tolerieren-Koalieren-Opponieren wurde gar nicht geführt. Die im Initiativantrag Gysi/Byski/Modrow hierzu getroffenen Aussagen sind widersprüchlich und letztlich völlig unbestimmt. Die dort aufgestellte These, daß unsere grundsätzliche gesellschaftliche Opposition "unabhängig" von unserer praktischen Politik sei, daß die jeweilige Rolle im Parlament (Regieren, Tolerieren oder Opponieren) das prinzipielle Oppositionsverständnis der PDS nicht berühre, ist ebenso irreführend falsch, wie die, daß auch eine Regierungsmitwirkung - "bei richtiger Politik" - unseren Oppositionscharakter in bezug auf die herrschenden Verhältnisse nicht beeinträchtigen könne. Gysi hat aber in der Generaldebatte des Parteitages diese Aussagen nachdrücklich verteidigt. Hier fallen Politik und "Theorie", politische Praxis und Parteiideologie in klassischer Weise auseinander. Dabei wird das Festhalten am sozialistischen, transformatorischen Endziel zur parteiintegrativen Attitüde, wie auch der Ausruf, daß nichts so überflüssig sei wie eine zweite sozialdemokratische Partei.

Bedeutsamer als die Schwammigkeit und Unklarheit dieser Passage des Initiativantrages der Führungs-Troika ist die Tatsache, daß ein Änderungsantrag, der eine Neufassung des Punktes zum Oppositionscharakter vorschlug, ohne Aussprache abgelehnt wurde. Dieser (vom Autor eingebrachte) Änderungsantrag geht vom notwendigen Zusammenhang von gesellschaftlicher und politischer Opposition aus und bestimmt die politische Opposition als strategische Option. Er macht die Beantwortung der Frage nach der Rolle der PDS in den

Parlamenten (Opponieren-Tolerieren-Koalieren) abhängig von den Kräfteverhältnissen in der Gesellschaft, von den gesellschaftlichen Bewegungen, auf die sich das parlamentarische Agieren der PDS stützen kann. Davon ausgehend wird im Änderungsantrag festgestellt, daß unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Kräftekonstellationen auf Bundes- wie auf Länderebene bei einem Eintritt der PDS in eine rot-grüne Regierungskoalition, bzw. bei ihrer Einbindung in koalitionsähnliche Tolerierungsvereinbarungen, die Partei ihre politische Handlungsfähigkeit einbüßen und zum Anhängsel sozialdemokratischer Regierungspolitik (Sachzwangverwaltung) werden würde. Damit käme die PDS unausweichlich in die Zwangslage, gegen ihre politischen Ziele und gegen opponierende soziale Bewegungen realpolitisch agieren zu müssen. Nicht mehr gesellschaftliche Reform wäre das Ergebnis, sondern weniger. "Der ‚Archimedische Punkt` für linke Politik befindet sich in der Gesellschaft und nicht in den Institutionen der Machtverwaltung und Herrschaftsreproduktion."

Nicht die mehrheitliche Ablehnung dieses Änderungsantrages mit seiner eindeutigen Oppositions-Option und der Absage an Regierungskoalitionen unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen macht nachdenklich, denn die Delegierten hatten kaum Gelegenheit, sich mit dem ausführlichen Änderungsantrag Nr. 95 auseinanderzusetzen, sondern daß eine Auseinandersetzung des Parteitages mit ihm abgeblockt wurde. Ob dies nur ein parteitagstaktisches Manöver war oder politisch mehr dahintersteckt, werden die kommenden Monate zeigen.

Bleibt noch ein politisches Ergebnis des Parteitages festzuhalten, dessen Tragweite nur schwer abzuschätzen ist. Der Parteitag brachte durch seine Vorgeschichte und seinen Verlauf einen erheblichen Autoritätsverlust für Gysi und Bisky sowie die gesamte Parteiführung. Die Delegierten sind zwar nochmal gefolgt, weil sie für die Stabilisierung der Gesamtpartei keinen anderen Ausweg sahen, aber im Gegensatz zu früher taten sie es diesmal nur widerstrebend. Noch einmal geht das so nicht. Dies wird die Regionalisierungstendenzen in der PDS weiter stärken und kann sich zu einer zentrifugalen politischen Identitätskrise der Partei auswachsen. Die sich auf der 1. Tagung des 4. Parteitages der PDS andeutende Emanzipation der Partei von ihren Führern ist somit, wie alle anderen Ergebnisse desselben, sehr ambivalent.

Michael Nelken, Berlin

36. "Wir brechen mit dem administrativzentralistischen Sozialismus." Zur Stalinismusdebatte in der PDS

Autor: he. · Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak375/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:375:33

administrativ-zentrali-

stischen Sozialismus"

Zur Stalinismusdebatte in der PDS

Die sich zuspitzende Auseinandersetzung innerhalb der PDS zwischen den "modernen Sozialisten" einerseits und der Kommunistischen Plattform andererseits wird von ersteren in Richtung der KPF häufig mit dem Vorwurf des Stalinismus geführt. In der veröffentlichten Meinung wird damit in der Regel verbunden, die KPF, und speziell ihre bekannteste Sprecherin, Sahra Wagenknecht, würden das Regime während der Stalinära, eingeschlossen der begangenen Verbrechen, verteidigen. Dies ist jedoch gar nicht der Kern der Auseinandersetzung. Auf dem außerordentlichen Parteitag der SED/PDS im Dezember 1989 rechnete die neue Parteiführung mit dem Sozialismusverständnis der SED ab. Das "administrativ-zentralistische" Sozialismusverständnis wurde damals als stalinistisch bezeichnet, mit dem generell gebrochen werden müsse. Hierum und um die Frage, woran der Realsozialismus gescheitert ist, an in diesem Sozialismusverständnis liegenden Fehlern oder am "Opportunismus", geht die eigentliche Auseinandersetzung. Dem in der Polemik immer mit eingeschlossenen Vorwurf, die KPF würde die Verbrechen Stalins verteidigen, trat Sahra Wagenknecht auf dem Parteitag eindeutig entgegen: "Ja, ich bin für eine historische Analyse, die den geschichtlichen Kontext, in dem gehandelt wurde, und in dem bestimmte Entscheidungen gefallen sind, nie außer Betracht läßt. Aber ich sage auch ebenso ausdrücklich: Ich verurteile ausdrücklich die Verbrechen, die unter Stalin in den 30er Jahren passiert sind. Ich meine, daß es für diese Verbrechen keinerlei historische Rechtfertigung gibt. Ich denke, daß das, was damals passiert ist, durch nichts relativiert, beschönigt oder gerechtfertigt werden kann, aber ich verwahre mich dagegen, daß man mir unterstellt, daß ich das tue. Ich habe das nirgendwo getan. ... Allerdings bin ich auch der Meinung, daß man nicht drei Jahrzehnte sowjetischer Geschichte auf diese Seite, auf Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen reduzieren kann. Dagegen würde ich mich immer wehren, wenn versucht würde, mittels Stalinismusverdikt die Geschichte der DDR von Anfang bis Ende als abzulehnenden Irrweg zu denunzieren, mit dem pauschal gebrochen werden muß, das halte ich nicht für richtig."

Gegen die Reduzierung der Stalinismuskritik auf die Kritik der Verbrechen und gegen die Einengung auf des Begriffs auf einen kurze historische Zeitspanne der UdSSR setzt Michael Schumann, der 1989 auf dem außerordentlichen Parteitag das Referat zu diesem Thema hielt, ein anderes Verständnis: "Es wird diskutiert, als hätte es den außerordentlichen Parteitag nie gegeben. Obwohl seine Aussagen zu historischen Fragen nie einer Revision unterzogen wurden, wird ein Bezug auf sie peinlich vermieden. Die faktische Neugründung der Partei im Dezember 1989 stand im Zeichen einer deutlichen Absage an den Stalinismus. Aber allein die Verwendung des Ausdrucks "Stalinismus" in Verbindung mit der Geschichte der DDR löst heute eine Flut von Widerständen und teils rein emotionell gesteuerten, teils akademisch vorgetragenen Bedenken aus, als handele es sich dabei um eine Form der Akkomodation an das offiziell vorherrschende, die DDR pauschal diskreditierende Geschichtsbild. Die Verwendung der Ausdrücke ‚Stalinismus` und ‚stalinistisch` zur Charakterisierung des realsozialistischen Systems war übrigens seinerzeit keine Spezialität der Autoren des Referats über die Ursachen der Krise in der Partei und der Gesellschaft, das die Überschrift trug: ‚Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System!`. (...) Schon auf dem ersten Teil des Parteitages hatte Gregor Gysi in seiner Rede klar formuliert: ‚Wir brauchen einen vollständigen Bruch mit dem gescheiterten stalinistischen, das heißt administrativ-zentralistischen Sozialismus in unserem Land.` (...) Und damit war zugleich verdeutlicht, in welchem Sinne wir den Begriff des Stalinismus gebrauchten, nämlich als Synonym für ‚administrativ-bürokratischen Sozialismus`.

(...)

Mit dem Ausdruck ‚Stalinismus` verbinden wir die für uns schmerzliche, aber unabweisbare Erkenntnis, daß die Geschichte des staatlichen Sozialismus verbunden war mit repressivem Zentralismus, Antidemokratismus,

mit Theorie- und Kulturfeindlichkeit, mit Nationalismus, auch mit Antisemitismus und unvorstellbaren Verbrechen."

In Bezug auf die Kritik, der Stalinismusbegriff sei wissenschaftlich nicht präzise definiert und deshalb in der Auseinandersetzung nicht brauchbar, argumentiert er: "Selbstverständlich sind solche u.ä. Überlegungen völlig berechtigt. Im Zusammenhang mit der politischen Bewertung des außerordentlichen Parteitages aus heutiger Sicht geht es aber - glaube ich - nicht in erster Linie um die Notwendigkeit terminologischer Differenzierung. Es geht darum, daß wir damals darin übereinstimmten - ein Konsens, der durch das Parteiprogramm erneut bestätigt wurde -, daß vor allem das gravierende Defizit an Demokratie der Krebsschaden des politischen Systems und - dadurch vermittelt - der gesamten realsozialistischen Gesellschaftsordnung war. Primär diesen Zusammenhang faßten wir mit dem Begriff des Stalinismus. Dieser Krebsschaden machte den Sozialismus unfähig, die Herausforderungen unseres Zeitalters zu bestehen, und das ist die entscheidende, immanente Ursache seines Scheiterns."(Vor fünf Jahren: "Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System", in PRESSEDIENST PDS, Nr. 3/95, 20.1.95)

In der Auseinandersetzung geht es um den Gründungskonsens der PDS, der in einer radikalen Abkehr vom DDR-Sozialismusmodell verstanden wird. Ob dieses Verständnis mit "Stalinismus" richtig beschrieben ist, kann zu Recht angezweifelt werden. Daß es aber über das Scheitern dieses Sozialismusmodells und die Gründe dafür weitreichende Unterschiede gibt, ist nicht zu bezweifeln. Sahra Wagenknecht macht hierfür in ihrem jetzt erschienene Buch ("Antisozialistische Strategien im Zeitalter der Systemauseinandersetzung") den nach 1956 sich ausbreitenden Opportunismus in den kommunistischen Parteien des realsozialistischen Systems verantwortlich. Sie liegt dabei fast deckungsgleich auf der Linie der KPChinas, die diese These/Theorie 1965 in der "Polemik über die Generallinie der kommunistischen Parteien" veröffentlichte. Diese These/Theorie war der Gründungskonsens aller K-Gruppen Ende der sechziger/Anfang der siebziger Jahre und der Herausbildung der sogenannten ML-Strömung. Quintessenz dieser Auffassung ist, daß der Realsozialismus unter dem Angriff der neuen Ostpolitik des westlichen Systems und an der "opportunistischen Anpassung" der realsozialistischen Länder gescheitert ist. Unter diesem Gesichtspunkt wird dann beispielsweise der Einmarsch in die CSSR (1968) als Maßnahme gegen eine "konterrevolutionäre" Erscheinung gerechtfertigt, eine Erscheinung allerdings, die nicht mehr allein in der CSSR, sondern auch in anderen realsozialistischen Ländern zu beobachten gewesen sei.

Ginge es nur um den verbrecherischen Teil der Stalinära, könnte die Debatte schnell abgeschlossen werden, weil sich hierfür keine Befürworter finden werden. Deshalb ist aber auch ein Vorstoß von Jakob Moneta, Winfried Wolf, Ulla Jelpke, Uwe-Jens Heuer und Marita Böttcher("Drei positive Überraschungen und zwei Haken") wenig hilfreich bzw. zerrt die Debatte zurück. Sie argumentieren gegen eine Formulierung in den 5-Punkten, daß stalinistische Auffassungen mit der Mitgliedschaft unvereinbar sein sollen: "Wir halten eine solche Passage für ein gefährliches Einfallstor für die gegenüber der PDS allseits von rechts geforderte Ausgrenzung linker Positionen oder der Kommunistischen Plattform, deren Charakter widersprüchlich, deren Existenzberechtigung als Strömung in der PDS jedoch zu verteidigen ist. Wir sind prinzipiell gegen ‚illiberale`, auf abweichende Auffassung zielende Unvereinbarkeitsbeschlüsse. (...) Es wäre zu prüfen, inwieweit die folgende Formulierung dennoch vertretbar, weil präzis die programmatischen PDS-Positionen beschreibend ist: ‚Das gilt ebenso für Auffassungen, in denen die Verbrechen, die unter dem Regime Stalins begangen wurden, gerechtfertigt oder verherrlicht werden (Moskauer Prozesse, Gulag usw.)`."

Auch wenn offenkundig ist, daß die jetzige Beschlußlage für Unvereinbarkeitsbeschlüsse mißbraucht werden kann, wird für die PDS kein Weg daran vorbeiführen, sich radikal von dem Sozialismusverständnis abzusetzen, das im oben beschriebenen Sinn stalinistisch ist. Nur mit einem solchen Bruch wird ein neues, emanzipatorischen Sozialismusverständnis ausdiskutiert werden können. Und mit einem solchen ist in jedem Fall ein Festhalten am Sozialismusverständnis der DDR unvereinbar - ob man dies nun stalinistisch nennt oder nicht.

he.

37. Delegierteninterview mit Cesar Lluberes, AG Junge GenossInnen der PDS

Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak375/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:375:43

19 Jahre, Mitglied des Bundeskoordinierungsrates der AG Junge GenossInnen (AGJG)

Du bist ein untypischer Delegierter der AGJG, weil Du als einziger eine Lehre gemacht hast. Hat die PDS eine Chance bei aktiven, jungen GewerkschafterInnen?

Sie hat schon eine Chance bei jungen GewerkschafterInnen, wenn sie das freche Image, das sie bei den Wahlen hatte, weiter ausbaut. Zwar ist in dem Thesenpapier der AGJG, das der Parteitag verabschiedet hat, nicht ausdrücklich die Gewerkschaftsarbeit genannt, aber alle anderen Schwerpunkte sind Themen, die auch junge GewerkschafterInnen interessieren.

Was könnte diese junge Gewerkschafter-Innen reizen, in der PDS mitzuarbeiten?

Es ist nicht so sehr die Frage, was die PDS zur Gewerkschaftspolitik sagt oder macht, sondern es ist eher der freche, linke Anspruch an die PDS, der dazu führen könnte, daß mehr junge, aktive GewerkschafterInnen zur PDS kommen.

Am Freitag wurden von Lothar Bisky, Gregor Gysi und Hans Modrow die sogenannten Fünf Standpunkte eingebracht. Wie schätzt Du diese ein?

Na ja, der Antrag von Lothar, Gregor und Hans enthält teilweise Punkte, die etwas an den Haaren herbeigezogen sind. Ich meine z.B. die Auffassung, daß die PDS, egal was für eine Rolle sie in den Parlamenten spielt, immer die herrschenden Verhältnisse kritisieren wird und deswegen automatisch Oppositionspartei bleibt. Ich denke hingegen, die PDS sollte auch weiterhin ausschließlich in der Opposition bleiben und ihren Platz als gleichberechtigter Partner in den außerparlamentarischen Bewegungen suchen. Sie sollte sich nicht schwerpunktmäßig auf die Parlamente beziehen, darin sehe ich keine Chance. Wesentliche Veränderungen sind nur durch außerparlamentarischen Druck zu erreichen. Im Westen bestehen da gute Chancen, weil die PDS hier noch nicht in den Parlamenten vertreten ist.

Die Delegierten beschlossen die Fünf Standpunkte ja mehr oder weniger ohne große Veränderungen. Später wurde dann ein Papier der AGJG beschlossen, in dem das genaue Gegenteil bezüglich Opposition drinsteht. Wie kommt so etwas zustande?

Daß man zwei Papiere verabschiedet, die sich so widersprechen, zeigt mir, daß die jungen Menschen in und bei der PDS doch nicht so ernst genommen werden, wie ich es mir wünschen würde.

Die AGJG beabsichtigt, einen Diskussionsprozeß der "Linken" in der PDS zu organisieren. Hintergrund war ja die Art und Weise, wie diese Fünf Standpunkte eingebracht worden sind. Wen siehst Du denn außer der AGJG als TrägerIn einer solchen "linken" Sammlungsbewegung?

Diese undemokratische Verhaltensweise bei dem Einbringen der Fünf Standpunkte, die ja ohne Änderungsanträge verabschiedet werden sollten, hat natürlich gerade uns von der AGJG auf die Palme gebracht. Für uns ist klar, daß solch ein Grundsatzpapier vorher an der Basis diskutiert werden muß. Wenn ein Papier eine Woche vor dem Parteitag im "Neuen Deutschland" erscheint, ist das natürlich nicht gut möglich. Nach der Verabschiedung dieses Papiers haben wir uns mit allen möglichen Leuten, die die Herangehensweise falsch fanden, beraten. Das ganze fand im Keller des Parteitagsgebäudes statt. Dort war eine ziemlich erhitzte Stimmung. Außer der AGJG waren auch Teile der Kommunistischen Plattform (KPF) und Delegierte aus den verschiedensten Ländern da. Wenn es in Zukunft einen Diskussionsprozeß über das Oppositionsverständnis der PDS geben soll, dann glaube ich nicht, daß dies in Zusammenarbeit mit der KPF geschieht. Denn die stimmt in der Frage der Regierungsbeteiligung dem Bisky/ Gysi-Kurs zu.

Vielen Dank für das Interview.

Das Interview führte j.j., Ludwigshafen

38. Türkei: Hungerstreik politischer Gefangener

Autor: nm. · Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak375/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:375:29

Seit dem 21. Dezember 1994 befinden sich im Gefängnis von Buca (bei Izmir) 169 Gefangene im unbefristeten Hungerstreik, 200 weitere Gefangene treten abwechselnd in den Hungerstreik. Im Gefängnis von Aydin (ebenfalls Westtürkei) begannen 88 Gefangene am 31. Dezember einen Hungerstreik. Bei den Hungerstreikenden handelt es sich um Angehörige verschiedener politischer Organisationen, darunter PKK, TIKB, Rizgari, TKP-ML, TIKKO, EKIM usw.

Die Gefangenen in Buca haben einen 50 Punkte umfassenden Forderungskatalog aufgestellt. Sie fordern unter anderem Zusammenlegung in einen Block und Erleichterung der Kommunikation der Gefangenen untereinander, Anerkennung der Gefangenenvertretung, längere Öffnungszeiten der Zellen sowie verbesserte Besuchsbedingungen. Auch in Gaziantep sind die politischen Gefangenen in den Hungerstreik getreten. Hier war vor zwei Wochen der Gefangene Süleyman Ongun an den Folgen seiner Verletzungen gestorben, die ihm am 4.10. im Sondergefängnis Diyarbakir beigebracht worden waren.

Bei dem damaligen Überfall auf die Gefangenen in Diyarbakir war der 19jährige Ramazan Özuak getötet und mehrere Gefangene waren schwer verletzt worden, unter ihnen Süleyman Ongun. Sie wurden in das Gefängnis von Gaziantep verlegt, wo ihnen jedoch jede ärztliche Behandlung verweigert wurde. Süleyman Ongun, der an 20 Stellen seines Körpers z.T. schwere Verletzungen davontrug, wurde nicht einmal einem Arzt vorgeführt. Wie ein Vertreter des Menschenrechtsvereins von Gaziantep der türkischen Presse berichtete, rief Süleyman wenige Tage vor seinem Tod aus dem Gefängnis bei seinen Eltern an und sagte, er wolle in den Block der Überläufer (Kronzeugen) verlegt werden, da dies die Bedingung (der Gefängnisleitung) dafür sei, ihm ärztliche Behandlung zukommen zu lassen. Anschließend widerrief er diese Entscheidung und wurde nicht behandelt. Wie der Sprecher der IHD weiter berichtet hat ein weiterer - ebenfalls aus Diyarbakir verlegter - Gefangener namens Hakan Onur seit dem Überfall des Militärs noch immer eine Kugel in der Lunge, die nicht entfernt wurde. Andere Gefangene trügen Schrapnellteile im Körper, neun Gefangene hätten Tuberkulose.

Seitdem sich die Gesundheitssituation der Hungerstreikenden in Buca inzwischen erheblich verschlechtert hat, führen die Angehörigen - überwiegend Mütter - der Gefangenen Protestaktionen durch. Am vergangenen Dienstag blockierten 300 Frauen mit Leichentüchern bekleidet die Hauptstraße in Buca. In zahlreichen anderen Gefängnissen der Türkei begannen Solidaritätshungerstreiks. Eine Gruppe von Angehörigen und eine Anwältin des IHD Izmir, die sich vergangene Woche mehrere Tage in Ankara aufhielten, um ein Gespräch mit Justizminister Mogultay (SHP) zu führen, wurden nicht vorgelassen.

Inzwischen haben die Verhandlungen eines Anwalts mit Staatsanwaltschaft und Gefängnisleitung in Buca in einigen Punkten zu Ergebnissen geführt. Am 46. Tag des Hungerstreiks von Buca befinden sich 59 Gefangene in kritischem Gesundheitszustand, vier von ihnen wurden ins Krankenhaus verlegt.

nm.

39. "Verbotene Kunst" verboten! Neue § 129a-Ermittlungen eingeleitet - antifaschistische Kunstbroschüre verboten

Autor: Kunst und Kampf · Rubrik: Klassenjustiz, § 129a; Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak375/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:375:01

Im Herbst 1991 begannen in Göttingen Ermittlungsverfahren nach § 129a (Werbung für, Unterstützung von, Bildung und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung). Als Grund für die Ermittlungen wurden zunächst 52 Anschläge, die seit 1981 in der Region Göttingen stattgefunden hatten und nicht aufgeklärt worden waren, angegeben. Die Generalstaatsanwaltschaft Celle (GSA) setzte eigens eine Sonderkommission des niedersächsischen Landeskriminalamts (LKA), die SoKo 606, zur "Aufklärung" an. Sehr bald stellte sich heraus, daß sich die Ermittlungen auf autonome Antifaschisten und Antifaschistinnen konzentrierten. Im August 1992 erfolgte wegen der § 129a-Ermittlungen die erste Großrazzia mit zeitgleichen Hausdurchsuchungen in Göttingen, dem Landkreis Osterode (Südharz) und Berlin. Die Durchsuchungen waren ein Schlag ins Wasser, alle Verfahren in diesem Zusammenhang wurden später ergebnislos eingestellt. Auch eine Durchsuchung im November 1992 bei einem Antifaschisten in Uelzen, die mit den Göttinger Ermittlungen in Zusammenhang stand, brachte nicht die vom LKA gewünschten Ergebnisse.

Die Anti-Antifa-Großrazzia

Im Juni 1992 wurde erstmals öffentlich bekannt, daß sich die § 129a-Ermittlungen gegen die Autonome Antifa (M) richteten, deren Namen fortan ständig im Zusammenhang mit diesen Verfahren genannt wurde. Am 5. und 6. Juli 1994 ließen die GSA Celle und das LKA die Katze endlich aus dem Sack.

Privatwohnungen von 17 Personen, denen Mitgliedschaft in der Autonomen Antifa (M) vorgeworfen wird, wurden durchsucht. Dabei erstreckten sich die Durchsuchungen nicht nur auf Göttingen: In verschiedenen Orten in Niedersachsen, Hessen und Nordrhein-Westfalen wurde zeitgleich gerazzt. Außer den Privatwohnungen wurden der AStA der Universität Göttingen, der Buchladen Rote Straße, ein Belichtungsstudio und eine Druckerei durchsucht. Mit insgesamt 30 Hausdurchsuchungen war dies die bislang größte Anti-Antifa-Razzia in der BRD. Jedoch ging es bei den Durchsuchungen nicht mehr um die ursprünglich anvisierte Aufklärung von 52 Anschlägen oder die Bildung einer terroristischen Vereinigung. Vorwürfe in diesem Zusammenhang waren alle fallen gelassen worden. Die Durchsuchungsbeschlüsse lauteten auf den Vorwurf des § 129 (Bildung einer kriminellen Vereinigung) gegen die Autonome Antifa (M) vor allem wegen Verstößen gegen das Versammlungsgesetz. Teil dieses § 129-Verfahrens sind auch § 129a-Ermittlungen. Zunächst hieß es noch, die Autonome Antifa (M) unterhielte Kontakte zur RAF, was sich als reine Propagandalüge herausstellte. Die Beschuldigungen nach § 129a beziehen sich ausschließlich auf die angebliche Verbreitung eines KuK (Kunst und Kampf) Plakates durch angebliche Mitglieder der Autonomen Antifa (M). Mit dem Plakat wurde eine Veranstaltung der Autonomen Antifa (M) am 6. Mai 1993 angekündigt. Als Referenten waren, außer einem Mitglied der Autonomen Antifa (M), die beiden ehemaligen RAF-Gefangenen Gisela Dutzi und Günter Sonnenberg sowie der Redakteur der Zeitung "clockwork 129a" anwesend.

Verfahren gegen Buchladen und die Autonome Antifa (M)

Außer den § 129/129a-Verfahren gegen die Autonome Antifa (M) läuft noch ein abgetrenntes § 129a-Verfahren gegen den Buchladen Rote Straße wegen Verkaufs der Broschüre "Ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte, Bundesrepublik Deutschland - Rote Armee Fraktion" des GNN-Verlages, die mittlerweile in der 6. Auflage erschienen ist, und des weiteren wegen des angeblichen Verkaufes einer fotokopierten RAF-Erklärung, die zuvor schon in ihren wesentlichen Passagen in verschiedenen Zeitungen abgedruckt worden war. Im November 1994 erging gegen die Geschäftsführung des Buchladens Anklageschrift wegen § 129a (Werbung für die RAF).

Kurz vor Weihnachten 1994 bekamen die Rechtsanwälte und Rechtsanwältinnen der 17 Personen, die der Mitgliedschaft in der Autonomen Antifa (M) beschuldigt werden, jeweils zwei große Kartons mit 31 Aktenordnern von der GSA Celle zugesandt. Durch die Akteneinsicht wurde das ganze Ausmaß der

Observationen der letzten drei Jahre in Göttingen sichtbar. Dabei handelt es sich um fortgesetzte schwerste Eingriffe in die Persönlichkeitsrechte Einzelner: Telefonabhören, Observationen, Nachforschungen in der intimsten Privatsphäre usw. Die 31 Aktenordner sind nur die Spitze des Eisberges. In Celle steht noch eine unbekannte Anzahl von Ordnern mit sogenannten nicht verfahrensrelevanten Observationsergebnissen und Beweismitteln.

Mit der Akteneinsicht wurde die Zahl der nach § 129 Beschuldigten, denen Mitgliedschaft in der Autonomen Antifa (M) vorgeworfen wird, von 17 auf mindestens 25 Personen erhöht.

Neue Ermittlungen nach § 129a

Im Januar 1995 wurden neue § 129a-Ermittlungen eingeleitet. Nach der Anklageerhebung in einem abgetrennten Strafverfahren gegen die Geschäftsführung des Buchladens Rote Straße und dem massiven Kriminalisierungsversuch von 25 Personen, denen Mitgliedschaft in der Autonomen Antifa (M) zum Vorwurf gemacht wird, ist nunmehr auch gegen die antifaschistische Kulturinitiative "Kunst und Kampf" (KuK) ein Verfahren eingeleitet worden. Der nun endlich vom Landeskriminalamt gefundene Anlaß, um gegen KuK direkt vorzugehen, ist die Broschüre zur Ausstellung "Verbotene Kunst", die am 9. Oktober 1994 in Göttingen stattfand.

Die Geschichte der Kriminalisierung von KuK-Kunst ist wohl einmalig in der BRD. Entstanden ist die Initiative zu Beginn der 80er Jahre im Zusammenhang mit der autonomen und antiimperialistischen Bewegung in der BRD. Ab 1985 wurden KuK-Plakate, Ölbilder und Aktionen kontinuierlich verboten. Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmungen und Verfahren rissen bis heute nicht ab. Auch der Verfassungsschutz beobachtet die antifaschistische Kulturinitiative. Beispielsweise endet das Kapitel über Autonome im Verfassungsschutzbericht 1991 des Landes Niedersachsen mit den Sätzen: "Aus diesem Bereich stammen in Göttingen zahlreiche Initiativen zum ‚antifaschistischen Kampf`. Dabei bestehen enge Verbindungen zu der ‚Initiative KuK (Kunst und Kampf)`."

Kein Wunder also, daß bei der bislang größten Anti- Antifa-Razzia in der BRD am 5./6. Juli 1994 Objekte, die mit dem KuK-Symbol versehen waren, das besondere Interesse der Fahnder fanden. Insgesamt wurden weit über 200 KuK- Plakate beschlagnahmt.

Ausstellung "Verbotene Kunst"

Mit der Ausstellung am 9. Oktober 1994 im Foyer des Jungen Theaters in Göttingen sollten die Praktiken des Staatsapparates gegen KuK öffentlich gemacht werden. In der Ausstellung wurden von der politischen Polizei kriminalisierte KuK-Plakate, Ölbilder und Dokumentationen von Agitprop-Aktionen aus der Zeit von 1983 bis 1994 gezeigt. Bei den Agitprop-Aktionen handelt es sich um Straßentheater ähnliche Vorführungen, die in den letzten Jahren auf dem Göttinger Marktplatz zum 3. Oktober stattgefunden haben. Die Ausstellung fand unter dem Motto "Verbotene Kunst" statt, zusätzlich erschien ein gleichnamiges, 60 seitiges Begleitheft, das die Kriminalisierung von KuK von 1985 bis 1994 dokumentiert. Das Begleitheft zur Ausstellung wird jetzt in einem gesonderten Verfahren nach § 129a (Werbung für eine terroristische Vereinigung) verfolgt.

Vorladungen und Ermittlungen

Zwei Personen, denen Mitgliedschaft in der Autonomen Antifa (M) vorgeworfen wird, und drei Personen der Geschäftsführung des Buchladens Rote Straße haben wegen der KuK-Broschüre Vorladungen vom LKA erhalten. Außerdem tauchten LKA-Beamte in einem Belichtungsstudio auf.

Mittlerweile befinden sich die "Argumentationslinien" von LKA und GSA schon in der Nähe zu den "Argumentationsmustern" für entartete Kunst im Nationalsozialismus. Verboten wird Kunst, die nicht staatskonform ist, wegen ihres Inhalts und Stiles. Wer diesen Sätzen keinen Glauben schenken will, soll sich die Broschüre "Verbotene Kunst" ansehen. Bedenkenlos gedeckt werden die rechtslastigen politischen Machenschaften des Polizei- und Justizapparates von der niedersächsischen Justizministerin Heidi Alm-Merk und vom niedersächsischen Innenminister Gerhard Glogowski, beide SPD.

Der § 129a, ist ein altbekannter Knüppel der politisch motivierten Strafverfolgung. In diesem Fall dient er als Vorwand, um antifaschistischen Widerstand zu kriminalisieren und zu zerschlagen. Doch wir werden uns von diesen rechtsstaatlichen Machenschaften nicht einschüchtern lassen. Die Ausstellung wird wie geplant als

Wanderausstellung in der BRD und dem benachbarten Ausland zu sehen sein, auch das Beiheft zur Ausstellung ist weiterhin erhältlich.

Es lebe die antagonistische, antifaschistische Kultur!

Kunst und Kampf (KuK)

Ende Januar 1995

Die Broschüre "Verbotene Kunst" kann für DM 10 (Broschüre 7,- und Porto 3,-) bestellt werden: KuK c/o Buchladen Rote Straße, Rote Straße 10, 37073 Göttingen. Kurznotiz mit Titel und Anzahl beilegen - Geld in Scheinen, Bestellungen können nur bei Zahlung in bar und im voraus beliefert werden.

Solikonto für die Kosten, die aus der Kriminalisierung entstehen: Sparkasse Göttingen Konto: 150497006 Stichwort: "Solidarität"

40. Die Gebrüder Wright und der Flug über den Atlantik

CD-Datei: daten/aksuche/ak375/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:375:08

"Man muß lernen. Wir sind jetzt vielleicht in einer Phase, wo die Gebrüder Wright ein Flugzeug konstruieren wollten, daß in einer Anfangsphase vielleicht 200 Meter fliegt, aber irgendwann einmal auch über den Atlantik". So versuchte Prof. Walter, Neuropathologe der Medizinischen Hochschule Hannover, den anwesenden JournalistInnen während einer Pressekonferenz seine "Gründerstimmung" nahezubringen. Am vergangenen Wochenende in Hannover ging es jedoch nicht um Flugzeugbau sondern um ein äußerst umstrittenes medizinisches Experiment: die Verpflanzung von Fötengewebe bei Parkinson-PatientInnen. Der Pressekonferenz vorausgegangen war ein Antrag der hannoverschen Arbeitsgemeinschaft Neurotransplantation an die Ethikkommission der medizinischen Hochschule. Menschliches Fötengewebe solle in Ratten verpflanzt werden, um, so Prof. Sarnii vom Nordstadtkrankenhaus Hannover, "unsere Infrastruktur und unser Können zu verbessern."

Der Pressekonferenz vorausgegangen war auch ein Symposium zur Neurotransplantation, unter Ausschluß jeglicher kritischer Öffentlichkeit. Die wenigen eingeladenen JournalistInnen waren ausschließlich von den Veranstaltern handverlesen worden. Selbst die Pressestelle der medizinischen Hochschule erfuhr erst durch interessierte Nachfrage vom Symposium. Daraufhin berief die Leiterin, Frau Möller, eine Pressekonferenz ein, um dem minimalsten Mindeststandard öffentlicher Informationspflicht nachzukommen.

Nichts genaues war jedoch von den anwesenden Forschern, Prof. Walter, Prof. Sarnii und Prof. Dengler von der Neurologischen Klinik zu erfahren. Konkrete Fragen zur Finanzierung, Patentierung, internationalen Zusammenarbeit und Ausschluß der Öffentlichkeit blieben weitgehend unbeantwortet.

Zuweilen hatte man den Eindruck, daß zwar nicht über Flugzeuge, wohl aber über die moderne Leitmaschine - den Computer - geredet wurde. Prof. Walter berichtete über die "ethische" Diskussion während des Symposiums: "Letzlich herrschte Konsensus darüber, daß die Nervenzellen, die mit übertragen werden, ... ein genetisches Grundprogramm haben, daß aber die eigentliche software ... auf diesen Zellen noch nicht aufgeladen ist."

Für die christlich ausgerichteten Naturwissenschaftler hatte Prof. Gründel von der theologischen Fakultät in München eine schriftliche Handlungsorientierung angeboten: "Der sittlichen Rechtfertigung der wissenschaftlichen Verwendung fötaler Zellen kann entsprochen werden, wenn ein solches Vorgehen unabhängig vom Abbruch gestellt wird." Das ist moderne katholische Sittenlehre: eine Verfahrensregel. Und überhaupt, eigentlich entzieht sich die forschende Tätigkeit nach Meinung der anwesenden Wissenschaftler jeglicher Beurteilung. Man experimentiert an Tier und Mensch, man baut eine Infrastruktur auf, man bietet den "Konsum von Gewebe" als sog. Therapiekonzept an. Prof. Walter: "Wir stellen das so vor wie es ist. Es ist nicht an uns, daß begründen zu müssen. Wir wollen eine Begründung haben, warum wir das nicht machen dürfen, von der Gesellschaft." Das ist die Umkehrung der Beweispflicht nach dem Motto: "Wer Heilung behauptet hat immer recht".

Der positivistische Wissenschaftsblick macht blind für die unzumutbaren Folgen: Frauen werden zu LieferantInnen von Gewebe für den medizinischen Handlungsbedarf. Die Pflege und Begleitung von Angehörigen und ÄrztInnen wird, schon auf der Pressekonferenz lobend in den Bereich des Scheiterns und Nichtstuns verwiesen.

Menschenversuche an Schwerkranken hingegen als "notwendiges Handeln" moderner Neurowissenschaftler bezeichnet. "Die Wissenschaft schreitet voran", sagte Prof. Walter auf der Pressekonferenz. Allerdings nicht bruchlos. Als die Gebrüder Wright 1903 ihren ersten Flug unternahmen, haben sich sich immerhin noch selbst in ihre technische Erfindung gesetzt.

Erika Feyerabend

41. Quelldatei 09bu.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak375/09bu.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:375:09bu

BU für Art. 09

Die schwarzen Flächen zeigen den westlichen Teil Jerusalems in den Grenzen vor Juni 1967, die gestrichelte Linie umfaßt das heutige "Groß-Jerusalem", das im Norden direkt an Ramallah heranreicht und im Süden die Stadtgrenze von Bethlehem streift. Fast alle Teile des heutigen "Groß-Jerusalem" liegen auf der besetzten Westbank. Noch außerhalb dieses um das Mehrfache ausgedehnten Stadtgebiets liegen, ebenfalls auf der besetzten Westbank, große Wohnblöcke israelischer Siedler.

42. Übersicht über Veranstaltungen mit Kai Ehlers im Hamburger Raum:

CD-Datei: daten/aksuche/ak375/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:375:16

9.2.95, 19.00 Uhr, Die neue Gesellschaft, Rothenbaumchaussee 19:

Russische Restauration

oder Besinnung auf die eigenen Werte?

Folgen der bisherigen Reformen und die Besonderheiten des "russischen Weges"

14.2.95, 19.00 Uhr, ev. Akademie Nordelbien, Hamburg, Esplanade 15:

Aus Geld Geld machen - das Mißverständnis vom Kapitalismus

Über die materiellen Grundlagen des gegenwärtigen Wertewandels.

21.2.95, 19.00 Uhr, ev. Akademie:

"Drschuschba: Freundschaft" - oder jeder für sich?

Geschichte und Wirklichkeit der russischen Gemeinschaftsstrukturen.

28.2.95, 19.00 Uhr, ev. Akademie:

Spirituelle Erneuerung: Wiedergeburt der Kirche oder Wiedergeburt der Person?

Über verschiedene Strömungen der moralischen, ethischen und religiösen Erneuerung

1.4.95: (vermutlich 19 Uhr) FORUM-Initiative Hamburg, Mittelweg 145a, eine Veranstaltung in Kooperation mit den Waldorfschulen Farmsen und Altona sowie verschiedenen zu Rußland aktiven Initiativen:

Jenseits von Moskau

Vorstellung meines Buches. Was bedeutet "innere Entkolonialisierung" in der heutigen russischen Entwicklung, was heißt das für uns, wie reagiert der Westen darauf?

43. Quelldatei 19.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak375/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:375:19

Kalender

50 Jahre ... Auschwitz inszenieren?

Die letzten Veranstaltungen der vom Fritz Bauer Institut, dem Deutschen Filmmuseum u.a. veranstalteten Reihe zur Befreiung von Auschwitz-Birkenau vor 50 Jahren stehen unter der Frage "Auschwitz inszenieren?" Hierüber führen ein Gespräch der polnische bildende Künstler Jozef Szajna und Detlef Hoffmann am

12.2., 11 Uhr, im Foyer des Schauspielhauses Frankfurt, Willy-Brandt-Platz.

Im Deutschen Filmmuseum wird am 12.2., 14 Uhr, nach einem einführenden Kommentar von Gertrud Koch Spielbergs "Schindlers List" in der Originalfassung gezeigt. Um 18 Uhr folgt der 1956 in Polen und den USA produzierte Film von Leo Hurwitz "The Museum and the Fury". Um 19.30 Uhr spricht Gert Mattenklott über "Die Ermittlung" von Peter Weiss. Hierauf folgt eine Podiumsdiskussion "Auschwitz inszenieren? Eine Debatte zur Ästhetisierung des Schreckens". Der israelische Historiker Frank Stern formuliert die einleitenden Thesen, an der Debatte beteiligen sich Detlef Hoffmann, Gertrud Koch, Erwin Leiser, Gert Mattenklott, Gerhard Schoenberner.

Deutsches Filmmuseum, Schaumainkai 41, Frankfurt.

Gedenkstätten

Der Umgang mit KZ-Gedenkstätten ist das Thema einer Veranstaltungsreihe von "anderes lernen e.V." in Kiel. Unter dem Titel "Von Auschwitz nach Holstein - Die Todesmärsche 1944/45" berichten Hartmut Wegner und Gerhard Hoch (Autor des gleichnamigen Buches) über das KZ Mittelbau-Dora und seine Außenlager. Die Gedenkstätte eines der Außenlager, Blankenburg, wird derzeit - als Ausnahme von der Regel - ausgebaut.

16.2.95, 20 Uhr, Pumpe, Haßstr. 22, Kiel.

Über "Neukonzeption" oder "Demontage" der Gedenkstätten diskutieren Katja Leyrer, Wolfgang Wippermann, Bernt Faulenbach und Romani Rose am

23.2.95, 20 Uhr, Pumpe, Haßstr. 22, Kiel.

Geschichtswerkstatt Hannover

Die Geschichtswerkstatt Hannover konzentriert sich in ihrem Programm für das 1. Halbjahr 1995 auf die Themen: politische Verfolgung in der BRD, Geschichtsforschung und Nazizeit. Rolf Gössner spricht am 2.3., 20 Uhr, über die vergessenen Opfer des Kalten Krieges; am 9.3., 20 Uhr, folgen ein Videofilm mit Vortrag über "KZ-Züge auf der Heidebahn".

Geschichtswerkstatt Hannover, Wilhelm-Bluhm-Str. 12, 30451 Hannover.

Dachau

Eine mehrwöchige Veranstaltungsreihe des Münchner Theaters Blaue Maus und der Poetenbühne ist den Toten und Überlebenden des KZ Dachau gewidmet.

4.-30.3.95. Ort und Info: Theater Blaue Maus, Elvirastr. 17a, 80636 München.

Vernichtungskrieg

Teil des vom Hamburger Institut für Sozialforschung erarbeiteten Projekts "Angesichts unseres Jahrhunderts. Gewalt und Destruktivität im 20. Jahrhundert" ist die Ausstellung über Verbrechen der deutschen Wehrmacht 1941-44. In der Ausstellung wird zum Teil bisher unbekanntes Foto- und Textmaterial zu sehen sein, es handelt sich hierbei um erst jetzt zugängliches Material aus Archiven in Moskau und Riga. Dokumentiert werden die Verbrechen der Wehrmacht in Serbien und Weißrußland und anhand einer kollektiven Biografie der 6. Armee.

5.3.-15.4.95. Kampnagel, Jarrestraße, Hamburg.

Unterricht zum Thema "Holocaust"

Das Zentrale Hessische Institut für Lehrerfortbildung und das Fritz Bauer Institut veranstalten einen Lehrgang zu den "Chancen und Gefahren eines Unterrichtsansatzes zum Thema ‚Holocaust`" vom

6.-10.3.95 in Fuldatal (bei Kassel). Anmeldung und Info: HILF Hauptstelle, Tel.: 0561-81010.

... und außerdem Kommunen

Rührung befällt den Chronisten, liest er diese Einladung vom KOMM Nürnberg. "Kommune", das war doch 67/68 eins der ersten "konkreten" Ziele. Und heute, 1995, gibt es sie wirklich noch - oder wieder? Gleichviel: Eine Gruppen von Kommunen reist durch die BRD, um ihre "Vorstellung der Lebensform Kommune" darzubieten. Am

10.2.95, 20 Uhr, im KOMM, Zentralhalle, Königstr. 93, Nürnberg.

Rußland

Der Publizist Kai Ehlers referiert an vier Abenden (deren ersten - am 7.2. - wir schon verpaßt haben) über verschiedene Aspekte der russischen Gegenwart.

14.2.95: Über die materiellen Grundlagen des gegenwärtigen Wertewandels.

21.2.95: Geschichte und Wirklichkeit der russischen Gemeinschaftsstrukturen.

28.2.95: Über verschiedene Strömungen der moralischen, ethischen und religiösen Erneuerung. Jeweils um 19 Uhr in der Ev. Akademie, Esplanade 15, Hamburg.

Kurdistan

Die Berliner PDS-Fraktion lädt gemeinsam mit der PDS-Bundestagsgruppe, dem Parteivorstand der PDS und VertreterInnen kurdischer Organisationen zu einer Internationalen Konferenz ins Berliner Abgeordnetenhaus ein. Arbeitsgruppen befassen sich mit den Themen: Rüstungsexporte, Vereins- und Betätigungsverbote, Abschiebungen, kurdische politische Gefangene in der BRD, Menschenrechte in der Türkei, Selbsthilfeprojekte. Ziel der Konferenz sei es, konkrete Schritte zu entwickeln und der Öffentlichkeit vorzustellen.

24.-26.2.95. Info: Marion Seelig (MdA), Abgeordnetenhaus Berlin, Niederkirchnerstr. 11, 10111 Berlin, Tel. 030-23252546/47.

Widerstand gegen A 33

Im Anti-A-33-Hüttendorf finden am 11.3., 16 Uhr, und 13.4., 20 Uhr, Vorbereitungstreffen zur am 22.4. geplanten Großdemo in Dissen statt.

Info: Hüttendorf gegen A 33, Berliner Str., 49201 Dissen.

Organisationsdebatte in der Linken

Unter dem Thema "Individualisierung und Reproletarisierung" lädt die VSP in Zusammenarbeit mit dem Bildungsverein Memento e.V. und dem Kölner Friedensbildungswerk zur "Neuen Organisationsdebatte in der Linken" nach Amsterdam ein. Ausgangspunkt ist die Frage nach der Kontinuität und Diskontinuität der objektiven Bedingungen, unter denen sich linke Politik heute entfalten muß. Gibt es sie noch, die Klassengesellschaft, oder ist sie etwa durch zunehmende Individualisierung ausgehebelt worden? Eine Einführung in die marxistische Klassentheorie, die feministische Herausforderung und die Debatte um die Thesen von Karl Heinz Roth werden im Mittelpunkt der ersten Hälfte des Seminars stehen. Im zweiten Teil geht es dann um mögliche Konsequenzen für emanzipatorische Selbstorganisation und die anzustrebenden Formen politischer Formierung mit dem Ziel einer freien, solidarischen Gesellschaft, einschließlich der Frage: Streben wir noch den Aufbau einer Partei an, und wie sollte sie aussehen?

26.3.-1.4.95, Amsterdam. Kosten: 260 DM einschl. Unterkunft und Verpflegung, Sozialtarif 150 DM. Für das Seminar kann Bildungsurlaub beantragt werden. Info und Anmeldung: Memento e.V., Dasselstr. 75-77, 50674 Köln. Tel. 0221-211555 o. 2404080.

Schickt eure Veranstaltungshinweise! Per e-mail, per Post

oder als Fax! Annahmeschluß für ak 376 ist der 28.2.95.

44. Kapitulation und Befreiung

ak-Serie

CD-Datei: daten/aksuche/ak375/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:375:34

In Peter Weiss' dokumentarischem Theaterstück "Die Ermittlung" sagt ein nach vielen Jahren endlich angeklagter Nazi: "Heute, da unsere Nation sich wieder zu einer führenden Stellung emporgearbeitet hat, sollten wir uns mit anderen Dingen befassen als mit Vorwürfen, die längst als verjährt angesehen werden müßten."

Der Wunsch, von den deutschen Verbrechen nichts mehr hören zu wollen, ist ebenso weit verbreitet wie unerfüllbar. Zum 50. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz wetteiferten öffentlich-rechtliche und private Sender um Aufklärung und Einschaltquoten. Das ZDF behauptete gar, im 45-Minuten-Schnellkursus "die Wahrheit über Auschwitz" (so der anmaßende Titel des Beitrags) unters Volk bringen zu können. Andererseits eröffnete das Medieninteresse den überlebenden Opfern - vielleicht zum letzten Mal - die Möglichkeit, ein Millionenpublikum zu erreichen.

Auch Politiker beteiligten sich an der Erteilung von Geschichtsunterricht. Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth, zweithöchste Repräsentantin des deutschen Staates, rief, ohne rot zu werden, alle "Demokraten" dazu auf, "jederzeit" gegen "nationale Überheblichkeit" aufzustehen. Und sie tröstete die Nachkommen - der Täter: "Daß es uns gelungen ist, eine demokratische Gesellschaft aufzubauen, zeigt, daß wir die Chance ergriffen haben."

Bundespräsident Roman Herzog, ranghöchster Mandatsträger, enthielt sich dagegen staatstragender Belehrungen und erntete - vielleicht zu Recht - höchste Anerkennung: "Bundespräsident Herzog imponierte beim Auschwitz-Gedenken durch kluges Schweigen", lobte Der Spiegel. In das Gedenkbuch in Birkenau trug Herzog sich mit dem Satz ein: "Hier öffnen die Toten den Lebenden die Augen."

Nicht allerdings der gegenüber rechten Umtrieben traditionell duldsamen "dritten Gewalt", der Justiz. Nach dem Skandal um den Mannheimer Deckert-Prozeß wird das kostbare "deutsche Ansehen" erneut von Vertretern dieser Zunft geschädigt. Das Hamburger Amtsgericht sprach zwei wegen Volksverhetzung angeklagte FAP-Nazis frei, die über das "Nationale Infotelefon" gegen Spielbergs Film "Schindlers Liste" gehetzt hatten: Er würde "den Auschwitz-Mythos am Leben" erhalten.

Wir setzen in dieser ak-Ausgabe unsere Serie "Kapitulation und Befreiung" fort. Insbesondere erinnern wir an die Konferenz von Jalta im Februar 1945. "Befehlsempfang bei Stalin", titelte damals der "Völkische Beobachter". In der Nachkriegszeit wurde "Jalta" zum Schlagwort für eine revanchistische Kampagne, an der sich ab Anfang der achtziger Jahre auch die Grüne Partei lebhaft beteiligte.

In einem weiteren Beitrag wird die von einem geschäftstüchtigen Verleger zum Buchtitel gemachte Frage "Warum Auschwitz?" aufgegriffen. Antworten darauf müssen zwangsläufig von der Perspektive der Täter ausgehen. "Aus der Täter-Perspektive betrachtet, war an Auschwitz absolut nichts Unbegreifliches, nichts Unlogisches, nichts Unvorhergesehenes", schreibt Knut Mellenthin: "Die nazistischen Massenmörder haben im wesentlichen an ihre eigene Ideologie geglaubt, es war ihnen tödlich ernst damit. Auschwitz ist der Beweis."

Weder Gedenkstätte noch Museum soll das im Aufbau befindliche Fritz Bauer Institut in Frankfurt sein. Die nach dem 1968 verstorbenen Staatsanwalt des Frankfurter Auschwitz-Prozesses benannte Einrichtung soll ein Studien- und Dokumentationszentrum zur Geschichte und Wirkung des Holocaust werden. Dabei geht es nicht nur um die Rekonstruktion der Fakten, sondern, nach einem Satz Fritz Bauers, "auch um den Versuch ihrer Deutung, ohne die keine Folgerung und keine Lehre gezogen werden können".

Nachzutragen ist, daß wir den Titel der Serie, "Kapitulation und Befreiung", von den Veranstaltern der gleichnamigen Berliner Konferenz über das Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa (s. ak 374) übernommen haben.

45. Quelldatei block.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak375/block.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:375:block

Unterstützung für das Fünf-Punkte-Papier kommt von den PDS-Vorsitzenden Berlins (Petra Pau), Brandenburgs (Helmuth Markov) und Mecklenburg-Vorpommerns (Helmut Holter). Sie plädieren dafür, Sahra Wagenknecht aus dem Vorstand abzuwählen. (ND, 23.1.1995) Kritik hingegen melden in einem gemeinsamen Papier ("Drei positive Überraschungen und zwei Haken") Jakob Moneta, Winfried Wolf, Ulla Jelpke, Uwe-Jens Heuer und Marita Böttcher an. Zwar sehen sie in dem Bisky/Gysi/Modrow-Antrag eine Verbesserung gegenüber den 10 Thesen, Vorbehalte bestehen jedoch gegenüber der Passage des 3. Punktes, in der stalinistische Auffassungen als unvereinbar mit einer Mitgliedschaft in der PDS bezeichnet werden: "Wir halten eine solche Passage für ein gefährliches Einfallstor für die gegenüber der PDS allseits von rechts geforderte Ausgrenzung linker Positionen oder der Kommunistischen Plattform, deren Charakter widersprüchlich, deren Existenzberechtigung als Strömung in der PDS jedoch zu verteidigen ist. Wir sind prinzipiell gegen ‚illiberale', auf abweichende Auffassung zielende Unvereinbarkeitsbeschlüsse. (...) Es wäre zu prüfen, inwieweit die folgende Formulierung dennoch vertretbar, weil präzis die programmatischen PDS-Positionen beschreibend ist: ‚Das gilt ebenso für Auffassungen, in denen die Verbrechen, die unter dem Regime Stalins begangen wurden, gerechtfertigt oder verherrlicht werden (Moskauer Prozesse, Gulag usw.)`."

46. Quelldatei chrono-2.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak375/chrono-2.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:375:chrono-2

10. Februar 1945: Liegnitz wird erobert. Offensive gegen die Heeresgruppe Weichsel bei Graudenz.

11. Februar 1945: Sally Mayer, Kasztner, Kurt Becher und Krell treffen sich an der Schweizer Grenze zu weiteren Verhandlungen zwischen SS und jüdischen Vertretern.

12. Februar 1945: Die NS-Führung ruft die Frauen zum "Volkssturm" auf.

13. Februar 1945: Budapest wird von der Roten Armee eingenommen. Glogau wird eingeschlossen.

13./14. Februar 1945: Mit dem Bombardement von Dresden wird der Höhepunkt der anglo-amerikanischen Luftangriffe auf Städte im Osten erreicht.

15. Februar 1945: Verordnung des Reichsjustizministeriums über die Errichtung von Standgerichten in den "feindbedrohten Gebieten". Ihnen fallen bis Kriegsende noch ca. 7.000 Menschen zum Opfer.

Breslau wird eingeschlossen.

17. Februar 1945: Hitlers Englandberater Hesse reist nach Schweden, um über den Bankier Vallenberg Kontakte zu den Westalliierten herzustellen. In einem Memorandum hat Hesse einen Separatfrieden mit den Westalliierten und die Verlagerung aller deutschen Armeen nach dem Osten zur "Eindämmung der bolschewistischen Springflut" vorgeschlagen. Hesses Mission scheitert.

Der Wehrmachtstandortsälteste des Standortbezirks Spandau befiehlt die Hinrichtung von sechs Soldaten, die zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht verurteilt sind.

18. Februar 1945: Die Festung Graudenz wird eingeschlossen.

Unter Rüstungsminister Speer wird ein Notstab zur Aufrechterhaltung des Transportwesens eingerichtet.

Im deutschen Reich werden 500 Juden, die bislang durch ihre Ehe mit Christen geschützt waren, festgenommen und nach Theresienstadt transportiert.

19. Februar 1945: Himmler versucht, über Schweden Kontakt zu den Alliierten herzustellen.

20. Februar 1945: Waffenstillstand zwischen Ungarn und der Sowjetunion.

Hitler, Jodl und Dönitz beraten die Kündigung der Genfer Konvention, um die Truppe zum Weiterkämpfen zu zwingen. Der Beschluß wird wegen der überwiegenden Nachteile verworfen.

23. Februar 1945: Poznan wird befreit.

Kriegserklärung der Türkei an Deutschland.

Amerikanischer Angriff an der Roer, einem Nebenfluß der Maas.

24. Februar 1945: Beginn einer neuen Offensive der Roten Armee in Hinterpommern.

In einer Proklamation verkündet Hitler die geschichtliche Wende noch im laufenden Jahr.

26. Februar 1945: Von Bromberg aus bricht die Rote Armee nach Norden zur Ostsee durch.

Bormann vermerkt die Aufstellung eines Frauenbataillons; bei Bewährung sollen sofort weitere Kampfeinheiten aufgestellt werden. Himmler befiehlt "Sonderstandgerichte" wegen Auflösungserscheinungen.

28. Februar 1945: Das KZ Groß-Rosen wird durch die Rote Armee befreit.

Der Gauleiter von Köln-Aachen erläßt den Aufruf: "Gegen den Feind mit allen Mitteln kämpfen".

Im KZ Buchenwald wird der Kunstmaler Franz Monjau ermordet.

Ende Februar 1945: Frauen werden zum Volkssturm einberufen.

47. Tag für Tag - Chronologie des Februar 1945

CD-Datei: daten/aksuche/ak375/chrono16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:375:chrono16

Im Februar setzt die Rote Armee ihren Vormarsch nach Westen nur noch langsam fort. Die Oder bildet nach wenigen Tagen die Frontlinie, von der aus der Angriff auf Berlin vorbereitet wird. Im wesentlichen aber konsolidiert die Rote Armee ihre Stellungen insbesondere in Ost- und Südosteuropa sowie um Ostpreußen. Speziell die Kämpfe in Ungarn sind von besonderer Härte. Auch die vielen "Kessel", die Teile der Roten Armee bei ihrer Winteroffensive eingeschlossen hatten, bilden einen Unruheherd im Hinterland der sowjetischen Front. Die Erreichung der Ostsee und damit die Zersplitterung der deutschen Ostarmeen ist das militärisch wichtigste Ereignis an der Ostfront. Zentrales Ereignis im Februar 1945 ist aber die Konferenz von Jalta, in der die Regierungschefs der Alliierten ihre Politik gegenüber Deutschland präzisieren und die bedingungslose Kapitulation als gemeinsames Kriegsziel bestätigen.

Die Nazis beginnen ihre Versuche, ein Separatabkommen mit den Westmächten herbeizuführen.

Anfang Februar beginnt die Räumung und Auflösung des KZ Groß-Rosen. Etwa 40.000 Menschen werden auf den Marsch geschickt. Tausende werden ermordet; die Überlebenden kommen nach Dora-Mittelbau, Flossenbürg, Buchenwald, Mauthausen, Dachau, Bergen-Belsen und Sachsenhausen.

Etwa 20.000 Jüdinnen und Juden aus den KZ des Eulengebirges werden ermordet - entweder noch in den Lagern oder auf dem Marsch.

Tag für Tag -

Chronologie des

Februar 1945

2. Februar 1945: 178 Häftlinge verschiedener Nationalitäten werden im KZ Sachsenhausen ermordet. Carl Friedrich Goerdeler und Alfred Delp, Beteiligte am Putschversuch des 20. Juli 1944, werden hingerichtet.

Im Reichsgebiet werden die Lebensmittelrationen durch Verlängerung der Zuteilungsperiode von acht auf neun Wochen gekürzt. (Das entspricht einer Kürzung von 11%.)

Beauftragte des Komitees vom Roten Kreuz diskutieren mit der SS Pläne, die KZ zu übernehmen.

3. Februar 1945: Mit Ausnahme von Küstrin und Frankfurt ist das gesamte rechte Oderufer von der Roten Armee besetzt.

Anglo-amerikanische Luftwaffe fliegt die bisher schwersten Angriffe auf Berlin und andere Städte im Osten Deutschlands.

Hitler rühmt sich in den Bormann-Diktaten: "Es ist das Verdienst des Nationalsozialismus, daß er zum ersten Mal die jüdische Frage realistisch angepackt hat".

4. - 12. Februar 1945: Konferenz der Regierungschefs der USA, der UdSSR und Großbritanniens in Jalta/Krim. Es war dies die zweite Konferenz der "Anti-Hitler-Koalition" zwischen der UdSSR, den USA und Großbritannien.

5. Februar 1945: Die "Sippenhaft" wird vom Oberkommando der Wehrmacht (OKW) auf alle Angehörigen aller Antifa-Kriegsgefangenen ausgedehnt.

1.200 Juden, darunter 433 aus den Niederlanden, werden mit Hilfe des Roten Kreuzes aus dem Protektorat Böhmen und Mähren in die Schweiz transportiert.

8. Februar 1945: Im KZ Ravensbrück erfahren die Häftlinge, daß ihre amputierten Kameradinnen, die in das "Jugendlager Uckermarck" überstellt worden sind, vergast wurden.

Offensive der Roten Armee aus den Brückenköpfen nördlich von Breslau.

Kanadische Offensive bei Nijmegen. Kämpfe im Reichswald.

Die Reichsgruppe Industrie fordert den Verbleib der Belegschaften vor Ort auch bei verminderter Beschäftigungsmöglichkeiten als Folge von Luftangriffen und Rohstoffmangel.

10. Februar 1945: Liegnitz wird erobert. Offensive gegen die Heeresgruppe Weichsel bei Graudenz.

11. Februar 1945: Sally Mayer, Kasztner, Kurt Becher und Krell treffen sich an der Schweizer Grenze zu weiteren Verhandlungen zwischen SS und jüdischen Vertretern.

12. Februar 1945: Die NS-Führung ruft die Frauen zum "Volkssturm" auf.

13. Februar 1945: Budapest wird von der Roten Armee eingenommen. Glogau wird eingeschlossen.

13./14. Februar 1945: Mit dem Bombardement von Dresden wird der Höhepunkt der anglo-amerikanischen Luftangriffe auf Städte im Osten erreicht.

15. Februar 1945: Verordnung des Reichsjustizministeriums über die Errichtung von Standgerichten in den "feindbedrohten Gebieten". Ihnen fallen bis Kriegsende noch ca. 7.000 Menschen zum Opfer.

Breslau wird eingeschlossen.

17. Februar 1945: Hitlers Englandberater Hesse reist nach Schweden, um über den Bankier Vallenberg Kontakte zu den Westalliierten herzustellen. In einem Memorandum hat Hesse einen Separatfrieden mit den Westalliierten und die Verlagerung aller deutschen Armeen nach dem Osten zur "Eindämmung der bolschewistischen Springflut" vorgeschlagen. Hesses Mission scheitert.

Der Wehrmachtstandortsälteste des Standortbezirks Spandau befiehlt die Hinrichtung von sechs Soldaten, die zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht verurteilt sind.

18. Februar 1945: Die Festung Graudenz wird eingeschlossen.

Unter Rüstungsminister Speer wird ein Notstab zur Aufrechterhaltung des Transportwesens eingerichtet.

Im deutschen Reich werden 500 Juden, die bislang durch ihre Ehe mit Christen geschützt waren, festgenommen und nach Theresienstadt transportiert.

19. Februar 1945: Himmler versucht, über Schweden Kontakt zu den Alliierten herzustellen.

20. Februar 1945: Waffenstillstand zwischen Ungarn und der Sowjetunion.

Hitler, Jodl und Dönitz beraten die Kündigung der Genfer Konvention, um die Truppe zum Weiterkämpfen zu zwingen. Der Beschluß wird wegen der überwiegenden Nachteile verworfen.

23. Februar 1945: Poznan wird befreit.

Kriegserklärung der Türkei an Deutschland.

Amerikanischer Angriff an der Roer, einem Nebenfluß der Maas.

24. Februar 1945: Beginn einer neuen Offensive der Roten Armee in Hinterpommern.

In einer Proklamation verkündet Hitler die geschichtliche Wende noch im laufenden Jahr.

26. Februar 1945: Von Bromberg aus bricht die Rote Armee nach Norden zur Ostsee durch.

Bormann vermerkt die Aufstellung eines Frauenbataillons; bei Bewährung sollen sofort weitere Kampfeinheiten aufgestellt werden. Himmler befiehlt "Sonderstandgerichte" wegen Auflösungserscheinungen.

28. Februar 1945: Das KZ Groß-Rosen wird durch die Rote Armee befreit.

Der Gauleiter von Köln-Aachen erläßt den Aufruf: "Gegen den Feind mit allen Mitteln kämpfen".

Im KZ Buchenwald wird der Kunstmaler Franz Monjau ermordet.

Ende Februar 1945: Frauen werden zum Volkssturm einberufen.